Donnerstag, 20. Juni 1985 - D ∗∗∗

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Nr. 140 - 25.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 105 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 275,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Spionage: Nach Erkenntnissen des Bundesverfassungsschutzes ist in Bonn ein Angehöriger der Botschaft der CSSR als Agent enttarnt worden. Es lägen Gründe vor, die es rechtfertigten, daß der Diplomat die Bundesrepublik verlassen müsse.

Rheinland-Pfalz: Neuer Oppositionsführer im Landtag wurde der SPD-Abgeordnete Rudolf Scharping. Die Fraktion der Sozialdemokraten wählte den 37jährigen als Nachfolger von Hugo Brandt, der sich aus Gesundheitsgründen zurückzieht.

Zusammenarbeit: Bundeskanzler Kohl und der mexikanische Präsident de la Madrid haben in Bonn eine verstärkte Zusammenarbeit beider Staaten untereinander und in der internationalen Friedenspolitik vereinbart. Der Staatsbesuch des Präsidenten in der Bundesrepublik endet heute.

Schadstoffarme Autos: Vor dem Inkrafttreten der steuerlichen Förderung schadstoffarmer Pkw zum 1. Juli herrscht noch Unklarheit über zentrale Fragen des Bonner Konzepts sowie die Chancen seiner Durchsetzbarkeit in der EG. Für den schadstoffarmen Diesel-Pkw dürften die Vergünstigungen erst 1986 wirksam werden. (S. 12)

US-Waffen: Das Programm zur Anschaffung der neuen MX-Interkontinentalrakete wurde vom amerikanischen Repräsentantenhaus auf 40 gekürzt. Der Senat hatte im Mai Mittel für insgesamt 50 Raketen bewilligt. Der Vermittlungsausschuß muß nun entscheiden.

Papst-Attentat: Der Angeklagte Ali Agca hat während des Prozesses in Rom einen dritten Türken als Komplizen benannt. Agca gab den Namen des Mittäters mit Akif an, erklärte aber, den richtigen Namen nicht zu kennen. Fotos deuten auch auf den Türken Omer Ay als Komplize hin. (S. 3)

UdSSR: Syriens Präsident Assad ist gestern überraschend in Moskau mit Parteichef Gorbatschow zusammengetroffen. Der Besuch war von den Medien vorher nicht angekündigt worden. Offenbar ging es in den Gesprächen um die angespannte Lage im Libanon und den Nahen Osten.

Afghanistan: Erste informelle Gespräche des UNO-Sonderbeauftragten Diego Cordovez mit den Außenministern Afghanistans und Pakistans bildeten gestern in Genf den Beginn der vierten Runde indirekter Verhandlungen zur Lösung des Afghanistan-Problems.

ZITAT DES TAGES



»Die Bundeswehr steht heute besser da als seit langem. Das gilt für Ausbildung, Ausrüstung und nicht nur für die Qualität des Führer- und Unterführerkorps, sondern auch für die Leistungswilligkeit und Dienstbereitschaft unserer jungen Wehrpflichtigen.«

Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner zur Vorstellung des neuen Weißbuches. (Seite 4) FOTO: LOTHAR KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Prime Rate: Mehrere der größten amerikanischen Banken reduzierten die Prime Rate um ein halbes auf 9,5 Prozent. Das ist die niedrigste Rate seit sieben Jahren. Eingeleitet wurde die Senkung durch die Morgan Guaranty Trust, die fünftgrößte US-Bank. (S. 13)

EG: Harte Kritik haben die Außenminister der Europäischen Gemeinschaft an der Reaktionslosigkeit Tokios gegenüber den Forderungen der EG nach einer größeren Öffnung der japanischen Märkte geübt. (S. 13)

Frankreich: Da die tatsächliche wirtschaftliche Entwicklung nicht den Erwartungen entsprach, mußte die französische Regierung ihre im vergangenen Herbst aufgestellte Wachstumsprognose für 1985 jetzt um ein halbes Prozent nach unten revidieren. Demnach wird das Bruttosozialprodukt nur noch um 1,5 Prozent ansteigen.

Börse: Sehr fest lagen zur Wochenmitte wieder die deutschen Aktienmärkte. Der WELT-Aktienindex erreichte mit 198,8 (196,6) einen neuen Höchststand. Auch am Rentenmarkt gab es weitere Kursgewinne. BHF-Rentenindex 103,028 (102,900). Performance-Index 103,582 (103,394). Dollar-Mittelkurs 3,0048 (3,0445) Mark. Goldpreis je Feinunze 325,40 (323,75) Dollar.

KULTUR

„Horizonte": Das Festival der Weltkulturen in Berlin führt nicht nur den unausschöpfbaren Reichtum des asiatischen Musiktheaters vor, sondern hebt auch die Unterschiede zu europäischen Darbietungen hervor. Trumpf ist seine Ausführlichkeit. (S. 23)

Große Formate: Auf der 4. Biennale der europäischen Graphik in Baden-Baden setzt sich der Trend zu großformatigen Werken fort. Die graphischen Künste kümmern allerdings dahin. Viele der mehr als 900 ausgestellten Blätter wirken wie Tapetenmuster. (S. 23)

SPORT

Basketball: Die deutschen Nationalspieler Detlef Schrempf und Uwe Blab haben in den USA einen Profivertrag erhalten. Der Klub Dallas Mavericks verpflichtete sie gemeinsam, beide sollen pro Saison rund 810 000 Mark verdienen. (S. 9)

Tennis: Boris Becker wird vor dem Wimbledon-Turnier (ab Montag) von den englischen Buchmachern genauso hoch eingeschätzt wie Jimmy Connors. Beide liegen mit einer Quote von 14:1 hinter McEnroe (2:1), Lendl (6:1) und Wilander (8:1). (S. 9)

AUS ALLER WELT

„Live": Die Ermordung des 32jährigen Geschäftsmannes Kazuo Nagano, die sich praktisch vor laufenden Fernsehkameras abspielte, hat in Japan großes Aufsehen erregt. 1960 hatte es einen ähnlichen Fall gegeben. (S. 24)

Heim-Meteorologe: Wetterbilder aus dem All, von Satelliten in rund 36 000 Kilometer Höhe zur Erde gefunkt, kommen jetzt auch direkt ins Wohnzimmer. Für zwei Mark Gebühr können gestochen scharfe Bilder per Parabolantenne auf dem eigenen Bildschirm empfangen werden. (S. 24)

Wetter: Stark bewölkt, zeitweise Regen. 18 bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Mehrere Tote bei Anschlag auf Frankfurter Flughafen

28 Verletzte / Zweite Bombe konnte entschärft werden / Keine Hinweise auf Täter

DW. Frankfurt

Bei einer Explosion auf dem Frankfurter Flughafen Rhein-Main sind gestern nachmittag zwei, nach Angaben der Polizei möglicherweise sogar drei Menschen ums Leben gekommen. Unter den Toten ist nach Darstellung eines Flughafensprechers ein Kind, das bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt worden sei.

Der Frankfurter Oberbranddirektor Ernst Achilles äußerte kurze Zeit nach der Detonation die Vermutung, daß der Sprengsatz in einem Papierkorb neben einer Sitzgruppe am westlichen Ende der Abflughalle B explodiert ist. In den Boden wurde ein Loch von etwa eineinhalb Meter Durchmesser gerissen. Kurze Zeit später entdeckte die Polizei eine zweite Bombe. Dieser Sprengsatz konnte rechtzeitig entschärft werden.

Die Explosion ereignete sich um 14.42 Uhr, als die sogenannte Mittagsspitze im Flugverkehr – dann sind immer sehr viele Menschen in der Abflughalle – bereits vorüber war. Die Halle sei vergleichsweise leer gewesen, hieß es. Die Zahl der Verletzten wurde gestern nachmittag mit 28 angegeben.

Der Ort der Explosion liegt in der Abflugebene, weit entfernt von den Flugschaltern, aber in der Nähe eines Informationsstands der Deutschen Lufthansa und vor einer Abfertigungsstelle der italienischen Fluggesellschaft Alitalia. Experten der Polizei berichteten von einer „beträchtlichen Menge" Sprengstoff. Das Bundeskriminalamt wurde verständigt.

SEITE 5:
Ort schwerer Anschläge

Hinweise auf mögliche Täter gab es bis gestern nachmittag nicht. „Keine Anrufe, keine Vorwarnungen, aber eine Reihe von Spuren", so beschrieb die Polizei zu diesem Zeitpunkt den Stand der Ermittlungen. Der Flugbetrieb auf dem Rhein-Main-Flughafen ging mit einigen Verspätungen weiter. Der Sachschaden, den die Explosion verursachte, stand noch nicht fest. Er dürfte aber in die Millionen gehen, wurde erklärt.

Die vierspurige Zubringerstraße zum Flughafen war am Nachmittag für den allgemeinen Verkehr gesperrt, damit die Rettungsfahrzeuge freie Fahrt hatten. Die Frankfurter Feuerwehr war mit drei Löschzügen, mehreren Krankenwagen und einem Krankenbus ausgerückt. Außerdem war ein Rettungshubschrauber im Einsatz.

Der Frankfurter Polizeipräsident Karlheinz Gemmer äußerte die Vermutung, daß sich der Anschlag nicht gegen eine bestimmte Luftfahrtgesellschaft richte. Die Ermittlungen lagen bis gestern nachmittag ausschließlich bei den hessischen Polizei-Instanzen.

In den vergangenen Jahren war der Rhein-Main-Flughafen mehrmals Schauplatz von Attentaten. Der folgenschwerste Anschlag wurde Anfang des Jahres 1979 in der auf dem Flughafenvorfeld gelegenen Luftpostumschlagshalle der Lufthansa registriert. Zehn Menschen wurden damals schwer verletzt. Der Sprengsatz war in einem Paket versteckt, das an einen Empfänger in Israel gehen sollte.

DER KOMMENTAR

Explosion

WERNER KAHL

Die Bombenexplosion in der internationalen Abflughalle des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens hat die trügerische Stille in unserem Land blitzartig zerrissen. Mit seinen täglichen Bildern des Grauens weit hinten im Orient hatte das Medium Fernsehen in der letzten Zeit dem deutschen Betrachter schon die Vorstellung vermittelt, als lebten wir zur Zeit in einer Zone der Ruhe. Wer immer als Urheber des Anschlags in Frankfurt ermittelt wird, es zeigt sich, daß wir uns aus dem weltweiten Flächenbrand des Terrorismus nicht ausgrenzen können.

Die Sicherheitsbehörden verzeichneten nicht erst seit dem Beiruter Geiseldrama dieser Tage ein sich schlagartig verdüsterndes internationales Lagebild. Aus Meldungen über Attentatskommandos libyscher, palästinensischer und schiitischer Kommandozentralen, die zwischen dem Nahen Osten und Europa pendelten, um so rasch wie möglich am Ort einsatzbereit zu sein, ergab sich bereits ein Mosaikbild bevorstehender neuer Angriffe.

Während sich in den westeuropäischen Ländern die Urlauberkolonnen in den Feriensommer bewegen, sehen sich die Politiker dem Ausbruch neuer Krisen gegenüber, die vorläufig im Druck der schiitischen Terroristen kulminieren.

Was die Krisenmanager nicht nur in Washington und Jerusalem jetzt vor allem befürchten, ist die sich abzeichnende Entwicklung, daß extremistische Gruppen, die um die Vorherrschaft kämpfen, sich in ihren Aktionen und Forderungen gegenseitig überbieten wollen. Hinzu kommt die Rolle, die der Führer der schiitischen Amal-Bewegung und libanesische Justizminister Nabih Berri spielt. Als Schlüsselfigur in dem Beiruter Geiseldrama hat der Minister die Forderungen der Hijakker übernommen. Unter seiner Führung versuchen die schiitischen Milizen eine Großmacht zu erpressen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Terroristen gegenüber Westeuropa verhalten werden. War die Explosion im Frankfurter Flughafen nur eine Panne beim Transport einer Bombe zu einem anderen Ziel oder sollte hier ein blutiges Zeichen gesetzt werden?

Für die deutschen Sicherheitsbehörden ist die Lage alarmierend. Bei den Überlegungen, wie Gewaltanschläge verhindert werden können, müssen die Verantwortlichen davon ausgehen, daß das Pulverfaß Nahost in nächster Zeit nicht befriedet werden kann, nachdem die USA und Israel bekundet haben, unbeugsam gegenüber Erpressungen zu sein.

Entführung: Reagan-Kritik an Athen

„Sicherheitsvorkehrungen unzureichend" / Appell auch an die Verbündeten

FRITZ WIRTH, Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat im Zusammenhang mit der Entführung einer amerikanischen Verkehrsmaschine durch libanesische Schiiten die „unzureichenden Sicherheitsmaßnahmen auf dem Flughafen in Athen" kritisiert. Dort hatte die Flugzeugentführung am vergangenen Freitag begonnen. Reagan rief alle amerikanischen Touristen auf, den Flughafen von Athen zu meiden, solange dort die Sicherheitsvorkehrungen nicht verbessert würden.

Der US-Präsident kündigte in einer Pressekonferenz, die sich fast ausschließlich mit der Entführung befaßte, eine Reihe von vorbeugenden Anti-Terror-Maßnahmen an, von denen sich einige direkt gegen Griechenland richteten. So ordnete er, ohne Griechenland direkt zu nennen, eine Überprüfung der Landerechte für ausländische Fluggesellschaften in den USA an, deren Länder keine ausreichende Sicherheit auf ihren eigenen Flughäfen böten und rief „alle Freunde und Alliierten der USA" auf, Reisen in jene Orte zu verhindern, „wo Gesetzlosigkeit herrscht und unschuldige Passagiere ungeschützt sind".

Zugleich verlangte Reagan von Griechenland „eine volle Erklärung" darüber, wie die Entführer an Bord der amerikanischen Maschine kommen konnten. Außerdem beauftragte er das Außenministerium zu prüfen, ob auf internationalen Flügen amerikanischer Verkehrsmaschinen zusätzliche Sicherheitsbeamte mitreisen sollten.

Der griechische Außenminister Yannis Haralambopoulos hatte sich am Dienstag gegen amerikanische Vorwürfe verwahrt. Er zitierte den US-Botschafter Monteagle Stearns zur Entgegennahme eines offiziellen griechischen Protestes in sein Ministerium. Nach einer Verlautbarung des Ministeriums erklärte Haralambopoulos dem US-Botschafter, daß „dergleichen Aktionen auf Kosten Griechenlands Erschütterungen und Konsequenzen nach sich ziehen werden, für die ausschließlich die amerikanische Seite verantwortlich" sei. Bislang hat die Flughafenverwaltung noch keine Erklärung darüber abgegeben, wie es den beiden libanesischen Luftpiraten gelang, mit ihren Waffen die Kontrollen zu passieren.

Reagan bekräftigte seine Position, daß „Amerika niemals Konzessionen gegenüber Terroristen machen wird. Es zu tun, wäre eine Einladung zu noch mehr Terrorismus. Wir werden auch kein anderes Land bitten und bedrängen, derartige Konzessionen zu machen." Der US-Präsident machte aber auch deutlich, daß es keine Möglichkeiten zur gewaltsamen Befreiung der 40 Geiseln gebe. „Ich bin so frustriert wie jeder andere", antwortete Reagan auf die Frage eines Journalisten, ob Amerika nicht mehr in der Lage sei, seine Bürger zu schützen. Man müsse jedoch, um wirksam zurückzuschlagen, zunächst den Gegner ausmachen. Reagan: „Ich könnte töricht genug sein, eine Reihe von Vergeltungsmaßnahmen zu erwägen, doch ich würde damit zugleich einige Amerikaner zum Tode verurteilen."

Erneut forderte Reagan die bedingungslose Freigabe aller amerikanischer Geiseln. Es müsse eine Lösung gefunden werden, die nicht als eine

● Fortsetzung Seite 12

Warschau verwarnt und droht Walesa

Der verurteilte Historiker Michnik: Der Faschismus klopft an die Haustür der Polen

DW. Warschau

Die seit dem Warschau-Besuch Michail Gorbatschows im April spürbar gewordene Verhärtung des politischen Klimas in Polen wirkt sich offenbar auch auf das Verhältnis des Regimes zu Arbeiterführer Lech Walesa aus. Walesa wurde gestern vom Danziger Staatsanwalt formell verwarnt. Er wurde in drohendem Ton aufgefordert, seine politischen Aktivitäten einzustellen und keine Erklärungen mehr abzugeben. Andernfalls könne die Staatsanwaltschaft „andere Mittel" anwenden. Walesa verweigerte jede Aussage.

Der „Solidarität"-Führer begründete sein Schweigen mit der Verfahrensweise der Justiz im Prozeß gegen Wladyslaw Frasyniuk, Bogdan Lis und Adam Michnik: „Die Verhandlung hat mich in meiner Überzeugung bestätigt, daß es nur eine würdevolle Art gibt, sich vor Gericht zu verhalten, und das ist die Verweigerung jeglicher Aussage und Stellungnahme. Walesa wird ebenso wie die drei am vergangenen Freitag zu Gefängnisstrafen zwischen zweieinhalb und dreieinhalb Jahren verurteilten Regimekritiker Frasyniuk, Michnik und Lis beschuldigt, eine verbotene Organisation anzuführen und zu Unruhen aufgerufen zu haben. Dabei

SEITE 2:
Wir und die Polen

geht es um einen Appell für einen Warnstreik von 15 Minuten aus Protest gegen die Preiserhöhungen, den Walesa allerdings zurückgenommen hatte, nachdem die Regierung die Preiserhöhungen zeitlich staffelte. Beobachter in Warschau rechnen damit, daß vermutlich zum 1. Juli die Fleischpreise heraufgesetzt werden.

Von Bedeutung ist, daß der Staatsanwalt Walesa insbesondere die Stellungnahme zum Ausgang des Danziger Prozesses vorhielt. Der „Solidarität"-Führer hatte erklärt, der Prozeß gefährde die Möglichkeit eines friedlichen Kampfes für die Gewerkschaftsrechte.

Für Adam Michnik, den prominentesten der Verurteilten von Danzig, trug das Verfahren „faschistische Züge" und erinnerte an die NS-Zeit und die Stalin-Ära. In einer westlichen Korrespondenten zugänglich gemachten Erklärung nannte es Michnik „schlimm und traurig", feststellen zu müssen, „daß der Faschismus an die Haustür der Polen klopft". Der Historiker Michnik berichtet ferner von Mißhandlungen bei den Verhören, die dem Prozeß vorausgingen.

Welche Rolle der Ausgang des Prozesses in dem Gespräch zwischen General Jaruzelski und Primas Glemp am Dienstag gespielt hat, blieb gestern offen.

Klage gegen Abtreibung auf Krankenschein?

ms. Bonn

Die Union wird beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe die Rechtmäßigkeit der Abtreibung auf Krankenschein überprüfen lassen. Die Verfassungsklage soll von einem CDU-regierten Bundesland, wahrscheinlich Rheinland-Pfalz, ausgehen. In Koalitionskreisen in Bonn wurde gestern erwartet, daß Bundeskanzler Helmut Kohl diese Entscheidung auf der letzten Sitzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vor der Sommerpause am kommenden Dienstag bekanntgeben wird. Die Union erhofft sich von der Begründung des dann später erfolgenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts nicht nur eine Entscheidung in der Sache, sondern auch eine möglichst präzise Abgrenzung zwischen medizinischer und sozialer Indikation. Die vielen Abtreibungen, die mit sozialen Notlagen begründet werden, sind innerhalb der Union seit längerem ein Diskussionsthema. Dabei werden Fragezeichen gesetzt, ob es sich dabei in allen Fällen um wirkliche Notlagen handelt. Die Klageführung über ein Bundesland ist für Kohl der einfachste Weg. Die Bundesregierung scheidet als Klägerin aus, weil ein solcher Schritt von dem Koalitionspartner FDP nicht mitgetragen würde. Klageberechtigt wäre außerdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Ein entsprechender Gruppenantrag müßte jedoch die Zustimmung von 174 Abgeordneten finden. Offenbar besteht in der Unionsführung Unsicherheit darüber, ob ein Antrag diese zahlenmäßige Unterstützung finden würde.

Seite 3: Ein Arzt entdeckt das Leben

Richter nennt Stationierung verfassungswidrig

DW. Frankfurt

Ein Amtsrichter hat erstmals mit der Begründung, die Stationierung von Pershing-2-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland sei verfassungswidrig, eine Blockade als „nicht rechtswidrig" eingestuft. Der Frankfurter Richter Jahr sprach im Prozeß um die Blockade des US-Nachschubdepots Frankfurt-Hausen am 9. Dezember 1983 die sechs Angeklagten vom Vorwurf der Nötigung frei. Die Blockierer hätten lediglich ihr Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Anspruch genommen. Nach der bisherigen Rechtsprechung sind auch gewaltfreie Sitzdemonstrationen auf der Straße eine „rechtswidrige Nötigung mit Gewalt".

Mit der Stationierung habe die Bundesregierung geltendes Verfassungsrecht „in zweifacher Hinsicht gebrochen", erklärte Jahr in seiner Urteilsbegründung. Die Aufstellung der Pershing-Raketen verstoße gegen das Gebot der Wiedervereinigung, wonach Bonn alles zu unterlassen habe, was die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands gefährden könnte. Zudem habe die Bundesregierung gegen das Verbot eines Angriffskrieges (Artikel 26 GG) verstoßen. Die Stationierung stelle eine „völkerrechtlich unzulässige Androhung von Gewalt" dar.

Gegen den Widerstand der Staatsanwaltschaft hatte Jahr unter anderem die Friedensforscher Carl Friedrich von Weizsäcker sowie Horst Afheldt als Sachverständige einvernommen. Sie hatten ausgesagt, die Nachrüstung habe die Gefahr eines begrenzten Krieges in Europa erhöht.

Seite 2: Was für ein Richter

SPD und SED für C-Waffen-freie Zone

p. p. Bonn

Repräsentanten von SPD und SED, an ihrer Spitze der Bundestagsabgeordnete Karsten Voigt und Politbüromitglied Hermann Axen, haben gestern in Bonn einen gemeinsam erarbeiteten und von beiden Parteiführungen gebilligten Vertragsentwurf für eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa vorgelegt. Die umstrittenen nationalen und internationalen Kontrollen – deren schwierige Modalitäten eventuellen Verhandlungen zwischen den Regierungen überlassen werden – sollen sich nach diesem Vorschlag an den Mechanismen des SALT-1-Vertrages orientieren. Die Bundesregierung sowie die USA „als unser wichtigster Verbündeter" (Voigt) sind bereits am Vortag informiert worden. Axen kündigte an, die Regierung der „DDR" werde der Bundesregierung nach einer „angemessenen" Frist auf den „üblichen diplomatischen Kanälen" förmliche Verhandlungen anbieten.

Seite 2: SED umwirbt SPD
Seite 6: Bonn fordert Verbot

EG-Kommission übergeht Veto

Ha. Brüssel

Die EG-Kommission hat gestern eine neue Kraftprobe mit der Bundesregierung begonnen. Sie beschloß eine Senkung der Getreidepreise um 1,8 Prozent, nachdem eine entsprechende Entscheidung im Agrarministerrat in der vergangenen Woche am deutschen Veto gescheitert war. Nach den Bestimmungen des EG-Rechts ist die Kommission verpflichtet, für einen ungestörten Ablauf des Marktgeschehens zu sorgen. Da das Wirtschaftsjahr für Raps und Hartweizen am 30. Juni ausläuft, sah sie sich zum Eingreifen gezwungen. Für die meisten anderen Getreidesorten soll die Preissenkung erst zum 1. August wirksam werden. Das Recht der Kommission, eine so weitgehende Verwaltungsmaßnahme zu treffen, ist umstritten. Entscheidungsdruck erhofft sie sich von ihrer Ankündigung eines Verfahrens gegen den Ministerrat wegen Untätigkeit vor dem Europäischen Gerichtshof.

Seite 6: Analyse

„Rumäniendeutsche stärker fördern"

hs. Hamburg

Der Vorsitzende der Hamburger CDU-Fraktion, Hartmut Perschau, hat nach Rückkehr von einer Rumänienreise an das Auswärtige Amt die Forderung gerichtet, sehr viel intensiver auf das Gespräch mit Vertretern der rund 300 000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zu setzen und die Mittel stärker für die Förderung der im Lande Gebliebenen zu verwenden. Der designierte Bürgermeisterkandidat der CDU für die Bürgerschaftswahlen 1986 kritisierte die in Bonn vorherrschende Orientierung auf die Auswanderung der Rumäniendeutschen. Auch Bischof Albert Klein von der evangelischen Kirche Siebenbürgens äußerte sich kritisch zu der Tatsache, daß jährlich bis zu 15 000 Deutsche aus Rumänien in die Bundesrepublik auswandern: Das Auswärtige Amt betreibe ausschließlich Auswanderungsförderung. Notwendig sei jedoch eine aktive Kulturpolitik, um die in Siebenbürgen Gebliebenen zu unterstützen.

Seite 3: Niemand will der Letzte sein

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Gemeinsam

Von Enno v. Loewenstern

Es gab Zeiten, in denen Gemeinsamkeit in nationalen Fragen als Kardinaltugend galt. Seit Völker ideologisch zerrissen sind, erlebt man Alleingänge von Oppositionsparteien über die Landesgrenzen. Aber daß eine Opposition regelrechte Abmachungen mit einer anderen Regierung trifft, noch dazu einem Feind des eigenen Staates, das ist etwas Neues.

Die SPD hielt nun mit der SED eine gemeinsame Pressekonferenz ab. Im Jahre 1966 hatte sie schon einmal einen Vorstoß in Richtung SED unternommen, aber der Vorstoß blieb brieflich, und der Gegenstand war immerhin noch ein Redneraustausch (den die SED später absagte), also ein Partei-Unternehmen. Jetzt stellte sie in trauter Zweisamkeit ein „Rahmenabkommen" für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa vor, also eine Regierungssache.

Rechtfertigt das Ergebnis den unerträglichen Auftritt? Wurde etwas erreicht, wozu die Regierungen unfähig waren?

Zum einen ist daran zu erinnern: Dregger hat Anfang Juni mitgeteilt, daß die Amerikaner nach Entwicklung neuer chemischer Kampfmittel diese in den USA behalten und die bisherigen aus der Bundesrepublik abziehen wollen. Zweitens aber: wenn es aus irgendeinem Grunde nicht so kommen und ein Chemie-Abrüstungsvertrag notwendig werden sollte, dann hängt alles von der Inspektion ab. Nun teilten die Genossen Axen und Voigt mit, daß ihre Vereinbarung eine „internationale" Kommission zur Kontrolle vorsieht. Fabelhaft, nur: Die Details müssen erst von den Regierungen vereinbart werden.

Bisher aber hat die UdSSR jede Kontrolle an Ort und Stelle selbst für die relativ leicht zu registrierenden Raketen als „Spionage" abgelehnt. Dürfen wir damit rechnen, daß sie die sehr viel intensivere Kontrolle akzeptieren (bzw. für ihren Satellitenstaat zulassen) wird, die zur Überwachung der Chemiewaffenfreiheit erforderlich ist, nur und ausgerechnet um der blauen Augen des blauäugigen Genossen Karsten Voigt willen? Oder werden wir, wie bisher immer, erleben, daß das Vorhaben anschließend an den Einzelheiten scheitert, wobei aber der Eindruck bleibt: SED und SPD an einem Tisch? Falls Leim dazugezählt werden muß, ist die SPD auf ein gefährliches chemisches Produkt gelockt worden.

Was für ein Richter

Von Manfred Schell

Das Urteil des Frankfurter Amtsrichters Christoph Jahr wird Furore machen, auch wenn es vor der nächsten Instanz kaum Bestand haben dürfte. Der Richter sprach sechs Studenten vom Vorwurf der Nötigung frei, die am 9. Dezember 1983 mit einer „Sitzblockade" vor einem amerikanischen Nachschublager gegen den Nachrüstungsbeschluß der Bundesregierung protestiert hatten.

Nun könnte man vorbringen, daß es in vergleichbaren Fällen, zum Beispiel in Mutlangen, Verurteilungen gegeben hat, Entscheidungen der Richter also immer auch davon abhängen, ob Fakten zweifelsfrei nachvollzogen werden können und wie sich die subjektive Seite darstellt. Aber dieser Vorbehalt gilt für den Frankfurter Amtsrichter nicht.

Er behauptet, für die Stationierung von Pershing-Raketen in der Bundesrepublik habe „keine Rechtsgrundlage" bestanden. In seiner dreistündigen Urteilsbegründung sprach er außerdem davon, die Bundesregierung habe mit dem Nachrüstungsbeschluß gegen das Verbot eines „Angriffskrieges" verstoßen. Beide Behauptungen sind offensichtlich falsch.

Der Zweite Senat des Bundesverfassungsgerichts hat im Dezember 1983 festgestellt, daß Grundgesetz und Völkerrecht die verfassungsrechtliche Kompetenz der entsprechenden Bundesorgane – in diesem Fall der Bundesregierung – einschließen, die Bundesrepublik wirksam zu verteidigen. Die Ausfüllung dieser Aufgabe obliege dem jeweiligen Entscheidungsorgan. Mit dieser Aussage hatte Karlsruhe Beschwerden gegen die Raketenstationierung verworfen. Die Verfassungsrichter haben damit klargestellt, daß eine Rechtsgrundlage für die Nachrüstung gegeben ist, und Jahrs Behauptung, die Stationierung sei ein Verstoß gegen das Verbot eines Angriffskrieges, also im Umkehrschluß ein Stück Vorbereitung für einen solchen Krieg, ist die skandalöseste Verleumdung, die der Regierung verbreitet werden kann. Ein Staat, der einen solchen Richter im Amt beläßt, stellt sich in Frage.

Polit-Erntehelfer

Von Detlev Ahlers

Seit vorgestern morgen lagern etwa dreißig Deutsche im Garten unserer Botschaft in Managua – Besetzung nennen sie das – und wollen die Bundesrepublik nötigen. Ihre vorschnellen Verlautbarungen bringen die USA mit einer Entführung in Verbindung, wie passend zu den Ereignissen in Beirut! Ihre Anwesenheit ist eine Beleidigung für den Botschafter, denn sie unterstellen, nur ihr Druck könne ihn dazu bewegen, einer deutschen Staatsangehörigen in Not zu helfen.

Worum geht es? Die Biologin Eva Schmemann ist vor sechs Tagen an der nicaraguanischen Antlantikküste verschleppt worden. Bisher hat niemand dafür die „Verantwortung" angemeldet. Es ist wahrscheinlich, daß es die dort aktiven anti-sandinistischen Miskito-Indianer waren. Botschafter Heubaum hat über den Rundfunk an die Entführer appelliert, sich zu melden und, vor allem, Frau Schmemann nichts anzutun.

Die Botschaftsbesetzer gehören zu den vielen Dutzend Freiwilligen aus der Bundesrepublik, die in Nicaragua zum großen Teil körperliche Arbeit unter armseligen Bedingungen leisten – meist im Ernteeinsatz –, um der sandinistischen Revolution zu helfen. Hark Bohm sagte in seinem Film über Nicaragua, viele von ihnen schwärmten für den „neuen Menschen", den Ernesto Cardenal erdacht und die Revolution hervorgebracht habe. Die meisten sind von starken Anti-US-Gefühlen geleitet und begreifen die sandinistische Machtübernahme vor allem als „anti-imperialistischen Sieg".

Ihre Forderungen sind alles andere als schwärmerisch – sie sind knallharte Politik: 1) Bonn soll sich sofort bei der Washingtoner und der honduranischen Regierung für die Freilassung Frau Schmemanns einsetzen. 2) Bonn soll alles, was in dieser Hinsicht unternommen wird, sofort der internationalen Presse mitteilen. 3) Bonn soll die finanzielle Hilfe für Nicaragua wiederaufnehmen.

Darin ist der Vorwurf der Komplizenschaft an die USA und Honduras, wohin viele Miskitos geflohen sind, enthalten. Jemandem, der hauptsächlich an der Unversehrheit Frau Schmemanns interessiert ist, müßte außerdem klar sein, daß ihr, falls es zu Verhandlungen mit den wirklichen Entführern kommt, nur Diskretion helfen kann. Also, was wollen diese Leute wirklich in der Botschaft?



Mit dem Hute in der Hand . . . KLAUS BÖHLE

Wir und die Polen

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Wer öffentlich beschwört, daß wir die Aussöhnung mit Polen wollen, kann so sicher mit allseitigem Beifall rechnen wie mit dem Amen in der Kirche. Doch die Unschärfe des Begriffs enthält eine feige Unredlichkeit: Was ist mit Polen gemeint? Der Staat? Das kommunistisch-bonapartistische Regime des Generals Jaruzelski? Oder das polnische Volk? Es kann doch niemand behaupten, der in wechselvoller Geschichte hart erkämpfte nationale Staat und das diktatorische Regime und das polnische Volk seien ein und dasselbe. Wenn aus allen Reden zum 8. Mai eine nützliche Erfahrung gewonnen werden kann, dann diese: Niemals wieder dürfen wir es zulassen, daß Diktatur und Verbrechen gegen die Menschenrechte nicht beim richtigen Namen genannt werden. Der Bewährungsfall unseres Mutes zur Aufrichtigkeit ist Polen.

Im Jahre 1977 veröffentlichte diese Zeitung (vom 3. bis 6. Mai) eine Serie des Bürgerrechtlers Adam Michnik, der jetzt im Danziger Prozeß zu drei Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden ist. Dieser Text ist eine unverzichtbare und zugleich hinreißende Lektüre für jeden, der die innere Entwicklung in Polen verstehen will. Michnik legte dar, daß Veränderungen in Polen „in Übereinstimmung mit der Breschnew-Doktrin zu erfolgen" hätten, weil sonst ein furchtbares Blutbad angerichtet würde.

Er analysierte die geistigen Vorläufer der „Solidarność" aus den Jahren 1957 bis 1964 als Konsequenz des „polnischen Oktober" 1956: Die „Revisionisten", die auf eine Evolution innerhalb der kommunistischen Partei setzten, und die „Neopositivisten", deren Kern eine Gruppe entschiedener Katholiken war, die den Marxismus und die sozialistische Ideologie ablehnte, aber sich gegenüber der Sowjetunion loyal verhalten wollte. Beide Bewegungen richteten sich an die Adresse der Autoritäten und mußten folglich scheitern.

Daraus zog Michnik die Lehre, daß die Bürgerrechtsbewegung sich nicht als „Zuträger der Regierung" verstehen dürfe, sondern der Gesellschaft – also der Öffentlichkeit – sagen müsse, wie sie handeln solle. Er sprach vom „neuen Evolutionismus" und meinte damit konkret „die Verwirklichung der Macht der Arbeiter". Das Neue war, die Arbeiter sollten sich derart organisieren, daß sie sozialen Druck auf Partei und Regierung ausüben konnten. Michniks Text aus dem Jahre 1977 endet mit den Streikkomitees der Werften in Stettin und Danzig, die den Aufbruch der „Solidarność" anzeigten.

Später, 1980, beschrieb Michnik den rationalen Kern der Bürgerrechtsbewegung „Solidarność". Ausgehend vom Danziger Abkommen (31. August 1980), sollte der Staatsmacht ein Gesellschaftsvertrag mit unabhängigen Gewerkschaften abgetrotzt werden. Schon damals ahnte Michnik, was kommen werde: Der Gesellschaftsvertrag „kann einfach ein neuer Betrug sein, ein erneutes erzwungenes Versprechen, das die Staatsmacht gar nicht einzuhalten gedenkt".

Dies ist in der Tat das vorläufige Ende. Es vollzieht sich in diesen Tagen. Die Anzeichen sind der terroristische Prozeß gegen Michnik und seine Freunde, der Druck, den Jaruzelski in seinem Gespräch mit Glemp auf den Primas auszuüben trachtete, und Prozesse gegen Priester. Jaruzelski seinerseits steht unter der Fuchtel Gorbatschows, der in Polen ideologisch „rein Schiff" machen will. Wir werden sehen, ob das Regime in Warschau jetzt daran geht, an Walesa das Exempel zu statuieren.

Dies alles muß in die Erinnerung gerufen werden, wenn es darum geht, die Frage zu beantworten, mit wem in Polen wir uns aussöhnen wollen. Die Aktivitäten unserer Regierung, besonders des Außenministers, richten sich auf den Jaruzelski-Staat, der nicht der traditionelle nationale Staat der Polen ist, sondern ein sowjetischer Satrapen-Staat. In ihrer Ausgabe vom 25. Mai dieses Jahres hat diese Zeitung den Bericht eines hochrangigen Überläufers veröffentlicht, in dem nachgewiesen wurde, mit welchen infernalischen Methoden der Jaruzelski-Staat die Bürgerrechtler der „Solidarność" verfolgt. Für die Richtigkeit dieses Berichts steht der Tod des Priesters Popieluszko ebenso wie der Verlauf des Prozesses in Danzig. Andere Aktivitäten, besonders der SPD, gelten der kommunistischen Partei, die sich nach ihrem Desaster der letzten Jahre anschickt, wieder ihre Rolle als zentrale Macht der Diktatur zu übernehmen. Hingegen war das polnische Volk nur einmal der direkte Adressat unseres Versöhnungswillens, als die deutsche Bevölkerung vielen polnischen Familien während des wirtschaftlichen Chaos im Lande Pakethilfe leistete.

Kontakte von Regierung zu Regierung und von Partei zu Partei könnten als normal angesehen werden, wenn nicht der Eindruck duckmäuserischer Wertneutralität, gar der Anbiederei bestünde. Was hat Außenminister Genscher daran gehindert, ins Fernsehen zu gehen und die Danziger Urteile zu brandmarken, wie es in Italien der Sozialist Craxi getan hat? Das Auswärtige Amt hält nur eine Erklärung für jene bereit, die sie von sich aus abrufen. Es kann doch wohl nicht damit getan sein, mal eine Visite in Warschau abzusagen, weil Jaruzelski Besuche unseres Außenministers am Grab Popieluszkos und am Grab eines deutschen Soldaten nicht dulden wollte. Und was hindert die SPD, den staatlichen Terror in Polen zu geißeln?

Das polnische Volk kann sich schwerlich als Empfänger des deutschen Wunsches nach Aussöhnung empfinden, wenn es sieht, daß wir ihr Peinigerregime nahezu kritiklos unterstützen. Die Situation ist die, daß Jaruzelski glaubt, seine Staatsmacht sei stark genug, um mit „Solidarność" den dritten und in seiner Intensität äußersten Anlauf der Bürgerrechtler unterhalb der Breschnew-Doktrin auszumerzen und zugleich die katholische Kirche als gesellschaftliche Kraft zu zermürben. Wir, die Deutschen und ihre freiheitlichen Institutionen, werden unsere Wahl zu treffen haben zwischen den Unterdrückern und den Unterdrückten. Vor dieser Wahl sah sich der Pole Michnik schon 1977.



Aussöhnung mit Jaruzelski? FOTO: CAMPION/STUDIO X

IM GESPRÄCH Jürgen Steinert

Dickbrettbohrer

Von Uwe Bahnsen

Als Berufspolitiker „verbraucht" zu werden, im wahrsten Sinne des Wortes – diese Vorstellung empfand Jürgen Steinert, einst „Botschafter" Hamburgs in Bonn, dann Wirtschafts- und schließlich Finanzsenator des Stadtstaates, für sich stets als unakzeptabel. Gleichwohl war der in Dresden geborene und zum Hamburger gewordene Sozialdemokrat stets ein Profi in dem Sinne, daß er sich seinen Aufgaben mit der äußersten Hingabe widmete.



Zum Gesamtverband Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen: Steinert FOTO: CHRISTA KUJATH

Nach einem fast zweijährigen Gastspiel als Kaufmann in einer Im- und Exportfirma, das er nach seinem Ausscheiden aus dem Senat Ende Januar 1983 gab, wird Steinert im Januar 1986 eine Aufgabe übernehmen, für die er als prädestiniert gelten kann: Er wird Vorstandsvorsitzender des Gesamtverbandes Gemeinnütziger Wohnungsunternehmen in Köln. Da diese Position, wie er selbst weiß, „die ganze Kraft verlangt", wird der 48jährige Volkswirt sein Bürgerschaftsmandat niederlegen.

Seine Erfahrungen werden sich als notwendig erweisen, um der Verantwortung für die rund 1200 Genossenschaften und mehr als 600 Wohnungsbaugesellschaften gerecht zu werden. Der gelernte Einzelhandelskaufmann ging 1958 zur Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und mauserte sich dort zu einem Experten für bildungspolitische Fragen. Nach einem Studium an der Hochschule für Wirtschaft und Politik kehrte er 1965 als Gewerkschaftssekretär zur DAG zurück. SPD-Mitglied ist er seit 1957.

Der damalige Schulsenator Günter Apel, auch in der DAG groß geworden, holte Steinert, damals 34, als Regierungsdirektor in seine Behörde. Nach drei Jahren, im März 1974, gelang ihm der Sprung in den Senat – als Bevollmächtigter der Hansestadt in Bonn. Dort wurde er zu einem erfolgreichen Anwalt Hamburgs: kontaktstark, gründlich, effizient.

Im der Hamburger SPD-Führung sahen einige diese Bilderbuchkarriere mit gemischten Gefühlen und beschlossen, Steinert ein Ressort zu geben, in dem es galt, „dicke Bretter zu bohren": die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft. Die treibende Kraft bei dieser Entscheidung war der damalige Bürgermeister Hans Ulrich Klose. Er, der 1978 einen triumphalen Wahlsieg errungen hatte, driftete unter dem Einfluß seines Pressesprechers Bissinger nach links ab und geriet in einen Dauerkonflikt mit der Wirtschaft – nicht nur wegen des Kernkraftwerks Brockdorf, sondern auch wegen seiner ideologischen Eskapaden, etwa der These vom „Staat als Reparaturbetrieb des Kapitalismus".

Für Wirtschaftssenator Steinert, einer der Säulen des Mitte-Rechts-Lagers der Partei, waren das turbulente Jahre, in denen Klose, wie er einmal sarkastisch anmerkte, „kräftig von meinem Konto abbuchte". Er erwies sich als standfester, um Ausgleich mit der Wirtschaft bemühter Pragmatiker. Wenn es freilich sein mußte, konnte der begeisterte Skifahrer Steinert in der Politik auch Slalom laufen.

Ehefrau Christine Steinert, eine Österreicherin und seit 1962 mit dem damaligen DAG-Sekretär verheiratet, ist Bezirksamtsleiterin in Hamburg-Bergedorf und will es bleiben. Jürgen Steinert wird das Problem per Zweitwohnung lösen. Seinen Vorsatz, beim Ausscheiden aus dem Senat „noch etwas Neues anzufangen, ehe es für einen Berufswechsel zu spät ist", hat er verwirklicht.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Lübecker Nachrichten

Sie schreiben zur Volkszählung:

Es wird also mindestens noch zwei Jahre dauern, bis die Statistiker eine genauere Übersicht über die Bevölkerungsstruktur in der Bundesrepublik haben. Dafür aber können sich die Bürger ein ziemlich treffendes Bild vom gegenwärtigen Zustand des demokratischen Staatswesens machen. Es ergibt sich aus der Tatsache, daß weder die Bundesregierung noch die Parteien, welcher Couleur auch immer, die Verantwortung für eine neue Volkszählung übernehmen wollen: und zwar nicht etwa, weil sie ein schlechtes Gewissen haben, sondern schlicht und einfach, weil sie dadurch Nachteile bei den anstehenden Wahlen befürchten müssen. Das und nichts anderes ist der dürftig bemäntelte Grund für die neuerliche Verschiebung.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Das Karlsruher Blatt meint zur KSZE:

Vor genau zehn Jahren gingen Ost und West auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eine Reihe von Verpflichtungen ein. Amerikaner und Westeuropäer bekannten sich feierlich zum Gewaltverzicht auch und gerade gegenüber den Nachkriegsgrenzen in Europa. Die Gegenleistungen waren im „Korb 3" der Vereinbarung untergebracht – der alle Staaten auf die Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker festlegt. Schon bald nach Helsinki stellte sich die bittere Erkenntnis ein, daß die roten Machthaber keineswegs daran dachten, der Prinzipienerklärung nachzukommen. Wo immer sich Bürgerrechtsgruppen zur Überwachung der Menschenrechte bildeten, schlug die Geheimpolizei zu, verschwanden die Dissidenten in Lagern, wurden politisch unliebsame ausgebürgert...

WASHINGTON POST

Sie geht auf Südafrika ein:

Die südafrikanische Regierung verstärkt ihre Politik der Stärke und der Drohungen gegen ihre Nachbarn. Erst vor einigen Tagen drangen ihre Streitkräfte unter dem Vorwand in der Hauptstadt Botswanas ein, Guerrilla-Stützpunkte bekämpfen zu wollen. Dabei wurden 14 Menschen kaltblütig umgebracht – darunter drei Frauen und ein fünfjähriges Kind. Sodann setzte Pretoria seinen lange gehegten Plan in die Tat um und setzte eine Marionettenregierung in seiner langjährigen Kolonie Namibia als Alternative zu einem international akzeptablen Kabinett ein. Der Angriff auf Botswana macht klar, warum schon die Existenz der Apartheid in Südafrika eine Gefahr für die Nachbarn darstellt. Südafrika ist nämlich den Beweis schuldig geblieben, daß Guerrillas des Afrikanischen Nationalkongresses von Botswana aus operierten. Statt dessen stürmte es das Land und brachte den Tod – vermutlich in der Absicht, die Einschüchterung noch zu verstärken, die das Leben der Nachbarn bereits seit Jahren vergiftet hat.

Die SED umwirbt die SPD. Das Ziel: Aktionseinheiten

Die Vorbereitung des vierzigsten Jahrestages der Zwangsvereinigung / Von Werner Kahl

Nicht wenige Politiker am Rhein und anderswo zogen während des langfristig vorbereiteten Revanchismus-Trommelfeuers die Köpfe ein in der Erwartung, daß es nach dem 8. Mai für die Feuerwerker der Sowjetpropaganda einen Aschermittwoch geben werde. Mit Kalkül bereiteten KPdSU und SED jedoch bereits die nächsten Schritte vor. Denn in der Deutschlandpolitik sollen nun „die Lehren aus dem 8. Mai 1945" gezogen werden.

Erneut bemüht sich die SED – wie 1966 anläßlich des zwanzigsten Jahrestages der Vereinigung von KPD und SPD – um die Gunst der Sozialdemokratischen Partei. Das Werben um Aktionseinheit und Bündnisse setzt diesmal ein Jahr vor dem vierzigsten Jahrestag der Liquidierung der Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone ein. Am 21. April 1946 wurde in Ost-Berlin die Vereinigung von KPD und SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" besiegelt, nachdem den KP-Funktionären klargeworden war, daß sie von der Bevölkerung abgelehnt wurden.

„Die Ausschaltung der Sozialdemokratie hat die SED-Führung vor Augen, wenn sie jetzt wieder nach der ‚Aktionseinheit' ruft." Das schrieb im Juni 1966 der Politikwissenschaftler Jens Hacker in der Zeitschrift „Politische Meinung". Nach dem Bau der Mauer und der Anlage eines Todesstreifens wurde es damals nicht für möglich gehalten, daß die SED die SPD für eine Zusammenarbeit gewinnen könne.

Die SED-Führung unternahm jedoch alles, um auf die Politik der SPD Einfluß zu gewinnen und Differenzen innerhalb der Partei für sich auszunutzen. Das erklärt ständige Kontaktanbahnungen auf allen Ebenen, zum Beispiel die „Gesamtdeutsche Arbeiterkonferenz" und Versuche, die Gewerkschaften sowie die Friedensbewegung zu unterwandern.

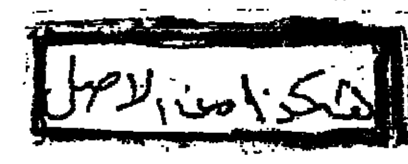
Unter Anspielung auf die bündnispolitischen Ziele der Kommunisten in der Bundesrepublik wird in einer jüngst in Ost-Berlin erschienenen parteioffiziellen Untersuchung („Die Rolle der KPD im Jahr der Befreiung") darauf verwiesen, daß das „Zusammenwirken von Kommunisten und Sozialdemokraten in Form von Aktionseinheit das Vorherrschende und Typische" im Jahre 1945 gewesen sei. Dies sei mit der Vorstellung verbunden gewesen, einer „einheitlichen sozialistischen Einheitspartei den Boden zu bereiten". Dieser Gedanke habe sowohl bei rechten wie bei linken Sozialdemokraten vorgeherrscht. Es habe allerdings auch Sozialdemokraten gegeben, die „von vornherein jede Einheit mit den Kommunisten in prinzipieller Feindschaft zur marxistisch-leninistischen Bewegung ablehnten".

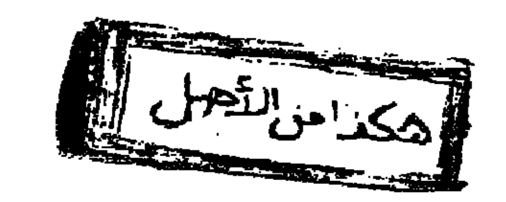
Am „radikalsten antikommunistisch" sei der erste SPD-Vorsitzende nach dem Krieg, Kurt Schumacher, aufgetreten, heißt es in dem Bericht des Instituts für Marxismus-Leninismus beim SED-Zentralkomitee. Bereits am 6. Mai 1945 hatte sich Schumacher auf der Gründungsversammlung des SPD-Ortsvereins Hannover gegen einheitliches Auftreten mit den Kommunisten gewandt. Die Zielrichtung der neuen Umarmungspolitik für eine Einheitsfront ist deutlich: die heutige SPD unter Willy Brandt von seinen Vorgängern Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer, der zu der ebenfalls angegriffenen „Londoner Gruppe" emigrierter Sozialdemokraten gehörte, zu trennen.

Moskau und die SED-Führung hofferen vielmehr nach der Rückkehr ihres langjährigen Horchpostens und Aufpassers Guillaume, der über unbekannte Weichenstellen zu Beginn der Ostpolitik 1970 als Adjutant bei Brandt eingeschleust worden war, wiederum den Vorsitzenden der SPD. So kommen in der ideologischen Zeitschrift „Probleme des Friedens" der internationalen orthodoxen kommunistischen Bewegung seit einiger Zeit auch Sozialdemokraten zu Wort.

Bei der Aufbereitung des bevorstehenden zehnten Jahrestages der Unterzeichnung der KSZE-Akte von Helsinki lobte jetzt die in Ost-Berlin erscheinende „Weltbühne" Brandt als weitsichtigen Entspannungspolitiker. Und der DKP-Vorstand versicherte: „Wir ringen auch darum, Sozialdemokraten und ihre Organisationsgliederungen für die Aktivitäten außerhalb der Parlamente zu gewinnen." Außerparlamentarischer Druck, auf die Straße gehen, die sozialistische Rückwende bei der Bundestagswahl 1987 anpeilen: das sind Programmpunkte für eine Aktionseinheit zwischen SPD und SED.

Im Frühjahr 1966 fragte der SPD-Vorstand die SED-Führung, wie man unbefangen diskutieren wolle, „wenn auf Menschen geschossen wird, weil sie aus dem abgetrennten Teil ihres Vaterlandes ausbrechen wollen". Der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Löffler, auf die Entwicklung seitdem angesprochen, erinnerte diese Zeitung an einen Beitrag aus seiner Feder zum fünfundzwanzigsten Jahrestag der Zwangsvereinigung: „Nach dem 22. April 1946 schwanden die Illusionen über die Ziele der sowjetischen Politik in Europa dahin", schrieb er. Das gelte bis heute.





In Siebenbürgen will niemand der Letzte sein

Auswanderung bedeutet den Schritt in die westliche Freiheit; Auswanderung bedeutet aber auch eine immer drohender werdende Auszehrung des Deutschtums im Lande. Die Siebenbürger Sachsen stecken in einem kaum lösbaren Dilemma.

Von HERBERT SCHÜTTE

In Rumänien gehen die Lichter aus: Vor dem Hotel „Bucaresti", dem führenden Haus der Hauptstadt, sind 16 der 20 Kugellampen abgeschaltet, die großen Plätze der 2,2-Millionen-Einwohner-Metropole liegen im Dunkeln. Die Regierung spart Strom.

Gehen bald auch für die Siebenbürger Sachsen, die seit gut 700 Jahren hier im Lande sind, die Lichter aus? Bleiben durch die Auswanderung in die Bundesrepublik Deutschland „nur die Hilflosen" übrig, wie der Siebenbürger Bischof Albert Klein es ausdrückt, während die Tüchtigen der Herrschaft Ceausescus den Rücken kehren – mit Rückenstärkung der Bundesregierung?

Bedrückt und ratlos angesichts dieser Fragen, kehrte die Hamburger CDU-Bürgerschaftsfraktion am Dienstagabend von einer viertägigen Reise durch Siebenbürgen heim. Fraktionsvorsitzender Hartmut Perschau diagnostizierte: „Es ist nur eine Frage der Zeit, wann die deutsche Infrastruktur umkippt."

In der deutschen Botschaft schätzt man, daß von den rund 300 000 Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben etwa 90 Prozent das Land verlassen wollen. Wer die Gründe sucht, braucht nur auf die Schlangen vor den Fleisch- und Brotläden und auf das kümmerliche Gemüseangebot der Märkte zu schauen: Zeichen der Wirtschaftsmisere sind auch die wartenden Autokolonnen vor den Tankstellen, wo nur geringe Mengen Benzin zugeteilt werden.

Für die Siebenbürger Sachsen, die ihre Sprache und Kultur, ihre Schulen, Theater und Zeitungen behalten haben, hat der hartnäckige Auswanderungswille – vor allem der jungen Menschen – die eine unheilvolle Sogwirkung: Keiner will der Letzte sein.

Stadtpfarrer Wolfgang Rehner von der 500 Jahre alten Stadtpfarrkirche in Hermannsburg – jetzt Sibiu – beschreibt diese Entwicklung mit dem Satz: „Man hat Angst, hier allein zu bleiben." Der Oberhirte einer Gemeinde von 9200 Seelen erkennt einen Prozeß der langsamen Auszehrung der Gemeinden und zieht den Schluß: „Ich sehe die Auswanderung im Grunde als eine Katastrophe an, wenn ich an die kulturelle Identität der Deutschen in Siebenbürgen denke." Sein hartes Urteil: „Ein Pfarrer, der ein Paßgesuch einreicht, hat damit einseitig gekündigt."

Von den 140 evangelischen Seelsorgern in Siebenbürgen haben bereits 38 die Kündigung ausgesprochen. „Es ist uns nicht gelungen den Pfarrern klarzumachen, daß sie in der Bundesrepublik keine Stelle bekommen", bedauert Bischof Klein. Die „mächtige Kraft, zu verdrängen, was einem nicht paßt", habe zu einem deutlichen Realitätsverlust geführt.

Dafür steht den Deutschen die Realität im 20. Jahr der Ceausescu-Führung – auf das Jubiläum wird täglich in den Zeitungen hingewiesen – um so schmerzlicher vor Augen: Der Gürtel ist so eng geschnallt wie wohl in keinem anderen Land des Ostblocks.

Der Wunsch, das Land zu verlassen, ist überall spürbar. Gegenüber den Hamburger Besuchern zählt ein junger Mann seine Vorzüge in der Erwartung auf, daß nach dieser Schilderung ein Mädchen aus der Bundesrepublik zu einer Heirat bereit ist und ihm damit den Schlagbaum zur Ausreise öffnet. Er spricht im Flüsterton; er hat Angst vor Spitzeln.

Die Geheimpolizisten sind zwar überall gegenwärtig, doch in Rumänien ist erlaubt, was in manchem Ostblockland noch undenkbar ist: In den Hotels durfte die Oppositionsfraktion der Hansestadt CDU-Schilder mit den Programmankündigungen für den nächsten Tag anbringen; die rumänischen Busse der Delegation trugen Hamburger Wimpel. Hinter der Frontscheibe eines der Busse steckte neben Lenin-Plaketten ein Button von der CSU. Die deutschen Pfarrer konnten ungehindert vor Fernsehkameras und Mikrofonen sprechen.

Den Deutschen, die im Lande aushalten, bleibt ihre Sprache, ihr Brauchtum – fast in jedem Haus gibt es noch eine Tracht – und ihre Schule. Doch wenn in einem Dorf von 600 Einwohnern drei oder vier kinderreiche Familien (ca. zwölf Kinder) fortgehen, kann das die Sollstärke eines deutschen Oberkurses an der dortigen Schule gefährden.

Wenn ein Pfarrer ausreist, besteht die Gefahr, daß eine Gemeinde für lange Zeit verwaist bleibt. „Wir haben Schwierigkeiten", so berichtet Albert Klein, der seit 1969 an der Spitze der evangelischen Kirche Siebenbürgens steht, „Mitglieder für unsere Gemeinderäte zu finden". Die deutsche Kirche in Siebenbürgen habe in ihrer 700jährigen Geschichte schon vielen lebensbedrohenden Situationen gegenübergestanden. „Doch die Krise heute ist von besonderer Virulenz: Man kann sich ihr entziehen. Man kann hinaus. Das hat es noch nie gegeben." Für sich persönlich hat der 70jährige die Entscheidung getroffen: „Ich bleibe hier."

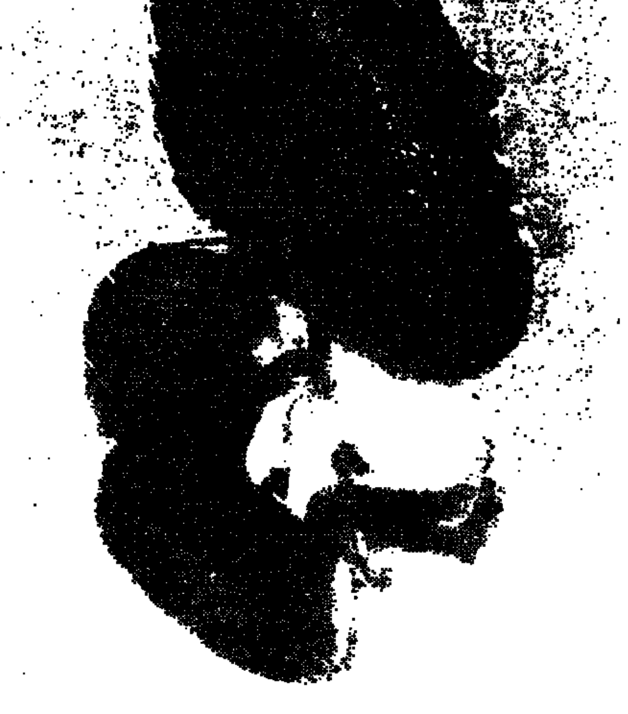


Siebenbürger Sachsen im Sonntagsstaat: Tradition ohne Zukunft? FOTO: JÜRGEN VOLKMANN

Ein Arzt findet das Leben



86 300 Abtreibungen wurden im Jahr 1974 offiziell in der Bundesrepublik Deutschland gemeldet . . .



. . . doch die Dunkelziffer liegt weit höher: Experten sprechen von 250 000. FOTOS: KOCH/CAMERA PRESS

Von E. NITSCHKE

Der Gynäkologe Professor Bernhard Nathanson sitzt am Schreibtisch und plaudert über die Tatsache, daß er in seiner Praxis bis heute etwa 75 000 Abtreibungen vorgenommen hat. Nathanson kann dabei sogar verbindlich lächeln, denn er hat die Front gewechselt, nachdem er „das Leben" der Embryos erforscht hat. Jetzt ist er ein weltweiter Kämpfer gegen den Schwangerschaftsabbruch. Seinen mit Ultraschall aufgenommenen Film vom Leben und Sterben eines daumenlutschenden 12 Wochen alten Fötus im Mutterleib durfte schon der Europarat sehen – in erträglichen Auszügen jetzt auch ein Millionen-starkes deutsches Fernsehpublikum.

Daß Nathanson in den USA praktiziert, seine Bekenntnisse nun aber auch in Europa verbreiten läßt, begleitet den politischen Kampf in CDU und CSU, den jetzigen Paragraphen 218 neu zu fassen und bei mutmaßlich 250 000 Abtreibungen pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel Schwangerschaftsabbrüche nach der sozialen Indikation aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen zu streichen.

Günther von Lojewski, in dessen „Report"-Sendung im ersten TV-Programm Auszüge von Nathansons Abtreibungsfilm gezeigt wurden: „Wir sehen das Herz des Kindes 140 Mal in der Minute schlagen. Das Kind führt den Daumen zum Mund. Jetzt wird es abgetrieben – präzise gesagt: Mord."

Wie der allerdings vonstatten geht, das wurde dem Publikum nach endlosen Diskussionen in der Fernsehanstalt nur akustisch, nicht aber optisch vorgeführt. Lojewski: „Wir waren der Ansicht, daß sich dies einer solchen Vorführung entzieht." Nämlich wie der Fötus „zu fliehen scheint", als sich das Absaugerohr des Abtreibearztes nähert, und wie, so der Moderator, der Fötus „Stück für Stück auseinandergerissen wird".

Schon um die wenigen Minuten mit dem erklärenden Arzt vor dem Bildschirm des Ultraschall-Aufnahmegeräts vorzubereiten, den auch in der geschnittenen Fassung unvermeidlichen Schock des Publikums aufzufangen, hatte die Fernsehanstalt vorher in deutsche gynäkologische Kliniken hineingeschaut. Eine Mutter von zwei Kindern, elf und zwölf Jahre alt, im Eiltransport auf dem Wagen in den Operationssaal eines Berlin-Kreuzberger Krankenhauses: „Ick sitze unerhört in der Notlage. Ick bin zwar verheiratet, aber auf meinen Mann kann ick mich nicht verlassen. Drei Kinder – das schaff' ick allein auf keinen Fall!"

Chefarzt Dr. Dieter Griebner erklärte, daß in seinem Haus pro Jahr 120 bis 150 solcher Eingriffe gemacht werden. In der Vahrendwalder Klinik, einem privaten Haus in Hannover mit nur 40 Betten, sagt der leitende Arzt Dr. Peter Meyer-Menk, daß es früher etwa 600 Abbrüche bei ihm pro Jahr gegeben habe, von Mai 1984 bis Mai 1985 sei diese Zahl auf 450 heruntergegangen.

Offiziell wird angeblich in der Bundesrepublik und West-Berlin pro Jahr nur jeder dritte Schwangerschaftsabbruch gemeldet. 1977 waren es 54 309, 1982 stieg die Zahl auf 91 000, 1984 lag sie bei 86 300. Günther von Lojewski begleitete diese Zahlen mit dem Text: „Für Robbenbabies schlägt in Deutschland das Herz lauter." Sein US-Ultraschallfilm sei „hart, brutal, aber ein historisches Dokument". Was viele nicht gewußt haben könnten, werde jetzt bewiesen: daß schon ein 12 Wochen alter Fötus das Studium der winzigen Herzklappen ermögliche, daß, wie Nathanson vorstellte, Mund, Nase und Füllung der Gehirnkammern nachweisbar seien.

Diesen Nachweis hat schon eine Broschüre geführt, die das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit 1984 in großer Auflage herausgab. Text und Titelbild: „Ein Fötus im Mutterleib kann bereits empfinden und erleben: Seine Augen sind noch geschlossen, aber Wochen vor der Geburt kann er schon Hell und Dunkel unterscheiden. Mit all seinen erwachenden Sinnen – vor allem Fühlen und Hören – nimmt er seine kleine Umwelt wahr. Auf seine Weise spürt er schon, ob er geborgen ist."

Bis vor wenigen Jahren, so heißt es in der Broschüre, habe die Annahme vorgeherrscht, der Embryo durchlaufe während seines Wachstums „tierähnliche Stadien". Die moderne Embryologie habe diese (auf Ernst Haeckel und sein „Biogenetisches Grundgesetz" von 1866 zurückgehende) Vorstellung als falsch widerlegt, der Irrtum halte sich aber „leider mit besonderer Hartnäckigkeit".

Um werdende Mütter in ihrem Entschluß zu bestärken, das Kind auch zur Welt zu bringen, wird in der Schrift unter anderem erwähnt: „So unglaublich es uns erscheint: Wenn der Embryo noch nicht einmal ganze zwei Millimeter groß ist, funktioniert bereits sein Gehirn."

Drei Prozesse, viele Lügen und unzählige Rätsel

Papst-Attentat, bulgarischer Geheimdienst, Camorra und die Geheimloge P 2: Steht alles miteinander in Verbindung? Noch halten sich Aussagen und Dementis die Waage.

Von F. MEICHSNER

Wer lügt eigentlich nicht? Das scheint zur Preisfrage in drei italienischen Prozessen geworden zu sein, die sich seit einigen Tagen zu einem einzigen unentwirrbaren Konspirationsknäuel zu vermengen drohen. Die weit über Italien hinaus interessierende Wahrheit, die den Hintergrund des Papstattentats aufhellen soll, ist darin selbst mit dem stärksten Mikroskop bisher nicht auszumachen.

Die drei Prozesse laufen unter den Stichworten „Bulgarian connection", „Camorra" und „Super-S". Letzteres steht dabei für „Super-Sisme", einem angeblich von der Geheimloge P 2 beherrschten illegalen Kontrollorgans des ehemaligen italienischen Geheimdienstes.

Wenn der im Camorra-Prozeß von Neapel angeklagte „reumütige" Gangster Giovanni Pandico nicht lügt, geht die Verflechtung auf das Jahr 1981, also auf eine Zeit zurück, die lange vor dem Beginn der drei Prozesse liegt. Im Sommer dieses Jahres wurde der gerade zu lebenslanger Haft verurteilte türkische Papstattentäter Mehmet Ali Agca in die als ausbruchsicheres „Supergefängnis" deklarierte Haftanstalt von Ascoli Piceno an der Adria eingeliefert. Er erhielt eine Zelle neben dem Boß der „Neuen organisierten Camorra", Raffaele Cutolo, zugewiesen, als dessen „Privatsekretär" damals noch Pandico fungierte.

Das ist der objektiv gesicherte Tatbestand, den Pandico dieser Tage – erst in einem Interview, dann im neapolitanischen Gerichtssaal vor einer Traube von Journalisten – durch die folgende Erzählung ergänzte:

„Agca war verängstigt. Er konnte kein Italienisch, hatte keine Anzüge, war total kahlgeschoren. Seine Zelle war verdreckt. Ich und Cutolo beschlossen, ihm zu helfen. So ein Typ konnte uns sehr nützlich sein. Wir konnten ihn unter Umständen als Killer im Gefängnis gebrauchen. So besorgten wir ihm Kleidung und ein Fernsehgerät. Wir ließen seine Zelle mit Teppichen auslegen. Wir schenkten ihm Bücher und ein Wörterbuch."

Jedes möglicherweise aufkommende Erstaunen wischte Pandico mit der Bemerkung hinweg: „Ascoli Piceno war weit mehr als ein Gefängnis, es war ein Hauptquartier unserer Neuen organisierten Camorra. In dieser Zeit zählte dort die Gefängnisleitung gar nichts. Wer Hilfe brauchte, mußte sich an uns wenden." Gefängnisdirektor Cosimo Giordano bezeichnete er als „il nostro amigo".

Ende September sei dann Agca vom Bischof von Ascoli Piceno, Monsignore Morganto, besucht worden. Danach habe er viele Stunden im Gespräch mit Gefängniskaplan Santini, „einem unserer Mitglieder", verbracht. Am 29. Dezember seien auch zwei Leute des Geheimdienstes zu Agca gekommen. „Eines Tages erfuhren wir", so Pandico, „daß der Justizminister für den 2. März Cutolos Verlegung nach Asinara (Sardinien) angeordnet habe. Fünf oder sechs Tage vor diesem Datum warnte uns unser Freund Giordano, der Gefängnisdirektor. ‚Paßt auf', sagte er zu mir, ‚die wollen 'o professore (Cutolo) während der Reise umbringen.' Über unseren Anwalt setzten wir uns mit Pazienza (ein heute in New York einsitzender, damals für den Geheimdienst arbeitender dunkler Geschäftsmann und P-2-Mitglied) und Musumeci (General und ehemaliger stellvertretender Geheimdienstchef, ebenfalls P-2-Mitglied) in Verbindung."

Musumeci sei sofort nach Ascoli gekommen und habe einen Handel vorgeschlagen. „Er setzte die Verschiebung von Cutolos Verlegung um zwei Wochen durch, und erhielt von uns dafür die Zusage, Agca zur Zusammenarbeit mit der Justiz zu bewegen. Er gab uns (für Agca) den Entwurf eines Aussageprotokolls, in dem von der Sowjetunion und Bulgarien die Rede war. Wir ließen den Türken unterschreiben."

Soweit die Erzählung des als „lebendes Archiv der Camorra" geltenden „superreumütigen" Pandico, der im neapolitanischen Camorra-Prozeß auch einer der Hauptbelastungszeugen gegen den unter der Anklage des Drogenhandels stehenden radikalen Europarlamentariers und Ex-TV-Showmaster Enzo Tortora ist.

Agca hat die Version sofort bestritten. Er behauptet, Pandico niemals begegnet zu sein. Auch Musumeci, heute einer der Hauptangeklagten in dem römischen Prozeß gegen die „Super-S"-Organisation, dem unter anderem die Verwischung von Spuren zur Aufdeckung des Bombenattentats auf den Bahnhof von Bologna (August 1980) vorgeworfen wird, leugnet alles. Er sei nie im Gefängnis von Ascoli gewesen, versichert er.

Wer lügt hier nicht? Das römische Schwurgericht, vor dem sich Agca gemeinsam mit dem von ihm belasteten türkischen und bulgarischen Mitangeklagten zu verantworten hat, beschränkte sich zunächst darauf, die Erzählung Pandicos zu den Akten zu nehmen. Es behielt sich vor, den „Camorrista" später noch direkt einzuvernehmen. Seine Erzählung ist zumindest in einem Punkt widerlegt: Zum angeblichen Zeitpunkt seines Besuches im Gefängnis von Ascoli Piceno war Musumeci nicht mehr stellvertretender Geheimdienstchef.

Was die Zustände in diesem „Supergefängnis" anbelangt, gab freilich ein anderer „pentito" (reumütiger) dem Cutolo-Sekretär im neapolitanischen Camorra-Prozeß uneingeschränkt recht. Salvatore Federico, Chauffeur von Cutolos Frau Rosetta, berichtete: „Steckbrieflich gesuchte Camorristi gingen dort in Karabinieri-Uniform ein und aus, und zu den Besuchern gehörte auch Rosetta Cutolo in Polizeiuniform."

Laut Pandico wurde in diesem Gefängnis 1981 auch der Freikauf des von den Roten Brigaden entführten neapolitanischen DC-Politikers Ciro Cirillo ausgehandelt. Die entscheidende Besprechung habe im Büro des Gefängnisdirektors Giordano zwischen Cutolo, dem jetzigen DC-Minister Gava, der „Don Raffaele die Hand küßte", und dem P-2-Mann Pazienza stattgefunden. Der Camorra-Boß habe gegen ein Lösegeld in Höhe von 2,4 Millionen Mark, das Industrielle aus Kampanien an die Roten Brigaden und die Camorra zahlten, die Freilassung Cirillos vermittelt.

Lauter Lügen – auch das? Pandico ist ein „Überläufer" und deshalb sicherlich mit Vorsicht zu beurteilen. Ihn mag die Hoffnung bewegen, daß die Strafe für sein früheres Mitwirken an zahllosen Camorra-Verbrechen um so geringer ausfällt, je sensationeller seine „Enthüllungen" sind. Immerhin hat er für seine „Zusammenarbeit mit der Justiz" schon einen hohen Preis gezahlt. Die Camorra ermordete seine Mutter.

Auch Agca gilt als „pentito". Der über ihn zu Gericht sitzende Richter hat freilich in letzter Zeit mehr als einmal durch Fragen seinen Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieses Kronzeugen für die „Bulgarian connection" beim Papstattentat erkennen lassen. Auch der Auftritt als „wieder Fleisch gewordener Jesus Christus" hat den Türken nicht gerade glaubwürdiger gemacht. Auf ihn scheint – zumindest in diesem Punkt – eher das von Christoph Martin Wieland schon vor zwei Jahrhunderten geprägte Motto zuzutreffen: „Ein Wahn, der mich beglückt, ist eine Wahrheit wert, die mich zu Boden drückt."

Daß Lügen kurze Beine haben, hat sich jedenfalls in den drei merkwürdig ineinander verwobenen Prozessen um Papstattentat, Camorra und dunkle Geheimdienstmachenschaften bisher nicht bestätigt. Vorläufig scheinen sie noch der Wahrheit mit langen Beinen davonzulaufen.





Giovanni Pandico (Camorra), links, erzählt abenteuerliche Geschichten über Ex-General Pietro Musumeci (P 2). FOTOS: DPA/AP

In der Union ist jetzt Zurückhaltung gefragt

Aber: Außenpolitik bleibt Zündstoff in der Koalition

THOMAS KIELINGER, Bonn

Eine Woche vor der parlamentarischen Sommerpause weichen in den Reihen der Unionsfraktion die Debatten der letzten Wochen einer überragenden Erkenntnis: Es darf in den zwei Monaten des berüchtigten „Sommerlochs" keine „Interview-Pest" geben, wenn die Regierung nicht weiter ihren Kredit verspielen will. Da auch das Kanzleramt hierin die wichtigste Hausaufgabe des Sommers sieht, geben sich die zuletzt arg strapazierten Spitzengremien aus CDU und CSU der Hoffnung hin, daß die Kohl-Regierung aus dem von CDU-Generalsekretär Geißler diagnostizierten „Zwischentief" endlich herauskommen werde.

Wichtige Vorarbeiten glaubt man erfolgreich abgeschlossen zu haben. So liegt im Bereich der Rechts- und Innenpolitik ein tragfähiger Kompromiß auf dem Tisch, der lediglich Fragen über das Wann der parlamentarischen Behandlung offenläßt, etwa beim Thema Demonstrationsstrafrecht. Das zweite wichtige Einigungswerk sind die Beschlüsse zur Arbeitsmarktbelebung und die endgültige Verabschiedung der zweistufigen Steuerreform. Rechtzeitig zum 1. Juli können somit die Haushaltshaltsberatungen in neuem Geiste der Regierungseintracht beginnen. Die CSU hat ihre Einwände gegen die Zweistufigkeit der Steuerreform zwar nicht zurückgezogen, übte sich aber in praktischer Loyalität, als sie unlängst das Gesetzeswerk im Bundesrat passieren ließ.

Spitzengespräch

Lediglich ein dritter Kernbereich der Regierungsarbeit, die Außenpolitik, bedarf noch der einvernehmlichen Definition und Sprachregelung, wenn nicht doch wieder die „Interview-Pest" Zwist ins Regierungslager tragen soll. Der Außenpolitik werden sich die drei Parteivorsitzenden noch im Juli in einem Spitzengespräch widmen. Daß man sich dabei auf besonders heiklem Boden befindet, machte die Fraktionssitzung der CDU/CSU in dieser Woche erneut klar, als – nicht zum ersten Mal – deutliche Kritik an Darstellung und Modus der von Hans Dietrich Genscher reklamierten außenpolitischen „Kontinuität" vorgetragen wurde. Aufhänger war das jüngste Interview Genschers mit dem Deutschlandfunk (vgl. WELT vom 12. 6.)

Fraktionschef Alfred Dregger selber legte den Finger auf die Wunde, als er hervorhob, daß zwar jede Regierung in Kontinuität zu ihrer Vorgängerin stehe, daß aber „eigene Akzente" unverzichtbar seien. Diese eigenen Akzente vermissen viele Unionsabgeordnete in der vom Außenministerium vertretenen Linie. Man wirft Genscher undeutliche Vertretung der deutschen Rechtspositionen in bezug auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete vor, man reibt sich an Floskeln wie „neue Phase der Entspannungspolitik", aber auch an Stellungnahmen zu Fragen der 3. Welt, wo man den Außenminister allzusehr im Schlepptau gängiger UNO-Deklamationen sieht.

Verschiedene Auffassungen

So hob der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Theo Waigel, in einem Interview mit der „Deutschen Welle" am 18. Juni hervor, daß sich beispielsweise in der Südafrika-Politik die Auffassungen zwischen Union und FDP „nicht decken". Während das deutsche Außenministerium, darin mit der UNO-Mehrheit einig, mehr zu Verurteilungen Südafrikas und der südafrikanischen Namibia-Politik neigt, betont Waigel, daß man etwa in Südwestafrika „einem Ansatz zu mehr Demokratie und mehr Mitwirkung eine Chance geben sollte". Beobachter sehen in der Südafrika-Thematik die Potenz für neuen außenpolitischen Streit im Regierungslager. Interessanterweise zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung innerhalb der amerikanischen Regierung ab.

Die Frage, wie man möglichst unbeschadet die Sommerpause übersteht, wird letzlich an die Führungsstärke des Kanzlers gerichtet. Er seinerseits braucht genaue Absprachen mit den „Verkäufern", den Regierungssprechern, damit der Markt mit den richtigen politischen Initiativen bedient wird. Wie die WELT erfuhr, hat noch der inzwischen aus dem Amt geschiedene Regierungssprecher Boenisch erste Pläne ausgearbeitet, was man während der Sommerpause so alles „in die Auslagen stellen" könne – hoffentlich, so klingt es seufzend, keine ungenießbaren Interview-Früchte.

Oberst Rudel verhalf Mengele zur Flucht

PETER SCHMALZ, München

Die deutschen Ermittlungsbehörden sind davon überzeugt, daß die Dokumente über den KZ-Arzt Josef Mengele, die dessen Sohn Rolf der Illustrierten „Bunte" vorgelegt hat, zweifelsfrei echt sind. Die Chefredaktion des Blattes hatte dem Bundeskriminalamt bereits vor vier Tagen vier Kladden der Tagebücher zur Prüfung überlassen und die telefonische Auskunft erhalten: „Absolut echt."

Der Frankfurter Oberstaatsanwalt Hans-Eberhard Klein, der die Fahndung nach dem „Todesengel von Auschwitz" leitet, wollte gestern dazu noch keine Stellungnahme abgeben, kündigte aber für heute eine Erklärung an. Neben zahlreichen Bildern, die Josef Mengele in seinem südamerikanischen Versteck zeigen, legte der 41jährige Rechtsanwalt Rolf Mengele der Münchner Illustrierten 5000 Seiten Tagebücher und Briefe vor. Dieses Material und der mündliche Bericht des Sohnes sind die Grundlage für eine sechsteilige Fortsetzungsserie, die in der jüngsten Ausgabe des Blattes begonnen wurde.

Einige bei diesen Unterlagen fehlende Notizbücher Mengeles aus den Jahren 1962 bis 1978 liegen dem „Stern" vor, der nach Prüfung von Sachverständigen ebenfalls keinen Zweifel an der Echtheit der Dokumente hat. Ein Sprecher des Hamburger Blattes gestern zur WELT: „Beides stammt wohl aus derselben Quelle und ergänzt sich."

Keine Reue

Dabei wird ein Persönlichkeitsbild des KZ-Arztes deutlich, in dem keine Anzeichen von Schuldeinsicht und Reue über die Greueltaten erkennbar sind. Er habe, schrieb Josef Mengele an seinen Sohn Rolf, „nicht die geringste innere Veranlassung, irgendwelche Entscheidungen, Handlungen und Verhaltensweisen in meinem Leben über die sachliche Begründung hinaus zu rechtfertigen … Meine Toleranz hat wirklich ein exaktes Limit, nämlich wo es um undiskutierbare traditionelle Werte geht und wo ich Gefahren für die mir Nahestehenden und eine völkische Gemeinschaft befürchten muß". Einem Gericht wolle er sich nicht stellen, weil es für ihn keine Richter, sondern nur Rächer gebe.

Die Tagebücher belegen erstmals weitgehend lückenlos den Weg des grausamen KZ-Arztes nach 1945. Demnach arbeitete Josef Mengele vier Jahre als Knecht auf einem Bauernhof bei Rosenheim, wo sich der Bauer über die Eigenart seines Helfers wunderte, sich häufig die Hände zu waschen. 1949 wurde er in Genua von der italienischen Polizei verhaftet, die aber nichts von seiner wahren Identität ahnte und ihn nach drei Wochen mit Entschuldigungen wieder auf freien Fuß setzte. Weder die NS-Helferorganisation „Odessa" noch der amerikanische Geheimdienst, so Rolf Mengele heute, haben seinem Vater bei Flucht und Untertauchen geholfen. Diesen Dienst habe vielmehr der hochdekorierte Luftwaffenoberst Hanns-Ulrich Rudel geleistet, dem gute Beziehungen zu südamerikanischen Regierungschefs nachgesagt wurden.

Zwei Treffen

Rolf hat seinen Vater zweimal gesehen: 1956 in einem Berghotel in der Schweiz, wo ihm ein freundlicher Mann als sein Onkel vorgestellt wurde, und 1977, als er genug hatte von den brieflichen Streitgesprächen und unerkannt zu dem meistgesuchten Nazi-Verbrecher nach Brasilien reisen konnte. Über die Familie Bossert sei er zu einer kleinen und sehr ärmlichen Holzhütte gekommen und habe dort seinen Vater wie „eine gescheuchte Kreatur" gefunden. Er sei voller Angst gewesen, habe unter Depressionen gelitten und habe Selbstmordabsichten geäußert. Dennoch habe sein Vater noch immer vom unwerten Leben gesprochen und nicht begriffen, daß niemand das Recht habe, über Wert und Unwert eines Lebens zu urteilen.

Noch heute scheint Rolf Mengele unter dieser Haltung seines Vaters zu leiden. „Wir haben das Gefühl, daß sich der Sohn von dieser Last befreien wollte, indem er uns freimütig sein Wissen und seine Unterlagen über den Vater offenbarte", meinte „Bunte"-Redakteur Norbert Sakowski gestern. Rolf Mengele habe dafür kein Honorar erhalten. Weder aus dem Material der „Bunten" noch aus dem des „Sterns" sind Anhaltspunkte für den Tod Mengeles zu finden, es gibt aber auch keine Hinweise, die der Version widersprechen würden, der auf einem Friedhof im brasilianischen São Paulo Begrabene sei nicht mit dem NS-Arzt identisch.

Ansehen der Bundeswehr hat sich verbessert

Wörner stellte Weißbuch vor / „Sichere Perspektive"

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit dem Weißbuch „Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr" hat die Bundesregierung ihre Ankündigung realisiert, im Laufe dieser Legislaturperiode nach einem ersten Weißbuch vom Oktober 1983 über die Sicherheitspolitik mit einem zweiten der Öffentlichkeit einen umfassenden Überblick über die Zukunft der deutschen Streitkräfte zu geben. Bei der Vorlage des bislang umfangreichsten Dokumentes zeigte sich Bundesverteidigungsminister Wörner im ganzen gesehen zufrieden mit den in seiner Amtszeit erzielten Verbesserungen. Er sagte, in jeder Beziehung stehe heute die Truppe besser da als seit langem. General Altenburg ergänzte als Generalinspekteur, die Soldaten spürten, daß die Führung im Ministerium sich ernsthaft um die Behebung der erkannten Mängel bemühe. Das werde allgemein gewürdigt und hebe die Stimmung in der Truppe, wie Wörner feststellte.

Dem Minister kam es in der zur Vorstellung des neuen Weißbuches veranstalteten Pressekonferenz darauf an zu unterstreichen, daß, wie viele Gelegenheiten zeigten, sich das Ansehen der Bundeswehr und ihrer Soldaten bei der Bevölkerung entschieden verbessert habe. Man begegne ihr auch mit wachsendem Vertrauen. Das wiesen Umfragen der jüngsten Zeit aus.

Weniger Leerlauf

Wie Wörner weiter sagte, stehe die Bundeswehr auf einer „klaren Planungsgrundlage" und habe eine „sichere Perspektive". Sie erhalte genügend Mittel und Geld zum ausreichenden Üben. Die Zahl der Längerdiener sei seit Übernahme der Verantwortung durch die Regierung Kohl/Genscher um 11 500 „Längerdiener" gestiegen. In zwei Jahren wird die Truppe nach Altenburgs Worten bei der jetzt vorgezeichneten Tendenz das Fehl an Unteroffizieren voll gedeckt haben, so daß die Voraussetzungen damit erfüllt sind, den Dienst in den Einheiten abwechslungsreich zu gestalten und den, wie der Minister einräumte, manchmal noch vorhandenen Leerlauf abzubauen.

Wörner verwahrte sich indirekt gegen alle Versuche vor allem von Sozialdemokraten nach Reduzierung der Bundeswehr, indem er feststellte, es bleibe unabdingbar, die Einsatzstärke der Bundeswehr auch im kommenden Jahrzehnt zu erhalten. Sie ist in der gültigen Bundeswehrplanung mit 1,34 Millionen Mann bestimmt. Dies sei wegen „unverminderter Bedrohung" nötig, meinte der Minister, auch wenn es nach vierzig Jahren Frieden immer schwerer werde, „dies insbesondere der jungen Generation zu vermitteln". Bedrohung ist nach Wörners Worten „nicht die Gefahr eines Krieges, sondern die einer Beschränkung unserer Handlungsfreiheit durch politischen Druck, Drohung oder Erpressung aufgrund überlegener militärischer Stärke des Warschauer Paktes".

Mehr Details

Das neue Weißbuch zur Bundeswehr stellt in einer bislang nicht gekannten Detailfülle nicht nur die Bundeswehr in ihren verschiedenen militärischen Elementen dar, es widmet sich auch der Beschreibung der zivilen Bundeswehrverwaltung und ihrer Probleme und enthält schließlich mehrere Kapitel, in denen ausführlich der Gang der Rüstungsplanung und die Aspekte geschildert werden, die zur Bundeswehrplanung für die neunziger Jahre geführt haben. Die entscheidenden Elemente dieser Zukunftsplanung sind der Öffentlichkeit bereits bekannt. In dieser Ausführlichkeit werden sie aber erstmals bekannt gemacht.

Das Verteidigungsministerium will das neue Weißbuch mit einer Auflage von 230 000 Stück verbreiten. Vom ersten über die Sicherheitspolitik wurde im Zusammenhang mit der öffentlichen Auseinandersetzung um die Verwirklichung des NATO-Doppelbeschlusses im Oktober 1983 nach der Erstauflage von ebenfalls 230 000 Stück eine zweite Auflage von nochmals 100 000 Exemplaren gefertigt. Neu an dem jetzt veröffentlichten Bundeswehr-Weißbuch ist, daß parallel zum Erscheinen der deutschen Ausgabe auch eine in englischer und französischer Sprache herauskommt. In Englisch sind 20 000 Stück aufgelegt worden, in Französisch 7000. Im Verteidigungsministerium wurde darauf hingewiesen, daß das neue Weißbuch über das Streitkräfteamt in Meckenheim bei Bonn bezogen werden kann.

Keine Einigung über den neuen NATO-Jet

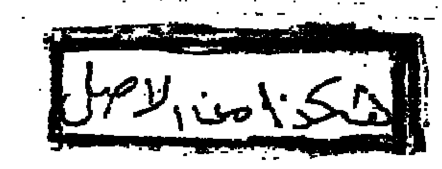
rmc. Bonn

Die fünf NATO-Länder, die versuchen, gemeinsam ein neues Jagdflugzeug mit dem Projekt-Titel EFA für die neunziger Jahre zu bauen, haben sich nach harten Verhandlungen in London eine letzte Frist zur Einigung bis Mitte kommenden Monats gesetzt. Wie Bundesverteidigungsminister Wörner gestern vor Journalisten in Bonn mitteilte, ist es ihm mit seinen Amtskollegen aus Rom, Madrid, Paris und London in langwierigen Unterredungen lediglich gelungen, den vom Scheitern bedrohten Einigungsversuch dadurch zu „retten", daß alle einem neuen Auftrag an die beteiligten Industrien zustimmten. Diese sind nun aufgefordert, bis zum 15. Juli zu untersuchen, ob die weit auseinanderklaffenden Vorstellungen über die Leistungen des EFA-Flugzeuges doch noch auf einen Nenner zu bringen sind.

Wie es hieß, sind die größten Widerstände abermals von der französischen Industrie zu erwarten, die sich, wie bereits berichtet, auf die Entwicklung eines Prototyps versteift hat, der jedoch nach Ansicht der anderen beteiligten Länder zu leicht und mit einem zu schwachen Triebwerk ausgestattet ist. Wörner meinte gestern dennoch, er sei „gemäßigt optimistisch", obwohl „einige wichtige Meinungsunterschiede bleiben".

Hinter den Kulissen war weiter in Bonn zu erfahren, daß es dem französischen Verteidigungsminister Hernu trotz aller Bereitschaft zur europäischen Kooperation schon bisher nicht gelungen war, auch die an dem Projekt interessierte Industrie seines Landes auf diese Linie zu bringen. Die Firma Dassault, obwohl in wesentlichen Teilen in Staatseigentum, hat es nach den vorliegenden Informationen bisher verstanden, sich dem Einfluß der Regierung zu entziehen. Im Interesse einer langjährigen Auslastung der Produktionskapazitäten möchte das Unternehmen einen leichten auch für den Export geeigneten Jäger bauen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



„Sonnenschein" droht mit Massenentlassung

Geschäftsführer: Genehmigungspflicht nicht gegeben

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Mit unverminderter Heftigkeit ging gestern in Berlin die juristisch-politische Auseinandersetzung um die Batteriefabrik „Sonnenschein" aus dem Familienbesitz von Postminister Christian Schwarz-Schilling (CDU) weiter: Geschäftsführer Bruno Michalski kündigte Massenentlassungen noch in dieser Woche an, falls nicht „in ein, zwei Tagen" klar sei, ob die Zwangsmaßnahmen gegen den Betrieb, dem Umweltbelastung vorgeworfen wird, zunächst „mit aufschiebender Wirkung" ausgesetzt werden.

„Falls es eine neue Rechtslage gibt, müssen wir uns zumindest darauf einstellen dürfen", sagte *Michalski* vor der Presse. Falls weder das um „Aussetzung der Vollziehung" ersuchte Verwaltungsgericht noch die zuständigen Richter am Oberverwaltungsgericht sich unverzüglich äußerten, müsse der Berliner Betrieb geschlossen werden: „Noch beschäftigen wir die Leute in den ordnungsgemäß stillgelegten Abteilungen mit anderen Arbeiten und stellen vorhandene Bestände fertig." Den täglichen Verkaufsverlust bezifferte Michalski auf „rund eine Viertelmillion Mark". Sollte Berlin mit seinen 240 Arbeitsplätzen ausfallen, wären auch weitere 150 bis 200 Arbeitnehmer im Außendienst und im hessischen Mutterhaus in Büdingen betroffen.

Michalski wiederholte *die Vorwürfe* der Firma: „In Anbetracht des bisherigen Verhaltens des Senats und seiner Argumentation in dieser Sache ist sein Vorgehen für uns absolut unverständlich, ungerechtfertigt und empörend." Er sprach von „inquisitorischen Maßnahmen". Der Senat sei seit 15 Jahren stets über die Situation im Werk informiert gewesen: „Es gab Hunderte von Besuchen von Ingenieuren, Naturwissenschaftlern und Juristen, die der Senat veranlaßte: Was haben eigentlich diese Herren gemacht?"

Kern des Streits

Der „Sonnenschein"-Sprecher schälte noch einmal den Kern des schwerwiegenden juristischen Streits heraus: Von den umstrittenen 18 Schmelzöfen für Blei seien 13 vor 1971 errichtet worden und unterlägen somit dem „Bestandsschutz" des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) von 1974. Bei den restlichen fünf Öfen sei, weil die Anlage (in denen die Öfen stehen) ebenfalls an sich vor 1971 vorhanden gewesen sei, lediglich eine Anzeige- aber keine Genehmigungspflicht gegeben gewesen.

Michalski räumte dabei ein, daß Paragraph 15 dieses Gesetzes sehr wohl eine Genehmigungspflicht vorsieht, falls eine „wesentliche Änderung" des Betriebes vorgenommen werde. Dies sei jedoch in dem Berliner Werk nicht der Fall gewesen.

Alle Bleiöfen seien angezeigt, ihre Existenz jedenfalls auch Vorgängern von Umweltschutzsenator Horst Vetter (FDP), wie beispielsweise Erich Pätzold (SPD), bekannt gewesen. Der Geschäftsführer verwies auf eine auch vom damaligen Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe 1979 unterzeichnete Antwort auf eine parlamentarische Anfrage, wonach die Firma beim Immissionsschutz nicht ordnungswidrig gehandelt habe.

Strafantrag gestellt

Vor dem Verwaltungsgericht hatten Vetters Experten am 15. Juni dagegen den Anschein erweckt, als seien sie stets davon ausgegangen, daß alle Bleischmelzen schon 1971 vorhanden gewesen und danach keine weiteren installiert worden seien. Eine Genehmigungs- und nicht nur (wie Firma und Senat jahrelang meinten) Anzeigepflicht sahen die Richter auch für die Herstellung der Bleipaste. Der hohe Reinblei-Anteil in diesem Rohstoff mache seine Herstellung von einer formellen Erlaubnis *abhängig, die es nicht gab.*

Die Umweltschutzkammer des Verwaltungsgerichts, in diesem Bereich sehr erfahren, kam auch in der Frage der Durchschnitts- oder Höchstwerte des Bleistaubniederschlags zu einer anderen Auffassung als Firma und Senat. Die Verwaltung dürfe nicht „nach dem Rosinenprinzip" rechnen und nur Mittelwerte zugrunde legen. Auch sogenannte „Ausreißer" seien zu berücksichtigen. Im übrigen sei nie konkret bei allen Fabrikanwohnern die Belastung gemessen worden.

Gestern stellte der Anwalt der vier Kläger, Reiner Geulen, Strafantrag gegen das Ehepaar Schwarz-Schilling sowie Vetter, Ex-Senator Pätzold und Geschäftsführer Michalski. Die Vorwürfe lauten auf Luftverunreinigung, illegalen Betrieb genehmigungspflichtiger Anlagen, schwere Umweltgefährdung, Subventionsbetrug, Sachbeschädigung und Körperverletzung. Für den 6. Juli ist inzwischen die Abstimmung über den von AL und SPD getragenen parlamentarischen Mißtrauensantrag gegen Vetter anberaumt.

USA warnen Deutsche vor einer Kokainwelle

Rauschgift-Experten in Bonn / Händler suchen neue Märkte

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

In diesem Jahr werden in Westeuropa, größtenteils über südamerikanische Händler, etwa 20 Tonnen Kokain abgesetzt werden. Diese Feststellung traf Jon R. Thomas, Assistent Secretary for International Narcotics Matters (Referatsleiter für Drogenbekämpfung im Außenministerium) aus Washington vor der Presse in Bonn. Thomas bereist zur Zeit an der Spitze eines Rauschgift-Experten-Teams Europa, um vor den Folgen der Kokain-Flut zu warnen. Nach Hochrechnungen könnte durch zehn Tonnen Kokain eine Million Rauschgift-Abhängiger hervorgerufen werden.

In USA, so Thomas, gibt es bei einem geschätzten Jahresverbrauch von 60 Tonnen des wie er sagte „gefährlichsten Rauschgiftes, das wir kennen" etwa „vier bis fünf Millionen Abhängige in Schwierigkeiten". Die Folgen des Kokain-Mißbruchs zeigen sich oft erst, dann allerdings dramatisch, nach zwei bis vier Jahren. Die Experten aus USA, die die gute Zusammenarbeit bei der Rauschgift-Abwehr mit der Bundesrepublik Deutschland hervorhoben, wollen durch Verbreitung ihrer Erfahrungen diese Abwehrfront verstärken. Vor ihrem Besuch in Bonn, wo sie auch vor dem Verband der Eltern drogengefährdeter Jugendlicher auftraten, *waren sie in London,* ihre nächste Station ist Rom.

Verheerende Wirkung

Wie der Drogenarzt *Dr.* Jon MacDonald erklärte, sei es „tragisch, zu glauben, daß Kokain nicht abhängig macht". In Tierversuchen habe er festgestellt, daß Kokain verheerender wirkt, als *Heroin. Die* Versuchstiere hätten die gleiche Gier nach dem Stoff und nach immer größeren Mengen gezeigt, wie süchtige Abhängige. Im Labor habe man festgestellt, daß Kokain auf die gleichen Gehirnpartien Einfluß hat, die Hunger und Durst steuern. Tiere, die durch Betätigung einer Klappe Zugang sowohl zu Heroin wie zu Kokain gehabt hätten, nahmen Kokain zu sich, bis sie tot umfielen, ohne zwischendurch zu essen und zu trinken. Sie wären schnell verwahrlost und hätten sich nicht mehr gepflegt.

Zu der Bonner Besuchsgruppe zählt auch der ehemalige Abgeordnete von Wisconsin und Senatsanwärter, Peter Baer, der zu den 50 Prozent von ehemaligen Kokain-Süchtigen gehört, bei denen eine Rehabilitierung erfolgreich war. Sie ist, so die US-Experten, bei Kokain wesentlich schwieriger und prozentual geringer, als bei den anderen Rauschgiften. Baer: „Ich glaubte Freunden, die mir sagten, das sei eine schicke Sache, und fing damit an." Vor einer Debatte im Wahlkampf für den Senat seines Staates nahm er die erste Portion, fühlte sich „high" und hatte das „verführerische Erlebnis", daß die Debatte „voller Energie und erfolgreich" von ihm geführt wurde. Statt aber in den Monaten darauf häufiger in diesen euphorischen Zustand durch das Rauschgift geführt zu werden, wurde er immer deprimierter, das Urteilsvermögen und die Präzision des Denkens nahmen auffällig ab, körperlicher Verfall trat ein – bis zu seiner Rettung.

Kein Schulden-Abbau

Nachdrücklich bestritt Jon R. Thomas, daß Länder in Südamerika, aus denen der Kokain-Handel heute hauptsächlich gesteuert wird, durch den Export des tödlichen Giftes etwa ihre Schulden abtragen würden. Der Anbau habe keinen nennenswerten Gewinn, der Handel investiere in ganz anderen Ländern, schon um die Gewinne in harten Währungen anzulegen. Bleibe das Geld im Lande, dann werde es dazu verwendet, um Beamte in großem Stil zu korrumpieren oder einzuschüchtern.

Den Kampf gegen das Rauschgift finanziert Washington nach Angaben von Thomas 1985 mit über 50 Millionen Dollar, wobei auf Mexiko allein 10 Millionen Dollar entfallen, noch mehr auf Kolumbien, wo Kokain bereits nach den Feststellungen des Arztes Sidney Cohen von der „Vista Hill Foundation" die Verbreitung von Marihuana gefunden hat.

Ein schwacher Trost ist es angesichts dieser Situation, daß nach den Worten von Thomas im Jahre 1985 erstmals die *Produktion* von *Opium,* Cannabis und Kokain zusammen unter die Menge der Vorjahre fallen wird. Viel wesentlicher ist es aber, daß Kokain in solchen Mengen hergestellt wird, daß der Handel unter allen Umständen nach neuen Märkten suchen muß – in Europa.

1973 und 1979 waren Luftposteinrichtungen das Ziel von Attentätern / Sprengsatz in einem Paket für Israel

Flughafen Frankfurt: Ort schwerer Anschläge

dpa, Frankfurt

Der Frankfurter Rhein-Main-Flughafen ist in den vergangenen Jahren bereits mehrfach das Ziel von Anschlägen gewesen. Der folgenschwerste Anschlag ereignete sich Anfang April 1979 in der auf dem Flughafenvorfeld gelegenen Lufpostumschlagshalle der Lufthansa. Dort flog ein mit Paketpost beladener Tiefladeranhänger in die Luft. Zehn Angehörige der Lufthansa, die mit Verladearbeiten beschäftigt waren, erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Der Sprengkörper befand sich in einem Paket, das an einen Empfänger in Tel Aviv gehen sollte. In der Luftpostleitstelle auf dem Flughafen waren im November 1973 bereits zwei mit Sprengstoff gefüllte Briefe explodiert. Damals wurden zwei Postbeamte beim Sortieren der für Israel bestimmten Sendungen verletzt.

Einen weiteren Anschlag in Frankfurt gab es im Mai 1982, als im Navigationssystem der Bundesanstalt für *Flugsicherung ein Brand* gelegt wurde. Hier ging ein sogenannter Voreinflugzeichen-Sender in der Nähe von Neu-Isenburg in Flammen auf. Es handelte sich um ein Gerät, das dem Piloten akustisch und optisch die Entfernung zum Aufsetzpunkt auf den Landebahnen angibt. Zwei ähnliche Anschläge auf die Flugsicherung hatte es auch in den Jahren zuvor schon gegeben. Im August 1982 wurde auch ein Bombenattentat auf den Münchener Flughafen Riem verübt. Dort explodierte eine Bombe in einer speziell für Israel eingerichteten Abfertigungshalle. Sieben Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Etwa 600 Passagiere zweier Flüge der israelischen Fluggesellschaft El Al sowie der Lufthansa, die kurz zuvor diesen Bereich passiert hatten, entgingen nur knapp der Katastrophe. Die Bombe explodierte damals in einem Koffer, den ein Unbekannter beim Transitgepäck abgestellt hatte. Zu dem Anschlag bekannte sich später eine unbekannte Gruppe mit dem Namen „Gerechtigkeit für palästinensische Organisationen".



Rhein-Main-Flughafen, Mittwoch, 14.42 Uhr: Eine Bombe tötet mehrere Menschen FOTO: DPA

Schon 1970 hatten drei Araber, die eine israelische El Al-Maschine von München nach Libyen entführen wollten, ein Bombenattentat in Riem verübt. Dabei wurden ein Israeli getötet, zehn Personen erlitten Verletzungen. Die Attentäter konnten damals festgenommen werden. In der langen *Reihe der Anschläge auf Flughäfen in* den vergangenen Jahren waren in der Hauptsache palästinensische Terroristen die Urheber. Arabische Terroristen waren zum Beispiel verantwortlich bei dem Anschlag auf Passagiere einer El Al-Maschine auf dem Flughafen von Istanbul im Jahre 1976. Hier wurden vier Passagiere getötet und weitere 21 verletzt. 1978 beschossen Terroristen auf dem Pariser Flughafen Orly Passagiere, die auf ihren Abflug mit einer El Al-Maschine nach Tel Aviv warteten. Drei Terroristen *wurden von der Polizei getötet.* Auf dem New Yorker Kennedy-Flughafen ging im selben Jahr eine Bombe hoch. Dort wurden vier Menschen verletzt. Ein weiterer Bombenanschlag ereignete sich 1979 auf dem Flughafen in Madrid. Dort gab es einen Toten und neun Verletzte. In derselben Zeit explodierten in der Stadt zwei weitere Bomben, die Folge waren hier fünf Tote und 95 Verletzte. Zu diesen Anschlägen bekannte sich die baskische ETA.

Auf dem Flughafen Zürich-Kloten konnte 1980 ein Sprengstoffanschlag verhindert werden. Dort versuchte ein deutscher Staatsangehöriger, einen mit Sprengstoff gefüllten Koffer als Passagiergepäck in eine El-Al-Maschine zu schmuggeln. Der Sprengsatz explodierte, als er entschärft werden sollte. Niemand kam dabei zu Schaden.

1981 entstand erheblicher Sachschaden bei einer Explosion vor dem EL-AL-Büro auf dem Flughafen Rom–Fiumicino, zu dem sich eine *arabische Organisation zur Befreiung* Palästinas bekannte.

1982 gab es einen weiteren Überfall auf den Flughafen Ankara mit zehn Toten. Hier wie bei einem weiteren Bombenanschlag auf den Flughafen Orly 1983, der acht Menschenleben und 54 Verletzte forderte, waren armenische Organisationen die Urheber.

Regierung Gonzalez muß sich Vorwurf ‚autoritärer Willkür' gefallen lassen

Spaniens Sozialisten erwägen Kabinettsumbildung / Parteispionage und Justizerpressung

ROLF GÖRTZ, Madrid

Was als „Abhörskandal" bisher nur dem Vizepräsidenten der spanischen Regierung, Alfonso Guerra, in ernsthafte Schwierigkeiten brachte, das kann als „Justizerpressung" die Regierung Gonzalez insgesamt in Mißkredit bringen. Nach Informationen der spanischen Presse haben mehrere Kabinettsmitglieder dem Vizepräsidenten lautstark vorgeworfen, das Ansehen der sozialistischen Regierung erheblich geschädigt zu haben. Die Opposition der bürgerlichen Volksallianz (AP) und der Kommunistischen Partei hatte Guerra öffentlich beschuldigt, die Telefonüberwachung der Oppositionsparteien durch eine Sonderabteilung des Innenministeriums im taktischen Interesse seiner eigenen, der Regierungspartei, mißbraucht zu haben. Ein klassischer Fall von Watergate.

Regierung und Fraktion der Sozialisten schlugen auch diesen Angriff im Parlament ab. Aber eine Umfrage, die der Dachverband der Unternehmerorganisationen, CEOE, veranstaltete, ergab, daß die sozialistische Regierung schon vorher nicht ganz die Hälfte ihrer zehn Millionen Wähler ernsthaft verprellt hatte. Das heißt nicht, daß alle diese Enttäuschten zur Opposition übergehen würden. Sie geben nur an, daß sie zur Zeit nicht wissen, wen sie jetzt wählen würden.

Die zunehmende Abwanderung schreiben Analytiker auch der Sozialistischen Partei, dem Wechselverhalten der Regierung in der NATO-Frage, der wachsenden Arbeitslosenzahl, aber auch jenen Ereignissen zu, die in jüngster Zeit in der Regierungspartei selber zu Krisen führte: die Kürzung der Pensionen, die Schulreform, die die Gläubigen des Landes in Gewissenskonflikte bringt, das Ausspionieren der Parteien der Opposition und der Versuch, die Unabhängigkeit der Justizgewalt einzuschränken. Offensichtlich, um Luft abzulassen, kündigte Ministerpräsident Gonzalez in einer zusammengerufenen Pressekonferenz die Möglichkeit einer Kabinettsumbildung an.

Der Vorschlag der Opposition, einen parlamentarischen Ausschuß mit der Untersuchung der Parteispionage zu beauftragen, wurde von der sozialistischen Mehrheit im Parlament niedergestimmt. Um dennoch Klarheit zu verschaffen, stellte die Volksallianz (AP) Strafantrag. Der Richter der 21. Madrider Strafkammer beschlagnahmte daraufhin das im Innenministerium gesammelte Material, um den Fall zu untersuchen. Kaum wurde dies in der Öffentlichkeit kommentiert, erhielt der Richter einen Anruf des Generaldirektors der Polizei, der ihm mitteiltee, daß „die Regierung über seine Aktion höchst mißgestimmt" sei. Im übrigen, so teilte der Polizeichef mit, sei gegen ihn – den Richter – ein „Strafantrag möglich".

Madrids empörte Strafrichter erkannten hierin einen klaren Fall von Erpressung. Der Vorstand ihrer Berufsorganisation wies nach einer Sondersitzung „mit Entschiedenheit jede Einmischung in die Aktivität der gerichtlichen Organe zurück". Die Opposition, aber auch weite Kreise der Bevölkerung, die sich politisch nicht engagieren, sehen in diesem Vorgehen einen weiteren „Akt autoritärer Willkür", seit die Regierung die versucht, den obersten „Rat der Justizgewalt" zu politisieren. Und zwar dadurch, daß die meisten Mitglieder dieses bis jetzt noch unabhängigen Rates von der parlamentarischen Mehrheit – de facto der Regierung – ernannt werden.

Alfonso Guerra ignorierte die öffentlichen Bedenken vieler Richter einschließlich mehrerer Verfassungsrichter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte, die das Ende der klassischen Gewaltenteilung – Legislative, Exekutive, Justiz – befürchten. Mit seiner schnoddrigen Anspielung auf den Staatsdenker, der die demokratische Gewaltenteilung in Frankreichs Gedankengut verankerte, „Der Herr Montesquieu ist doch längst tot", erregte der Vizepräsident die Gemüter nur noch mehr. (SAD)

Dem Mailänder Gipfel sieht Straßburg mit mehr Skepsis als Hoffnung entgegen

Von MICHAEL G. MÖHNLE

Bevor die Europäische Gemeinschaft den Sprung in die Zwölfer-Gemeinschaft mit Spanien und Portugal wagt, sollen am 28. und 29. Juni kräftig die Reformglocken geläutet werden. Zweimal hat ein italienischer Ratsvorsitz die EG aus einer Krise herausgeführt. Zwischen April und Juni 1980 legte der damalige Außenminister Emilio Colombo eine Lösung für das britische Haushaltsproblem vor, das die Gemeinschaft zu zerreißen drohte. Die diesjährige EG-Ratspräsidentschaft Italiens konnte bereits im März eines der größten Probleme zur Lösung bringen: die Süderweiterung. „Die Sogwirkung der Einigung über die Süderweiterung wird auch den Mailänder Gipfel erfassen. Die Chancen für eine echte Reform der Europäischen Gemeinschaft sind nicht so schlecht", so Otto von Habsburg, Obmann der Europäischen Volkspartei im Politischen Ausschuß, zur Lage.

Noch ein Umstand setzt den Gipfel von Mailand unter Zugzwang. Am 22. Mai hat der Europäische Gerichtshof in Luxemburg den EG-Ministerrat wegen Untätigkeit in der gemeinsamen Verkehrspolitik regelrecht verklagt. Das Parlament hatte diese Klage angestrebt, um über den europäischen Rechtsweg die zehn nationalen Verkehrsminister nach jahrelanger Entscheidungsunfähigkeit zum Handeln zu zwingen. Gemäß Artikel 176 des EWG-Vertrages muß nun der Rat innerhalb angemessener Frist erforderliche Maßnahmen ergreifen. Wenn der Mailänder Gipfel keinerlei wirklich durchgreifende Reformen erzielt, drohen dem Ministerrat erneute Klagen vor Europas Gerichtshof.

Was wird nun in Mailand zur Entscheidung anstehen? Zwei Berichte liegen den Staats- und Regierungschefs bereits vor. Der eine wurde unter Vorsitz des irischen Senators James Dooge über „Institutionelle Fragen" der EG verfaßt, der andere unter Vorsitz des ehemaligen italienischen Europa-Abgeordneten Pietro Adonnino „Für ein Europa der Bürger". Der Dooge-Bericht gliedert sich in drei Schwerpunkte. Wichtigste Forderung ist, daß der EG-Ministerrat wieder zu Mehrheitsentscheidungen, wie es die EWG-Verträge vorsehen, zurückfindet. Das Veto – die Berufung auf ein vitales nationales Interesse – soll in einem objektiven Verfahren nachprüfbar sein.

Die Einstimmigkeitsregel im Ministerrat hat bisher jede Weiterentwicklung der EG blockiet. Über 300 Richtlinien und Verordnungen liegen unbeschieden in den Schubladen des Ministerrates in Brüssel. Heinrich Aigner, Vorsitzender des Ausschusses für Haushaltskontrolle im Europäischen Parlament, konnte nachweisen, daß der Rat im Schnitt für eine

DIE ● ANALYSE

Entscheidung mehr als 26 Monate benötigt. Dies ist der wahre Grund für das bürokratische Auf-der-Stelle-Treten der EG. Walter Hallstein, Präsident der ersten EG-Kommission, einmal: „Die EG ist wie ein Radfahrer – wenn er stehenbleibt, fällt er um."

Der Dooge-Bericht will auch dem Europäischen Parlament ein stärkeres Mitentscheidungsrecht beim Gesetzgebungsverfahren und im Bereich der Eigeneinnahmen zuerkennen. Schließlich soll die Zusammenarbeit in der Außenpolitik ausgeweitet werden. Die bisherige Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) soll ein eigenes Sekretariat bekommen, das die außenpolitischen Aktionen der Mitgliedstaaten der Gemeinschaft koordiniert. Auch Fragen der Sicherheitspolitik der EG sollen hier eingegliedert werden.

Der erfahrene Europäer Adonnino hat ein Paket für ein „bürgernahes Europa" geschnürt. In diesen Bereich fällt alles, was bisher die EG-Bürger auf ihren Reisen in Rage gebracht hat: übertriebene Kontrollen an den Binnengrenzen der EG, Begrenzung mitgeführter Waren, Treibstoffabgabe für Reisebusse, Doppelbesteuerung für persönliche Güter und vieles mehr. Das Parlament selbst verabschiedete schon im Februar 1984 einen Vertragsentwurf zur europäischen Union. Es fordert nun, daß der Mailänder Gipfel eine Konferenz der zehn EG-Regierungen einberuft, mit dem Mandat, bis Ende November dieses Jahres einen endgültigen Unionsvertrag vorzulegen, der sowohl das Dooge-Papier, als auch den eigenen Entwurf berücksichtigt. Die Kernforderung des Europäischen Parlaments ist, daß es gleichberechtigt neben dem Ministerrat die Gesetzgebung mitentscheidet.

All diese Forderungen dürften in Mailand freilich kaum eine Chance haben, angenommen zu werden. Selbst im Parlament in Straßburg ist man diesbezüglich sehr skeptisch.

Es wird für Bettino Craxi und seinen Außenminister Andreotti nicht leicht sein. In vielen Fragen hat der italienische Ministerpräsident Kohl und Mitterrand auf seiner Seite. Auch die Beneluxstaaten wollen den Reformkurs mithalten. Einzig Dänemark, Griechenland, Großbritannien und in einigen Fällen Irland melden Bedenken an. Das heißt, die sechs Gründerstaaten der Gemeinschaft sind bereit, Europa weiterzuentwickeln. Ist dies das Europa der zwei Geschwindigkeiten?

Der italienische Ministerpräsident kann aber in Mailand nur dann einen Reformkurs steuern, wenn ihm der deutsche Bundeskanzler und der französische Staatspräsident den Rücken frei halten. Eines wird wohl geschehen müssen: die Einsetzung der Regierungskonferenz zur Ausarbeitung eines neuen EG-Vertragstextes.

Kaum Aussichten für Reformpläne

WILHELM HADLER, Luxemburg

Die in den Mailänder EG-Gipfel gesetzten Hoffnungen auf einen „qualitativen Sprung" der europäischen Integration haben sich – zehn Tage vor Beginn des Treffens – bereits wieder weitgehend verflüchtigt. Wie schon bei den vorausgegangenen bilateralen Kontakten der Regierungschefs ist in dieser Woche auch bei einem vorbereitenden Gespräch der zehn Außenminister deutlich geworden, daß mit der Einberufung einer Konferenz zur Ausarbeitung eines Vertrages über die geplante „Europäische Union" kaum noch zu rechnen ist.

Schon bei den Beratungen des „Dooge-Ausschusses" (einer aus persönlichen Beauftragten der Regierungschefs zusammengesetzten Arbeitsgruppe) hatte es sich gezeigt, daß Großbritannien, Dänemark und Griechenland zwar den konkreten Plänen für eine Stärkung des europäischen Binnenmarktes und den Aufbau einer gemeinsamen Spitzentechnologie aufgeschlossen gegenüberstehen, die vertragliche Festlegung auf eine Europäische Union jedoch ablehnen. Die Bundesregierung hat durch ihr Veto gegen die Senkung der Getreidepreise Zweifel geweckt, ob sie wirklich zur Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip bereit ist.

Bundesaußenminister Genscher meinte, das deutsche Veto werde in Mailand keine Rolle mehr spielen. Für die CDU werde in der norditalienischen Metropole die „Stunde der Wahrheit" schlagen.

EG-Abgeordnete zu Besuch in USA

M. G. MÖHNLE, Straßburg

Zum 25. Mal treffen sich Abgeordnete des Europäischen Parlaments mit Kollegen aus dem amerikanischen Kongreß, um Fragen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Vereinigten Staaten zu besprechen. Piet Dankert, ehemals Präsident der Europäischen Volksvertretung, leitet die Delegation, die vom 19. bis 26. Juni in Washington und New York tagt. Heinrich Aigner, Präsident des Ausschusses für Haushaltskontrolle sieht genug brennende Probleme, die es zu besprechen gibt: Abbau der aggressiven US-Exportpolitik im Agrarbereich, Dumpingpreise auf dem Weltmarkt, internationaler Terrorismus, Drogenbekämpfung. Man will Spannungen in den Handelsbeziehungen abbauen.

Hinzu kommt die Abstimmung zwischen beiden Wirtschaftsblöcken betreffend die Zusammenarbeit bei SDI, wobei hier auch innerhalb der europäischen Delegation noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten vorherrschen. Mit Sicherheit dürfte auch die Haltung der Vereinigten Staaten zu Mittelamerika einen breiten Raum einnehmen.

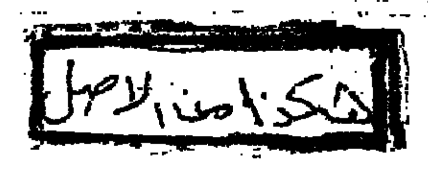
Gesprächspartner der Europäer sind hierfür Verteidigungsminister Weinberger, Handelsminister Brock sowie Vertreter vom Außen-, Finanz- und Landwirtschaftsministerium. Vorgesehen ist auch ein Besuch bei Präsident Reagan oder Vizepräsident Bush.

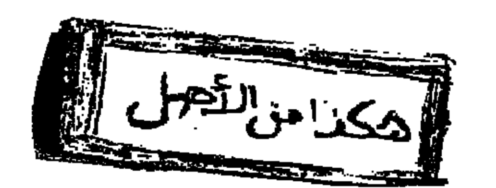
PLO-Medikamente beschlagnahmt

lim, Bonn

Bei den Kämpfen um die Palästinenserlager in Beirut sind auch in den letzten Tagen trotz einer vereinbarten Waffenruhe mehr als 10 Menschen getötet worden. Zwar war es gestern relativ ruhig, sporadisch jedoch kommt es immer wieder zu Feuergefechten zwischen Stellungen der schiitischen Amalmiliz und den Palästinensern vor allem im Lager Burdsch Baraschne.

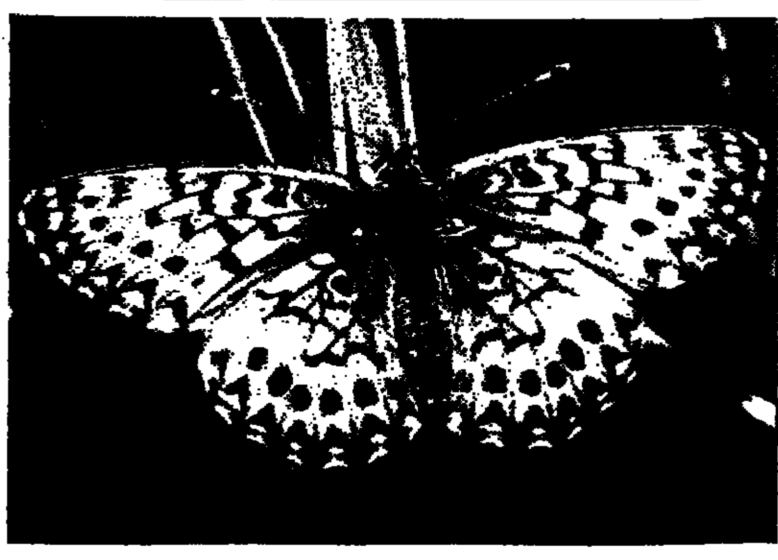
Die Waffenruhe war vereinbart worden, um dem Roten Kreuz Gelegenheit zu geben Verwundete zu evakuieren. Wie die WELT aus Beirut erfährt, fehle es den Palästinensern vor allem an Medikamenten und Blutkonserven. Ein Konvoi mehrerer Lastwagen mit Medikamenten sei in der Bekaa-Ebene von Einheiten der syrischen Armee konfisziert worden. Die Ladungen waren für die Palästinenser in den belagerten Lagern von Beirut bestimmt. Die Laster waren als Medikamententransporte deutlich gekennzeichnet. Wie es heißt, seien sie auf Anweisung höherer Stellen in Damaskus angehalten und an einen unbekannten Ort gebracht worden. Militärisch werden die Palästinenser von Artilleriefeuer aus den Bergen um Beirut entlastet. Die Geschütze befinden sich in Gebieten, die von dem Drusenfürsten Dschumblat kontrolliert werden. Politische Beobachter in Beirut vermuten, daß Dschumblat aus Moskau Anweisung erhalten hat, die Palästinenser gegen die Schiiten und Syrer zu unterstützen.





Harte Zeiten für Perlmuttfalter

In Nordrhein-Westfalen stuft die Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung jede zweite Schmetterlingsart als ausgestorben oder gefährdet ein. So auch den braunfleckigen Perlmuttfalter (Bild). Ein Grund: Kräftige Stickstoffgaben lassen das Gras schneller sprießen. Ehe sich die Larven entpuppt haben, fallen für sie lebensnotwendige Gewächse den Mähmaschinen zum Opfer. Die Falter erwartet der Hungertod; zu einer späteren Jahreszeit können sie sich nicht mehr entwickeln. D. T.



Auf Fährtensuche im Organismus

Neuer biochemischer Test ermöglicht eine treffsichere Früherkennung von Tumoren

Von JOCHEN AUMILLER

Der Kampf gegen den Krebs geht deshalb häufig verloren, weil er zu spät erkannt wird. Haben sich aus einem bösartigen Tumor einmal Zellen abgelöst und die Invasion des Organismus begonnen, ist es oft trotz der vielen aggressiven Therapiemöglichkeiten schwierig, den „Steppenbrand" im Körper einzudämmen.

Ein alter Wunschtraum: Krebstests, die zur Fährtensuche, zum Screening, eingesetzt werden können und mit großer Treffsicherheit signalisieren, ob es zu einer Wucherung irgendwo im Organismus gekommen ist oder gerade kommt. Einen solchen idealen Krebstest jedoch wird es vermutlich in den nächsten Jahren für einen praktischen Einsatz noch nicht geben. Erste Ansätze für eine positive Entwicklung sind jedoch zu erkennen.

Eine aufsehenerregende Arbeit ist kürzlich von A. J. Wieczorek (Medizinische Poliklinik der Uni München) und L. H. Block (Kantonspital der Uni Zürich) in der Fachzeitschrift „Proceedings of the National Academy of Sciences" (Vol. 82, 3455, 1985) erschienen. Darin berichtet die deutsch-schweizerische Forschergruppe über die Entdeckung eines Ribonukleinsäure-(RNS-)Proteolipid-Komplexes, der regelhaft bei Tumorerkrankungen anzutreffen sei.

Der gefundene biochemische Komplex ist ein Tumormarker. Tumormarker werden als Bestandteile oder Stoffwechselprodukte bösartiger Tumoren durch die Blutzirkulation im gesamten Organismus verteilt und können sowohl in Körperflüssigkeiten als auch im Gewebe nachgewiesen werden.

Vereinfacht ausgedrückt: Tumormarker – man kennt heute etwa ein Dutzend – sind Signalstoffe aus Wucherungen, deren man sich in der Medizin heute schon bedient. Der bekannteste ist das karzinoembryonale Antigen (CEA), das bereits routinemäßig bei Patienten mit Tumoren im Magen-Darm-Trakt eingesetzt wird. Die Stärke dieses CEA-Tests: Er zeigt relativ zuverlässig an, wenn es nach einer Tumoroperation erneut zum Aufflackern des Krebswachstums kommt. Keiner der bekannten Tumormarker erfüllt jedoch die Idealforderungen.

Auf der Suche nach einem Idealtest ist die deutsch-schweizerische Krebsforschergruppe auf den RNS-Proteolipid-Komplex gestoßen. Mehr aus Zufall denn aus Berechnung. Wie L. H. Block erzählt, verwendeten sie bei der Zentrifugation von Blutserum Krebskranker versehentlich die Verbindung Kaliumbromid. Zwischen zwei Lipoproteinfraktionen kam es daraufhin zu einem Opaleszenz-Phänomen: ein milchiger Schimmer zwischen Fettschichten, und zwar zwischen den Lipoprotein-Fraktionen LDL und HDL_2.

Diese Zufallsentdeckung ließ den Forschern ein Licht aufgehen. Sie testeten andere Tumorseren und fanden regelmäßig das Opaleszenz-Phänomen. Block: „Anhand der bisherigen Untersuchungen der Seren zahlreicher Patienten mit bösartigen Tumoren sowie Krebszell-Kulturen kann angenommen werden, daß das Auftreten des Komplexes mit Krebswachstum positiv korreliert ist. Der Nachweis des Komplexes erlaubt dabei keine Diagnostik einer spezifischen Tumorart, sondern gestattet die Abgrenzung eines an einem Tumor Erkrankten gegenüber einem Gesunden."

Das heißt nichts anderes, als daß die Hoffnung besteht, künftig einen Krebstest in Händen zu haben, mit dem Krebskranke – ganz gleich, welche Wucherungsform vorliegt – diagnostiziert werden können. Block betont auch die große Treffsicherheit dieses generellen Tumormarkers, die nach bisherigen klinischen Studien bei ca. 95 Prozent liegt. Die Quote der falsch positiven wie auch der falsch negativen Befunde liegt also bei fünf Prozent.

Was es mit diesem RNS-Proteolipid-Komplex biologisch auf sich hat, ist noch unklar. Möglicherweise handelt es sich um ein Produkt, das von den Zellen ausgeschieden wird, wenn das Wachstum entgleist ist. Belege für diese Hypothese gibt es bereits. So kann durch verschiedene Hemmstoffe die Sekretion des Komplexes blockiert werden. Daß er in Tumorzellen enthalten ist, ist ebenfalls nachgewiesen.

Die Entwicklung von Schnellwuchsplantagen mit Hilfe speziell gezüchteter Holzarten ist eines der Forschungsziele deutscher Holz- und Forstwirtschaftler. Was die Hektarerträge angeht, könnte beim heutigen Stand der Technik ein derartiger modifizierter Holzanbau ohne weiteres mit dem Anbau von Getreide konkurrieren.

Energie aus der Baumschule

Von HARALD STEINERT

Die Jahre der Ölkrise haben weltweit die Entwicklung von Alternativenergien aktiviert, darunter auch die klassische Verwendung „nachwachsender Energierohstoffe", sprich Holz. In den USA allerdings – wo man ohnehin rund drei Prozent des Energiebedarfs aus Holz deckt – werden jetzt die ersten Anlagen zur Produktion von hochveredelter Energie, sprich Elektrizität, erstellt: zwei mittelgroße Kraftwerke mit je 22,5 Megawatt Leistung, die mit Baukosten von je 40 Millionen Dollar im Staat Maine errichtet werden. Sie sollen jährlich je 80 000 t Heizöl durch Verbrennen von rund 280 000 t Holz, wie Sägewerksabfälle und Holz-Hackschnitzel ersetzen.

Der notwendige Energierohstoff Holz wird bisher praktisch ausschließlich forstwirtschaftlich gewonnen, das heißt aus Wäldern, in denen man Bäume bis zur Hiebreife wachsen läßt, um dann einen Teil des Holzes, der nicht als Bau-, Möbel- oder Furnier-Holz zu guten Preisen abgesetzt werden kann, zu verbrennen.

In der Bundesrepublik erprobt man jetzt ein ganz neues Verfahren der Produktion von Holz-Energierohstoff: Man versucht schnellwachsende Holzarten in Plantagen anzubauen, in denen die Pflanzen gar nicht erst zu Bäumen heranwachsen. Sie werden vielmehr nach kurzer Wachszeit – im Modellfall sollen es fünf Jahre sein – als „Schwachholz", d. h. Stämmchen von einigen Zentimern Durchmesser, „geerntet". Die Wurzelstöcke bleiben stehen und schlagen wieder aus. Sie liefern nach einigen Jahren wieder Schwachholz für die nächste Ernte.

In solcher „Schwachholzplantage" wird nach Versuchen, die unter anderem in Hannoversch Münden (Forschungsinstitut für schnellwachsende Baumarten) durchgeführt wurden, in den ersten 20 Jahren ein sehr schnell steigender Ertrag an Holzmasse erzielt. Er kann mehrfach höher liegen als der Zuwachs in späteren Jahren. Für den „Holzplantagenwirt" hat das System den Vorteil, daß er schon wenige Jahre nach der Anlage eine Ernte erzielen kann, während in einem Forst die Bäume erst nach vielen Jahrzehnten geerntet werden können.

Für den Anbau in solchen Energieplantagen wären möglicherweise Bäume interessant, die auf sehr armen (sandigen und trockenen) Böden schnellen Ertrag bringen. Denn bei der heutigen Wirtschaftsstruktur der mitteleuropäischen Landwirtschaft mit hohen Subventionen oder Schutzzoll-Abgaben dürfte der Anbau normaler Feldfrüchte auf guten Böden immer noch eher lohnen als der Anbau der „Wärmeenergie" in Schnellwuchsplantagen.

Eine solche schnellwüchsige Holzart wäre vor allem ein Espen-Hybrid, das im Institut für Forstgenetik (Ahrensburg bei Hamburg) gezüchtet wurde: Eine Kreuzung der Europäischen Espe (Zitterpappel, „Populus tremola") mit der nordamerikanischen Espe („Populus tremoloides"): Die Hybridespe erbringt mit einem Zuwachs von 20 bis 30 Festmetern pro Jahr etwa doppelt soviel Ernte wie die Elternarten und wäre züchterisch sicher noch verbesserungsfähig. Freilich benötigt diese Hybridespe bis zur Erzielung hoher Erträge eine längere Anlaufzeit: Gewisse Weidenarten könnten schon nach ein bis zwei Jahren beerntet werden.

Holz als Energielieferant der Zukunft? FOTO: POLY-PRESS

Das Prinzip der Schnellwuchsplantagen erscheint heute enorm modern und umwälzend. Interessanterweise wurde es in Schleswig-Holstein und im Süden Jütlands jedoch schon Jahrhunderte praktiziert. Hier umgab man Felder und Weiden mit „Knicks", gewissermaßen als Mehrzweck-Schnellwuchsplantagen: Diese Knicks sind Erdwälle, mit schnellwüchsigen Baumarten bestanden, die im extrem windreichen Land Windschutz geben, außerdem aber regelmäßig abgehauen werden, um Brennholz zu liefern.

Die Schnellwuchsplantagen würden nach Berechnungen an der „Bundesforschungsanstalt für Forst- und Holzwirtschaft" in Hamburg-Reinbek mit Anbau von Hybridespen heute schon rentabel Wärme-Energie liefern können, d. h. mit dem Anbau von Hafer, Gerste und Winterweizen in normaler Fruchtfolge konkurrieren können.

In diese Rechnung gehen derzeitige westdeutsche Heizölpreise und Getreidepreise ein, außerdem ist berücksichtigt, daß das Holz in einer modernen vollautomatischen Holz-Heizanlage verfeuert werden muß, die derzeit rund 20 Prozent höhere Betriebs- und Investitionskosten erfordert als eine Heizölanlage. Unter diesen und anderen Einschränkungen kann eine Tonne absolut trockenen Holzes eine halbe Tonne Heizöl ersetzen.

Betrachtet man die Hektarerträge, würden diese mit denen einer Getreideernte (ohne EG-Subventionen) gleichziehen. Da die EG ohnehin ihre Subventionierung einschränken muß und dadurch Agrarland nicht mehr also solches genutzt werden kann, könnte schon in den nächsten Jahren die Einrichtung von Holz-Schnellwuchsplantagen als neuer Produktionszweig in die Praxis umgesetzt werden.

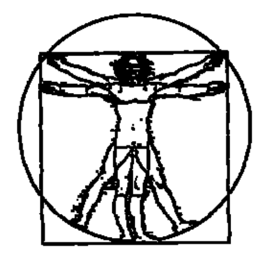
NOTIZEN

Nobeltreff in Lindau

Lindau (D. T.) – An der 35. Nobelpreisträgertagung in Lindau nehmen vom 1. bis 5. Juli 16 Physik-Preisträger aus Europa und den USA teil. Beim zwölften Treffen der Physiker stehen 13 Vorträge auf dem Programm, in denen es um Festkörperphysik, Hochenergiephysik sowie um Elementarteilchen und Quantenoptik geht. Neu ist eine Podiumsdiskussion mit vier Laureaten. Das Thema: Die Bedeutung der Hochenergiephysik für das moderne Weltbild der Physik.

Briten auf dem Rückzug

London (dpa) – Falls die britischen Mitgliedsbeiträge für die Forschungsarbeiten nicht gekürzt werden können, soll sich Großbritannien vom europäischen Kern-



forschungszentrum CERN in Genf zurückziehen. Diese Empfehlung gaben aufgrund einer Studie zwei wissenschaftliche Beratungsgremien in der britischen Hauptstadt. Angesichts der begrenzten Mittel für Wissenschaft und Forschung in England seien die Ausgaben in gegenwärtiger Höhe von umgerechnet 148,2 Millionen Mark pro Jahr nicht gerechtfertigt.

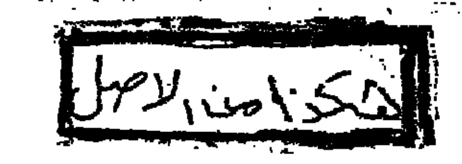
Mittel für Hochschulen

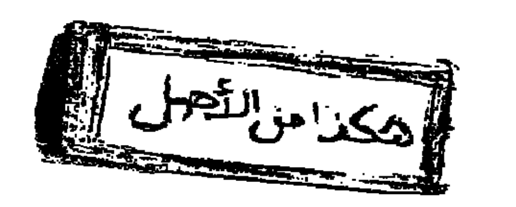
Hannover (D. W.) – Die niedersächsische Landesregierung hat jetzt weitere 27 Millionen Mark für den Ausbau von Hochschuleinrichtungen bewilligt. Nach Angaben der Landesregierung erhält u. a. die Uni Göttingen 8,4 Millionen Mark für den Neubau eines Instituts für Geologie und Dynamik der Lithosphäre, ferner 3,5 bzw. 7,5 Millionen Mark für den Umbau der Kinderklinik und der Frauenklinik. Die Medizinische Hochschule Hannover erhält drei Millionen Mark für Umbauten.

BUNTE

MENGELE: DER SOHN BRICHT SEIN SCHWEIGEN.

Rolf Mengele erzählt, wie sein Vater geflohen ist, wo er sich versteckt hielt und wer ihm dabei geholfen hat. Rolf Mengele sagt, so behauptet er, die Wahrheit.
Ab jetzt in BUNTE.





Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Sozialer Lastenausgleich

„Deutliche Senkung der Renten nach dem Jahr 2000 ist unabwendbar"; WELT vom 5. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist erstaunlich, daß, wenn von der drohenden Rentenmisere die Rede ist, nur entweder an eine allgemeine Erhöhung der Beitragssätze oder eine Senkung des Rentenniveaus gedacht wird. Dabei wird die eigentliche Ursache, nämlich die Weigerung vieler Familien, den Generationenvertrag durch das Aufziehen von mindestens zwei Kindern zu erfüllen, kritiklos als etwas Schicksalhaftes hingenommen.

Wer aber in diesem Sinne die Solidarität verweigert und seiner Verpflichtung seinem Volk gegenüber *nicht nachkommt, müßte als Ausgleich* dafür wesentlich höhere Beitragssätze zur Rentenversicherung zahlen. Entsprechend würden Eltern mit mehr als zwei Kindern jeweils einen Bonus erhalten, der entweder schon jetzt ausgezahlt oder später auf die Rente aufgeschlagen wird. Dieser Lastenausgleich wäre ein wirklicher Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit.

Zur Zeit müssen Eltern mit mehreren Kindern, die später als Erwachsene die Renten erwirtschaften, und zwar sowohl für ihre eigenen Eltern, als auch für die Kinderlosen, nicht nur bei geringerem Einkommen (meist keine Doppelverdienstmöglichkeit) hohe Ausgaben tragen, sondern im Alter auch mit einer kleineren Rente vorlieb nehmen.

Genau so wie dieser asoziale Zustand von unseren Politikern unbeachtet bleibt, stört sich kaum jemand daran, daß unsere Kinder bis zum 18. Lebensjahr (etwa 12 Millionen) politisch Nullpersonen sind. Während die Eltern für ihre Kinder in finanzieller, schulischer, religiöser Hinsicht entscheiden dürfen, ist ihnen dies in der Politik versagt. Diese undemokratische Situation wäre leicht zu beheben, wenn man den Eltern für ihre minderjährigen Kinder das Wahlrecht einräumen würde, wobei pro Kind auf jeden Elternteil eine halbe Stimme entfiele. Durch diese Maßnahmen erhielten die Familien in unserer Gesellschaft endlich auch das ihnen gebührende Gewicht.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. B. Ullrich,
Blieskastel

In einem Atemzug

„Im Schilde"; WELT vom 1. Juni

Den allermeisten Sozialdemokraten hierzulande dürfte kaum bekannt sein, daß Gorbatschow-Partner Willy Brandt in den Augen der osteuropäischen Freiheitskämpfer zu den am meisten verachteten Politikern des Westens zählt. Nicht nur die Oppositionellen des christlichen und nationalen Lagers, auch polnische, tschechische, urkainische Sozialdemokraten nennen diesen Deutschen in einem Atemzug mit Kerenskij, Grotewohl, Fierlinger, Hacha, Benesch.

Der Antoganismus zwischen Brandtscher Sozialdemokratie und osteuropäischem Widerstand enthüllt sich in einer europäischen Existenzfrage, auf die Herbert Kremp hinweist. *Brandt vertritt den rein formalen,* wertneutralen Friedensbegriff. Die Solidarność dagegen, als Speerspitze der Anti-Jalta-Bewegung im moskowitischen Hegemonialbereich, repräsentiert die Alternative: einen inhaltlichen, also politisch und moralisch aufgefüllten Friedensbegriff. Aus diesem Grunde ist für die Solidarność der Status quo keineswegs sakrosankt. Durch die Berufung auf die Menschen- und Völkerrechte erhält ihr Friedenskonzept eine ethische Rechtfertigung und Erhöhung, das Friedensprinzip wird dadurch erst menschlich.

Anders Willy Brandt, der am 7. Mai 1985 in Nürnberg erklärte: „Vor allen anderen politischen Zielen rangiert der Frieden." Im Klartext heißt das: Friede auch mit jenen, die den Frieden ständig sabotieren und verraten, die kraft ihrer modernen Waffentechnik und ihrer Skrupellosigkeit in der Lage sind, das Gespenst einer irdischen Apokalypse in die Tat umzusetzen. Der Standpunkt der osteuropäischen Friedenskämpfer ist auf Veränderung des bestehenden Schreckens *und damit auf die Beseitigung* der Wurzeln von Aggression und Kriegsgefahr gerichtet; die Position Brandts, eine total technokratische, befürwortet Erhaltung und Stabilisierung des GULag-Friedens. Oder ganz kraß ausgedrückt: Der osteuropäische Widerstand humanisiert die Friedensfrage, Willy Brandt enthumanisiert sie.

Wenn es noch eines Beweises für die europafeindliche Allianz von Sozialdemokratismus und Moskauer Kommunismus bedurft hätte, die Unterredung zwischen Brandt und Gorbatschow hat ihn erbracht. Gorbatschow sprach ausdrücklich von einer „konstruktiven Zusammenarbeit" zwischen KPdSU und SPD, und Brandt erhob dagegen keinen Einspruch, im Gegenteil, er bezeichnete beide Parteien als „Verbündete im Kampf um das Leben".

Daß die Position Brandts in keiner Weise mehr identisch ist mit dem antiimperialistischen, antitotalitären, slawenfreundlichen Erbe eines Wenzel Jaksch, Ernst Reuter, Paul Löbe, Kurt Schumacher, weiß der Geschichtskundige. Sie deckt sich auch nicht mit der Politik Bebels, Kautskys, Bernsteins, Liebknechts vor dem Ersten Weltkrieg, als die deutsche Arbeiterbewegung in vorderster Front des Kampfes gegen die arbeiter- und völkerfeindliche Praxis der zaristischen Vorgänger eines Gorbatschow stand.

W. Strauss,
Furth i. Wald

Behinderter Aufschwung

„Die Bestellungen nehmen zu – Arbeitsmarkt braucht Aufwind"; WELT vom 6. Juni

Sehr geehrte Herren,

unter den obwaltenden Sozialgesetzen und „gewachsenen" Rechten nebst dem Betriebsverfassungsgesetz bekommt keine Regierung des freien Europa die Arbeitslosigkeit jemals in den Griff. Auch Kanzler Kohl nicht. Ob die Rechten in England oder die Linken in Frankreich, Spanien oder Italien; trotz Konjunktur nichts Gravierendes. Die Arbeitslosigkeit steigt weiter an.

Wen wundert das noch bei der herrschenden Bevormundung?

Neueinstellungen gerne, Minister werben dafür. Aber Entlassungen? Nein, um Gotteswillen! Sozialpläne mit Unternehmerbeschimpfungen, Proteste. Dann die wöchentliche Arbeitszeitverschwendung mit Betriebsräten. Dazu die oft renitente Arbeitsunwilligkeit derer, die mit Sozial- und Schwarzarbeitsgroschen viel besser leben.

Wer macht noch „Drecksarbeit" wie Müllabfuhr? In Marokko Schwarze aus Ghana, hier in Spanien die Marokkaner, in Deutschland die Spanier, und die Deutschen surfen hier monatelang mit BAföG! Träger im Bahnhof, Schuheputzer im Hotel? Das war einmal.

Wird in ganz Europa das Steuer bezüglich Beschäftigung nicht radikal herumgerissen, sehe ich schwarz. Diskutieren bleibt Zeitverschwendung. Denn unserem System wird jeglicher Schneid dazu unmöglich gemacht. Wahlen stehen immer vor der Tür.

Wer wagt es dann, mal notwendigerweise langfristig zu planen und dabei hart auf den Tisch zu hauen? Es wird herumgewurschtelt, gewartet, gehofft und gebabbelt!

Erich Kästner beendet resigniert seine „Ansprache an Millionäre": „Ihr seid nicht klug. Ihr wollt noch warten. Uns tut es leid. Ihr werdet's bereuen. Schickt aus dem Himmel paar Ansichtskarten! Es wird uns freuen." Uns aber nicht! Sollen auch wir resignieren?

Mit freundlichen Grüßen
D. Schildbach,
Cadaqués (Spanien)

*

Wenn unsere Politiker und Volksvertreter es mit der Bekämpfung der Schwarzarbeit wirklich so ernst nehmen würden, wie sie es landauf und landab den Bürgern vorsprechen, dann würden sie die Ordnungswidrigkeitsverfahrens-Hüter veranlassen, samstags (oder bei entsprechenden Feiertagskonstellationen freitags und samstags) den Fährten der vielen Betontransportfahrzeuge zu folgen.

Diese einfachen Kontrollen würden dazu beitragen, 200 000 Bauarbeiter von ihrer Arbeitslosigkeit zu befreien.

Außerdem würden die Krankenversicherungskassen, die Rentenversicherungskassen und die Arbeitslosenversicherungskassen wieder deutlich klingeln. Diese einfachen Anordnungen würden Herrn Blüm sehr entgegenkommen.

Helmut Irblich,
Obermeister der Bauinnung
Schweinfurth

Wort des Tages

„Die wirklichen Paradiese sind die, die man verloren hat."

Marcel Proust; franz. Autor (1871–1922)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

AUSZEICHNUNGEN

Im Antiquarium der Münchner Residenz zeichnet Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** heute vormittag 52 Persönlichkeiten mit dem Bayerischen Verdienstorden aus. Mit diesem höchsten bayerischen Orden, als „Zeichen ehrender und dankender Anerkennung hervorragender Verdienste um den Freistaat Bayern und das bayerische Volk" verliehen, wird auch die vor einem Jahr bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommene Frau des Regierungschefs, **Marianne Strauß**, posthum für ihr soziales Engagement geehrt. Unter den diesjährigen Ordensträgern sind außerdem: Der Erzbischof von München und Freising, Kardinal **Friedrich Wetter**, der ZDF-Intendant **Dieter Stolte**, der frühere Bundesfinanzminister **Alex Möller** als Aufsichtsratsvorsitzender der Bavaria-Ateliers, der Chefredakteur des „Bayernkuriers" **Wilfried Scharnagl**, die Manager **Klaus Barthelt** vom Kernkraftwerksbau KWU, **Eberhard von Koerber** (BMW) und **Jochen Holzer** (Bayernwerke), die ehemaligen Motorradsportler **Sepp Greger** und **Georg „Schorsch" Meier**, Filmproduzent **Franz Seitz**, „Pumuckl"-Autorin **Ellis Kaut**, Orchesterchef **Kurt Ramske**, Abt **Thomas Niggl** vom Kloster Weltenburg, der Präsident des Bundesverbandes Holz- und Kunststoffhandwerk **Theodor Ruff** und der Präsident der Münchner Bundeswehr-Universität Professor **Rudolf Wienecke**. Ausgezeichnet werden auch der Münchner Daimler-Benz-Niederlassungsdirektor **Karl Dersch** und der Japaner **Jiro Janase**, der sich durch den Export bayerischer Autos nach Japan verdient gemacht hat. Der Bayerische Verdienstorden wurde bisher an 3172 Männer und 237 Frauen verliehen. *Nach dem Gesetz von 1957 soll* die Zahl der lebenden Ordensinhaber nicht höher als 2000 sein; nach der heutigen Verleihung werden es 1866 sein.

KIRCHE

Pater Dr. **Hermann Schallück** (46) ist in den Generalrat des Ordens der Franziskaner gewählt worden. Diesem obersten Leitungsgremium gehören neben dem Ordensgeneral **John Vaughn** und seinem Stellvertreter acht weitere Franziskaner aus aller Welt an. Schallück vertritt in diesem Gremium die rund 2400 Franziskaner aus dem deutschen Sprachraum (Bundesrepublik Deutschland, Mitteldeutschland, *Niederlande, Schweiz, Österreich,* Südtirol und Ungarn).

VERANSTALTUNG

Yitzhak Ben Ari, Israels Botschafter in Bonn, gab zu Ehren des amerikanischen Gesandten **William M. Woessner** in seiner Bad Godesberger Residenz ein Essen. Woessner verläßt die Bundesrepublik Deutschland und kehrt in das State Department nach Washington zurück. Er wird dort einer der Stellvertreter in der Europa-Abteilung, die bisher von **Richard Burt** geleitet wurde, der als Botschafter nach Bonn kommt. Woessner war seit 1979 in einer der größten Auslandsbotschaften seines Landes „zweiter Mann". Bei seinem Abschied im Kreise zahlreicher Freunde in der israelischen Residenz waren unter den Gästen Staatsminister Dr. **Friedrich Vogel**, Bundeskanzleramt, der bayerische Staatsminister in Bonn, **Peter Schmidhuber**, der SPD-Bundestagsabgeordnete **Hans-Jürgen Wischnewski**, sein *FDP-Kollege* **Burkhard Hirsch**, CSU-MdB **Hans Klein**, der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt, Ministerialdirigent Konrad Seitz und der für entwicklungspolitische Fragen im AA zuständige Ministerialdirigent Dr. **Jürgen Trumpf**. In einer Tischrede nannte Woessner die Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland heute „eine der humansten, die je auf deutschem Boden existierten". Er fügte hinzu: „Wir sind stolz, Sie als Freunde zu haben."

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Thomas Nipperdey** vom Institut für Neuere Geschichte der Universität München ist als zweiter deutscher Historiker zum ausländischen Ehrenmitglied der American Academy of Arts and Sciences gewählt worden.

*

Professor Dr. **Detlef Simon**, Ordinarius der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, landwirtschaftliche Fakultät, geht an die Tierärztliche Hochschule Hannover und hat dort eine Professur für Tierzucht und Vererbungsforschung angenommen.

Dr. **Ilka Boll**, seit 1958 Chefdramaturgin und zuletzt auch kommissarische Leiterin des Schauspiels der „Theater und Philharmonie Essen" GmbH, ist im Alter von 62 Jahren gestorben. Weit über das Ruhrgebiet hinaus war die in Krakau Aufgewachsene besonders als Autorin von Bühnenwerken und als Übersetzerin aus dem Englischen und Polnischen bekannt geworden.

RADSPORT / Dietrich Thurau ist nach dem Ausscheiden bei der Tour de Suisse „kein Thema mehr"

„Er ist ein Mann, der nur hinterherfährt, selbst dafür hat die Kraft nicht einmal mehr gereicht"

KLAUS BLUME, **Bonn**

Vom Boulevardblatt „Blick" bis zur angesehenen „Neuen Zürcher Zeitung" war sich die Schweizer Presse einig: Dietrich Thurau, das ist kein Thema mehr. Als der Frankfurter Radprofi auf der schwersten Etappe der Tour de Suisse von Leukerbad nach Fürigen aufgegeben hatte, vermeldete die „Neue Zürcher Zeitung" lediglich: „Gilbert Glaus (Schweiz) und der Deutsche Dietrich Thurau waren den Anforderungen nicht gewachsen." Ein Redakteur des „Sport-Informationsdienstes" der Schweiz erläuterte die derart reduzierte Resonanz so: „Thurau ist ein Mann, der halt hinterherfährt und ganz offenbar haben selbst dafür nicht einmal die Kräfte gereicht."

Endgültig abgeschrieben – das ist der derzeitige Stellenwert des ehemaligen Vize-Weltmeisters und früheren Klassiker-Siegers Dietrich Thurau. In der Schweiz sang- und klanglos untergegangen, schirmte sich Thurau gestern daheim in Frankfurt erst einmal von der Außenwelt ab. Die Telefone wurden stundenlang ausgehängt; Thurau wollte mit niemanden sprechen, weder erklären noch Rede und Antwort stehen.

30 Jahre alt ist er jetzt, und Ende dieser Saison soll deshalb Schluß mit dem Radsport auf der Straße sein. Unwiderruflich. Doch er wolle mit einer ordentlichen Leistung abtreten, noch einmal bei der Tour de France hinlangen, die nächste Woche beginnt, die er 1977 als Fünfter und 1979 als Zehnter beendet hatte. Er wurde nicht müde, dies immer wieder zu erklären, als er im Frühjahr beim renommierten Team „Hitachi" überraschend einen Vertrag als Adjudant des belgischen Straßen-Weltmeisters Claude Criquelion unterschrieben hatte.

Inhalt und Hauptbestandteil dieses Vertrages ist Thuraus Teilnahme an der Tour de France – ansonsten können die Zahlungen an ihn eingestellt werden. Zur Vorbereitung und zur Formüberprüfung für das schwerste Etappenrennen der Welt sollte Thurau die Tour de Suisse bestreiten, bei der er nun aufgegeben hat. Sein belgischer Teamchef Albert de Kimpe geht trotzdem noch immer davon aus, daß Thurau in der nächsten Woche vertragsgemäß im Tour-Startort Plumelec in der Bretagne auftaucht, denn er habe alle Freiheiten gehabt, *um sich auf die Tour vorzubereiten.* Albert de Kimpe sagt: „Wir haben von ihm kein einziges Mal in diesem Frühjahr einen totalen Einsatz bei einem klassischen Eintagsrennen verlangt, weil wir von ihm eine engagierte Tour de France erwarten." Die Vorschußlorbeeren, die Albert de Kimpe noch vor einiger Zeit an Thurau verteilte („Er wird noch einmal eine große Tour fahren"), können für Thurau nun zu einer schwer abtragbaren Hypothek werden. Nach dem Debakel in der Schweiz sagte Albert de Kimpe nämlich: „Ich habe dafür wirklich keine Erklärung." Und Thuraus Kapitän, Weltmeister Claude Criquelion, schwieg zu alledem betroffen.

Thuraus Ehefrau Marion erklärt hingegen den Ausstieg so: „Mein Mann hat in der Nacht vor der schweren Bergetappe der Tour de Suisse so gut wie überhaupt nicht geschlafen. Er hatte Magenbeschwerden und sich übergeben. Als er am anderen Tag zur Etappe aufbrach, fühlte er sich auch nicht besser. Nachdem er dann aufgegeben hatte, mußte er sich erneut übergeben." Schenkt man dieser Erklärung Glauben, so erlitt der Frankfurter nur einen momentanen Schwächeanfall. Am späten Dienstagabend tauchte er dann wieder zu Hause auf. Marion Thurau sagte gestern vormittag: „*Meinem Mann geht es etwas* besser, er trainiert bereits wieder, um sich für die Tour de France vorzubereiten. An der deutschen Meisterschaft am Sonntag in Baden-Baden wird er ebenfalls teilnehmen."

Was ist hier Dichtung und was ist Wahrheit? Wer macht hier wem und am Ende sich selber etwas vor? Hatte Thurau in der Schweiz wirklich Magenbeschwerden oder ist diese Aussage nur ein Trick gewesen, um sich aus der Tour de Suisse davon zu stehlen, weil die Kräfte längst nicht mehr reichten?

Fest steht nur, daß die Tour de France jetzt Thuraus endgültig letzte Chance ist, seine von Dopingaffären, Krächen und Mißerfolgen in den letzten Jahren mit Füßen getretene Rennfahrer-Laufbahn einigermaßen ordentlich zu Ende zu bringen. Und wenn er bemerken sollte, daß seine Magenkrämpfe bei der Tour de Suisse nur daher kamen, weil er sich und *aller Welt wieder einmal* etwas vorgemacht hatte, dann sollte er endlich einen Schlußstrich ziehen. Am besten am Sonntag bei der deutschen Meisterschaft.

Sicher, das Team „Hitachi" könnte ihn regreßpflichtig machen, wenn er Knall auf Fall und kurz vor der Tour de France seine Laufbahn beenden *würde. Doch diese Regreßansprüche* würden erst recht an ihn herangetragen, wenn bemerkt würde, daß Thurau längst nicht mehr Tour-fähig ist und während der gesamten Vorbereitungszeit sich und seinem Team nur etwas vorgemacht hat.

NACHRICHTEN

Versöhnungsbesuch

Turin (dpa) – Der Vize-Bürgermeister von Liverpool, Derek Hatton, hat eine Städte-Partnerschaft zwischen seiner Stadt und Turin vorgeschlagen. Hatton befindet sich mit einer Delegation von Kommunalpolitikern zu einem Versöhnungsbesuch in Turin. Vor drei Wochen waren in Brüssel bei Ausschreitungen vor dem Fußball-Europapokalfinale zwischen Juventus Turin und dem FC Liverpool 38 Menschen getötet worden, die meisten waren Italiener.

Rowdys verurteilt

Peking (sid) – Zu Haftstrafen zwischen vier Monaten und zweieinhalb Jahren sind fünf jugendliche Fußballfans von einem Gericht in Peking verurteilt worden. Die Rowdys waren am 19. Mai nach Ausschreitungen im Anschluß an das WM-Qualifikationsspiel zwischen China und Hongkong (1:2) verhaftet worden.

Schalke holt Roth

Gelsenkirchen (sid) – Der Fußball-Bundesligaverein Schalke 04 wird Junioren-Nationalspieler Dietmar Roth vom Absteiger Karlsruher SC verpflichten. Die Höhe der Ablöse für den 21 Jahre alten Außenverteidiger steht noch nicht fest.

Mögenburg ist krank

Düsseldorf (sid) – Hochsprung-Olympiasieger Dietmar Mögenburg „fällt für längere Zeit aus" (Bundestrainer Tancic). Mögenburg leidet unter einen Nierenbeckenentzündung.

Pokalfinale 1986

Berlin (dpa) – Der Termin für das nächste Finale im deutschen Fußball-Pokal steht bereits jetzt fest: 12. April 1986, Austragungsort ist wieder das Berliner Olympiastadion.

Länderspiele verkauft

Rom (sid) – In den nächsten vier Jahren werden alle Länderspiele der italienischen Fußball-Nationalmannschaft im Fernsehen übertragen. *Die* staatliche Fernsehgesellschaft RAI schloß mit dem italienischen Verband einen Vertrag über die Senderechte. RAI zahlt umgerechnet 16,5 Millionen Mark.

Wieder Los Angeles

Los Angeles (sid) – Das Komitee für die Olympischen Sommerspiele 1984 in Los Angeles will sich wieder um die Ausrichtung der Spiele bewerben. Ein Sprecher: „Das Jahr 2004 ist ein realistischer Termin für uns."

ZAHLEN

TENNIS

Qualifikations-Turnier für Wimbledon, 2. Runde: Maurer (Deutschland) – Menon (Italien) 6:3, 6:2. – **Internationales Turnier** der Damen in Eastbourne/England (150 000 Dollar), zweite Runde: Fairbank (Südafrika) – Pfaff (Deutschland) 6:3, 6:2, Navratilova – McNeill (beide USA) 3:6, 6:2, 6:0, Rinaldi (USA) – Jolissaint (Schweiz) 7:5, 6:1, Bunge (Deutschland) – Shaefer (USA) 6:4, 6:0. – **Internationales Turnier** der Herren in Bristol (100 000 Dollar), erste Runde: Popp (Deutschland) – Bale *(England)* 6:2, 6:3, *Tom Gullikson* (USA) – Osterthun (Deutschland) 7:5, 6:2, Tim Gullikson (USA) – Zivojinovic (Jugoslawien) 2:6, 7:6, 6:4, Layendekker (USA) – Edwards (Südafrika) 7:6, 1:6, 9:7, Knapp (USA) – Visser (Südafrika) 6:3, 7:6.

HOCKEY

Junioren-Länderspiel in Köln: Deutschland – Pakistan 4:2 (2:0).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 756 086,00, 2: 169 475,80, 3: 8462,90, 4: 131,40, 5: 9,30. – **Toto,** Elferwette: 1: 83 559,60, 2: 1446,90, 3: 85,90. – **6 aus 45:** 1: 386 809,10, 2: unbesetzt, Jackpot: 64 910,20, 3: 8591,00, 4: 97,00, 5: 8,90. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 34,10, 2: 4,20. – Rennen B: 1: 66,00, 2: 5,10. – Kombinationsgewinn: 25 005,60. (ohne Gewähr)

TENNIS / Boris Beckers Glück bei der Auslosung

„Himmlischer Blödsinn" mit der Setzliste in Wimbledon

CLAUS GEISSMAR, **London**

Seit 1922 werden die besten Tennisspieler in Wimbledon gesetzt. Das bedeutet: Ihre Namen werden vor der Auslosung so von oben nach unten im Turnierfeld verteilt, daß die Besten nicht in den ersten Runden aufeinander treffen können. In diesem Jahr steht wieder der Name von Titelverteidiger John McEnroe (1) ganz oben. Der Name von Ivan Lendl (2) ganz unten. Wenn sie ihre Spiele vorher gewinnen, können sie erst im Endspiel aufeinandertreffen.

16 Spieler werden auf diese Weise im Feld der 128 Herren und ebenso bei den Damen verteilt. In diesem Jahr ist diese sportlich sinnvolle Setzliste jedoch plötzlich ein „unflexibler bürokratischer Unsinn" geworden.

So nennt Rex Bellamy, von der „Times", Englands angesehendster Tennisjournalist, die Entscheidungen, die der All England Club in diesem Jahr gefällt hat.

Am deutlichsten ist das Beispiel von Boris Becker. Der 17 Jahre alte Deutsche, Sieger des Queen's-Club-Turniers, wurde nicht gesetzt. Pat Cash und Johann Kriek, zwei Spieler, die er in der letzten Woche geschla*gen hat, stehen dagegen in der* Setzliste auf Platz sechs und neun. Trotzdem hatte Boris Becker bei der Auslosung, die anschließend stattfand, Glück. Aus dem schwarzen Stoffbeutel, aus dem die Namen gezogen werden, kam sein Name erst an 103. Stelle heraus. Das bedeutet: Der erste gesetzte Spieler, auf den Becker treffen kann, ist der Schwede Joakim Nystroem. Vor allem aber: Boris Becker hat in seiner Auslosungshälfte weder Titelverteidiger John McEnroe (1) noch Jimmy Connors (3) als Gegner erhalten. Die schweren Gegner in Beckers Hälfte sind Ivan Lendl (2) und Mats Wilander (4), der Sieger von Paris.

Der „Unsinn", der in diesem Jahr beim Setzen passiert ist, sieht außerdem so aus: Anders Jarryd (5) hat in den letzten vier Jahren jedesmal in der ersten Runde verloren. Aaron Krickstein (10) spielt zum erstenmal in Wimbledon. Yannick Noah (11) hat in den letzten fünf Jahren nur einmal in Wimbledon gespielt und ebenfalls gleich in der ersten Runde verloren.

Der All England Club beruft sich *bei seinen Entscheidungen auf die* Computer-Weltrangliste. In dieser Rangliste werden alle Grand-Prix-Ergebnisse der letzten zwölf Monate bewertet. Mit anderen Worten: Falls ein Spieler wie Boris Becker seine sportliche Form gerade jetzt gesteigert hat, dann kann das von dieser Computerrangliste gar nicht berücksichtigt werden. Der All England Club hat sich ausdrücklich vorbehalten, vom Computer-System abzuweichen. Aber wie er das getan hat, ist vor allem bei den Damen geradezu grotesk geworden:

Zum erstenmal in der Wimbledon-Geschichte gibt es zwei Damen, die eine „eins" hinter ihrem Namen stehen haben. Der Grund: Nach ihrem Sieg in Paris steht Chris Evert-Lloyd zum erstenmal wieder vor Martina Navratilova auf Platz eins dieser Computer-Weltrangliste. Wenn man wirklich der Computerlogik folgen wollte, hätte man Chris Evert-Lloyd also als Nummer 1 setzen müssen. Der Turnierausschuß hatte jedoch offensichtlich Angst, Martina Navratilo*va zu beleidigen. Auch sie* erhielt die Nummer 1. Das Los mußte entscheiden. Wer „oben" (Evert-Lloyd) und wer „unten" (Navratilova) stehen darf. Die Gewissensängste des Turnierausschusses haben bei den Spielerinnen große Heiterkeit ausgelöst. Pam Shriver (Nummer 3) kommentierte: „Himmlischer Blödsinn ..."

Spiele der Deutschen

Herren: Elter – van Patten (USA), Keretic – Visser (Südafrika), Popp – Lloyd (Großbritannien), Becker – Pfister (USA), Schwaier trifft auf einen Spieler, der sich noch qualifiziert. – **Damen:** Hanika – Suire (Frankreich), Pfaff – Foltz, Graf – Spain-Short, Bunge – McNeil, Kohde – Nagelsen (alle USA).

1. Runde der Favoriten, McEnroe (USA) – McNamara (Australien), Lendl (CSSR) – Purcell (USA), Connors (USA) – Simonsson (Schweden), Wilander (Schweden) – Zivjinovic (Jugoslawien). – Navratilova – Bonder, Evert-Lloyd – Piatek (alle USA).

BASKETBALL

Profis aus Deutschland

dpa, **New York**

An Karl-Heinz Rummenigge reichen sie noch nicht heran, er soll zwei Millionen Mark pro Jahr damit verdienen, daß er für Inter Mailand gegen den Fußball tritt. Vielleicht verdient auch National-Torwart Harald Schumacher mehr als sie, wenn man sein Gehalt und die Werbeeinkünfte zusammenzählt. Doch einzelne deutsche Fußballspieler haben schon immer zur Weltklasse gehört. Deutsche Basketballspieler, *vor einigen Jahren* noch mitleidig belächelt, gehörten noch nie zum Kreis der absoluten Profi-Elite. Jetzt stehen zwei lange Kerls vor einer gewinnträchtigen Karriere in den USA: Detlef Schrempf aus Leverkusen, 2,06 m groß, und Uwe Blab aus München, zwölf Zentimeter größer.

Bei einer Art Versteigerung im New Yorker Madison Square Garden, bei der sich die Profi-Klubs der National Basketball Association (NBA) unter ehemaligen Amateuren bedienen, haben Schrempf und Blab einen gemeinsamen Verein gefunden: die Dallas Marvericks aus Texas. Der Klub soll ihnen in der ersten Saison das bezahlen, was amerikanische Profis *der NBA so im Durchschnitt verdienen.* Das sind 285 000 Dollar, umgerechnet immerhin 810 000 Mark.

Nicht zuletzt wegen der Leistungen von Schrempf und Blab belegte die deutsche Nationalmannschaft bei der Europameisterschaft zum ersten Mal Platz fünf. Jetzt sind die beiden Studenten, die für die Universitäten von Indiana und Washington auf Korbjagd gingen, für das deutsche Team verloren. Würden sie sich unter den Profis behaupten, sie hätten einen Markstein gesetzt: Noch nie zuvor konnten sich nämlich Europäer in der US-Liga durchsetzen. Der Franzose Herve Dubuisson war der bisher einzige, der es vor einem Jahr versuchte. Von den New Jersey Nets bekam er zwar einen Vertrag, wurde aber nie eingesetzt. Er reiste enttäuscht nach Hause zurück.

Den wenigstens von der Körpergröße her herausragendsten Neu-Profi haben die Washington Bullets erworben. Der sudanesische Hirtensohn Manute Bol ist 2,31 m groß, wiegt aber nur 91 kg.

Und so handelt Paul Schockemöhle

Die deutschen Springreiter, in Aachen durch Erfolge in den beiden wichtigsten Einzel-Konkurrenzen gerade noch einmal davongekommen, klagen darüber, daß die *anderen, besonders die Amerikaner,* bessere Pferde hätten. Diese besseren stammen oft aus deutscher Zucht und konnten nicht gehalten werden, weil sie über den Ozean springen müssen, wenn nur jemand mit einem schönen dicken Scheck winkt. Der geschäftstüchtige Paul Schockemöhle handelt da in vorderster Front, um das Vermögen zu mehren. Wer will es ihm verdenken.

Versteckt, selten offen, wird Schockemöhle schon einmal vorgeworfen, er habe die meiste Schuld am Ausverkauf. Doch das wunderlichste Geschäft des Pferdehändlers ging genau in die umgekehrte Richtung: Franke Sloothaak, Schockemöhles „Verkaufsreiter", gewann in Aachen das Springchampionat der Bundesrepublik Deutschland mit einem Pferd namens Walido, das er auch beim Deutschen Springderby am Sonntag in Hamburg zum Erfolg führen will.

Das Besondere: Walido kommt aus der Schweiz, besitzt einen französischen Stammbaum und wurde – in Florida gekauft. Von Paul Schokkemöhle, der bei einem Turnier in *Tampa* vor *gut einem Jahr* eigentlich acht eigene Pferde an den Mann bringen wollte.

Doch mit dem Erwerb Walidos war der Handel des schlitzohrigen Schockemöhle noch nicht beendet.

STAND ● PUNKT

Der Reiter, nicht der Pferdehändler Schockemöhle, kam mit dem neun Jahre alten Fuchswallach gar nicht zurecht. Also wanderte das Pferd, jedenfalls in den Kassenbüchern, weiter. Käufer war der westfälische Wurstfabrikant Rudolf Damhus, den Schockemöhle lobt als einen „der wenigen Mäzene, die unser Sport noch hat".

Der Händler war wieder einmal erfolgreich, der Reiter blieb vorsichtig: Schockemöhle sicherte sich bis Ende nächsten Jahres das Recht, darüber zu bestimmen, wer auf Walido sitzen darf. Er selbst könnte mit dem Pferd starten – aber das hat ja schon einmal nicht geklappt. Also sagt er: „Das wäre heller Wahnsinn. Ich bin doch nicht verrückt. Franke *Sloothaak* und *Walido* harmonieren hervorragend. Das paßt. Franke hat jetzt wieder ein gutes Pferd für große Prüfungen."

Und alle sind es zufrieden, auch die vielen deutschen Reiter-Funktionäre, die Schockemöhle kritisierten, weil er seinem Verkaufsreiter Sloothaak immer wieder aufs neue die besten Pferde unter dem Sattel weg verkauft hatte. So auch Farmer, der als deutsches Ausnahmepferd galt und mit dem Franke Sloothaak zur Olympia-Equipe von Los Angeles gehörte, die die Bronzemedaille gewann.

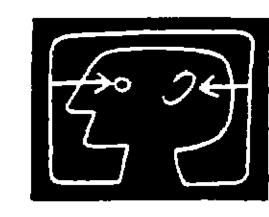
Merke: So grotesk, kurios und *kompliziert* kann der *Turniersport* sein. Oder anders herum: Wenn Pferdehändler miteinander feilschen, ist nichts unmöglich. Besonders dann nicht, wenn Paul Schokkemöhle mitmischt. K. Mo.

Berlin: Die Internationale Funkausstellung 1985

Einladung zur Teeparty

Für die Internationale Funkausstellung 1985 in Berlin (30.8. bis 8.9.) hat sich das ZDF allerhand vorgenommen. Unter dem Motto „Ich steh' auf Empfang" (erster Versuch der Mainzer, des Publikums TV-Nase zu kitzeln) wollen ZDF-Programmdirektor Alois Schardt und seine Mannen mit neu konzipierten Programmen, Sendeformen und technischen Raffinessen der ARD die Zuschauer abjagen. Konkurrenz belebt halt das Geschäft.

Und da haben sich die ZDFler in der Tat so einiges einfallen lassen. Originellster Medien-Gag dürfte wohl die Errichtung einer „Quasselbox" sein, wo (vor laufender Kamera und



eingeschalteten Mikrophonen) die IFA-Besucher aus ihren Herzen keine Mördergrube zu machen brauchen, also alles aus sich herausschreien, singen, schimpfen, fluchen, loben oder Gedichte vortragen können. Das Beste daraus wird anderntags gesendet. Vielleicht findet das ZDF auf diesem Wege ein paar Talente, die frischen Wind in alte Programme und überholte Strukturen bringen.

Was die Mainzer hingegen selbst tun wollen, um besagten frischen Wind in die ZDF-Redaktionsstuben zu blasen, läßt hoffen auf bessere TV-Zeiten im Zweiten Kanal.

Was der ARD die Dritten Programme, das ist dem ZDF die alle zwei Jahre stattfindende IFA: ein Experimentierfeld. Und experimentieren wollen die Mainzer auf Teufel komm raus. So bieten sie in rund 100 Stunden live eine beachtliche Reihe von Sendungen an, deren Inhalte, auf den ersten Blick jedenfalls, aufhorchen lassen: „Wie war das" lautet zum Beispiel der Titel eines neuen ZDF-Geschichtsquiz', in dem „Haupt- und Staatsaktionen, Affären und Legenden, Bewegendes und Erschütterndes, Spannendes und Unterhaltendes unseres noch nicht vier Jahrzehnte alten Staates" abgehandelt werden. Geschichts- und Vergangenheitsbewältigung einmal anders, Bekenntnis auch zu einem Staat, in dem es sich leben läßt. Und mit dem man sich auseinandersetzen muß. Die Idee ist begrüßenswert; warten wir deren Umsetzung ab.

Ebenso aktuell wie begrüßenswert dürfte „Sie – das Magazin für die Frau" sein, obwohl (wen wundert's) auch dieses „neue Element im ZDF-Programm" (so preisen die Mainzer dieses Magazin an) von Männern erdacht und gemacht wird. Kernpunkt dieses Magazins: „Das heiße Eisen", eine Diskussion zwischen Frauen und Männern über Themen, die im Gespräch sind, zum Beispiel „Kinder – soll man sie noch kriegen?" oder „Die Frau an seiner Seite – Politikerfrauen".

Kultur, stets Stiefkind der Medien, soll auch endlich einmal nicht zu kurz kommen. Da wird es fünfmal den „Künstlertreff in 5 nach 12" geben, in dem die „Aspekte"-Mannschaft unter Dieter Schwarzenau – live – bei den Proben zum vierten Teil des „Ring"-Zyklus unter Götz Friedrich in der Deutschen Oper dabei ist.

An Stoff, so meint das ZDF, mangelt es nicht, gilt Berlin doch immer noch als die Großstadt mit dem umfangreichsten, vielfältigsten und interessantesten Kulturangebot, das zur Zeit auf dem Kulturmarkt gehandelt wird. Natürlich wird es auch viel, viel Unterhaltung geben: „ZDF-Städteturnier", „Showplatz Berlin", „Alice's Tee-Party" (Musik, Komik und Artistik), „Zehnkampf der Fernsehfans" mit Hans Rosenthal und Dieter Thomas Heck usw. usw..

Das ZDF läßt sich den IFA-Spaß rund 969 000 Mark kosten (gemeint sind hier nur die Kosten für den Aufenthalt in Berlin, nicht die Produktionskosten), während die ARD (nach einer anderen Rechen-Lesart) 3,1 Millionen hinblättern muß.

Fazit: Gelder, Ideen, Themen, Räume, Zeiten, Macher und Publikum sind reichlich vorhanden. Jetzt muß das ZDF nur noch die Frage nach der Qualität beantworten. Spätestens wenn sich die IFA-Tore wieder geschlossen haben, werden wir alle klüger – oder um eine TV-Illusion ärmer sein.

AXEL M. SALLOWSKY

KRITIK

Werthers Leiden, zweiter Teil

Sparsamkeit war das obwaltende Prinzip bei dieser 75 Minuten langen Produktion des Hessischen Rundfunks unter dem etwas gesuchten Titel **Der Riß durch die Welt.** Um den klassischen autobiographischen Roman „Anton Reiser", die Geschichte einer kontaktlosen Jugend, filmisch erstehen zu lassen, brauchte man neben sehr viel weiter und leerer Landschaft nur einen sie durchwandernden Hauptdarsteller mit einer – gemäß der epischen Vorlage – möglichst hervorragenden Nase. Ihn hatte man in dem Italiener Guiseppe Cederna. Er blieb stumm bis auf die Szene, in der er ausgerechnet einen Italienisch lernenden Deutschen darstellen mußte.

Zu den bewegten Bildern ließ der Regisseur Peter Laemmle aus dem „off" Bruno Ganz in angenehm unaufdringlichem Ton Teile des Buches vorlesen, das der Berliner Gymnasiallehrer Karl Philipp Moritz, ein Freund Goethes aus der gemeinsamen Zeit in Rom, zehn bis 20 Jahre nach den „Leiden des jungen Werthers" in einer ähnlichen Gefühlslage geschrieben hat. Jeder Student der Germanistik hat sich den Titel des Werkes einprägen müssen. Ob es nun im Begriff ist, ein Kultbuch einer kommenden Generation zu werden, wie die Ansagerin behauptete, darf man bezweifeln. Viel populärer wird es nicht werden, wenn man ihm im Fernsehprogramm nur einen Platz um die Mitternachtsstunde zuweist.

HELLMUT JAESRICH

Die Liebe der Dicken

Eine mollige Amerikanerin sucht einen Partner. Ein dicklicher Amerikaner sucht eine Partnerin. Beide genieren sich und schicken die Fotos ihrer wohlgestalteten, schlanken Freunde an die Kontaktstelle. Es kommt, was dümmlicherweise kommen muß: die beiden Schlanken, durch das Foto-Verwechselspiel zusammengebracht, gehen miteinander ins Bett, die beiden Molligen bleiben davor, bis ein gütiges Happy-End auch sie zusammenbringt. Das ist, soweit ich es in den Schlummerpausen beobachten konnte, die Geschichte: **Zwei nette Dicke (ZDF).**

Es ist nicht auszuschließen, daß aus diesem Stoff eine Komödie hätte entstehen *können*, mit Lachen und Lieben und der Turbulenz, derer Hollywood-Macher sich zu bedienen fähig sind. Doch die Komödie fand nicht statt. Dröge wickelte sich ein Unlustspiel ab; selbst das bißchen Lachen, das da und dort aufzukeimen begann, war von der herzlichen Unnatur eines Donald Duck. Und je näher das Ende dieser Verwicklungsstory kam, desto müder rutschte der Film über die Rollen. Das Stück hätte an jeder beliebigen Stelle reißen können: keiner hätte es gemerkt. Nur, Gott sei's geklagt, der Film riß nicht.

Ein Film muß schon lange vorher gerissen sein, nämlich im Qualitätsbewußtsein der ZDF-Planer. Daß sie das Stück in offener Unverfrorenheit der Fernsehnation vorsetzten, ist nur mit einem Filmriß in denselben zu erklären.

VALENTIN POLCUCH



Über **beide Teile Berlins** sollte eine Sendereihe berichten, die die beiden SPD-Medienpolitiker Professor Diether Huhn und Detlef Prinz jetzt vom Sender Freies Berlin fordern. Die beiden Rundfunkratsmitglieder haben den Sender ermuntert, die verstärkte deutschlandpolitische Diskussion der letzten Zeit vor allem für die jüngeren Zuschauer in Ost und West verständlich zu machen. Sie schlugen vor, der Sendereihe den Titel „Berlin – hüben und drüben" zu geben. Anders als beispielsweise das Magazin „Kontraste" solle diese Reihe die deutsche Frage weniger theoretisch, sondern anhand von praktischen Beispielen ins Bewußtsein der Zuschauer bringen.

„Der SFB darf sich aus seiner Verpflichtung für das ganze Berlin nicht einfach entlassen", heißt es in der Erklärung der beiden SFB-Kontrolleure.

hrk

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 Saigon – im Jahr der Katze
Englischer Fernsehfilm
11.50 Umschau
12.10 Kennzeichen D
Deutsches aus Ost und West
Vorbild Wirtschaftswunder?
13.00 heute

ARD

15.00 Fury
3. Folge: Der Pferdehändler
Weil Jim in argen finanziellen Schwierigkeiten steckt, will Joe mit Fury, dem er einige Kunststücke beigebracht hat, im Zirkus auftreten.
15.25 Dr. Snuggles
3. Folge: Die freche Entführung von Fräulein Reinlich
16.00 Tagesschau
16.10 Walter Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
Eine eigensinnige Unterhaltung
16.55 Micky-und-Donald-Show
Drei neue Abenteuer mit Micky Maus und Donald Duck
17.20 Denkste!? – Report
Postzustellung
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Jugend '85
Junge Spinner – alte Knacker
Zwei Generationen – zwei Welten?
Beispiel: Berlin
„Ein Experiment mit offenem Ausgang" nennt Katja Aschke ihren Versuch, die alte und junge Generation, die im gesellschaftlichen Alltag meist mehr übereinander als miteinander sprechen, in verschiedenen Formen zusammenzuführen.
21.00 Die Krimistunde
Geschichten für Kenner
Henry Slesar schildert, wie jedermann mit Hilfe einer 45er Automatik, etwas Gift, sanfter Erpressung und sonstigem kriminellen Einfallsreichtum die kleinen Unzulänglichkeiten des Alltags viel erfolgversprechender bewältigen kann.
22.00 Titel, Thesen, Temperamente
Über das Schminken: Das inszenierte Gesicht als Ritual und Mode, eine Ausstellung in Edinburgh / Abrechnung mit Maos Kulturrevolution – Porträt der chinesischen Erfolgsautorin Zhang Jie / Die Wiederentdeckung eines Aufsässigen – Jörg Ratgeb und seine Frankfurter Fresken
22.30 Tagesthemen
23.00 Britta (2)
Fernsehfilm von Berengar Pfahl
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Glück haben
3. Teil: Allein oder mit anderen
Hella André berichtet von einem Ehepaar, das in seiner Partnerschaft sowohl die Gemeinsamkeit sucht, als auch dem anderen genug Freiraum läßt.
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Verkehrsarena
Für jugendliche Zweiradfahrer
Mit Tips zur neuen Führerscheinordnung
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Der rosarote Panther
Zu Gast bei Paulchens Trickverwandten
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Dick und Doof
Skandal im Regenbogenclub
Für Stan Laurel gibt es nichts Schöneres, als mit seinem Busenfreund Oliver Hardy amüsante Abende zu verbringen. Doch seine eifersüchtige Braut legt diesem Ansinnen stets einen unüberwindbaren Stein in den Weg. Da hat Oliver eine Idee.
19.00 heute
19.30 Circus
Magier, Tiere und Artisten
präsentiert von Freddy Quinn
21.00 Telemotor
Mit Harry Valérien
21.45 heute-journal
22.05 ZDF-hearing
Vor dem EG-Gipfel am 29. Juni in Mailand bringt der Brüsseler ZDF-Korrespondent Gustav Trampe in einem Hearing mit Politikern und Experten die Probleme zur Sprache, die die geplante Süderweiterung der Gemeinschaft um Spanien und Portugal mit sich bringt.
23.20 Filmforum
Unsichtbare Frauen
Filmemacherinnen in Hollywood
Von Katja Raganelli und Konrad Wickler
Insgesamt zehn Filme von Regisseurinnen verschiedener Nationalitäten zeigt das ZDF in seinem Sommerprogramm. Zur Einführung in diese Reihe wird der Beitrag „Filmemacherinnen in Hollywood" wiederholt.
0.05 heute



Der Einbrecher (Kurt Weinzierl) und sein Opfer (Heinrich Schweiger) handeln einen Deal aus (Die Krimistunde – ARD, 21.00 Uhr) FOTO: RÖHNERT

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Die Mündung vor Augen
Amerikanischer Spielfilm (1950)
21.35 Filmtip
21.45 Landesspiegel
Gummibärchen goin' West
Von Bonnern, die froh machen
22.15 Spanische Kunst
Antoni Tàpies
23.00 Bücher, Bilder, Außenseiter
Deutsche Kultur in Madrid
„Woche des Deutschen Buches"
23.30 Tips für Leser
Thomas O'Toole / Marvin Cetron: „Begegnungen mit der Zukunft"
23.40 Letzte Nachrichten

NORD

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Formel Eins
19.15 Lebensraum in Gefahr
Beobachtungen in Feld und Flur
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt Central Park
Amerikanischer Spielfilm (1972)
21.40 Bücherjournal
Leitung: Dieter Zilligen
22.30 Ein Abend mit Ella Fitzgerald
Mit Joe Pass, Gitarre, und dem Paul-Smith-Trio
23.30 Nachrichten

HESSEN

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Auskunft
Arbeit und Beruf
19.05 M ... wie Motorrad
Tips zur Verkehrssicherheit
19.20 Ladies mit weißer Weste
Amerikanischer Spielfilm (1978)
20.50 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Zählen kann uns niemand
Zigeuner in Jugoslawien
22.30 Per Anhalter durch die Galaxis (4)

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Fahrt zum Leuchtturm
Englischer Fernsehfilm nach Virginia Woolf
21.30 Atelierbesuch
Opa Sivan (naiver Künstler)
21.40 Streiflicht
Kulturwoche Argentinien
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Freiplatz
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Vierländereck
22.30 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
21.45 Wir spielen auf

BAYERN

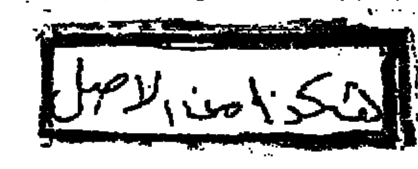
18.15 Hauptsache Beruf
Alternativen
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Omelette Surprise
Ein Spaß von Axel von Ambesser
20.40 Z. E. N.
20.45 Durstig nach Leben
Festival junger Baptisten auf der Burg Feuerstein
Reportage von Andreas Malessa und Klaus Woelfle
21.30 Rundschau
21.45 Kleine Fluchten
Schweizerisch-französischer Spielfilm (1979)
Regie: Yves Yersin
0.05 Rundschau
0.10 Actualités

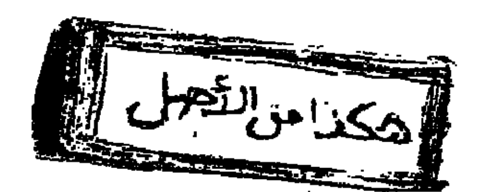
SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Tarzan
Amerikanische Abenteuerserie
Capt'n Jai
Der kleine Jai freundet sich, als Tarzan ihn wieder einmal allein lassen muß, mit den drei Gangstern Zanto, Cookie und Dutch Jensen an.
15.00 Siehste!
Klick! – Teil 2
Ein Schnellkurs in der Trickfotografie
15.30 Musicbox
Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Scooby und Scrappy Doo
Scrappy Doo – einfach märchenhaft
17.00 Simon Templar
S. T. und die vierte Runde
18.00 Abenteuer und Erlebnisse
Verzauberte Inseln
Sowjetische Dokumentation oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Mikosch im Geheimdienst
Österreichischer Spielfilm (1959)
Mit Gunther Philipp, Walter Gross, Kurth Grosskurth, Renate Ewert u. a.
Regie: Rolf Olsen
Da der geliebte Kaiser Franz Joseph bei einem Besuch in Bad Ischl von einem russischen Attentäter bedroht wird, werden Mikosch und seine Freunde für eine geheimdienstliche Mission angeworben.
20.30 Holiday Island – Die Trauminsel
Das falsche Spiel
21.20 Der Frauenarzt von Bischofsbrück
3. Folge
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.50 Kanonen für Cordoba
Amerikanischer Spielfilm (1969)
Mit George Peppard, Giovanni Ralli, Raf Vallone, Don Gordon, Nico Minardos u. a.
Regie: Paul Wendkos
Amerikanisch-mexikanische Grenze um die Jahrhundertwende. Den Amerikanern macht Cordoba und seine Bande zu schaffen. Wie konnten sie den Amerikanern Kanonen klauen? Cordoba muß gefaßt werden, und zwar lebend.
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Die „Gebirgsrepublik" Suhl
Bilder aus dem kleinsten „DDR"-Bezirk
Reportage von Dieter Zimmer
19.00 heute
19.30 Derrick
Yellow He
Von Herbert Reinecker
Mit Horst Tappert, Fritz Wepper, Martin Semmelrogge u. a.
20.30 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Kinder Kinder
Computerkinder – Elite von morgen
von Ulli Rothaus
An zwei Beispielen will die Sendung zeigen, wie Eltern sich über den Umgang mit den neuen „Spielzeugen", den Heimcomputern, sinnvolle pädagogische Gedanken machen können.
22.30 Lieben Sie Klassik?
Karl Löbl präsentiert Opernszenen
23.15 3SAT-Nachrichten





Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten was man hat
muß scheiden.

Heute entschlief nach kurzer, schwerer Krankheit mein über alles geliebter Mann, Bruder, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und Opa.

Wir vermissen ihn sehr.

Gerhard Martin

geb. 7. 4. 14 gest. 16. 6. 85

In tiefer Trauer

Elisabeth Ellimy Martin geb. Kraemer
Ilse Sachse geb. Martin
Dieter Martin
Rita Martin geb. Leidig
und Roman
Gabriele Baronin von Manteuffel geb. Martin
Arp Baron von Manteuffel
Angela, Astrid und Johanna
und alle Anverwandten

5200 Siegburg 1 Kaldauen, Eichendorffstraße 43, den 16. Juni 1985

Trauerfeierlichkeiten und Beisetzung sind am Freitag, dem 21. Juni 1985, um 9.00 Uhr auf dem Friedhof in Siegburg-Seligenthal.

Von Beileidsbekundungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche zu betrachten.

In tiefer Betroffenheit nehmen wir Abschied von unserem Seniorchef

Gerhard Martin

geb. 7. 4. 14 gest. 16. 6. 85

Seine ständige Sorge galt dem Wohl unserer Firmen und ihren Mitarbeitern.

Er war Unternehmer aus Überzeugung, seine unbändige Schaffenskraft, sein Optimismus und seine schöpferische Art wirkten für uns alle inspirierend.

Führen hieß für ihn Vorbild sein.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter







Die Trauerfeierlichkeiten und Beisetzung sind am Freitag, dem 21.Juni 1985, um 9.00 Uhr auf dem Friedhof in Siegburg-Seligenthal.

Von Beileidsbekundungen am Grab bitten wir Abstand zu nehmen.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche zu betrachten.

Am 15. Juni 1985 verstarb Herr

Dr. jur. Manfred Bodenschatz

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande
Mitglied des Vorstandes der Delvag Luftfahrtversicherungs-Aktiengesellschaft
Mitglied der Geschäftsführung der Albatros Versicherungsdienste GmbH

Durch seine Persönlichkeit, sein großes Fachwissen, seine nationalen und internationalen Erfahrungen und Kontakte und seinen unermüdlichen Einsatz hat Herr Dr. Bodenschatz über viele Jahre als Berater des Vorstandes in Versicherungsfragen, als Mitglied des Vorstandes unserer Tochtergesellschaft Delvag Luftfahrtversicherungs-Aktiengesellschaft und als Geschäftsführer deren Tochtergesellschaft Albatros Versicherungsdienste GmbH wesentlich an der Entwicklung unseres Konzerns mitgewirkt.

Wir trauern mit seiner Familie um ihn und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Deutsche Lufthansa Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Am 15. Juni 1985 verstarb im Alter von 59 Jahren Herr

Dr. jur. Manfred Bodenschatz

Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande
Mitglied des Vorstandes der Delvag Luftfahrtversicherungs-AG
Mitglied der Geschäftsführung der Albatros Versicherungsdienste GmbH

Wir trauern um eine Persönlichkeit, die mit großer Tatkraft und weit vorausschauendem Ideenreichtum entscheidend dazu beigetragen hat, daß sich die Delvag Luftfahrtversicherungs-Aktiengesellschaft zu einem im In- und Ausland anerkannten Versicherungsunternehmen entwickelt hat.

Herr Dr. Bodenschatz wurde am 1. 1. 1974 zunächst als stellvertretendes Mitglied, am 1. 3. 1976 als ordentliches Mitglied des Vorstands der Delvag Luftfahrtversicherungs-Aktiengesellschaft bestellt.

Seit Gründung der Albatros Versicherungsdienste GmbH am 25. 1. 1980 war Herr Dr. Bodenschatz auch Mitglied der Geschäftsführung dieser Tochtergesellschaft.

Neben Mitgliedschaften in verschiedenen nationalen und internationalen Gremien der Luft- und Raumfahrt – wie der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt und dem International Space Law Institute – widmete er sich insbesondere im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt wissenschaftlichen Fragestellungen.

Wir nehmen Abschied von Herrn Dr. Bodenschatz, dem unser Unternehmen Wesentliches zu verdanken hat.

Delvag Luftfahrtversicherungs-Aktiengesellschaft
Aufsichtsrat – Vorstand – Betriebsrat – Mitarbeiter

Dr.-Ing. Hanns-Peter Zoeppritz

4. 7. 1908 15. 6. 1985

ist mitten im Gespräch mit seinen Freunden abberufen worden.

Ingeborg Zoeppritz geb. Wolf
Dr. Magdalena Zoeppritz
Michael J. Zoeppritz
Carla Zoeppritz-Angelini
Sebastian Zoeppritz
Julian Holstein
Liselotte Zoeppritz
Hilde Klett-Zoeppritz

Kremation Freitag, 21. 6. 1985, 11.15 Uhr, Neuer Südfriedhof, München-Perlach, *Hochecker Straße.*

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

An Stelle von Kranz- und Blumenspenden erbitten wir im Sinne des Verstorbenen eine Spende an die Anthroposophische Gesellschaft in Hamburg, 30921-203 Postgiroamt Hamburg.

Reagans Kritik an Athen

Fortsetzung von Seite 1

Belohnung der Terroristen verstanden werden könne. Auf die Frage, warum er nicht mehr Druck auf die Israelis ausübe, die 700 Gefangenen Schiiten freizugeben, entgegnete der Präsident: „Diese Koppelung ist unmöglich für uns und für sie. Es würde bedeuten, daß wir gegenüber den Terroristen nachgegeben haben."

Reagan wurde wiederholt von den Journalisten mit seinen eigenen Äußerungen während der Geiselnahme in Iran vor knapp fünf Jahren konfrontiert, in denen er „schnelle und effektive Vergeltungsmaßnahmen gegen Terroristen" gefordert hatte. Der Präsident entgegnete, daß beide Affären nicht verglichen werden könnten. „Damals gab es eine direkte Adresse des Übels – die Regierung Irans. Heute aber ist das Problem: Wer sind die Täter? Wer sind ihre Komplizen? Wo halten sie sich auf?"

Die Pressekonferenz erreichte einen emotionalen Höhepunkt, als Reagan gefragt wurde, was er täte, wenn seine Frau Nancy oder andere Mitglieder seiner Familie unter den Geiseln wären. Reagan: „Ich würde dennoch an die Sicherheit aller zu denken haben. Es wäre eine schreckliche Situation, doch sie wäre nicht schrecklicher, nur weil ich es bin."

45 Minuten vor Beginn der Pressekonferenz Reagans war es auf dem Luftwaffenstützpunkt St. Andrews in Washington zu einer bewegten Szene gekommen, als ein weißer Sarg, eingehüllt in die amerikanische Flagge, aus einem Flugzeug gehoben wurde. Er barg die Leiche des 23jährigen Matrosen Robert Dean Stethem, der vor drei Tagen von den Terroristen in Beirut brutal zusammengeschlagen und schließlich erschossen worden war. An der Seite der Eltern des Ermordeten standen, sichtlich ergriffen, Vizepräsident Bush und Außenminister Shultz. Reagan hatte seine Pressekonferenz mit einer Würdigung Stethems, den er einen amerikanischen Helden nannte, eröffnet.

In einer Umfrage der amerikanischen Fernsehgesellschaft ABC erklärten 49 Prozent der Befragten, daß sie mit dem Krisenmanagement Reagans einverstanden seien. 60 Prozent meinten, daß die Israelis die schiitischen Gefangenen freilassen sollten. 53 Prozent befürworteten militärische Aktionen.

Reagan: Besuch in Bitburg war moralisch richtig

wth. Washington

„Mein Besuch in Bitburg war moralisch richtig, und ich bin froh, daß ich ihn unternommen habe", erklärte Präsident Reagan am Dienstag bei einer Pressekonferenz. „Der Besuch war eine nützliche Erfahrung", sagte der Präsident. „Ich erhielt meine Belohnung, als ich zu 10 000 jungen Deutschen sprach und diese 10 000 am Ende unsere Nationalhymne in unserer Sprache sangen." „Jenen, die andeuteten, daß ich mit meinem Besuch irgendwie zu erkennen geben wollte, daß wir den Holocaust vergessen sollten, kann ich sagen: Nein, niemals. Und auch die Deutschen versuchen nicht, ihn zu vergessen."

„Ich war erstaunt zu sehen", erklärte der Präsident weiter, „daß die Deutschen nicht nur die schrecklichen Lager erhalten haben und dort Museen mit den Fotos der abscheulichen Dinge, die dort geschahen, eingerichtet haben – sie bringen auch ihre Schulkinder dorthin und sagen ihnen: Dies darf nicht wieder geschehen. Ich habe niemals mit meinem Besuch andeuten wollen, daß dies eine Sache des Vergebens und Vergessens sei. Es ist Sache eines anderen zu vergeben."

Nicaragua: Deutsche Biologin verschleppt

dpa/DW. Bonn

Wegen der Verschleppung der deutschen Biologin Regina Schmemann in Nicaragua hat das Auswärtige Amt gestern einen Krisenstab gebildet. Es gebe jedoch keine neuen Erkenntnisse über den Aufenthaltsort der 33jährigen Düsseldorferin, die am vergangenen Freitag vermutlich von regierungsfeindlichen Miskito-Indianern an der Atlantikküste Nicaraguas entführt worden war. Die etwa 30 freiwilligen Entwicklungshelfer, die sich seit Dienstag auf dem Gelände der nicaraguanischen Botschaft in Bonn aufhalten, behinderten nicht den Betrieb, sagte der Sprecher des Auswärtigen Amtes. Frau Schmemann, die seit 1981 in Nicaragua arbeitete und zuletzt ein Umweltprogramm im Norden des Landes leitete, war bei einer Fahrt zu einem von den Contras zerstörten Wasserwerk als Geisel genommen und vermutlich zu einem Fußmarsch in Richtung Honduras gezwungen worden.

Seite 2: Polit-Erntehelfer

Förderung abgasarmer Autos bleibt ungewiß

Zimmermann rechnet mit Gegenwehr aus London

HEINZ HECK, Bonn

Wenige Tage vor dem geplanten Inkrafttreten der steuerlichen Förderung schadstoffarmer Autos zum 1. Juli herrscht noch Unklarheit über zentrale Fragen des Bonner Konzepts und die Chancen seiner Durchsetzbarkeit in der EG. Soviel scheint nach der Bonner Kabinettssitzung am 17. Juni (die sich vor dem Umwelt-Ministerrat am 25. Juni mit dem Thema befaßte) sicher: Für den schadstoffarmen Diesel-Pkw dürften die Steuervergünstigungen bestenfalls am 1. Januar 1986 wirksam werden.

Wie aus der Kabinettsvorlage des Innenministeriums hervorgeht, fürchtet die Bundesregierung „rechtliche Auseinandersetzungen" mit den EG-Partnern um das Förderkonzept. Dies gelte einmal für den Fall, daß der Rat am kommenden Dienstag „sehr schwache Abgaswerte beschließen sollte". Dann nämlich „könnte die im Kfz-Steuer-Änderungsgesetz vorgesehene Förderung im Hinblick auf die Bezugnahme auf die US-Grenzwerte und auf die Förderhöhe in Zweifel gezogen werden."

Zwar heißt es einschränkend, „die überwiegenden Argumente" sprächen bei dem vorliegenden Kommissionsvorschlag (vom 5. Juni) „für die Vertragskonformität des deutschen Förderkonzepts", und man werde sich „um eine entsprechende Erklärung der Kommission bemühen". Voraussetzung sei jedoch, daß die vom Ministerrat beschlossenen EG-Normen als *Grundlage* der Förderung in deutsches Recht umgesetzt werden.

Stichtag: 1. Juli

Sollte der Rat aber keine europäische Norm beschließen, so wird es für denkbar gehalten, daß „andere Mitgliedsstaaten" die allein auf US-Grenzwerte gestützte Förderung angreifen. Innenminister Zimmermann rechnet mit dem „härtesten Widerstand gegen unsere Position bei den Engländern". Nach bisheriger Bonner Planung sollen am 1. Juli 1985 die 10. und 11. Änderungsverordnung zur Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO) in Kraft treten. Die 10. betrifft schadstoffarme Neuwagen (knüpft zur Definition an die US-Normen an) und enthält eine Regelung für Dieselfahrzeuge. Die 11. erläutert das Umrüstungskonzept und definiert bedingt schadstoffarme Autos. Sie enthält auch die Anforderungen für Neuwagen unter 1,4 Litern Hubraum. Beide Verordnungen bilden die Grundlage für die Anwendung des Kfz-Steuer-Änderungs-Gesetzes.

Probleme für die Inkraftsetzung der beiden deutschen Verordnungen könnten sich, so die Kabinettsvorlage, aus den Beihilfevorschriften des EWG-Vertrages (Artikel 92 ff), der Informationsrichtlinie über Normen und technische Vorschriften (83/189/EWG), aus Artikel 30 EWG-Vertrag (Verbot mengenmäßiger Einfuhrbeschränkungen in den Mitgliedsstaaten) sowie den derzeit geltenden EG-Kfz-Abgasrichtlinien ergeben.

Interpretationsproblem

Zwar meint man in Bonn, die beihilferechtlichen Voraussetzungen für die steuerliche Förderung in der Bundesrepublik seien „grundsätzlich erfüllt". Doch werden unterschiedliche Interpretationen in Brüssel (Kommission) und Bonn keineswegs ausgeschlossen. Zusätzliche Unsicherheiten birgt der Umstand, daß es am 1. Juli noch keine EG-Normen geben dürfte. Die Einhaltung bestimmter Fristen spielt im Verhältnis zur Kommission und den EG-Partnern immer eine tragende Rolle. Bei der Notifizierung der beiden Verordnungen, also des deutschen Neuwagen- und Umrüstkonzepts in Brüssel, hat sich Bonn auf die Dringlichkeitsklausel berufen, die eine Abkürzung der Wartefristen gestattet. „*Unsere Position* wird dadurch erschwert, daß nicht nur andere Mitgliedsstaaten, sondern auch die Kommission die Dringlichkeit nicht anerkennen", heißt es in der Vorlage.

Besonders unübersichtlich ist die Entscheidungslage für Dieselfahrzeuge, wo die deutschen Regelungen zusätzlich Partikelgrenzwerte (Rußemission) enthalten. Bonn hat bereits zugesagt, daß diese Frage erst nach dem Ministerrat am 25. Juni behandelt werden soll. Daher wäre eine Einigung zum 1. Januar 1986 (notfalls auch rückwirkend) aus deutscher Sicht schon ein Verhandlungserfolg. Ein nationaler Vorgriff scheidet aus; denn die Kommission befürchtet, dadurch könne ein entsprechender Ratsbeschluß präjudiziert werden.

Bonn bleibt bei Forderung nach Verbot der C-Waffen

Sudhoff sagt Prüfung des Vorschlags von SPD und SED zu

PETER PHILIPPS, Bonn

Der Auftritt des einflußreichen SED-Politbüromitglieds Hermann Axen an der Spitze einer Parteidelegation vor der Bundespressekonferenz in Bonn war zwar eine Premiere, doch eine etwa aufkommende Hochstimmung wurde alsbald von der deutschen Wirklichkeit wieder eingeholt: Vor der Saaltür wartete Zbigniew Knoll mit einem Plakat „Mensch, Honecker, 21 Ausreiseanträge sind genug". Er demonstrierte vor der SED-Prominenz für seine Frau und zwei Söhne in Peitz in der „DDR".

Drinnen, vor den Kameras und Mikrophonen, hatte Axen zuvor die besondere deutsche Verantwortung für den Frieden betont. Bei der Vorlage eines „Rahmenabkommens zur Bildung einer von Chemie-Waffen freien Zone in Mitteleuropa", das von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der SPD und der SED als Grundlage für einen zwischenstaatlichen Vertrag in den vergangenen Monaten ausgehandelt und von den Parteiführungen gebilligt worden war, enthielt sich Axen jeglicher Polemik etwa gegenüber den USA, malte ganz allgemein die Vision aus, „diese furchtbaren Waffen für immer von unserem Erdball zu beseitigen".

In der „Präambel" wird von den beiden Parteien die Entschlossenheit betont, „durch Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zur Entspannung zurückzukehren". Die von ihnen angestrebte chemiewaffenfreie Zone „sollte zunächst *Mitteleuropa* in der Region umfassen, wie sie ... für die Wiener Verhandlungen definiert wurde", aber „mindestens" die „DDR", die Bundesrepublik Deutschland und die Tschechoslowakei. Die beteiligten Staaten müßten sich verpflichten, ihr „Territorium von C-Waffen zu befreien bzw. freizuhalten". Die „Eigentümer"-Staaten (Bahr) der Chemiewaffen, also USA und Sowjetunion, sollten „die entsprechende Zone binnen einer festzulegenden Zeit von C-Waffen befreien".

Sowohl SPD als auch SED sind überzeugt davon, daß dieser Teil relativ schnell realisiert werden könnte. Axen verwies u. a. auf die Gespräche von SPD-Chef Willy Brandt mit dem neuen KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und ein positives Antwort-Schreiben des inzwischen verstorbenen Konstantin Tschernenko an den rheinland-pfälzischen DGB-Vorsitzenden Lehlbach. Bahr zog die Ergebnisse der Gespräche Alfred Dreggers mit Verteidigungsminister Caspar Weinberger heran.

Die Kontrolle über die Einhaltung des Vertrages soll entsprechend dem SALT I-Vertrag erfolgen. „Wenn ein Verdacht auf Verletzung des Vertrages auftaucht, wird die ständige internationale Kommission eingeschaltet. Eine entsprechende Beschwerde muß begründet werden. Wenn die Anlässe des Verdachts in einer festzulegenden Frist nicht behoben werden, werden durch die ständige internationale Kommission Inspektionen an Ort und Stelle durchgeführt", heißt es in dem Dokument. Was in der näheren Erläuterung durch Egon Bahr den Eindruck eines „Automatismus" bekam, wurde allerdings von Hermann Axen postwendend relativiert, mit Einschränkungen versehen und dem Hinweis gekrönt, daß natürlich nicht jede „Tatarenmeldung" als „begründeter Verdacht" ausreiche.

Regierungssprecher Jürgen Sudhoff, der das Dokument und die Partei-Verhandlungen als „sinnvoll", als „einen Teil des Gesprächs insgesamt" zwischen beiden deutschen Staaten im Abrüstungsbereich wertete und eine „sorgfältige Prüfung" des Ergebnisses durch die Bundesregierung ankündigte, legte den Finger auf eine weitere Stelle: In der Übereinkunft werde weder „die Vernichtung der Chemiewaffen noch ihrer Produktionsstätten erwähnt". Außerdem werde „angesichts der Enge der vorgeschlagenen Zone" die „prekäre Sicherheitslage" der Bundesrepublik Deutschland „nicht gebannt". Die mögliche „regionale Verlagerung" der C-Waffen in die angrenzenden Regionen und ihre „Mobilität" hielten „Westeuropas Bedrohung unverändert" hoch. Deshalb bleibe die Bundesregierung generell bei ihrer Forderung nach einem „weltweiten Verbot der chemischen Waffen".

Bahr hat allerdings gestern schon angekündigt: „Sollte der Verhandlungsvorschlag" bei der Bundesregierung „nicht Erfolg haben, ist die SPD entschlossen, wenn sie die Regierungsverantwortung übernimmt, als einen der ersten Schritte" in staatliche Verhandlungen über die C-waffenfreie Zone einzutreten.

Lummer warnt vor deutscher Doppelmoral

DW. Bonn

Der Berliner Innensenator Heinrich Lummer (CDU) hat vor dem Versuch gewarnt, die deutsch-sowjetischen allmählich mit den deutsch-amerikanischen Beziehungen qualitativ gleichstellen zu wollen, wie sich dies aus der „Außenpolitik der Ausgewogenheit" Bundesaußenminister Genschers ergebe. Vor Antritt der Reise zu einem mehrtägigen Treffen deutscher Ministerpräsidenten mit amerikanischen Gouverneuren in Minneapolis (US-Bundesstaat Minnesota), bei der er den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen vertritt, sagte Lummer gegenüber der WELT, das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den Vereinigten Staaten sei schon allein aufgrund der gemeinsamen Wertordnung anders als das zur Sowjetunion.

Man solle sich davor hüten, den Amerikanern den Eindruck eines souveränen Europa zu vermitteln, sagte Lummer. Denn die Europäer seien im derzeitigen Zustand ihrer „Eurosklerose" gar nicht in der Lage, eine eigene Ordnung aufzubauen, die sie in den Stand versetzte, ohne Schutz der Amerikaner der Sowjetunion als gleichrangiger Partner gegenüberzutreten.

Führende Terroristin Italiens verhaftet

AFP, Rom

Barbara Balzarini, die meistgesuchte Terroristin Italiens, ist nach Informationen aus Polizeikreisen in Rom in Ostia festgenommen worden. Die 36jährige gehört zur strategischen Führung der linksgerichteten „Roten Brigaden". Gegen sie liegen 13 Haftbefehle vor. Barbara Balzarini wird beschuldigt, 1978 an der Ermordung des Vorsitzenden der Democrazia Cristiana, Aldo Moro, und an der Entführung des im Januar 1982 nach einigen Wochen von der Polizei befreiten amerikanischen NATO-Generals James Lee Dozier beteiligt gewesen zu sein. Ferner soll sie in die Entführung des christdemokratischen Regionssekretärs von Neapel, Cirio Cirillo, und in den Mord an dem Regionalrat von Kampanien, Pino Amato, verwickelt sein.

Wir trauern um das Mitglied unseres Landesbeirats Nordrhein-Westfalen, Herrn

Heinz Reistenbach

Vorsitzender der Geschäftsführung der Barmer Ersatzkasse

der am 15. Juni 1985 im Alter von 61 Jahren verstorben ist.

Mit Herrn Reistenbach verlieren wir einen langjährigen bewährten Freund unseres Hauses, dessen sachkundigen Rat und menschliche Ausstrahlungskraft wir sehr geschätzt haben.

In Dankbarkeit nehmen wir Abschied.

Aufsichtsrat und Vorstand der

COMMERZBANK

Aktiengesellschaft

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

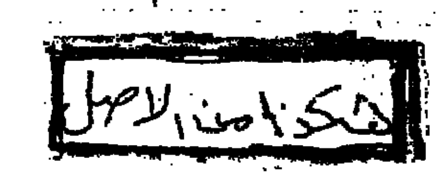
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,- einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.



Donnerstag, 20. Juni 1985
Nr. 140

Krisen-Gerede?

sas – Die Internationale Energieagentur (IEA) wird nicht müde, auf nach wie vor bestehende Risiken für die Ölversorgung der westlichen Industrieländer und auf die Möglichkeit einer dritten Ölkrise in den neunziger Jahren hinzuweisen. Berechtigt sind Warnungen, die derzeit entspannte Ölversorgungslage nicht als Dauerzustand anzusehen. Weitere Vorsorgemaßnahmen der IEA-Länder dürfen nicht durch momentane Überkapazitäten am Ölmarkt abgebremst werden.

Wichtige Fortschritte auf diesem Gebiet sind bereits erzielt worden: So sank der Ölanteil an der Energieversorgung der IEA-Mitgliedsstaaten zwischen 1973 und 1984 von 52 auf 43 Prozent. Im selben Zeitraum fielen die Ölimporte um mehr als ein Drittel. Weitere Erfolge auf diesem Gebiet bedingen den verstärkten Einsatz anderer Energieträger, allen voran Kohle, wie es die IEA fordert. Dabei müßte die Energiepolitik genau abwägen, inwieweit den Vorteilen einer weiteren Reduzierung des Risikos möglicher Lieferunterbrechungen bzw. abrupter Preiserhöhungen beim Öl nicht volkswirtschaftliche Kosten in anderer Form gegenüberstehen. Die Umweltschutzproblematik im Zusammenhang mit der Kohle ist dabei nur ein Stichwort. Auf jeden Fall muß ohne emotionalen Eifer, wie er durch wiederholte Krisenwarnungen entstehen könnte, entschieden werden.

Wie die Chefin der Energieagentur, Helga Steeg, jetzt in Köln berichtete, werde sie des öfteren gefragt, ob sich die IEA angesichts sinkender Ölpreise nicht in einer Identitätskrise befinde. Solches Krisengerede könnte leider diesen Eindruck erwecken.

Pharmawerbung

pje. – Rund 450 medizinische Fachgazetten tummeln sich auf dem deutschen Markt. Sie finanzieren sich in aller Regel aus dem Anzeigenaufkommen, das zu gut 95 Prozent von den Arzneimittelherstellern bezahlt wird. 250 bis 300 Millionen Mark, so schätzen Insider, gibt die Pharmaindustrie jährlich für ihre Anzeigen in Fachblättern und Verbandsorganen aus.

Inzwischen gibt es zwei täglich erscheinende Ärztezeitungen, drei weitere Tageszeitungen für diese Zielgruppe sind geplant. Mal ganz abgesehen davon, wer die alle lesen soll, deutet sich hier ein harter Verdrängungswettbewerb an. Das Frankfurter Batelle-Institut prophezeit bis 1990 ein Schrumpfen auf etwa 120 Titel.

Diese Ausleseprozeß wird freilich die Werbeausgaben der Industrie nicht beschränken, sondern allenfalls auf den kleineren, dafür effektiveren Markt konzentrieren. Wobei festzuhalten bleibt: Diese Kosten sind im Produktpreis kalkuliert. Und den zahlt vornehmlich die Solidargemeinschaft der Versicherten.

JAPAN / Die Entscheidungen über Zollsenkungen sollen am 24. Juni fallen

Interessenvertreter und Ministerien wehren sich gegen die Marktöffnung

HELMUT RÄTHER, Tokio

Das „Aktionsprogramm" für die japanische Marktöffnung, das Regierungschef Yasuhiro Nakasone am 9. April angesichts der immer schärfer werdenden internationalen Kritik an den gigantischen Handelsüberschüssen seines Landes ankündigte, steht kurz vor seiner Vollendung. Am 24. Juni will die Regierung formell über Zollsenkungen entscheiden, und im Juli soll das gesamte Konzept vorliegen.

Nakasone aber erlebt täglich neue Überraschungen, wenn er seine Minister und hohen Beamten nach den Fortschritten fragt. Als einen der Hauptpunkte seines Programms beispielsweise hatte er die Vereinfachung der japanischen Produktnormen und die Anerkennung von Zertifikaten aus den Ursprungsländern der importierten Güter angekündigt. Bei einem Treffen mit führenden Beamten der für die Wirtschaftspolitik zuständigen Ministerien erfuhr er jetzt, daß die „bisher entworfenen Marktöffnungsmaßnahmen" in dieser Hinsicht „nichts Konkretes" enthielten.

Die Agentur Kyodo, die diese Darstellung aus der Umgebung des Regierungschefs zitierte, berichtete auch, daß Nakasone „starke Enttäuschung" geäußert habe: „Dies ist ein Gebiet, auf dem andere Nationen Japan am stärksten wegen seiner ‚unfairen' Handelspraktiken kritisieren." Die Normen-Vereinfachung, ordnete Nakasone an, müsse zum „Kernstück" des Programms werden.

Ob dazu allerdings jetzt noch Zeit bleibt, ist fraglich. Das „Japan Economic Journal" berichtete in seiner jüngsten Ausgabe, der Premierminister sei „über das Schneckentempo, mit dem die Ministerien die Details seines Programms ausarbeiten, irritiert". Das scheint eine eher schwache Umschreibung zu sein.

Die Grundsatzerklärungen, mit denen Nakasone vor allem beim Bonner Wirtschaftsgipfel Anfang Mai die Öffnung der japanischen Märkte versprach, hörten sich gut an. Die Probleme begannen, als über einzelne Produkte gesprochen wurde.

Die Bauern waren die ersten, die protestierten, und das Landwirtschaftsministerium ließ bald verbreiten, daß Agrarprodukte überhaupt aus dem Marktöffnungspaket ausgeschlossen werden sollten. Nakasone lehnte das ab, aber es ist immer noch völlig unklar, ob und welche Nahrungsmittel künftig leichter und billiger nach Japan eingeführt werden dürfen. Gleiches gilt beispielsweise für die pharmazeutische Industrie und eine Reihe weiterer Branchen.

Rasch zeigte sich auch wieder, daß das politische System des Landes durchgreifende Reformen fast unmöglich macht: Nakasone appellierte vergeblich an die mit großer Mehrheit regierende Liberal-Demokratische Partei (LDP), die Marktöffnung nicht zu „politisieren". Zahlreiche Abgeordnete und Interessengruppen in der LDP setzten sich für ihre Klienten ein, von denen ihre politische Position auch materiell abhängig ist, und stemmten sich gegen die Einfuhr-Liberalisierung.

Nach der Rückkehr vom Bonner Gipfel hatte Nakasone seine politischen Freunde und seine Untergebenen zu wirklichen Entscheidungen aufgerufen: „Wie wir das Aktionsprogramm bis zum Juli gestalten, wird entscheidende Wirkung für unsere internationale Glaubwürdigkeit haben", verkündete er.

Jetzt, kurz vor der Ziellinie, ist selbst im Kabinett nur bei Globalversprechungen Einigkeit zu erreichen. Am 25. Juni wollen die Minister, so heißt es, Zollsenkungen um 20 Prozent von 1986 an für 2400 Produkte beschließen – auf drei Jahre beschränkt. Über „Ausnahmen" kann dann noch lange gestritten werden.

Auch ein neues System für die Vergabe öffentlicher Aufträge soll geschaffen werden, hat die Regierung im Prinzip beschlossen. Ob dann tatsächlich mehr ausländische Firmen zum Zuge kommen, und ob andere als US-Firmen sich durchsetzen können, bleibt abzuwarten. Da, wo Regierungsbeschlüsse direkte Wirkungen hätten – bei der Vereinfachung der Normen und beim Abbau direkter Import-Restriktionen –, hat es bisher keine konkreten Fortschritte gegeben. (dpa/VWD)

HANDEL EG–JAPAN

Tokio soll den Abbau der Restriktionen beschleunigen

WILHELM HADLER, Luxemburg

Besorgt über die Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen der EG und Japan haben sich gestern erneut die Außenminister der Zehn geäußert. Gleichzeitig warnten sie die USA, im Streit um die EG-Präferenzen für Zitrusfrüchte aus den Mittelmeerstaaten zu einseitigen Importrestriktionen Zuflucht zu nehmen.

Die jüngsten Konsultationen in Tokio hätten einmal mehr nur zu sehr begrenzten Fortschritten geführt, heißt es in einer in Luxemburg veröffentlichten Erklärung. Die fehlende Reaktion Japans auf die Vorschläge der EG zur Öffnung seines Marktes müßten im Zusammenhang mit der Verantwortung Tokios für die Aufrechterhaltung des multilateralen Handelssystems gesehen werden, „aus dem Japan so viel Nutzen gezogen, zu dem es jedoch bisher nicht entsprechend seiner wirtschaftlichen und handelspolitischen Stärke beigetragen hat".

Japan passe sich im Hinblick auf die Bereitschaft Fertigerzeugnisse zu importieren, nach wie vor nicht seinen Handelspartnern an, klagen die Außenminister. Darüber hinaus häufe es immer höhere Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse auf, so daß das Welthandelssystem immer stärkeren Belastungen ausgesetzt sei.

Die EG fordert Tokio auf, ihren verschiedenen Erklärungen zur Handelspolitik nunmehr umgehend Taten folgen zu lassen. Das Dreijahresprogramm, das zur Zeit in Tokio ausgearbeitet würde, sei nur dann glaubwürdig, wenn es ein „leicht zu verifizierendes Engagement" zum Inhalt habe, die Importe von Fertigwaren und landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen deutlich und dauerhaft zu erhöhen.

Der Anteil der Fertigwaren an den japanischen Gesamteinfuhren ist von 26 Prozent im Jahre 1973 auf 25 Prozent 1978 und 22 Prozent 1981/82 zurückgegangen. Erst im folgenden Jahr wurde der Anteil von 1978 wieder erreicht. Während die japanischen Ausfuhren sich großenteils auf hochwertige Produkte stützen, betrifft die Zunahme der Importe vor allem Rohstoffe und Halbfertigwaren.

Die Absicht der USA, als Reaktion auf den im Gatt anhängigen Streit über die europäischen Präferenzzölle für Zitrusfrüchte einseitig die Einfuhren von italienischen Teigwaren zu erschweren, stellt nach Meinung der Außenminister ebenfalls das Vertrauen in das multilaterale Handelssystem in Frage. Ein derartiger Schritt sei besonders unpassend, weil diesseits und jenseits des Atlantiks Bemühungen um eine neue Liberalisierungsrunde im Gange seien.

Die EG bekräftigt ihre Ansicht, daß die mit den Mittelmeerstaaten vereinbarten Präferenzabkommen nicht geschaffen worden seien, um die europäischen Exporte zu erleichtern, sondern allein deswegen, um einen Beitrag zur Entwicklung dieser Länder zu leisten.

Kein Grund für Komplexe

Von HEINZ HILDEBRANDT

Vom großen und kaum noch einzuholenden Vorsprung der amerikanischen und japanischen Forschung und Entwicklung auf den Gebieten der High Technology ist hierzulande so viel geredet worden. Bei dem offensichtlich allgemeinen Trend zur Schwarzmalerei drangen aber die wenigen Experten, die eine gegensätzliche Meinung vertraten, bisher kaum durch. Trotzdem dürfte es an der Zeit sein, hier einmal einiges richtigzustellen. Dazu bietet sich der weitgespannte Bereich der elektronischen Datenverarbeitung ganz besonders an. Hier soll durchaus nicht abgestritten werden, daß wesentliche Impulse zur Weiterentwicklung immer wieder aus den USA kamen und daß japanische Unternehmen durch preisgünstige Qualitätsarbeit bei der Herstellung von Bauelementen mehr und mehr die führende Position besetzen.

Aber es gibt auch Abstriche, was gerade in jüngster Zeit die Entwicklung der amerikanischen Computerindustrie beweist. Große Hersteller vermelden Umsatz- und Gewinnrückgänge, Kleincomputer-Produzenten gehen zu Kurzarbeit über. Weniger bekannt sein dürfte hierzulande, daß die einst führende Halbleiter-Industrie in den USA erhebliche Schwierigkeiten hat, nicht zuletzt eine Folge des Preisverfalls bei den Computer-Bausteinen. Ein Standard-Chip, der vor Jahresfrist noch 80 Pfennig kostete, wird heute bereits für 18 Pfennig angeboten. Hier müssen also Überkapazitäten abgebaut werden, in der Fertigung, aber auch in der Entwicklung. Das berühmte Silicon Valley ist längst nicht mehr das, was es einmal war. Jedenfalls blättert der Lack ab. Und auch die doch so cleveren und tüchtigen Japaner mußten schon einige Federn lassen; ihre auf der Expo 85 vorgestellten Roboter und Computer erwiesen sich als recht anfällig.

Wir Europäer und ganz speziell wir Deutschen haben gar keinen Grund zu Minderwertigkeitskomplexen. In einem Bereich der Datentechnik nehmen wir nämlich nach wie vor eine Spitzenposition ein, und das ist der weitgespannte Bereich der Software. Ohne Software, also ohne die entsprechenden Betriebs- und Anwendungsprogramme, bleibt schließlich das leistungsfähigste Computersystem tote Technik. In der anwenderbezogenen Herstellung solcher Programme aber liegt die Stärke der Anbieter auf unserem alten Kontinent.

Das hat seine Gründe. Hier hat man frühzeitig erkannt, daß der Computer nicht Selbstzweck ist und sich seine Anwender nicht seinem technischen Leistungsrahmen anzupassen haben, sondern umgekehrt. In der europäisch-deutschen Version ist der Computer nichts anderes als ein technisch-organisatorisches Hilfsmittel, ein zwar sehr leistungsfähiges, aber eben doch nur ein Hilfsmittel. Nicht zuletzt aus dieser Erkenntnis heraus entstand hier eine Anwenderphilosophie, in deren Mittelpunkt das Ziel steht, den Computer zum Arbeitsplatz zu bringen, ihn dort einzusetzen, wo die Daten anfallen.

Auf dieser Philosophie basieren die Erfolge deutscher Anbieter, und das nicht nur bei großen Anwendern, sondern verstärkt gerade bei mittleren und kleineren Unternehmen. Computerhersteller Nixdorf beispielsweise, der sein kontinuierliches Wachstum nicht zuletzt damit erklärt, macht derzeit 40 Prozent seines Umsatzes mit mittelständischen Unternehmen.

Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß das Einstiegsmodell für solche Unternehmen vor wenigen Jahren noch rund 100 000 DM kostete, heute aber nur noch etwa ein Viertel des damaligen Preises. Kein Wunder übrigens auch, wenn neben der Hardware inzwischen auch die Software erschwinglicher wird. Zwar kostet die Programm-Herstellung heute wesentlich mehr als noch vor Jahren, denn auch hier stiegen die Personalkosten, aber dafür lassen sich vorhandene Programme immer mehr vervielfältigen. Zudem hilft die Baustein-Technik. Programme lassen sich weitgehend aus vorhandenen Einzelteilen zusammensetzen und benötigen nur noch wenige spezielle Zusätze. So lassen sich im Mittelstand rund 140 verschiedene Branchen abdecken, und so ist es auch kein Problem, wenn in der Kfz-Branche der VW-Händler ein anderes Programm benötigt als der BMW-Händler.

Zur Überheblichkeit besteht für die uns Deutsche sicher kein Anlaß, aber zur Resignation ebensowenig, wie das weite Feld der EDV zeigt.

AUF EIN WORT



» Mich freut die spürbar positive Wandlung, die das Berlinbild in der öffentlichen Meinung erfahren hat. Es ist sicher nicht übertrieben, von einer Aufbruchsstimmung zu sprechen. «

Walter Ulsamer, Vorstandsmitglied der Daimler-Benz AG, Stuttgart.
FOTO: DIE WELT

Mietenanstieg nimmt weiter ab

pje, Bonn

Der Anstieg der Wohnungsmieten nimmt weiter ab. Nach Darstellung des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer ergab sich die niedrigste Steigerungsrate im freifinanzierten Wohnungsbau: Mit 2,2 Prozent gegenüber Mai 1984 lag der Anstieg unter der entsprechenden Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltung (plus 2,5 Prozent). Mit einer Zunahme um 4,7 Prozent gegenüber Mai 1984 sind im Bereich des öffentlich geförderten Wohnungsbestandes die höchsten Mieterhöhungen erfolgt. Bei den Altbauwohnungen – vor 1948 – stiegen die Mieten im Vergleichszeitraum um 3,8, bei den nach 1948 errichteten Wohnungen um 3,3 Prozent.

US-ZINSEN

Banken senken Prime-Rate, Diskont soll bald folgen

H.-A. SIEBERT, Washington

Der Zinsrutsch setzt sich in den USA fort. An der Wall Street erwartet man, daß die Bundeszentralbank den Diskontsatz, der im vergangenen Monat von acht auf 7,5 Prozent gesenkt worden war, noch einmal herabsetzen wird. Die Weichen dafür stellten Großbanken unter Führung der Morgan Guaranty Trust Co., New York, die ihre Prime Rate von zehn auf 9,5 Prozent reduzierten. Es ist der niedrigste Satz seit nahezu sieben Jahren.

Die Zinsen sinken in den USA seit dem vergangenen Sommer mit kurzer Unterbrechung im Februar und Anfang März. Allerdings gaben die Renditen für dreimonatige Treasury Bills weniger stark nach als für langfristige Papiere, so daß sich die „spreads" erheblich annäherten. Zwischen fünfjährigen Treasury Notes und den Bills verringerte sich die Differenz beispielsweise um 140 Basispunkte. An der Wall Street wird mit einer Prime Rate von unter neun Prozent gerechnet, und zwar angesichts der niedrigeren Refinanzierungskosten der Banken. Notenbankgeld sackte Dienstag unter sieben Prozent, 30jährige Treasury Bonds auf 10,25 Prozent. Bei der letzten Auktion brachten drei- und sechsmonatige Treasury Bills nur noch 6,73 (Vorjahr: 9,94) und 6,90 (10,44) Prozent.

Auslöser ist der großzügigere Geldkurs der US-Notenbank, die eine konjunkturelle Talfahrt verhindern möchte. Sie wird die Schleusen zweifellos noch etwas weiter öffnen, wenn die heute fällige Blitzprognose des US-Handelsministeriums nur eine reale wirtschaftliche Wachstumsrate von zwei Prozent oder sogar weniger für das laufende Quartal signalisiert.

KAMMERGERICHT

„Zeit" und Aral: Auflagen für das Bundeskartellamt

PETER WEERTZ, Berlin

In den Kartellfällen Zeitverlag/Gruner + Jahr sowie Aral AG hat der Kartellsenat beim Berliner Kammergericht als Beschwerdeinstanz gestern keine Entscheidungen, sondern Auflagenbeschlüsse verkündet. Aufgrund dieser Beschlüsse soll das Bundeskartellamt in beiden Fällen bis zum 10. Juli Einzelheiten der Wettbewerbssituation näher erläutern.

Im Kartellfall Zeitverlag/Gruner + Jahr will der Kartellsenat vom Kartellamt wissen, wie das Leserverhalten die Marktposition der Verlage beeinflußt. Dem Kammergericht geht es jetzt, nachdem der Bundesgerichtshof den Kartellstreit zur Neuverhandlung zurückgereicht hat, um ein „Bedarfsmarktkonzept" der Leser in der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Berichterstattung. Vereinfacht heißt dies: Was will der Leser lesen? oder auch: Welche Zeitschriften oder Wochenendausgaben von überregionalen Tageszeitungen stehen noch im Wettbewerb zur „Zeit", wenn „Stern" und „Spiegel" durch die Beteiligung von Gruner + Jahr am Zeitverlag als Konkurrenten ausfallen würden.

Im Beschwerdeverfahren der Aral AG gegen das Bundeskartellamt verlangt der Kartellsenat Aufschlüsse darüber, ob sich die Gesellschafter von Aral – Veba Oil, Mobil Oil und Wintershall – an das im Januar 1967 mit dem Kartellamt ausgehandelte Vertragswerk über den gemeinsamen Vertrieb halten. Vor dem Kammergericht hatten die Vertreter des Bundeskartellamtes angedeutet, daß Gesellschafterbeschlüsse bei der Aral vorliegen könnten, die vom ausgehandelten Vertragswerk, das das Bundeskartellamt im Januar 1967 endgültig genehmigt hatte, abweichen würden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Daimler-Benz kooperiert mit mexikanischer Firma

Bonn (DW.) – Den erfolgreichen Abschluß von Verhandlungen über ein Projekt zur Herstellung von Mercedes-Benz-Dieselmotoren für Nutzfahrzeuge sowie von mittelschweren Lkw, Sattelschleppern und Omnibusfahrgestellen in Mexiko haben gestern in Bonn der derzeit in der Bundesrepublik weilende mexikanische Präsident Miguel de la Madrid und der Daimler-Benz-Vorstand bekanntgegeben. Danach kooperiert Daimler-Benz mit der mexikanischen Firma Famsa und übernimmt 49 Prozent des Grundkapitals sowie die technische Führung des Unternehmens. Die Famsa produziert derzeit noch mittelschwere Nutzfahrzeuge und Sattelschlepper nach IHC-Lizenz. In die mittelschweren Nutzfahrzeuge sollen bereits ab 1986 in Mexiko gefertigte Daimler-Benz-Dieselmotoren eingebaut werden.

Schiffahrt diskutiert

Bonn (dpa/VWD) – Deutliche Kritik an ihrer Verladequalität mußten sich die deutschen Nordseehäfen bei einer mehrstündigen Anhörung des Bundestags-Verkehrsausschusses gestern von Vertretern des Güterkraftverkehrs gefallen lassen. Demgegenüber betonten die Vertreter der deutschen Seehafenbetriebe, die deutschen Häfen böten die gleichen Leistungen wie die Westhäfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen. In der Anhörung wurden die Ursachen für Verkehrsverlagerungen untersucht, die sich nach Ansicht der deutschen Küstenländer in den letzten 15 Jahren zugunsten Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen ergeben haben. Sie haben deshalb im Bundesrat beantragt, die Preisbildungsvorschriften des grenzüberschreitenden Güterverkehrs auch für den Verkehr zu deutschen Häfen zu übernehmen.

Umsätze stagnieren

Köln (dpa/VWD) – Der bundesdeutsche Einzelhandel stagniert. In den ersten vier Monaten 1985 stiegen die Umsätze nur noch um 0,5 Prozent. Preisbereinigt gingen sie sogar um 1,1 Prozent zurück, teilte die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels in Köln mit. Der Kraftfahrzeughandel verzeichnete sogar einen nominalen Umsatzrückgang von 6,6 und real von 8,4 Prozent. Kräftige Umsatzeinbußen von nominal 6,6 Prozent erlitt auch der Handel mit Einrichtungsgegenständen.

Börse freundlich

Frankfurt (AP) – Ungebrochen, wenn auch nicht so stürmisch wie am Vortag, bewegte sich gestern das Kursniveau an der Frankfurter Aktienbörse weiter nach oben. Einige Sonderbewegungen dokumentierten das nach wie vor starke Auslandsinteresse an den immer noch als „billig" geltenden deutschen Spitzenwerten. Die Börse erlebt derzeit ein Wettrennen zwischen den Autowerten. Tagessieger blieb BMW mit 436,50 (plus 11) vor Daimler 836 (plus 10,50) und VW 317 (plus 4,50). Weitere Werte standen gestern im Mittelpunkt des Kaufinteresses – wie Schering 490,50 (plus 12,50).

Banken wieder geöffnet

Buenos Aires (VWD) – In Argentinien haben die Banken gestern wieder geöffnet, nachdem sie seit Ende vergangener Woche geschlossen waren. Die Überwachung des von der argentinischen Regierung im Zusammenhang mit der Währungsreform angeordneten Preisstopps ist schwer zu verwirklichen. Die Behörden erhielten bereits am ersten Tag Tausende von Telefonanrufen, in denen sich die Konsumenten über Preiserhöhungen trotz Preisstopp beschwerten. Am Dienstag hat die Regierung die ersten Geschäfte für 72 Stunden geschlossen, weil sie die festgelegten Höchstpreise mißachtet hatten. 400 Inspektoren kontrollieren Groß- und Einzelhandel.

Gegen Samstags-Öffnung

Hamburg (rtr) – Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) wird Schalteröffnungszeiten bei Banken und Sparkassen an Samstagen auf keinen Fall zustimmen. Das erklärte DAG-Berufsgruppenleiter Gerhard Renner am Mittwoch vor Journalisten in Hamburg bei der Erläuterung eines Grundsatzpapiers zum Einsatz neuer Techniken bei den Geld- und Kreditinstituten. Gerade im Hinblick auf die zunehmende Einführung von Geldausgabeautomaten sei ein dringender Bedarf für Schalteröffnungszeiten am Wochenende nicht zu erkennen.

Geldstrafe wird gezahlt

Washington (VWD) – Die vier US-Großbanken Chase Manhattan, Manufacturers Hanover, Irving Trust und Chemical haben sich nach Angaben des Finanzministeriums bereit erklärt, die Geldstrafe von insgesamt 1,2 Mill. Dollar wegen der Verstöße gegen die Meldepflicht von Bartransaktionen zu zahlen. Die bisher höchsten Geldstrafen, die für solche Verstöße verhängt wurden, sollen in der kommnden Woche überwiesen werden. Nach Angaben von Staatssekretär John Walker hat eine Reihe von Banken nachträglich Devisengeschäfte gemeldet, nachdem die Bank of Boston wegen ähnlicher Verstöße verurteilt worden war.

Produktion stark erhöht

London (fu) – Die Industrieproduktion in Großbritannien ist im April auf das höchste Niveau seit fünf Jahren gestiegen. Den Angaben des Statistischen Amtes in London zufolge verfehlte die gesamte Industrieproduktion einschließlich Kohle, Öl und Gas nur knapp den bisherigen Rekordstand vom Frühjahr 1979. In den drei Monaten bis April dieses Jahres stieg die Gesamtproduktion gegenüber den drei Monaten zuvor (November bis Januar) um 2,5 Prozent. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß ein Teil dieses Anstiegs auf die Erholung und Normalisierung nach dem Bergleutestreik zurückgeht. Er endete in den ersten Märztagen.

Mehr Umweltschutz

Paris (J. Sch.) – Die Umweltminister der 24 OECD-Staaten haben sich im bisherigen Verlauf ihrer Pariser Tagung für eine verstärkte internationale Zusammenarbeit insbesondere hinsichtlich der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Luft- und Wasserverunreinigung ausgesprochen. Die Belebung des Wirtschaftswachstums biete günstige Voraussetzungen für eine Verstärkung des Umweltschutzes. Zum Problem des Abgaskatalysators wurde keine Stellung bezogen. Dafür sei die Europäische Gemeinschaft zuständig, hieß es.

HÜTTENVERTRAG

Ruhrkohle „praktisch mit Stahlindustrie einig"

dpa/VWD, Essen

Die Ruhrkohle AG und die deutschen Stahlunternehmen sind der Unterschrift über die Verlängerung des Hüttenvertrages bis zum 31. Dezember 2000 einen Schritt näher gekommen. Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann hat der Ruhrkohle AG nochmals bestätigt, daß die Bundesregierung einen neuen Hüttenvertrag „als wichtigen Bestandteil ihrer Kohlepolitik" flankierend begleiten werde.

Diese Aussage des Bundeswirtschaftsministers wertete der Vorsitzende des Vorstandes des Ruhrkohle AG, Heinz Horn, in einer „Information für die Belegschaft" in der Werkszeitung aber „auf jeden Fall" als eine eindeutige und erfreuliche Bestätigung der positiven Äußerungen des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers zu diesem Thema. Bundeswirtschaftsminister Bangemann habe schließlich nochmals erklärt, daß im Zuge der gegenwärtigen Überlegungen der Europäischen Gemeinschaft die Bundesregierung sich den Freiraum für eine nationale Energiepolitik offenhalten werde.

„Praktisch sind wir uns mit der Stahlindustrie einig", schreibt Horn weiter. Die Ruhrkohle AG werde weiterhin die Vollversorgung der Hütten mit einheimischer Kohle übernehmen. Die Stahlindustrie wird künftig die Ruhrkohle zu einem „detailliert ermittelten" Wettbewerbspreis bekommen, wie es der Vertrag schon immer vorsah, und somit keinen Selbstbehalt (Eigenbeitrag) mehr leisten müssen. Horn betont jedoch, daß es noch geringe, „lösbare" Differenzen bei der Regelung der Verkokungskosten gebe.

DEUTSCHER WEINBAUVERBAND / Auf die erweiterte EG rechtzeitig einstellen

Für nationale Mengenbeschränkung

HENNER LAVALL, Bonn

Neue, wenn auch nicht erfreuliche Perspektiven erwartet der Deutsche Weinbauverband, Bonn, von dem EG-Beitritt Spaniens und Portugals zum 1. Januar 1986. „Die tiefgreifenden Veränderungen dürften zu einem weinbaupolitischen Dauerthema werden", schreibt der Verband anläßlich der heute in Bonn stattfindenden Mitgliederversammlung.

Die deutschen Winzer, so erklärte Präsident Reinhard Muth, täten gut daran, sich auf die gewaltigen Veränderungen rechtzeitig einzustellen. Allerdings habe der EG-Gipfel in Dublin vor allem durch das große Engagement des Bundeskanzlers den Weinerzeugern in der Bundesrepublik noch etwas Luft geschafft. Durch die dort getroffene Übereinkunft, die Alkoholanreicherung des Weins wie bisher auf zwei Arten vorläufig bis 1990 zuzulassen, „sind wir noch einmal davongekommen", meinte Muth. Er bezog sich dabei auf die traditionell in den nördlichen Weinbaugebieten der EG angewendete Methode der Anreicherung durch Saccharose, die die Kommission gerne zugunsten der „Verschönerung durch rektifiziertes Traubenmostkonzentrat (RTK)" verbieten will.

Die RTK-Methode, im Süden der EG zur Steigerung des Alkoholgehalts vor allem im Tafelwein beliebt, lasse aber keinen analytischen Nachweis der verwendeten Mengen zu. Selbst ein Mitglied der EG-Kommission habe die Anreicherung mit Traubenmostkonzentrat als „geeignetes Mittel für Weinfälscher" bezeichnet. Diese Methode, so entrüstet sich der Verband, soll nach dem Willen der Brüsseler Behörde EG-weit geltendes Recht werden.

Ein weiteres drängendes Thema wird der Verband seinen Mitgliedern als Entschließungsantrag vorlegen. Darin wird eine weitgehende Loslösung des deutschen Weinbaus aus den EG-Interventionsmaßnahmen für Tafelweine vorgeschlagen. „Schließlich ist die gesamte deutsche Anbaufläche von 90 000 Hektar als Qualitätsweinfläche ausgewiesen", begründet Muth das Vorhaben. Und eigenverantwortliches Handeln sei allemal besser als eine Zwangsverwaltung, die zudem nur der qualitativ schlechteren (Überschuß-)Erzeugung in Südeuropa Rechnung trage.

Deshalb lautet die Marschrichtung des Verbandes an seine rund 20 000 Winzer: konsequente Qualitätsweinpolitik, die sich in einem Verzicht auf Interventionsmaßnahmen und Einführung von nationalen mengenbeschränkenden Maßnahmen ausdrückt. Gedacht wird dabei an eine durchschnittliche Erzeugung von 100 Hektoliter je Hektar, wobei in guten Erntezeiten anfallende Übermengen auf das kommende Jahr überlagert werden können.

HEW / Höhere Dividende und Konzessionsabgaben für den Mehrheitsaktionär Hamburg

Kernenergie sorgt für Ertragsstärkung

JAN BRECH, Hamburg

Das Ergebnis des Jahres 1984 und die Aussichten für dieses Jahr haben bei den Hamburgischen Electricitäts-Werke AG (HEW) wieder Zuversicht ausgelöst. Das Unternehmen, das in den vergangenen Jahren vor allem wegen des Kernkraftwerks Brokdorf unter politischen Dauerbeschuß geraten war und 1983 ertragsmäßig einen Tiefstand erreicht hatte, befindet sich nach Angaben des Vorstandsmitglieds Gunther Clausnizer wieder auf Erfolgskurs.

Mit der Reduzierung des Anteils am KKW Brokdorf von 50 auf 20 Prozent sei der notwendige finanzielle Bewegungsspielraum geschaffen, um die Zukunftsaufgaben aus eigener Kraft bewältigen zu können. HEW stehe vor einem Investitionsprogramm von 1,8 Mrd. DM in den nächsten fünf Jahren, das nun auch ohne die ursprünglich vorgesehene Kapitalerhöhung finanziert werden könne.

Im Gegensatz zur Prognose ist der stark gestiegene Jahresüberschuß voll aus dem ordentlichen Geschäft verdient worden. Der Gewinn pro Aktie kletterte von 2,80 auf 7,60 DM. An der Wiedererstarkung der Ertragskraft profitieren vor allem die Aktionäre. Die Stadt Hamburg als Mehrheitsaktionär (mehr als 75 Prozent) erhält nicht nur 112 Mill. DM Konzessionsabgabe, sondern auch eine von 4 auf 5 DM erhöhte Dividende.

Zusätzlicher finanzieller Spielraum ist der HEW durch die mit der Nordwestdeutsche Kraftwerke AG (NWK) vereinbarte „Paketlösung" entstanden. Die Ausgleichszahlung von 200 Mill. DM für den Wegfall von Stromlieferungen nach Schleswig-Holstein hat HEW für die Bildung von Rückstellungen verwendet. Künftige Risiken erwachsen HEW aus dem politisch motivierten Stromlieferungsvertrag an die Hamburger Aluminiumwerke und aus einem Kohle-Engagement in den USA. Mit den Mitteln aus dem Verkauf von 60 Prozent der Brokdorf-Beteiligung hat HEW Vermögenswerte erworben und kurzfristige Kredite getilgt.

Die Ertragsverbesserung verdankt HEW einmal einer wesentlichen Absatz- und Umsatzsteigerung. Zum anderen profitierte das Unternehmen von der von Hamburger Politikern zum Teil erbittert bekämpften Kernenergie. Nach der Inbetriebnahme von Krümmel erreichte der Anteil der Kernenergie an der Gesamterzeugung zwei Drittel. Der ertragsstärkende Einfluß der Kernkraftwerke werde, so Clausnizer, bei HEW noch stärker durchschlagen, wenn die Aufwandsbelastungen aus den neuen Anlagen sich normalisieren. Immerhin mußte HEW 1984 allein auf Krümmel 227 Mill. DM abschreiben.

Die positive Entwicklung habe sich bei HEW in diesem Jahr fortgesetzt, erklärt Clausnizer. Den freien Aktionären macht er insofern Mut, als er eine künftige HEW-Dividende von zwölf Prozent als Mindestmaß und nicht als Obergrenze sieht.

HEW	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)	2473	+ 5,8
Absatz (Mrd. kWh)		
Strom	14,4	+ 10,4
Fernwärme	4,3	- 1,4
Belegschaft	5746	- 2,1
Jahresüberschuß	58	+ 38,1
Nettogewinn	70	+169,0
in % v. Umsatz	2,8	(1,1)
Investitionen	473	(732)
Cash-Flow	320	+ 50,2

SCHERING-HV / „Verantwortung gegenüber Umwelt"

Aktionärswünsche erfüllt

PETER WEERTZ, Berlin

Die Schering AG, Berlin und Bergkamen, habe schon vor der Hauptversammlung zwei wesentliche Wünsche der Aktionäre erfüllt, äußerte ein Aktionärssprecher in der Diskussion. Gemeint waren die auf 12 (10,50) DM je Aktie erhöhte Dividende für 1984 und die noch nach der Hauptversammlung vom Vorstand und Aufsichtsrat beschlossene Kapitalerhöhung um 30 auf 644,91 Mill. DM. Die jungen Aktien werden im Verhältnis eins zu zehn zum Kurs von 620 DM mit halber Dividendenberechtigung für 1985 angeboten. Außerdem billigten die Aktionäre noch ein genehmigtes Aktienkapital von 30 Mill. DM.

Für Schering sei 1984 ein „sehr gutes Geschäftsjahr" gewesen, bestätigte Pohle. Der Umsatz der Gruppe hat um 14 Prozent auf 4,9 Mrd. DM und in der AG um neun Prozent auf 2,2 Mrd. DM zugenommen. Gelungen sei vor allem die Umstrukturierung der Schering-Produktion auf am Markt erfolgreiche Produkte. Für Anfang 1986 kündigte Pohle zugleich ein neues orales Kontrazeptivum an.

Als innovationsfeindlich bezeichnete Pohle die Steuerpolitik der Bundesregierung. „Mit einer Gewinnsteuerbelastung von knapp 70 Prozent tragen die deutschen Unternehmen die höchste Steuerbürde", so Pohle. Pohle bekannte sich zur Verantwortung gegenüber der Umwelt. Es müßten aber Grenzen eingehalten werden, um nicht die Existenz des Unternehmens und die Arbeitsplätze zu gefährden. Zu der Opposition von Pseudoaktionären mit ein oder zwei Aktien, die sich gegen Tierversuche, die gentechnologische Forschung und Einzelpräparate von Schering wandten, sagte ein Aktionärsvertreter: „Es ist zwar gut, daß hier darüber gesprochen wird; die Darstellung finde ich aber maßlos überzeichnet."

Gefordert hatten die Pseudoaktionäre einen Verzicht auf die Dividende, um neue umweltschonende Produkte und Fertigungsverfahren zu entwickeln. Außerdem soll statt der freien Rücklagen mit 10 Mill. DM eine Schering Stiftung gegründet werden, die ein Institut für tierversuchsfreie Prüfverfahren finanzieren soll.

BAYER HV / Welt-Umsatz wieder gestiegen – Forschungsausgaben nochmals erhöht

Wachstum „erfreulich" beständig

JOACHIM GEHLHOFF, Köln

Der Welthandel werde 1985 mit einer Plusrate von etwa 4 Prozent voraussichtlich nur halb so stark wachsen wie 1984. Aber für die mit mehr als drei Viertel ihres Weltumsatzes von Auslandsmärkten lebende Bayer AG, Leverkusen, werde das laufende Jahr unter dem üblichen Vorbehalt für Unvorhersehbares sicherlich ebenso gut enden wie 1984 mit einer Dividendenaufstockung auf 9 (7) DM aus einem um gut die Hälfte gewachsenen (und zu mehr als der Hälfte thesaurierten) Welt-Jahresüberschuß.

Auf der Hauptversammlung dieses Chemiekonzerns in der Kölner Messehalle bekräftigte Vorstandsvorsitzender Hermann Josef Strenger diese entscheidende Aussage seines Lageberichts mit folgenden Daten aus dem laufenden Jahr: Der Welt-Umsatz sei im ersten Tertial um 13,1 Prozent auf 16,3 Mrd. DM gewachsen. Die AG habe bis Ende Mai ein Umsatzplus von 9,6 Prozent auf 8 Mrd. DM erzielt. Überdurchschnittlich wuchs dabei das Bayer-Geschäft in den Bereichen Anorganica, Pharma, Pflanzenschutz und Afga-Gevaert, nach Marktregionen „besonders erfreulich" in Nord- und Lateinamerika. Der generell und „trotz der hohen Ausgangsbasis" nochmals deutlich über den Vorjahresstand hinausführende Wachstumspfad habe sich auch im Juni „erfreulich" beständig erwiesen.

Ähnlich beim Ertrag. Besserten sich die Gewinne vor Steuern im ersten Quartal 1985 bei Bayer-Welt gegenüber dem Vorjahresstand um 28,9 Prozent auf 820 Mill. DM und bei der AG um 23,4 Prozent auf 395 Mill. DM, so sei nun auch für das zweite Quartal erneut Besseres als vor Jahresfrist zu erwarten.

Dies erst recht angesichts der Tatsache, daß der Konzern 1985 frei ist von dem für ihn gut eine halbe Milliarde DM teuren Debakel bei der (aufgelösten) Paritätsbeteiligung mit Ciba-Geigy an der Schelde Chemie Brunsbüttel. Zum dort eingetretenen Mißerfolg mit einer neuen Verfahrenstechnologie für die Anthrachinon-Herstellung betonte Strenger nun vor den Aktionären im Rückblick auf Ausgestandenes: Die Gefahr des Mißerfolgs gehöre nun mal zum unternehmerischen Risiko und lasse sich „schon gar nicht" ausschließen, „wenn man bei Produkt- und Verfahrensentwicklungen Neuland betritt".

Schritte ins Neuland bestimmen auch die Forschungsaufwendungen des Konzerns. Sie lagen schon 1984 mit 1,96 Mrd. DM höher als die Welt-Sachinvestitionen (vor zehn Jahren erst halb so hoch) und sollen 1985 weiter auf 2,1 Mrd. DM steigen.

Besondere „Finanzierungsanforderungen" erwartet Bayer 1985 für das weiter wachsende Konzerngeschäft nicht. Den Vermögenszuwachs werde man voll aus der Innenfinanzierung decken können. Die Finanzstruktur werde sich dabei weiter verbessern. Erneut und wiederum mit Kursabschlag will die Bayer AG auch 1985 (wie hier schon seit 1953) Belegschaftsaktien ausgeben. Für dieses Angebot wird in diesen Tagen aus noch 375 Mill. DM genehmigtem Kapital eine AK-Erhöhung um 25 Mill. DM vorgenommen. (Die Hauptversammlung dauerte bei Redaktionsschluß noch an).

Gustav Epple: Arge als Ausweg

nl. Stuttgart

Die alteingesessene Stuttgarter Baufirma Gustav Epple KG, deren Tätigkeitsgebiet im Inland vor allem in Baden-Württemberg und im Münchner Raum liegt, ist finanziell ins Schleudern geraten. Um einen völligen Kollaps zu verhindern, soll zusammen mit den großen deutschen Baufirmen Philipp Holzmann AG, Frankfurt, und E. Heitkamp GmbH, Herne, eine Arbeitsgemeinschaft gebildet werden, die in das derzeitige Bauvolumen in Höhe von 85 Mill. DM nicht ausgeführter Aufträge eintritt.

In diese Arbeitsgemeinschaft, die zugleich die Weiterarbeit von rund 1100 Epple-Mitarbeitern sichern (mit befristeten Arbeitsverträgen) soll, wird eine in Gründung befindliche neue Epple GmbH mit eintreten. Voraussetzung hierfür ist ein Moratorium. Das gesamte Forderungsvolumen beläuft sich auf fast 200 Mill. DM, davon sind 96 Mill. DM Bankverbindlichkeiten. Eine Vergleichsquote von 40 Prozent erscheine, wie es heißt, nach dem Rechenwerk gesichert. Seit 1983 liefen bei Epple erhebliche Verluste auf. 1984 betrug das Leistungsvolumen 175 Mill. DM.

Klaus Richter wird 60 Jahre alt



FOTO: JUPP DARCHINGER

Konsul Klaus Richter, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA) und Präses der Industrie- und Handelskammer zu Lübeck, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Der mittelständische Unternehmer, Inhaber der Baustoff-Großhandlung Hans Richter, Lübeck, steht seit 1984 an der Spitze der Groß- und Außenhandelsorganisation. Im Jahr 1978 war er in das BGA-Präsidium gewählt worden; 1983 wurde er Vizepräsident.

Richter betrachtet es als Verpflichtung, sich mitverantwortlich in Politik und Gesellschaft zu engagieren. Er ist Mitglied des Vorstandes des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT). In diesem Jahr wurde er in den Außenwirtschaftsbeirat beim Bundeswirtschaftsministerium berufen. Sein persönliches Interesse gilt der Pflege hanseatischer Überlieferung und heimatlicher Geschichte. (DW.)

NUKEM / 25-Millionen-Investitionen blockiert

Polit-Querelen kaum spürbar

JOACHIM WEBER, Hanau

Zum 25jährigen Firmenjubiläum wünschte Hessens Wirtschaftsminister Ulrich Steger dem Nuklearunternehmen Nukem GmbH, Hanau, alles Gute und hoffte leicht ironisch, „daß wir die Genehmigungsverfahren bis dahin auch in der letzten Instanz zum Abschluß gebracht haben". Darüber hinaus war nichts Erhellendes zum Fall Nukem von ihm zu vernehmen.

Die Geschäftsführung des Gemeinschaftsunternehmens des RWE (45 Prozent), der Degussa (35 Prozent), der Metallgesellschaft und (indirekt) der Rio-Tinto-Gruppe (mit je 10 Prozent) zeigt sich aber einigermaßen zuversichtlich. 1985 werde ähnlich gut ausfallen wie das Vorjahr, die Auftragsbücher seien für 12 Monate gefüllt, und was in diesem Jahr abgerechnet werde, sei weitgehend fertiggestellt, so Geschäftsführer Peter Jalinek-Fink.

Die Polit-Querelen hätten bislang noch nicht zu Umsatzausfällen geführt, allerdings häuften sich die beunruhigten Anfragen ausländischer Kunden. An ein „Auswandern" nach Bayern werde aber keineswegs gedacht. Immerhin sind allein bei der Nukem selbst – an der Alkem und der Reaktor-Brennelemente-Union, auf gleichem Gelände und ebenfalls unter politischem Beschuß, ist sie mit jeweils 40 Prozent beteiligt – in diesem Jahr Investitionen in Höhe von 25 Mill. DM blockiert.

Nach dem ausgesprochen guten Jahr 1984, in dem sich bei einem abrechnungsbedingten Umsatzrückgang um 4 Prozent auf 217 (226) Mill. DM das Betriebsergebnis rund verdoppelte – der Jahresüberschuß ging wegen einer Nettozuführung zu den Rückstellungen von 15 (4) Mill. DM aus politischer Vorsicht um 27 Prozent auf 2,7 (3,7) Mill. DM zurück – werden die Sachinvestitionen 1985 dennoch auf 25 (15) Mill. DM steigen. Zudem sind Neueinstellungen von 250 Mitarbeitern geplant – Ende 1984 zählte die Nukem 934 (890) Beschäftigte.

SCHLESWAG / Kernenergieanteil über 60 Prozent

Im Strom der Konjunktur

HANS BAUMANN, Essen

Der konjunkturelle Schub hat auch die Geschäfte der Schleswag AG, Rendsburg, im vergangenen Jahr beflügelt. Wie die Verwaltung mitteilt, erhöhte sich die Stromabgabe 1984 um 5,6 Prozent auf 7,2 Mrd. kWh. Vergleichsweise kräftig war auch der Zuwachs beim Erdgas. Sein Absatz stieg um 13,4 Prozent auf 6,9 Mrd. kWh.

Die Umsatzerlöse erhöhten sich gegenüber 1983 um 5,7 Prozent auf 1,7 Mrd. DM. Da der Kernenergieanteil beim Zulieferer Nordwestdeutsche Kraftwerke AG über 60 Prozent beträgt, konnte auch die Schleswag ihre Strompreise seit Anfang 1983 stabil halten. Investiert hat die Schleswag im Berichtsjahr rund 180 (200) Mill. DM.

Der Jahresüberschuß beträgt 37 (25,5) Mill. DM, 16 (6) Mill. DM davon wurden in die Rücklagen eingestellt. Diese vergleichsweise hohe Dotierung war möglich, weil der Schleswag steuerfrei eine Investitionszulage zugeflossen ist. Auf das Grundkapital von 150 Mill. DM wurden 21 Mill. DM ausgeschüttet. Schleswag befindet sich zu 55 Prozent in Händen der Preußischen Elektrizitäts-AG, Hannover. 45 Prozent halten das Land Schleswig-Holstein und elf Landkreise.

Die Bilanzrelationen haben sich verbessert. Die Bilanzsumme stieg um 206 Mill. auf über 3 Mrd. DM. Der Cash-flow erhöhte sich auf über 215 (210) Mill. DM. Nach der DVFA-Formel beläuft sich der Gewinn je Aktie (100 DM nom.) auf 35,33 (32,67) DM.

Wie Vorstandsmitglied Reinhard Bartsch erklärt, hält der Aufschwung im neuen Geschäftsjahr an. In den ersten vier Monaten stieg der Stromabsatz weiter um 4,3 Prozent und der von Erdgas um 16,6 Prozent. Im industriellen Bereich ging der Stromabsatz jedoch um 2,3 Prozent zurück. Hier spielen aber Sondereinflüsse bei zwei Industriekunden hinein; ohne sie wäre der Stromabsatz bei der Industrie um 2,1 Prozent gestiegen.

NAMEN

Dr. Helmut Gies, Vorstandsvorsitzender der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG, Aachen, ist zum Aufsichtsratsvorsitzenden der Thuringia Versicherungs-AG, München, gewählt worden. **Prof. Dr. Reimer Schmidt**, Aufsichtsratsvorsitzender der Aachener und Münchener Beteiligungs-AG und der Aachener und Münchener Versicherung AG, wurde als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Thuringia bestellt.

Heinz Rausch, Vorstandsmitglied der Dyckerhoff & Widmann AG, München, wird am 23. Juni 60 Jahre alt.

AGROB / Aktionäre müssen weiter Geduld beweisen – Hypobank verzichtet auf 31 Millionen Mark Forderungen

Außerordentliche Erträge mindern Fehlbetrag

DANKWARD SEITZ, München

Nach dem Prinzip „Hoffnung" hatte die Agrob AG, München, in den letzten Jahren mehrfach die endgültige Rückkehr in die Gewinnzone angekündigt und ein Ende der Dividenden-Durststrecke in Aussicht gestellt. Erfüllt hat sich nichts. Vielmehr wird zumindest für die nächsten zwei Jahre die Geduld und Hoffnungs-Bereitschaft der Aktionäre auf die Probe gestellt werden. „Bei den gegenwärtigen Marktbedingungen ist es ein erster Erfolg", meint Alfred Wagner, seit Oktober 1984 neuer Vorstandsvorsitzender der Agrob, „wenn nach heutigem Kenntnisstand für 1985 eine Halbierung der Fehlbeträge, verglichen mit dem Durchschnitt der letzten Jahre" zu erwarten ist. Und: „Die Ziellinie eines ausgeglichenen Betriebsergebnisses der Gruppe sollten wir 1986 passieren."

Wie trügerisch die Hoffnungen des alten Vorstandes waren, wird daran deutlich, daß die Gesellschaft 1984 nur ohne Kapitalschnitt über die Runden gekommen ist, weil die Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG – mit jeweils über 25 Prozent ist sie und das Münchner Bankhaus August Lenz & Co. am Grundkapital von 19,48 Mill. DM beteiligt – einen Forderungsverzicht über 30,9 Mill. DM gegen Besserungsschein leistete. Zudem mußten noch einmal 13,1 (25,4) Mill. DM außerordentlicher Erträge aus Anlageabgängen mobilisiert werden, um den Jahresfehlbetrag der Gruppe von 14,2 (plus 0,7) Mill. DM in erträglichen Grenzen zu halten. Die AG, der nur Holdingcharakter zukommt, weist einen Verlust von 2,9 (4,2) Mill. DM aus.

Belastet wurde die Ertragsrechnung der Agrob-Gruppe durch einen erneuten Umsatzrückgang um 9,3 (1,4) Prozent auf 222,56 Mill. DM sowie Abschreibungen von 15,1 (-) Mill. DM auf konsolidierte Unternehmen und auf 8,85 (4,99) Mill. DM gestiegene Abschreibungen bzw. Wertberichtigungen auf Finanzanlagen. Zudem erhöhten sich die sonstigen Aufwendungen auf 45,6 (33,4) Mill. DM. Der Personalaufwand für die 1647 (1893) Mitarbeiter betrug 89,1 (91,1) Mill. DM. An Steuern waren nur noch rund 0,97 (1,4) Mill. DM zu entrichten.

Daß unter dem Strich nach einem Verlustvortrag von 16,8 (21,7) Mill. DM nur ein Konzernverlust von 12,2 (14) Mill. DM ausgewiesen werden muß, ermöglichen Entnahmen von 2,9 (4,1) Mill. DM aus den offenen Rücklagen, die sich nun auf 10 Mill. DM belaufen, und von 15,4 (-) Mill. DM aus dem Konsolidierungsausgleichsposten.

Hauptsorgenkind blieb die Agrob Wessel Servais AG (AWS), in der Fliesen- und Plattenbereich zusammengefaßt ist. Ihr Umsatz nahm leicht um 1,6 Prozent auf rund 205 Mill. DM zu, wovon etwa 190 Mill. DM auf keramische Produkte und 15 Mill. DM auf Verarbeitungsmaterial entfielen. Verfall der Durchschnittserlöse, Kurzarbeit sowie die endgültige Stillegung des Werkes Bonn belasteten jedoch, wie Wagner erläuterte, das Betriebsergebnis und führten zu einem Fehlbetrag von 10,4 Mill. DM. Hinzu kommt noch ein Verlustvortrag von rund 5 Mill. DM. Zum Ausgleich soll das AWS-Grundkapital rückwirkend zum 31. Dezember 1984 von 22 auf 6,6 Mill. DM herabgesetzt und wieder auf 12 Mill. DM aufgestockt werden.

Wegen der schwachen Auftragslage rutschte erstmals auch die Agrob-Anlagenbau GmbH mit 2,8 Mill. DM in die roten Zahlen. Mit weiteren 8,5 Mill. DM Anlaufverlusten belasteten die südafrikanischen Agrob-Gesellschaften das Ergebnis. Und insgesamt 0,9 Mill. DM mußten auf die ausländischen Vertriebsgesellschaften und die kanadische Tochter abgeschrieben werden.

Der Forderungsverzicht der Hypobank sowie die eigenen Strukturmaßnahmen ermöglichten es, so Wagner, die Verschuldung des Konzerns gegenüber Banken um 60 Mill. DM abzubauen und erhebliche Risikofaktoren weitgehend auszuräumen. Damit habe sich Agrob „die Chance bewahrt", durch konsequente Geschäftspolitik im operativen Bereich, insbesondere bei AWS, die Gewinnschwelle zu erreichen. Voraussetzung dafür sei aber, daß auch der Anlagenbau wieder ein positives Ergebnis erziele, man von erneuten Belastungen aus dem Ausland verschont bleibe und sich vor allem die Marktbedingungen nicht weiter verschlechterten. 1985 wird die AWS wegen der schlechten Baukonjunktur noch einmal einen Umsatzrückgang von 6 Prozent hinnehmen müssen.

Eine langfristig nachhaltige Ergebnisverbesserung verspricht sich Wagner von einer Rückkehr zur Produktpflege, -differenzierung und -profilierung. Das Unternehmen müsse vom Markt her geführt und das Unternehmensziel marktbezogen neu definiert werden. In der Vergangenheit sei dies in erheblichem Maße vernachlässigt worden. Die Folge: Trotz aller Investitions- und Rationalisierungsmaßnahmen seit 1980 in Höhe von 30 Mill. DM und eines Personalabbaus von 3156 auf 1647 Mitarbeiter ging die Gesamtleistung der Gruppe um über 27 Prozent und der Rohertrag um fast 37 Prozent zurück. Und obwohl seit 1980 „erhebliche" außerordentliche Erträge mobilisiert wurden, addieren sich die Jahresfehlbeträge (einschließlich des Forderungsverzichts) auf inzwischen 67,2 Mill. DM.

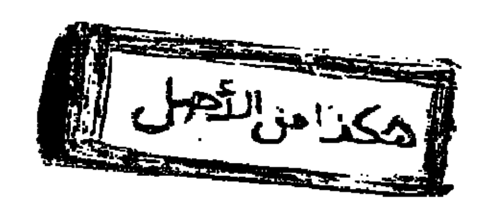
Varta-HV: Weichen auf Wachstum

dos. Hagen

Bei der Varta AG hat sich die günstige Entwicklung der Wintermonate im bisherigen Verlauf 1985 fortgesetzt. Vorstandssprecher Günter Mordhorst erklärte vor der Hauptversammlung in Hagen, auch für 1985 zeichne sich ein zufriedenstellendes Ergebnis ab. In den ersten fünf Monaten stieg der Umsatz des Inlandskonzerns um 12 Prozent gegenüber der Vorjahreszeit; der Weltumsatz nahm sogar um 15 Prozent zu. Diese Raten seien aber über das gesamte Jahr hinweg kaum durchzuhalten.

Dennoch blieben bei Varta die Weichen auf Wachstum gestellt. Ein Hinweis dafür seien die kräftig auf 85 Mill. DM aufgestockten Investitionen, die vor allem wachstumsträchtigen Produkten zu gute kommen sollen, darunter Primärbatterien nach dem Alkali-Mangan-System und wiederaufladbare Nickel-Cadmium-Zellen. Wie schon 1984, als 67 Mill. DM investiert wurden, liege der Investitionsschwerpunkt im Inland.

Varta hatte 1984 den Weltumsatz um 8,1 Prozent auf 1,71 Mrd. DM gesteigert. Der Jahresüberschuß wuchs auf 37,7 Mill. DM. Die Hauptversammlung folgte bei einer Präsenz von 62,4 Prozent nahezu einstimmig den Vorschlägen der Verwaltung. Dazu gehörte auch die auf 15 (12) Prozent erhöhte Dividende auf 98,9 Mill. DM Grundkapital.



KRUPP STAHL HV / Zuversicht für 1985

Fusion weiter ungewiß

dpa/VWD, Bochum

Das Zustandekommen der Stahlfusion der Krupp Stahl AG (KS), Bochum, mit der Klöckner-Werke AG, Duisburg, unter Einschluß des australischen Rohstoffkonzerns CRA ist immer noch ungewiß. Dies machte KS-Vorstandsvorsitzender Alfons Gödde vor der Hauptversammlung deutlich. Die erforderlichen Gespräche seien „eingeleitet", sagte er, aber der Wille der Beteiligten genüge allein nicht. Das Vorhaben lasse sich nur mit Hilfe der öffentlichen Hand und der Banken verwirklichen.

„Große Sorge" bereitet – so Gödde – in diesem Zusammenhang die Diskussion um die Stillegung des Klöckner-Werkes Georgsmarienhütte bei Osnabrück, ohne die die Fusion „wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll" wäre. Das Land Niedersachsen könne seine Zustimmung verweigern, weil die Produktion der betroffenen Hütte ersatzlos in andere Bundesländer verlagert würde. In diesem Falle wären jedoch die notwendigen Beihilfen von insgesamt 350 Mill. DM nicht zu erreichen, „der Zusammenschluß käme dann nicht zustande".

Ausführlich ging Gödde noch einmal auf die beabsichtigte Stillegung des größten Teils der jetzt 100prozentigen „Tochter" Theodor Wuppermann GmbH in Leverkusen mit fast 1000 Arbeitsplätzen ein. Er nannte die Maßnahme einen unumgänglichen „Teil des Überlebenskampfes" der Krupp Stahl AG angesichts der anhaltenden europäischen Stahlkrise. Die EG-Kommission habe mit Billigung der Bundesregierung die Stahlunternehmen zu weiterem Kapazitätsabbau aufgefordert.

Für das laufende Jahr äußerte Gödde Zuversicht, daß sich die wirtschaftliche Lage von KS weiter stabilisieren werde. Die Talsohle sei durchschritten. Nach Abschluß drastischer Umstrukturierungsmaßnahmen wird sogar eine Verbesserung des Ergebnisses erwartet. 1984 wurde erstmals seit 1979 „operativ" wieder Gewinn erzielt.

Bei einer zehnprozentigen Umsatzsteigerung auf gut 6 Mrd. DM konnte das Jahresergebnis um 367 Mill. DM verbessert und ein Überschuß von 23 Mill DM erzielt werden. Es blieb jedoch ein Verlustvortrag von 418 Mill. DM. Deshalb müssen die Aktionäre - Fried. Krupp GmbH mit 70 und die staatliche iranische Stahlgesellschaft mit gut 25 Prozent Anteilen – wie schon seit zehn Jahren auf eine Dividende verzichten. Die Hauptversammlung, in der das Grundkapital von 573 Mill. DM zu über 97 Prozent vertreten war, billigte alle Tagungsordnungspunkte nahezu einmütig.

KARSTADT / Stabile Dividende trotz Halbierung des Konzernertrages – Vor Lager-Großinvestition in Unna

Ein letzter Nackenschlag von Neckermann

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Kaum widersprechen mag Walter Deuss, Vorstandssprecher der Essener Karstadt AG, der Deutung, daß Europas größter Warenhauskonzern zur Hauptversammlung am 17. Juli für 1984 einen Abschluß mit der magersten Rendite seit der Währungsreform vorlegt. Das DVFA-Nettoergebnis hat sich gegenüber 1983 glatt halbiert. Doch unverändert und nunmehr an der Spitze der drei börsennotierten deutschen Warenhauskonzernen bleibt mit 7 DM der Dividendenvorschlag für die 20 000 Eigentümer von 360 Mill. DM Aktienkapital.

Den Kontrast von Gewinnrückschlag und Dividendenkonstanz erklärt Deuss vor allem mit einem Punkt: Was man 1984 bei den Töchtern Neckermann Versand AG und NUR Touristic GmbH mit einem (geschätzten) Verlustanstieg auf zusammen knapp 90 (39) Mill. DM erlebt habe, beruhe zur Hauptsache „auf einmaligen, sich nach menschlichem Ermessen nicht wiederholenden Vorgängen". Die Versandtochter geriet mit ihrem neuen elektronischen Logistiksystem in gravierende (auch von anderen Versandfirmen zum Teil schmerzlich erlittene) Anlaufschwierigkeiten, stagnierte bei 1,6 Mrd. DM Umsatz und hat ihren diesmal aus Buchgewinnen bei Immobilienverkäufen (zum Teil an die Mutter) ausgeglichenen Jahresverlust, den der Konzernvorstand nach der 1984 vollzogenen Neckermann-„Eingliederung" nicht mehr nennen mag, vermutlich in die Größenordnung von 60 (32) Mill. DM verdoppelt. Die Touristiktochter wurde vom 1984er Druck/Metall-Streik besonders hart getroffen, fand da mit forcierten Sonderangeboten wohl die falsche Antwort auf Nachfrageschwund und brachte aus ihrem um 1,9 Prozent auf 1,13 Mrd. DM gesunkenen Umsatz einen auf 28 (6,8) Mill. DM angeschwollenen Jahresverlust.

Den Charakter des „Einmaligen" (besser „Letztmaligen") solcher neuen Nackenschläge aus dem Neckermann-Bereich illustriert Deuss mit der da sehr positiven Entwicklung im bisherigen Verlauf von 1985. Die Versandtochter überwand ihr Logistikproblem und kam bis Ende Mai auf 6 Prozent Umsatzplus. Die Touristiktochter zog bis hinauf zu einer „Neuordnung der Führungsstruktur" harte Konsequenzen aus dem 1984er Debakel und schaffte in den ersten sieben Monaten des Reisejahres 1984/85 (31. 10.) ein besonders beachtliches Umatzplus von 12,9 Prozent.

Beide Umsatzplusraten scheinen dem Vorstand besonders schön angesichts der generell flau gebliebenen Einzelhandelskonjunktur. Die spürte auch der von der AG direkt geführte „Warenhausbereich" des Konzerns (darin „Spezialhäuser" zumal für Möbel und Sport mit reichlich 11 Prozent der kaum gewachsenen Konzern-Verkaufsfläche von 1,28 Mill. qm). Sein Umsatz blieb bis Ende Mai um 3,4 Prozent (flächenbereinigt um 2,4 Prozent) hinter dem schon von Abstieg geprägten Vorjahresstand zurück.

Schwache Konsumlust und um so härtere Konkurrenz werden nach Ansicht des Vorstands auch den Rest von 1985 und wohl auf weitere Jahre prägen. Ein Ertragsurteil zum laufenden Jahr beschränkt Deuss denn auch darauf, daß der Cash flow bis Ende Mai auf Vorjahreshöhe geblieben sei. „Der Gewinn wird erst am Jahresende zusammengezählt." Vermutlich ist das gerade bei Karstadt und nicht nur wegen der nun wohl endgültig überwundenen Neckermann-Last eine Übertreibung der Prognose-Vorsicht.

Denn unübersehbar bleibt auch beim 1984er Gewinneinbruch, daß der beneidenswert reich mit Rücklagen gepolsterte Karstadt-Konzern Ertragsschwankungen aus der Einzelhandelskonjunktur mit besonderer Gelassenheit in der Dividendenpolitik beantworten kann. Das lehren schon zwei signifikante Signale: Der AG-Zinsaufwandsaldo lag 1984 nur bei „konkurrenzlos niedrigen" 21,5 (25,2) Mill. DM. Die geschrumpfte Innenfinanzierungskraft (Netto-Cash flow) blieb klar über den Konzern-Sachinvestitionen. Da wird sie auch bei dem für 1985 geplanten Anstieg der Investitionen auf 260 Mill. DM bleiben. Deren Schwerpunkt liegt (ohne nennenswerten Verkaufsflächen-Zuwachs) weiterhin bei Modernisierung und „standortorientierter Umrüstung" im Sortimentsangebot, – garniert durch allmählichen Ausbau von vier neuen „Fachmärkte" -Ketten. Daneben und vor allem zieht als „bislang größtes Investitionsobjekt" mit dreistelligem Millionenaufwand der Plan herauf, in Unna auf schon gekauftem Grundstück einen zentralen „Lager- und Manipulationsbetrieb" für alle Stapelware des Konzerns zu schaffen. Er soll wesentlich dazu beitragen, die bei 9 Prozent des Umsatzes liegenden „Logistik-Kosten" zu senken.

Karstadt-Konzern	1984	±%
Umsatz (Mill. DM) [1]	12 007	- 2,1
dav. Warenhäuser [1][2]	9127	- 3,0
in DM/qm	7104	- 3,5
in DM/Kopf	187 600	+ 1,5
Beschäftigte (31.12.)	68 156	- 3,6
dav. Karstadt AG [3]	53 831	- 2,8
Personalaufwand	2336	- 3,2
Sachinvestitionen	238	+ 21,2
Netto-Cash flow	266	- 28,1
Nettoergebnis [4]	57	- 50,0
AG-Jahresüberschuß	80,4	- 33,2
Ausschüttung	50,4	-

[1] Mit MWSt.; [2] Ohne Reisegeschäft; [3] Umgerechnet auf volle Arbeitszeit; Jahresdurchschnitt; [4] Nach DVFA-Formel 7,87 (15,75) DM je Aktie, bei AG allein 13,20 (18,20) DM.

AVA

Spekulation nach Rekorddividende

hdt. Bielefeld

Aufsichtsrat und Vorstand der AVA Allgemeine Handelsgesellschaft der Verbraucher AG, Bielefeld, schlagen der Hauptversammlung für 1984 eine Dividende von 12 DM plus 3 DM Jubiläumsbonus anläßlich des zehnjährigen Bestehens auf die 50-DM-Aktie vor. Die rund 23 000 Kleinaktionäre erhalten damit einschließlich Steuergutschrift einen Betrag von 23,44 DM je Aktie, ein in der deutschen Handelslandschaft einmaliges Rekordergebnis. Die AVA, die 1984 ihren Umsatz um 11,4 Prozent auf 1,53 Mrd. DM steigern konnte, erzielte in den ersten fünf Monaten 1985 wieder ein hohes Umsatzplus.

Vor diesem Hintergrund ist der Versuch einer Hamburger Treuhand-Gesellschaft, im Auftrag von Anlegern in den Besitz von zumindest fünf Prozent der Unternehmens-Aktien zu kommen, durchaus verständlich. Nach Auskunft des mit dem Aufkauf beauftragten Bankhauses ist die Verkaufsbereitschaft in Kleinaktionärskreisen jedoch bisher „sehr überraschend" gering. Zudem rät der AVA-Aktionärsverein dringend vom Verkauf ab. Er vermutet, daß hinter den Aufkäufen nicht nur der Wunsch nach einer Kapitalanlage steht, sondern auch der Versuch, konkret Einfluß auf die Geschäftsführung des Unternehmens zu gewinnen.

WÜSTENROT LEBENSVERSICHERUNG

Position weiter ausgebaut

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Die zur Wüstenrot-Firmengruppe gehörende Wüstenrot Lebensversicherungs-AG, Ludwigsburg, die in diesem Jahr auf ein 15jähriges Bestehen zurückblicken kann, hat ihre Position weiter ausgebaut. Als drittgrößtes Institut in der Bundesrepublik auf dem Gebiete der Risikoversicherungen schob sich die Gesellschaft gemessen am Neugeschäft aller mehr als 100 deutschen Lebensversicherungen auf den 15. Rang vor, den Beitragseinnahmen und dem Vertragsbestand nach ist sie an 35. oder 20. Stelle plaziert.

Neu abgeschlossen hat das Institut in 1984 rund 125 000 Verträge (plus 10 Prozent) über eine Versicherungssumme von 2,8 Milliarden DM (plus 3 Prozent). Den Löwenanteil am Geschäft stellt nach wie vor die Bauspargruppen-Risikoversicherung (für Darlehensnehmer der Bausparkasse Wüstenrot) mit einer Versicherungssumme von 2,3 Milliarden DM (plus 6 Prozent). Verhaltener entwikkelte sich hingegen die Großlebens-Einzelversicherung mit einem Neuzugang von 455 Mill. DM (minus 8 Prozent).

Umgekehrt ist der Verlauf in den ersten fünf Monaten des Jahres 1985: Während die Risikoversicherung im Gefolge rückläufiger Darlehenszusagen der Bausparkasse um 21 Prozent abnahm, wurde bei den Einzelversicherungen summenmäßig 23 Prozent mehr als im Vorjahr neu abgeschloseen. Am Jahresende 1984 zählte das Institut einen Versicherungsbestand von über 17 Milliarden DM.

Die Beitragseinnahmen erhöhten sich im Berichtsjahr um 3 Prozent auf 260 Mill. DM. Für Versicherungsleistungen wurden 50 (47) Mill. DM aufgewendet. Die Stornoquote blieb mit günstigen 1,6 Prozent stabil. Der Abschlußkostensatz verringerte sich auf 11,8 (13,3) Promille, die Verwaltungskostenquote betrug unverändert 7,8 Prozent. Leicht auf 7,9 (8) Prozent ermäßigt hat sich die Durchschnittsverzinsung der Kapitalanlagen.

Aus dem Bilanzgewinn von 3,84 (1,86) Mill. DM werden 2,0 (0,7) Mill. DM der freien Rücklage zugeführt. Es wird eine Dividende von unverändert 15 Prozent ausgeschüttet. Am Grundkapital von nunmehr 10,4 Mill. DM, von dem 6,4 Mill. DM eingezahlt sind, ist die Bausparkasse Wüstenrot mit 60 Prozent und die Allianz Leben mit 40 Prozent beteiligt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Dividenden-Aufnahme

Hamburg (VWD) – Die aus der Vereinigte Rumpus-Werke AG, Mönchengladbach, hevorgegangene Terex-Rumpus Import und Export AG, Oststeinbek, will für 1985 erstmals seit 1965 wieder eine Dividende zahlen. Das teilte der Vorstandsvorsitzende Rolf Meyer mit. Zum 1. Juli 1984 brachten die Gesellschafter der Handelsfirma Terrex Import und Export Meyer u. Co. alle Anteile in die Rumpuswerke AG ein und erhöhten mit dieser Sacheinlage im Wert von 6,5 Mill. DM und einer zusätzlichen Bareinlage von 2,5 Mill. DM laut Hauptversammlungsbeschluß vom 5. November 1984 das Kapital um 9 auf 12 Mill. DM.

Pflegekosten-Tarif

Düsseldorf (Py.) – Der Hallesche-Nationale Krankenversicherung aG, Stuttgart, ist als erster privater Krankenversicherung vom Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen ein Pflegekostentarif genehmigt worden. Die Hallesche hat sich mit ihrem Tarif für die Erstattung der tatsächlichen Kosten und nicht für ein Tagegeld entschieden. So werden im allgemeinen 80 Prozent der Kosten übernommen, bei medizinisch notwendiger häuslicher Pflege bis zu 4500 DM im Monat, bei teilstationärer Pflege in Tagespflegestätten bis zu 3000 DM und in Pflegeabteilungen von Altenheimen oder Krankenhäusern bis zu 1500 DM. Bis zu einem Eintrittsalter von 45 Jahren liegen die Beiträge des Pflegekostentarifs der Halleschen in etwa in der Höhe einer Krankenhaus-Zusatzversicherung.

Wieder 10 Prozent

Oberursel (VWD) – Eine unveränderte Bardividende von 10 Prozent für das Geschäftsjahr 1984 wird der Hauptversammlung der Alte Leipziger Versicherung AG, Oberursel, am 25. Juli vorgeschlagen. Für die Ausschüttung auf das eingezahlte dividendenberechtigte Grundkapital werden 1,68 (1,43) Mill. DM benötigt. Der Bilanzgewinn wird mit 1,75 (1,50) Mill. DM ausgewiesen. Außerdem wird der Hauptversammlung die Schaffung eines bis Ende 1989 laufenden genehmigten Kapitals von 10 Mill. DM vorgeschlagen. Zuletzt war das Grundkapital der Alte Leipziger im Oktober 1983 um fünf auf 30 Mill. DM aufgestockt worden.

Thierbach zurückgetreten

Frankfurt/Stuttgart (dpa/VWD) – Der Aufsichtsratsvorsitzende der Dornier GmbH, Friedrichshafen/München, Hans-Otto Thierbach, hat am Dienstag seinen Rücktritt erklärt. Dies erfuhr dpa/VWD aus zuverlässigen Quellen. Thierbach selbst war in Frankfurt nicht zu erreichen. Dieser Schritt kam nach der Übernahme der Dornier-Mehrheit durch die Daimler Benz AG, Stuttgart, nicht überraschend. Der neue Dornier-Aufsichtsrat will sich am 9. Juli konstituieren. Es wird erwartet, daß dann Daimler-Finanzchef Edzard Reuter zum Aufsichtsratsvorsitzenden von Dornier gewählt wird.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Nachl. d. Frank Stapelfeld, Bargteheide; **Bensheim:** Metam GmbH Handel u. Recycling mit edelmetallhaltigen Stoffen i. L.; **Berlin Charlottenburg:** Nachl. d. Anna-Margarete Stöhrer geb. Powilleit; **Bielefeld:** Elfriede Bergmann; **Coesfeld:** Fischer-Möbel-Ges. mbH, Ahaus; **Dortmund:** Alfred Jürgens KG; **Düsseldorf:** Hans-Günther Blumenberg; Ludwig Steinmetz, Meerbusch; **Frankfurt:** Meisel Wirtschaftsberatung GmbH; MULTINET Computer-Vertriebs-GmbH, Eschborn; Sonja Angelika Käthe Stadelmann, Hofheim-Langenhain; Mauer Lehrmittel u. Labortechnik GmbH Educational & Scientific Supplies, Hofheim am Taunus; Gert J. Allendorf; **Hannover:** Ute Wüstner; **Herford:** Nachl. d. Luise Klusmeier geb. Roll; **Itzehoe:** pcs copy shop GmbH; **Krefeld:** Technische-Durchführungs- u. Planungsges. mbH; **Neuss:** Astor Detective GmbH, Meerbusch; **Osnabrück:** Albert Thurand, Melle; **Passau:** Michael Kölbl, Dommelstadl; **Remscheid:** Möbel Klimberg GmbH, Solingen; **Reutlingen:** HC Dental-Depot GmbH Dentalmedizinische Großhandlung; **Wesel:** Karin Beyer u. Dieter Witt Ges. mbH für moderne Kücheneinrichtung, Dinslaken; **Wuppertal:** Grete Else Dohnau geb. Dephilipp; Melotron M. Ulrich GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Düsseldorf: Koch & Partner GmbH.

Vergleich eröffnet: Köln: Michael Vaillant.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Koch & Partner GmbH; **Hannover:** Ahlbrecht Transporte KG; **Lüdinghausen:** Gregor Mai GmbH & Co. KG; **Tauberbischofsheim:** Werner Kuhn GmbH & Co. KG, Wertheim.

Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während sich Kakao knapp behaupten konnte, notierte Kaffee nur im verfügbaren Monat fester und in den folgenden Sichten schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	18. 6.	14. 6.
Juli	327,50	326,50
Sept.	329,00	326,50
Dez.	334,75	335,75
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	18. 6.	14. 6.
St. Lawrence 1 CW	244,64	248,59
Amber Durum	226,94	230,49
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	122,40	122,50
Okt	128,80	129,00
Dez.	132,00	132,40
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	114,00	115,50
Okt	109,30	109,80
Dez.	108,40	–
Hafer Chicago (c/bush)	18. 6.	14. 6.
Juli	150,50	152,50
Sept.	145,00	148,75
Dez.	149,00	153,00
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	276,75	277,50
Sept.	258,00	260,00
Dez.	252,50	254,50
Gerste Winnipeg (can. $/t)	18. 6.	14. 6.
Juli	124,60	125,30
Okt.	118,60	119,00
Dez.	117,90	118,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	18. 6.	14. 6.
Terminkontr. Juli	145,35	146,80
Sept.	146,90	148,50
Dez.	147,70	148,75

Kakao New York ($/t)	18. 6.	14. 6.
Terminkontr. Juli	2032	2010
Sept.	2010	1995
Dez.	1970	1985
Umsatz	2812	4507
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,97	2,98
Sept.	3,06	3,08
Okt.	3,16	3,19
Jan.	3,46	3,48
März	3,90	3,92
Umsatz	10 650	6350
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	18. 6.	14. 6.
	2,89	2,95
Kaffee London (£/t) Robusta-	18. 6.	14. 6.
Kontrakt Juli	2023–2024	2088–2090
Sept.	2073	2140–2141
Nov.	2116–2120	2190–2192
Umsatz	3915	3656
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1771–1772	1787–1787
	1717–1718	1737–1738
Sept	1686–1687	1704–1705
Dez.	3414	3089
Umsatz		
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	93,40–93,60	93,20–93,40
Okt.	94,80–95,00	94,80–95,20
Dez.	99,60–100,20	99,40–100,6
Umsatz	1570	1515
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	18. 6.	14. 6.
schw. Sarawak spez.	790,00	795,00
weißer Sarawak	925,00	925,00
weißer Muntok	935,00	935,00

Orangensaft New York (c/lb)	18. 6.	14. 6.
Juli	142,30	143,70
Sept.	138,70	140,50
Nov.	137,00	139,00
Jan.	136,20	138,00
März	136,50	138,00
Umsatz	350	350

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	18. 6.	14. 6.
Südstaaten fob Werk	40,00	40,00
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	30,25	30,25
Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	30,40	30,75
Aug.	29,32	29,75
Sept.	28,30	28,40
Okt.	27,30	27,45
Dez.	26,35	26,60
Jan.	25,80	26,10
März	25,40	25,70
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk	31,00	31,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	18,00
Choise white hog 4% fr. F.	15,50	15,50
Talg New York (c/lb)		
top white	17,75	17,25
fancy	17,25	16,00
bleichfähig	15,75	15,00
yellow max. 10% fr. F.	14,00	15,25
Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	49,10	48,20
Juli	50,95	50,50
Aug.	50,40	50,30
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	68,30	68,00
Aug.	67,45	67,25
Feb.	74,80	74,50

Häute Chicago (c/lb)	18. 6.	14. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	53,00	53,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	40,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	585,50	583,00
Aug.	576,00	575,50
Sept.	567,25	567,50
Nov.	568,50	569,00
Jan	578,00	579,00
März	588,00	589,00
Mai	596,00	597,00
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	123,40	123,60
Aug.	126,00	126,40
Sept.	128,50	128,80
Okt.	130,80	131,50
Dez.	136,00	136,00
Jan.	138,00	138,50
März	142,00	143,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	18. 6.	14. 6.
Juli	344,80	347,90
Okt.	354,60	357,30
Dez.	359,50	361,30
Kokosöl New York (c/lb)	18. 6.	14. 6.
Westküste fob Werk	32,50	32,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	18. 6.	18. 6.
jegl. Herk. cif	970,00	970,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	700,00	700,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	570,00	565,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	210,50	224,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	625,00	610,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	284,00	285,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	18. 6.	14. 6.
Juli	62,30	62,95
Okt.	61,65	61,00
Dez.	61,75	61,50
März	62,75	62,50
Mai	62,97	62,89
Juli	62,13	62,90
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS–1:	42,00	42,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	18. 6.	14. 6.
Aug.	536–537	537–539
Okt.	537–538	538–540
Dez.	536–537	538–540
Umsatz:	44	45
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	18. 6.	14. 6.
Juli	unerh.	55,20
Okt.	unerh.	55,40
Dez.	unerh.	55,40
März	unerh.	55,40
Umsatz:	0	0
		Tendenz:
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	18. 6.	14. 6.
Juli	645,0–650,0	643,0–645,0
Dez.	633,0–634,5	630,0–630,5
März	632,0–635,0	630,0–631,0
Umsatz:	19	29
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	18. 6.	14. 6.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	18. 6.	14. 6.
Juni	12 290	12 330
Juli	12 288	12 339
Kautschuk London (p/kg)	18. 6.	14. 6.
Nr. 1 RSS loco	67,00–69,00	68,00–70,50
Juli	72,50	72,50
Aug.	72,50	72,50
Sept.	72,50	72,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	18. 6.	14. 6.
Juli	200,00–202,00	204,00–205,00
Aug.	196,00–198,00	197,50–199,00
Nr. 2 RSS Juli	196,00–197,00	198,00–199,00
Nr. 3 RSS Juli	193,50–194,50	195,50–196,50
Nr. 4 RSS Juli	189,00–190,00	191,00–192,00
		Tendenz: ruhig
Jute London (£/lgt)	14. 6.	13. 6.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	18. 6.	14. 6.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	312,04–312,23	315,79–316,18
drittfolg. Monat	320,48–320,67	324,02–324,41
Blei: Basis London		
laufend. Monat	119,32–119,31	120,28–120,67
drittfolg. Monat	118,14–118,54	118,52–118,72
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1717,19–1719,15	1708,25–1712,17
drittfolg. Monat	1685,83–1685,79	1680,66–1680,62
Zink: Basis London		
laufend. Monat	222,95–223,33	219,41–220,19
drittfolg. Monat	221,95–222,35	220,98–221,37
Produz.-Preis	283,51	285,70
Reinzinn 99,9%	4084–4124	4084–4125

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	19. 6.	18. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	448,89–452,24	452,55–455,89
Blei in Kabeln	125,00–126,00	127,25–128,25
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	19. 6.	18. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	404–410	408–412
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	453–455	455–458
MS 63	452–459	455–461

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	18. 6.	14. 6.
(Ring./kg)	29,60	29,50

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	19. 6.	18. 6.
Leg. 225	345–365	358–370
Leg. 226	350–357	366–372
Leg. 231	380–400	390–405
Leg. 233	390–410	400–415

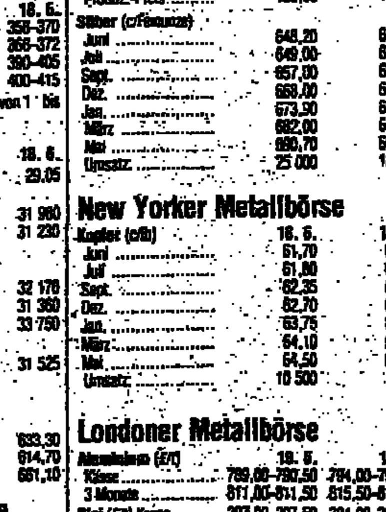
Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t bei Werk.

Edelmetalle

	19. 6.	18. 6.
Platin (DM je g)	29,25	29,05
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	31 920	31 980
Rücknahmepr.	31 170	31 230
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	32 100	32 170
Rücknahmepr.	31 290	31 360
verarbeitet	33 670	33 750
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 450	31 525
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	636,60	633,30
Rücknahmepr.	617,80	614,70
verarbeitet	664,50	661,10

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	19. 6.	18. 6.
10.30	325,20	321,65
15.00	325,40	–
Zürich mittags	326,25–326,75	321,35–321,85
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95 300	95 550
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	488,95	489,65
3 Monate	503,15	504,15
6 Monate	517,00	515,80
12 Monate	544,40	546,25
Platin (£-Feinunze) London	18. 6.	14. 6.
fr. Markt	215,25	210,40
Palladium (£-Feinunze) London		
f. Händlerpr.	79,20	77,00



New Yorker Preise	18. 6.	14. 6.
Gold H & H Ankauf	232,75	318,25
Silber H & H Ankauf	639,00	623,00
Platin fr. Händlerpr.	263,00–265,00	263,00–265,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium		
fr. Händlerpr.	unerhältlich	99,00–100,0
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	648,20	625,10
Juli	649,00	625,50
Sept.	657,00	633,00
Dez.	668,00	644,00
Jan.	673,90	650,70
März	682,00	658,80
Mai	690,70	667,50
Umsatz	25 000	18 500

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	18. 6.	14. 6.
Juni	61,70	60,50
Juli	61,80	60,60
Sept.	62,35	61,15
Dez.	62,70	61,50
Jan.	63,75	62,65
März	64,10	62,65
Mai	64,50	63,30
Umsatz	10 500	6500

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	18. 6.	18. 6.
Kasse	789,00–790,50	794,00–795,50
3 Monate	811,00–811,50	815,50–816,50
Blei (£/t) Kasse	297,00–297,50	304,00–306,00
3 Monate	296,50–297,00	303,00–303,50
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1116,5–1117,0	1132,5–1133,0
3 Monate	1130,5–1131,0	1139,0–1140,0
abends Kasse	–	1129,0–1130,0
3 Monate	–	1136,5–1137,0
(Kupfer-Standard)		
Kasse	1100,5–1102,5	1111,0–1113,0
3 Monate	1118,0–1120,0	1123,0–1126,0
Zink (£/t) Kasse	561,00–562,00	568,00–570,00
3 Monate	559,00–569,50	566,00–567,00
Zinn (£/t) Kasse	9550–9552	9590–9600
3 Monate	9420–9422	9480–9490
Quecksilber ($/Fl.)	–	287–297
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)		59–65

GELSENWASSER AG

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 19. Juni 1985 hat für das Geschäftsjahr 1984 die Ausschüttung einer Dividende von 6,50 DM je 50-DM-Aktie auf ein Grundkapital von 125 000 000,- DM beschlossen.

Die Dividende wird ab 20. Juni 1985 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 12 der Aktien ausgezahlt. Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer werden auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer des inländischen Aktionärs angerechnet.

Die Zahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich des Steuerguthabens, wenn ein inländischer Aktionär seiner depotführenden Bank eine Nichtveranlagungsbescheinigung seines Finanzamtes vorlegt.

Zahlstellen: Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Berliner Commerzbank AG
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank AG
Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Trinkaus & Burkhardt
Deutsche Bank Saar AG
Commerz-Credit-Bank AG
– Europartner –
sowie sämtliche Niederlassungen dieser Banken

Gelsenkirchen, 19. Juni 1985 GELSENWASSER AG

VEW
Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen Aktiengesellschaft Dortmund

Auslosungs-Bekanntmachung

8%-Anleihe von 1971 – 1. 9. gzj. –

Am 12. Juni 1985 ist gemäß den Anleihebedingungen die neunte Verlosung von Teilschuldverschreibungen unserer 8%-Anleihe von 1971 – 1. 9. gzj. – vorgenommen worden.

gezogen wurde die
Serie K Wertpapierkenn-Nr. 387540
umfassend die Stücke
Nr. 58501– 65000 zu DM 1000,–
Nr. 128001–135000 zu DM 1000,–
Nr. 189001–195000 zu DM 100,–
Nr. 276001–285000 zu DM 100,–

Die ausgelosten Teilschuldverschreibungen, deren Verzinsung am 31. August 1985 endet, werden vom 1. September 1985 an bei sämtlichen Niederlassungen der nachstehend genannten Banken eingelöst.

Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Bank für Gemeinwirtschaft AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Deutsche Bank Saar AG
Deutsche Girozentrale – Deutsche Kommunalbank –
Dresdner Bank AG
Merck, Finck & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Trinkaus & Burkhardt
Westfalenbank AG

Die zur Rückzahlung fälligen Teilschuldverschreibungen sind mit allen noch nicht fälligen Zinsscheinen einzureichen.

In den vorangegangenen Verlosungen wurden folgende Serien gezogen:
Serie C (387533) zum 1. September 1977
Serie D (387534) zum 1. September 1978
Serie F (387536) zum 1. September 1979
Serie G (387537) zum 1. September 1980
Serie E (387535) zum 1. September 1981
Serie H (387538) zum 1. September 1982
Serie J (387539) zum 1. September 1983
Serie A (387531) zum 1. September 1984

Hiervon sind noch nicht alle Stücke zur Einlösung vorgelegt worden.

Dortmund, im Juni 1985 Der Vorstand

– Wertpapier-Kenn-Nr 500101 –

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft am 19. Juni 1985 wurde beschlossen, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1984 einen Betrag von DM 14.841.000 durch Zahlung einer Dividende von DM 7,50 je Aktie im Nennwert von DM 50,– auszuschütten.

Die Auszahlung der Dividende erfolgt gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 28 nach Abzug von 25 % Kapitalertragsteuer ab 20. Juni 1985.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende pro Aktie verbunden, das auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn der inländische Aktionär der auszahlenden Stelle eine Nichtveranlagungsbescheinigung seines Finanzamtes eingereicht hat.

Wir bitten, weitere Einzelheiten dem Bundesanzeiger Nr. 110 vom 20. Juni 1985 zu entnehmen. Aktionäre, die ihre Aktien bei einem Kreditinstitut hinterlegt haben, werden von den Depotbanken unterrichtet.

Bad Homburg v. d. Höhe, 19. Juni 1985
Der Vorstand





AGROB
AKTIENGESELLSCHAFT MÜNCHEN

Wertpapier-Kenn-Nr. 501 900, 501 903 und 501 904

Unsere Aktionäre werden hiermit zu der am 11. Juli 1985, 11.00 Uhr, im Großen Sitzungssaal der Bayerischen Hypotheken- und Wechsel-Bank AG, München, Eingang Salvatorstraße, stattfindenden

ordentlichen Hauptversammlung

eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und der zugehörigen Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie des Konzernabschlusses mit Konzerngeschäftsbericht für das Geschäftsjahr 1984.
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1984.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1985.

Stammaktionäre und Vorzugsaktionäre sind zur Teilnahme und zur Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung berechtigt, wenn sie spätestens am 4. Juli 1985 ihre Aktien bei einer Hinterlegungsstelle hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen.

Der vollständige Text der Einladung mit Bekanntgabe der Hinterlegungsstellen ist im Bundesanzeiger Nr. 100 vom 1. Juni 1985 veröffentlicht.

München, im Juni 1985 DER VORSTAND

SCHERING

Dividendenbekanntmachung Schering Aktiengesellschaft

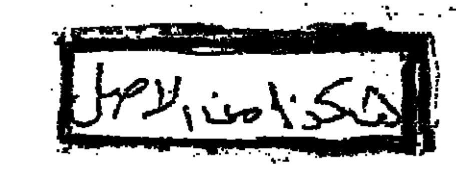
(Wertpapier-Kenn-Nummer 717 200 + 717 201)

Die ordentliche Hauptversammlung vom 19. Juni 1985 hat beschlossen, auf das für das Geschäftsjahr 1984 gewinnberechtigte Grundkapital von 253.375.749,– DM eine Dividende von 12,– DM je Aktie im *Nennbetrag von 50,– DM auszuschütten. Die Dividende wird ab* 20. Juni 1985 nach Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 47 bei der Gesellschaftskasse in Berlin sowie den nachstehenden Kreditinstituten und ihren Niederlassungen ausgezahlt:

Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Berliner Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Bayerische Vereinsbank AG
Berliner Bank AG
Delbrück & Co.
Deutsche Länderbank AG
Dresdner Bank AG
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank AG
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Schweiz:
Schweizerische Kreditanstalt
Schweizerische Bankgesellschaft
Schweizerischer Bankverein

Mit der Dividende ist für anrechnungsberechtigte inländische Aktionäre eine Körperschaftsteuergutschrift von 9/16 der Dividende in Höhe von 12,– DM je Aktie verbunden. Steuerguthaben und Kapitalertragsteuer können auf die Einkommensteuer oder Körperschaftsteuer der inländischen Aktionäre angerechnet bzw. erstattet werden. Die Auszahlung der Dividende erfolgt ohne Abzug von Kapitalertragsteuer und zuzüglich der Körperschaftsteuergutschrift, wenn ein inländischer Aktionär seiner Depotbank eine Freistellungsbescheinigung seines Finanzamts (Nicht-Veranlagungsbescheinigung) vorlegt.

Berlin, 19. Juni 1985 Der Vorstand



Festverzinsliche deutlich fester

Die Kurssteigerungen, die sich bereits im Laufe des Vortages eingestellt hatten, fanden an den Rentenmärkten am Mittwoch ihre Fortsetzung. Die Tendenz war bei lebhaften Umsätzen fest. Hier regten die wiederum freundlichen US-Märkte an. Die Senkung der Prime Rate durch einige Großbanken und die damit verbundenen Erwartungen hinsichtlich einer erneuten Diskontsatzsenkung in den USA ließen Hoffnungen auf Beschlüsse des Zentralbankrates bei seiner Donnerstagsitzung aufkeimen. Öffentliche Anleihen konnten bis zu 0,4 Prozentpunkte zulegen.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

Währungsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM

Anmerkung: * Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung; S = Schuldverschreibung. (Kurse ohne Gewähr): B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart. Kursive Positionen = Ausländischer Freiverkehr.

Neue Favoriten am Aktienmarkt

Sonderbewegungen bestimmten erneut die freundliche Tendenz

DW. – Die Aktienbörse setzte auch am Mittwoch erneut deutlich über den Schlußkursen des Vortages ein. Hierfür waren Kauforders aus dem Ausland verantwortlich, denen aber weniger Anschlußaufträge folgten. Im Verlaufe der Börsensitzung kam es, gerade bei einigen Favoriten des Dienstages, zu zum Teil deutlichen Gewinnmitnahmen. Der mitlaufende Berufshandel sorgt hier immer wieder für Glattstellungen, die allgemein aber als gesunde Marktbereinigung aufgefaßt werden. Die Gesamttendenz blieb trotzdem freundlich.

Die infolge der Prime Rate-Senkungen einiger Großbanken und der damit verbundenen Hoffnung auf eine US-Diskontsatzsenkung deutlich festere Wall Street hatte nach den enormen Vortagsgewinnen nicht den gewöhnlich starken Einfluß. Wie bereits an den Vortagen, so fand auch diesmal ein Wechsel der Börsenfavoriten statt. Der in diesem Zusammenhang am stärksten beachtete Titel war am Mittwoch Kali + Salz. Hier kommt es aufgrund der hervorragenden Zukunftsperspektiven des Unternehmens allmählich zu einer Neubewertung der Aktie. Der Kurs setzte seinen am Vortag begonnenen Anstieg mit einem Tagesgewinn von etwa 17 DM verstärkt fort. Weiter favorisiert blieben Automobile, hier allen voran BMW, die gestern 12 DM zulegten. Die zinsreagiblen Bankwerte tendierten erneut freundlich, Deutsche Bank mit einem Plus von 8 DM fester. Am Elektromarkt spiegelte sich die freundliche Gesamttendenz wider. Allianz Versicherung gewannen fast 85 DM, Schering legten etwa 15 DM zu.

Frankfurt: AEG befestigten sich um 1,20 DM, BMW um 11 DM und Conti erholten sich um 3,80 DM. Bayer gaben um 0,20 DM, GHHum 0,30 DM und Hoesch um 0,80 DM nach.

Düsseldorf: Bilfinger zogen um 3 DM, Zanders um 4 DM und Buckau und Schubert + Salzer um 5 DM an. Rückschläge gabe es für ▶Ehe und Gerresheimer Glas mit minus 3 DM und für Keramag mit minus 5 DM.

Hamburg: NWK Vz. mußten 2,50 DM hergeben, HEW lagen mit plus 0,60 DM gut behauptet. Beiersodrf stiegen um 4 DM an. Phoenix fielen um 2 DM zurück. Für Haller-Meurer wurden 8 DM weniger bezahlt.

Berlin: Schering zogen um 17 DM und Spinne Zehlendorf um 10 DM an. Kempinski verbesserten sich um 1 DM. Bergmann ermäßigten sich um 5 DM, DUB-Schultheiss und Herlitz Vz. um je 3 DM.

München: Audi AG verbesserten sich um 4 DM, AKS um 4,80 DM und Erlus AG um 16 DM. Cassella gaben um 17 DM, Electro 2000 um 45 DM und Grünzweig um 5 DM nach.

Stuttgart: Mercedes befestigten sich um 5 DM, WMF St. um 1,50 DM und Gehe um 5 DM. Heidelberger Zement gaben um 15 DM, Schwäbische Zellstoff um 4 DM nach.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 198,8 (196,6)
WELT-Umsatzindex: 5670 (5410)

Inland

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

London

Mailand

Amsterdam

Wien

Tokio

Kopenhagen

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Frankfurt: 19. 06. 85

3444 Optionen = 175 150 (164 700) Aktien,

davon 564 Verkaufsoptionen = 28 500 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-110/25, 7-120/15, 10-130/14, BASF 7-179,65/42, 10-210/20,8, Bayer 7-200/30, 7-210/20, 10-210/3,5, BBC 10-230/16,5, 1-214/31, BHF 10-310/26,5, 10-330/17, 10-340/9, Bay. Hypo 10-360/8,5, Bekula 10-100/4, BMW 7-410/27, 7-420/170, 10-410/40, Bay. Vereinsbk. 10-390/15,1, Commerzbk. 7-19/-4-15, 7-164/42, 10-210/19, 1-184/34,5, 1-200/25,8, 1-220/16,6, Conti 7-140/10,15, 7-150/4, 10-140/7, *Daimler 7-710/130, 7-730/110, 10-910/10,* 1-830/90, 1-960/80, Dt. Babcock St. 1-170/8,2, 1-180/6, Dt. Babcock Vz. 10-170/5, 1-170/7,6, Deutsche Bk. 7-418/144,5, 7-458/104,5, 10-600/28, 10-620/15,5, 1-538/68, 1-550/60, Degussa 7-350/13, 10360/14, Dresdner Bk. 7-159/71,25, 7-182,50/47,3, 10-182,5/42, GHH St. 10-160/11,4, Hoechst 7-171/53, 7-181/43, 1-250/11,4, 1-270/5, Hoesch 7-100/11,15, 7-110/3,2, 10-120/4,5, 1-120/9, 1-130/6, Karstadt 7-220/13, 10-230/15, 1-250/9,5, KHD 7-260/19, 7-270/7,9, Klöckner 7-70/2,4, 10-70/6, 10-75/3,95, 1-75/5,6, Lufthansa Vz. 7-180/15, 7-190/6,6, 10-210/7,5, 1-210/11,4, Mercedes 7-558,5/175, Metallges. 7-230/30, 1-300/5, Mannesmann 7-150/33, 7-160/23,6, 10-200/4, 1-170/24,2, Nixdorf 10-650/20, 10-680/20, Preussag 10-290/19, RWE St. 7-162/23, 10-170/19, 1-170/22, RWE Vz. 10-170/12, 10-180/10, Schering 10-500/30, Kali + Salz 7-260/28, 7-270/18, 10-300/10, 1-270/30, Siemens 7-543,3/41,7-610/10, 10-543,3/60, Thyssen 7-98,26/14, 7-100/12,9, 10-100/16, Veba 7-190/32, 7-190/22, 10-190/23, 1-190/30, 1-200/24, VW 7-190/125, 7-200/115, 10-210/108, Alcan 10-60/4, 1-80/6,4, 1-85/4,8, Chrysler *7-100/6, IBM 7-360/5, 10-380/20,* Litton 1-270/11, Norsk [illegible] Sony 1-55/3, 1-60/1,8, Sperry 10-180/6,3, Verkaufsoptionen: AEG 7-130/1,5, 10-120/2, 1-130/6,2, BASF 7-230/2,4, 10-220/4, 1-220/3,5, *Bayer 7-230/3, 10-230/5, 1-230/7, Bay. Hypo* 10-340/7, BMW 10-430/12,4, 1-410/12, 1-420/19, 1-430/22, Bay. Vereinsbk. 10-370/6,2, Commerzbk. 10-190/1,9, 10-200/5, 1-200/7,6, Conti 10-140/1,8, 10-150/6,5, 1-140/3,4, Daimler 7-830/15, 10-780/5, 10-790/6,9, 10-810/15,6, 1-800/18, 1-810/24, Deutsche Bk. 7-530/2,5, 10-520/4, 10-530/9, 1-520/9,4, Dresdner Bk. 10-220/4,5, 10-230/8, 1-210/3, 1-220/7, Harpener 10-320/1,9, 1-330/2,8, Hoechst 10-210/1,4, 10-220/4, 1-230/6, Hoesch 1-110/3,5, Karstadt 7-230/4,3, 1-230/6,5, Kaufhof 7-240/4,6, 10-230/6, Klöckner 7-70/2,5, 7-75/6, Lufthansa St. 7-200/5,5, 10-190/1, Mannesmann 10-170/1,9, 10-180/4, Schering 1-460/12,4, Kali + Salz 10-260/6, Siemens 7-570/8,3, 7-580/11, 10-560/8, Thyssen 7-110/1,4, 10-110/3,65, Veba 7-200/1,5, 10-200/3, 1-190/2,5, VW 7-310/6,5, 10-280/5,5, 1-290/10, Alcan 10-75/3,4, General Motors 10-200/3, 1-210/7,5, IBM 7-370/10,6, Unilever 1-300/10.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 6. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅛– 7¼	5⅜–5⅝	5 –5¼
3 Monate	7¼– 7½	5⅜–5½	5 –5⅜
6 Monate	7½– 7¾	5½–5¾	5 –5⅛
12 Monate	7⅞– 8⅛	5½–5¾	5 –5⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. 6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1415,00	1795,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1235,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	510,00	695,40
1 £ Sovereign alt	224,00	278,16
1 £ Sovereign Elizabeth II.	223,25	277,31
20 belgische Franken	173,50	226,29
10 Rubel Tscherwonez	234,75	294,98
2 südafrikanische Rand	219,75	272,18
Krüger Rand, neu	986,50	1164,51
Maple Leaf	993,50	1172,49
Platin Noble Man	852,50	1011,75

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	238,75	294,98
20 schweiz. Franken „Vreneli"	175,50	228,57
20 franz. Franken „Napoleon"	174,25	227,15
100 österr. Kronen (Neuprägung)	916,75	1108,94
20 österr. Kronen (Neuprägung)	182,25	230,57
10 österr. Kronen (Neuprägung)	95,00	125,40
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	425,50	520,41
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	100,25	137,09

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

19. 6. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	3,0008	3,0088	2,9828	2,94	3,04
London¹)	3,934	3,948	3,890	3,88	4,03
Dublin¹)	3,124	3,138	3,083	3,05	3,20
Montreal³)	2,2020	2,2100	2,1858	2,17	2,27
Amsterd.	88,570	88,790	88,445	87,75	89,50
Zurich	119,240	119,440	119,350	118,00	120,75
Brüssel	4,946	4,966	4,918	4,85	5,05
Paris	32,700	32,860	32,370	32,00	33,75
Kopenh.	27,750	27,870	27,530	27,00	28,75
Oslo	34,595	34,715	34,055	33,75	35,50
Stockh **)	34,370	34,530	33,490	33,75	35,50
Mailand²) **)	1,5585	1,5685	1,5290	1,52	1,62
Wien	14,206	14,246	14,183	14,13	14,25
Madrid**)	1,744	1,754	1,700	1,69	1,81
Lissabon**)	1,729	1,749	1,640	1,35	2,15
Tokio	1,2155	1,2185	–	1,20	1,28
Helsinki	47,860	48,060	47,975	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,218	2,273	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,003	2,022	–	1,87	2,07
Johannesbg.*)	1,5535	1,5725	–	1,20	1,46

Alles in Hundert. ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage. *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Rücknahme der Primerate durch die meisten New Yorker Banken auf 9,50/0 führte am 19. Juni zu einer freundlichen Tendenz an den US-Finanzmärkten. Dagegen geriet der US-Dollar unter Druck und wurde in Asien niedrigst bei 2,9940 gehandelt. Damit war jedoch die Talsohle des Tages bereits durchschritten. Der amtliche Kurs wurde mit 3,0048 ermittelt, die niedrigste Notiz seit knapp 2 Monaten. Trotz enttäuschender Zahlen für PERSONAL INCOME in den USA wurde später bei 3,0150 gehandelt. Der nachlassende Verkaufsdruck hatte wohl viele Marktteilnehmer zur Schließung offener Short-Positionen veranlaßt. Schwach notierte der Japanische Yen, der sich um 9 Promille auf 1,2170 ermäßigte. US-Dollar in: Amsterdam 3,3875; Brüssel 60,5800; Paris 9,1650; Mailand 1922,50; Wien 21,1280; Zürich 2,5178; Ir. Pfund/DM 3,131; Pfund/Dollar 1,3118; Pfund/DM 3,941.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 18. Juni: In D-Mark 2,24453 (Parität 2,24184); in Dollar 0,737799 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 18. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Erneut nachgebende Dollar-Depots führten am 19. Juni zu nochmals verringerten Dollar-Terminabschlägen.

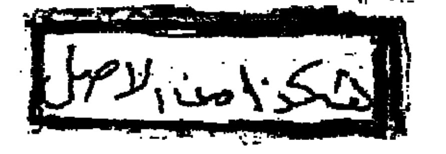
	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,47/0,37	1,47/1,37	3,00/2,80
Pfund/Dollar	0,58/0,56	1,54/1,51	2,66/2,61
Pfund/DM	2,9/1,5	7,1/5,7	12,6/11,2
FF/DM	21/5	48/32	86/70

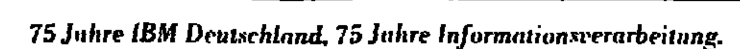
Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 6.: Tagesgeld 5,55–5,65 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,65–5,75 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 6.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 19. 6.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,60). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,62) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.





75 Jahre IBM Deutschland. 75 Jahre Informationsverarbeitung.



Für jeden einen.
Der neue IBM PC Graphikdrucker II ist da.

Jetzt gibt es für jeden einen neuen Drucker aus der IBM PC Familie. Damit können auch Sie direkt an Ihrem Arbeitsplatz drucken und eine Menge Zeit sparen.

Wann können Sie nun Ihre Briefe und Notizen bekommen? Sofort.

Wann können Sie Ihre Verkaufstabellen und Vertragsentwürfe bekommen? Sofort.

Wann können Sie Ihre technischen Darstellungen bekommen? Sofort.

Die Reihe läßt sich unendlich fortsetzen. Aber Geschwindigkeit allein macht noch keinen guten Drucker. Weil verschiedene Leute verschiedene Ansprüche an ihn stellen, ist der IBM PC Graphikdrucker II mit vielen Besonderheiten ausgerüstet.

Er kann nicht nur in drei unterschiedlichen Geschwindigkeiten, sondern auch in drei unterschiedlichen Druckqualitäten drucken: für Briefe, für Texte und für Notizen und Entwürfe.

Er kann große Schriften mit normalem Text und Kleingedrucktem kombinieren.

Er kann Ihnen Zeichnungen oder sogar Ihren persönlichen Briefkopf in gestochen scharfer Graphik ausdrucken.

Er kann in acht europäischen Sprachen drucken.

Er kann für Techniker technische Symbole drucken.

Er kann mit einem selbst erfundenen Schriftbild programmiert werden, sogar zum Ausdrucken Ihrer Unterschrift.

Er kann fortlaufende Formulare und Einzelblätter bedrucken, ohne daß man das Endlospapier herausnehmen muß.

Er kann breit drucken. Er kann komprimiert drucken und durch Fettdruck herausheben.

Er kann verschiedene Formate, wie zum Beispiel Rechnungen oder Briefumschläge, bedrucken.

Er kann gleich neben den IBM PC gestellt werden. Denn er ist so klein, daß er auf jeden Schreibtisch paßt.

Wenn Sie den neuen IBM PC Graphikdrucker II, die IBM Personal Computer und die passenden IBM PC Programme kennenlernen möchten, gehen Sie doch einfach mal zu einem Vertragshändler für IBM Personal Computer oder in einen IBM Laden. Wo die sind, erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 0130-4567.

IBM

Autoleasing

Als bei uns die Autos leasen lernten

Man schrieb das Jahr 1983, als die Hersteller von Automobilen ihren Leasing-Gesellschaften grünes Licht gaben für ein Marketing-Verhalten, das unter dem Namen „Null-Leasing" Furore gemacht hat. Null-Leasing war nichts anderes, als ein Rabattgeschenk in der Größenordnung von zwölf bis 13 Prozent an die neuen Leasing-Kunden. Die Idee war so einfach wie der Abschlag auf den Listenpreis: *Man wollte dem Autoabsatz* Beine machen.

Die Idee blieb keine Theorie. Mit dem Null-Leasing lernten die Autos leasen – vor allem die privaten Wagen. Nie war der Schub des Privat-Leasings am Markt für Automobile so groß wie 1983. Das gesamte Hersteller-Leasing-Geschäft kam mit einem Satz binnen kurzem um 36,5 Prozent voran. Was bisher nur für die spitz kalkulierende gewerbliche Wirtschaft galt, traf nun auch für den privaten Autofahrer zu: Leasing wurde entdeckt, *weil Leasing* sich lohnt.

Doch den Autos das Leasen beizubringen, kostete nicht nur Rabatte (und zum Teil obenauf auch noch relativ hohe Restwerte), es wird auch noch einen zweiten Preis haben. Der wird zur Zeit an den Gerichten ausgefochten, denn das Null-Leasing, so die *Wettbewerbshüter*, verstieße gegen das Rabattgesetz. So gilt als ziemlich sicher, daß es Strafen hageln wird. Doch die spitzen Bleistifte in den Konzernen wollen herausgefunden haben, daß es sich trotz allem gelohnt hat, 1983 dem privaten Leasing auf die Sprünge geholfen zu haben.

Aber nicht nur der Nulltarif hat die privaten Autofahrer aufhorchen lassen. In den Firmen, in denen sie beschäftigt sind, spricht sich immer mehr herum, daß es doch für den Privatmann ebenso Sinn haben muß, sein Auto zu leasen, wenn die Verantwortlichen der Firma herausgefunden haben, daß Leasen dem Unternehmen Vorteile beschert. So spricht es sich herum – mit einem Feedback zu kleineren Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft –, daß man beim Leasen den Restwert nicht zu tilgen braucht, daß man immer nur dafür bezahlt, was man durch Fahren am Auto abgenutzt hat. Und ist die vereinbarte Laufzeit des Vertrages vorüber, so steht am nächsten Morgen ein neues Auto vor der Tür.

Usus ist inzwischen geworden, daß die gewerbliche Wirtschaft ihre Wagen 30 Monate unter Vertrag hat, die privaten Verträge laufen in der Regel durchschnittlich 36 Monate. Der Grund liegt auf der Hand: Die gewerblich genutzten Automobile haben meistens eine höhere Kilometerleistung als die privat gefahrenen. Um aber den Restwert nicht *zu klein und damit die Monats-Mie*traten nicht zu hoch werden zu lassen, werden kürzere Nutzungszeiten vereinbart.

Die hier und dort zu hörende Vermutung, daß privat vornehmlich schwerere Wagen geleast werden, daß Leasing eigentlich etwas für prallere Geldbeutel sei, ist falsch. Gerade der kleine Mann mit dem kleinen Wagen hat das Leasing entdeckt. Die Vorauszahlung bringt er in der Regel durch den Verkauf seines gebrauchten Wagens auf. Die monatlichen Leasing-Raten bringen seinen Etat kaum durcheinander. Der Restwert über das ganze Auto-Leasing hinweg ist nur sehr schwer zu schätzen. Aber man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Restwertkalkulation grob bei 50 Prozent des Listenpreises liegt, für Privat-Leasing allerdings. Einschließlich der gewerblich geleasten Autos wird der *kalkulierte* Restwert unter 50 Prozent liegen, eben weil die gewerblichen Fahrzeuge einem höheren Verschleiß ausgesetzt sind.

Herausgefunden haben die Leasing-Gesellschaften auch, daß der Leasing-Kunde erheblich markentreuer ist, als der Barzahler oder der Kreditkäufer. Genaue Zahlen gibt es schon aus Wettbewerbsgründen nicht. Aber bei Umfragen kann man hören, daß mindestens 50 Prozent der einmal abgeschlossenen Verträge durch Anschlußverträge ersetzt werden. Das Auto-Leasing ist also nicht *nur* ein aus dem Binnenmarkt kaum mehr wegzudenkendes Marketing-Instrument, es ist in mindestens gleichem Maße eine Kundenfessel.

Das hat mit Sicherheit mit der Bequemlichkeit zu tun, die Leasing beschert. Man unterschreibt seinen Vertrag – vielleicht nur über 24 Monate, zahlt seine Vorabgebühr und läßt die monatlichen Raten von seinem Konto abbuchen. In 24 Monaten ist die Reparaturanfälligkeit praktisch gleich Null. Durchweg erübrigt sich in dieser Zeit auch für den Privatmann ein Reifenwechsel. Mit kleinen Inspektionen bringt er sein Fahrzeug, das ja auf ihn zugelassen ist, über die Vertragszeit und steigt dann in ein brandneues Auto. Vom Rost wird er nie mehr hören – höchstens bei denjenigen Autobesitzern, die ihren gekauften Wagen über Jahre hinweg fahren.

Wie sehr sich Leasing eingebürgert hat, zeigen die ersten vier Monate des laufenden Jahres. Exakte Zahlen liegen nicht vor, sie schwanken auch von Konzern zu Konzern (siehe Porträt Leasing- und Handelsgesellschaft mbH „Schwabengarage"). Doch feststeht, daß das Leasing – privat wie auch gewerblich – bis April 1985 weitere große Fortschritte gemacht hat. Dieser Erfolg wirkt um so großartiger, als im Zeitraum von Januar bis April 1985 die Zahl der neu zugelassenen Personenkraftwagen und Pkw/Kombi gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 15 Pro*zent zurückgegangen ist.*

Interessant ist vielleicht auch noch, daß der Anteil der Japaner an den Neuzulassungen elf Prozent betrug, das bedeutet nur einen Rückgang um 5,7 Prozent.

HANS BAUMANN

WELT-Gespäch mit den Geschäftsführern der V. A. G. Leasing GmbH, Peter Schneider und Udo Schülke

Sie gehen ein besonderes Risiko ein

Exakte Zahlen haben nur die einzelnen Leasing-Gesellschaften. Aber die rücken sie nicht heraus – aus Wettbewerbsgründen. Doch Peter Schneider, Geschäftsführer der V. A. G. Leasing GmbH, Braunschweig, schätzt, daß der branchenübliche Ausfall für Auto-Hersteller beim Leasing bei einem bis 1,5 Prozent des Umsatzes *liegt.* Und das ist das Doppelte der Ausbuchungen, die Kreditfinanziers im Durchschnitt hinnehmen müssen.

„Zugegeben", sagt Schneider in einem Gespräch mit der WELT, die Leasing-Gesellschaft bleibt auch im Fall der Pleite des Leasing-Kunden Eigentümer des Fahrzeuges, es geht *also nicht in die Konkursmasse.* Aber gerade die Wagen aus Pleiten seien in der Regel weniger gepflegt, über die vereinbarte Kilometerleistung hinaus gefahren, und hinzu komme, daß die Leasing-Gesellschaft die Differenz zwischen dem Restbuchwert und dem jeweiligen Marktwert verliere.

Und genau hier lägen die ärgsten *Blessuren aus Pleiten, denn beim* Leasing-Auto sinkt der Buchwert immer nur exakt um die monatliche Leasing-Rate, während der Wertverfall des Fahrzeuges in der gleichen Zeit erheblich größer ist. Jeder weiß das, der ein Auto kauft, daß sein Wertverlust im ersten Jahr am höchsten ist. Erst zum Ende der Vertragslauf*zeit für ein geleastes Auto nähern sich* Buchwert und Restmarktwert wieder einander an. Je schneller also die Pleite nach Abschluß des Leasing-Vertrages eintritt, um so härter trifft es den Leasing-Geber – um es einmal grob darzustellen.

Bei den großen Flotten-Leasern, die wie alle gewerblichen Auto-Leaser keine Vorabzahlung leisten, kann die Leasing-Gesellschaft leichter die Bonität des Vertragspartners einschätzen – aber die Probleme etwa um AEG oder Saarstahl beweisen, daß man auch gegen Zahlungsunfähigkeit größerer Wirtschaftsbetriebe nicht völlig gefeit ist. Dennoch gibt es keinen Zweifel, daß das große Heer der kleineren gewerblichen Leaser das größere Risikopotential birgt. (V. A. G. Leasing hat schließlich 1000 Kunden mit mehr als zehn geleasten *Fahrzeugen, aber 89 000 Kunden mit* einem bis zehn Wagen.)

Hier hakt Udo Schülke ein, geschäftsführender Kollege bei V. A. G. Leasing von Peter Schneider. Er stellt zwar fest, daß beim größten Auto-Leasing-Unternehmen V. A. G. zwar das gewerbliche Leasing besser laufe als das private, daß man aber doch hofft, dem Privat-Leasing ein wenig Beine zu machen.

Doch da gibt es ein typisch deutsches Handikap, das in der Mentalität der Bürger verankert ist: Die Bonität der Bürger gehöre in der Bundesrepublik Deutschland schon beinahe zur Intimsphäre – ganz im Gegensatz zum US-Bürger, der aus seinen finanziellen Verhältnissen kein Geheimnis mache. Das führe auch zum grundsätzlichen Unterschied im privaten Auto-Leasing beider Länder: In den USA kenne man keine Vorabzahlung, weil sich die Leasing-Gesellschaft ein recht gutes Bild von der Bonität ihrer Kunden machen könne.

In der Bundesrepublik aber wachse das Risiko im *Privat-Leasing* ins Untragbare, wenn man auf eine Vorabzahlung verzichte, weil der Blick in die privaten Einkommens- und Bela*stungs*verhältnisse in der Regel verwehrt werde. „Hier möchte man am liebsten auch noch die Schufa abschaffen", ergänzt Peter Schneider.

Aber einen kleinen Ausweg für das Privat-Leasing hat man bei V. A. G. doch schon gefunden: Fordert man beim ersten Vertragsabschluß ohne Gnade die Vorabzahlung (die in der Regel aus dem Verkauf des bisher gefahrenen eigenen Wagens stammt), so verzichtet man beim Anschlußvertrag auf Wunsch auf diese Sonderzahlung, erhebt dafür allerdings – und das liegt auf der Hand – etwas höhere Monatsraten. Der tiefere Grund aber für diesen Verzicht auf die Sonderzahlung beim Anschlußvertrag liegt darin, daß die Leasing-Gesellschaft während der Laufzeit des Vertrages den neuen Kunden so gut kennengelernt hat, daß man sich auch über die Bonität ein Bild machen kann. Nicht selten hat sich *in dieser Zeit auch ein* gegenseitiges Vertrauensverhältnis herausgebildet.

Und wie verläuft das Privat-Leasing bei V. A. G. Leasing GmbH, der VW-Tochter? Schülke: „Nachhaltig liegt es bei 20 bis 25 Prozent des gesamten jährlichen Bestelleingangs." Ein stolzer Anteil, der aber genau die *gegenteilige Struktur* des Konzern-Geschäftes spiegelt. Dort gehen rund 75 Prozent der VW-Audi-Produktion an Private und 25 Prozent an die gewerbliche Wirtschaft. Bei V. A. G. Leasing ist es genau umgekehrt: 25 Prozent des Vertragsbestandes von zur Zeit 149 000 Fahrzeugen entfallen auf Privatverträge und 75 Prozent auf die gewerbliche Wirtschaft.

Wenn auch das private Leasing 1983 durch die sogenannten Nulltarife einen gewaltigen Schub bekommen hat, so wird doch auch in Zukunft das gewerbliche Leasing dominieren. Das hat einen ganz simplen Grund: Der Gewerbetreibende kauft das Auto unter völlig anderen Aspekten als der Privatmann. Ihm dient das Fahrzeug als Werkzeug, es muß ihm treu dienen und er muß damit Geld verdienen. Also braucht er ein maßgeschneidertes betriebswirtschaftlich „sitzendes" Instrument, das sich „rechnet".

Der Privatmann dagegen fällt seine Kauf- oder Leasing-Entscheidung zu 75 Prozent nach Prüfung des Produktes mit Herz und Seele. Es muß „schön" sein, vielleicht auch „flott", *es muß der Karosse* des Nachbarn standhalten und ganz generell gefallen. Ja, der Privatmann ist nicht selten in sein Auto „verliebt". Da kommt es dann oft nicht mehr auf die eine Mark an, da werden dann auch *die* Extras gleich *mitgeleast* – eine deutliche Erfahrung.

HANS BAUMANN

DEFINITION / Im Gegensatz zum Fahrzeugkauf steht nicht der Eigentumserwerb im Vordergrund

Sinn ist die mittelfristige Nutzung

Das Leasing eines Automobils ist für den Privatmann ebenso wie für den Gewerbetreibenden eine sehr *individuelle* Angelegenheit. Denn der Privatmann hat seine Sonderwünsche, die mehr aus dem Bereich seiner Neigungen entspringen. Der Kaufmann dagegen will ein Auto oder eine ganze Flotte, die streng auf den ihr zugeschriebenen betriebswirtschaftlichen Zweck zugeschnitten ist.

So wird das Leasen von Kraftwagen nicht zu einer Angelegenheit, die sich mit dem Blick in eine Preisliste entscheiden läßt. Leasing ist vielmehr eine sehr *individuelle* Form der Beschaffung eines Automobils, bei der man sich des sicheren Rates des eingefahrenen Fachmannes bedienen sollte – was in der Regel geschieht.

Beim Kauf eines Autos will man Eigentum erwerben. Man bezahlt bar oder kreditiert gegen Zinsaufwand. Wer least, will sein Auto nur mittelfristig nutzen (24 bis 36 Monate), dann einen neuen Wagen haben, also ohne Reparaturen fahren, vielleicht sogar den Reifenwechsel sparen. Und die Sorge, den *Katalysatorwagen „zu* verpassen", ist ebenfalls vorbei: eines Tages steht er mit dem Anschlußvertrag vor der Tür. Der Wagen amortisiert nicht – wie beim Kauf – voll, sondern nur zum Teil, wie im Modell nur 8000 Mark einer 20 000-Mark-Karosse. Den Gebrauchtwagenwert von 12 000 Mark „nutzt" er nicht. Er legt ihn in anderer Form an.

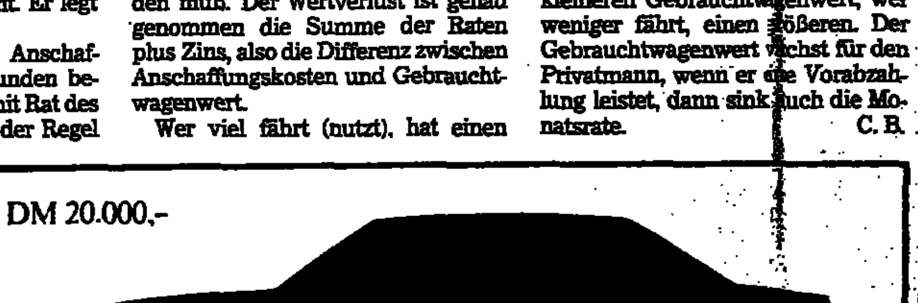
Die erste Größe, die Anschaffungskosten, wird vom Kunden bestimmt – wenn er klug ist, mit Rat des Leasing-Unternehmers. In der Regel ist es die zweckbestimmte Mehrausstattung für den Gewerbetreibenden oder die Wunschausstattung des Privaten, der eben sein Traumauto fahren will.

Zweite Größe ist der *später zu erwartende* Gebrauchtwagenwert nach Ablauf des Vertrages. Er wird bestimmt von der vereinbarten jährlichen Laufleistung und vom Verwendungszweck.

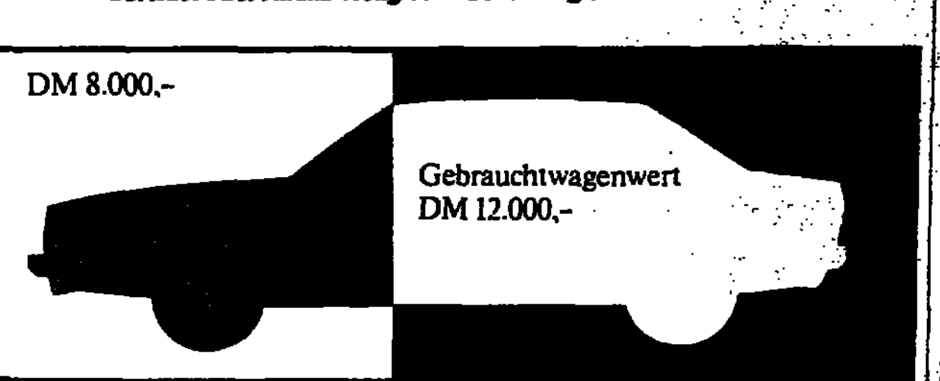
Dritte Größe, die sich aus den Größen 1 und 2 ergibt, ist die *monatliche* Leasing-Rate, die sich aus dem Wertverlust errechnet und aus dem Zins, der für das während der Laufzeit eingesetzte Kapital bezahlt werden muß. Der Wertverlust ist genau genommen die Summe der Raten plus Zins, also die Differenz zwischen Anschaffungskosten und Gebrauchtwagenwert.

Wer viel fährt (nutzt), hat einen kleineren Gebrauchtwagenwert, wer weniger fährt, einen größeren. Der Gebrauchtwagenwert wächst für den Privatmann, wenn er eine Vorabzahlung leistet, dann sinkt auch die Monatsrate.

C. B.



Bei Kauf oder Finanzierung volle Bezahlung und Amortisation



Bei Leasing nur Teilamortisation

FOTOS: DIE WELT

DIE BRAUNSCHWEIGER

Der Größte am Markt

Im laufenden Jahr 1985 werden über 11 Prozent der Auslieferungen der V. A. G.-Organisation (VW und Audi) geleaste Automobile sein, mehr als jeder zehnte also wird nur teilamortisiert und nach 24 oder 36 Monatsraten an die V. A. G. Leasing GmbH, Braunschweig (oder an deren 3300 Vertragshändler im Bundesgebiet und West-Berlin) zurückgegeben.

Es ist also Wachstum vorhanden, beruhigendes, wie die Geschäftsführung versichert. Denn 1984 kam man erst auf 10,9 Prozent der Auslieferungen, das waren im Bestand der V. A. G. Leasing exakt 148 000 Automobile. Zur Zeit sind es bereits 149 000, über die mit mehr als 92 000 Kunden Verträge abgeschlossen wurden.

Natürlich gab es auch bei V. A. G. Sprünge im Geschäft – Sprünge nach oben. Doch die Verwaltung hält nichts von hektischen Entwicklungen. Man will behutsam und sicher wachsen – so wie bisher. Daß es bisher gelungen ist, zeigt die Umsatzkurve. Sie begann 1974 mit bescheidenen 122 Millionen Mark, überstieg aber schon 1977 mit 201 Millionen Mark die 200-Millionen-Grenze. 1980 waren 577 Millionen Mark erreicht und 1984 die Spitze von über 1,3 Milliarden Mark erklommen (23 Prozent plus). 1985 wird es weiter nach oben gehen.

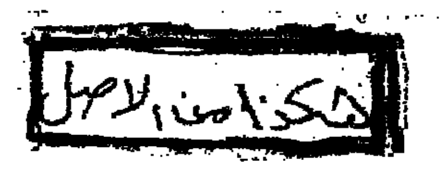
V. A. G. Leasing ist eine 100prozentige Tochter des Volkswagenwerks. Sie wurde 1966 gegründet und befaßt sich mit dem Verleasen von Kraftfahrzeugen an Privatpersonen und an die gewerbliche Wirtschaft. Sitz der Gesellschaft ist Braunschweig. Die Kunden werden von 249 *Mitarbeitern betreut.* Die V. A. G. kennt keine Grenzen. Wer in 15 anderen europäischen Ländern einen Wagen leasen möchte, der kann das über den V. A. G. Leasing Europa Service tun.

Der Fahrzeugbestand wuchs seit 1974 bei V. A. G. um das Fünfeinhalbfache, der Bestand an Kunden um das Zehnfache. *Das schnelle Wachstum* der letzten Jahre – vor allem seit 1982 – beruht vornehmlich auf dem sprunghaften Anstieg des privaten Leasings. 82 von 100 Leasing-Fahrzeugen sind bei der V. A. G. Personenkraftwagen, 18 Prozent Nutzfahrzeuge. Der Gesamtbestand von zur Zeit 149 000 Fahrzeugen bei einem geschätzten Gesamtbestand an Leasing-Fahrzeugen in der Bundesrepublik von 700 000 belegt, daß V. A. G. der größte unter den Hersteller-Leasern bei Automobilen in der Bundesrepublik ist.

Die V. A. G. bietet maßgeschneiderte Verträge und ganze Dienstleistungspakete, von der Entrichtung von Steuer und Versicherung bis zu Inspektionen, Reparaturen oder Schadensabwicklung.

Dabei kann der Kunde selbst entscheiden, *ob* er das Gebrauchtwagen-Risiko selbst tragen oder an die V. A. G. mit Ablauf des Vertrages zurückgeben will. Die meisten entscheiden sich für den Anschlußvertrag. Es gibt natürlich auch die Möglichkeit, das geleaste Auto nach Ablauf der Mietzeit zu kaufen.

C. B.





DAS PORTRÄT

Die LHS-Gruppe bleibt auf Erfolgskurs

Das Geschäftsjahr 1984 war für die LHS Leasing- und Handelsgesellschaft mbH, Stuttgart, das erfolgreichste ihrer 16jährigen Geschichte. Die Firmengruppe besteht aus Leasing- und Handelsgesellschaft Schwaben mbH, Stuttgart, sowie gleichnamigen Gesellschaften mit beschränkter Haftung in Hannover, Köln/Düsseldorf und Linz/Wien.

Der Umsatz der Gruppe stieg im Berichtsjahr um 13,5 Prozent auf 117,5 Millionen Mark. Darin enthalten sind auch die nicht unbeträchtlichen Erlöse aus dem Gebrauchtwagenverkauf, nämlich 31,2 Millionen Mark. Die Veräußerung der Gebrauchtfahrzeuge beläuft sich also auf rund 27 Prozent des Gesamtumsatzes. Sagt Geschäftsführer Hugo Wieske der Stuttgarter LHS: „Wir sind ausgesprochen zufrieden mit dem Verlauf des Gebrauchtwagengeschäfts."

Anlagevermögen gestiegen

Im Berichtsjahr wurden 6500 Verträge neu abgeschlossen. Der Bestand an Verträgen belief sich damit auf 11 907. Somit hat sich dieser Bestand an Leasingverträgen in den letzten 4½ Jahren verdoppelt. Der Anteil des Privatleasing belief sich Ende 1984 auf 20 Prozent. Die Steigerungsrate des Privatleasing bezeichnet Wieske als „hoch". Sie betrug 1984 genau 56 Prozent. Die Abschlüsse mit Firmen und Gewerbetreibenden erhöhte sich im Berichtsjahr ebenfalls, und zwar um zehn Prozent.

Die durchschnittliche Laufzeit je Fahrzeug betrug 62 000 Kilometer bei durchschnittlicher Vertragslaufzeit von 30 Monaten. Rund 3500 Fahrzeuge stehen bei LHS unter Full-Service-Vertrag. Das Anlagevermögen betrug in der Schlußbilanz 1984 rund 128 Millionen Mark. Das entspricht einer Steigerung gegenüber dem Vorjahr von knapp 19 Prozent.

Hugo Wieske geht davon aus, daß der Umschichtungsprozeß im Investitionsverhalten der Unternehmungen bei weitem noch nicht beendet ist. Daher werden weitere Steigerungsraten im Leasing-Geschäft erwartet. In den ersten drei Monaten 1985 haben sich diese Hoffnungen bestätigt.

Kundenbindung erhöht

Bei insgesamt zögerndem Jahresbeginn im Automobilhandel erhöhte sich der Auftragseingang bei den LHS-Gesellschaften von Januar bis März gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres um 24,4 Prozent. Einschließlich April gelang sogar ein Sprung von 46(!) Prozent. Wieske: „Fast jeder zweite Wagen ist privat geleast. Das gilt allerdings für das Handelshaus Schwabengarage in Stuttgart."

Nach Wieske least gerade der „kleine Mann" sein Auto in immer stärkerem Maße. Leasen nennt er übrigens eine geradezu schwäbische Spezialität – besonders für das Privatleasing. Die Restwertkalkulation bei LHS liegt im Durchschnitt bei 50 Prozent des Listenpreises. Das gilt allerdings nur für das Privat-Leasing. Einschließlich der Verträge mit den Gewerbetreibenden liegt der Restwert im Durchschnitt unter diesen 50 Prozent. Frage an Hugo Wieske aus der Sicht der Schwabengarage: Ist der Barkäufer markentreuer als der Leasing-Kunde? Wieske zögert keine Sekunde: „Es gibt überhaupt keinen Zweifel, daß das Leasen eines Automobils die Kundenbindung erheblich erhöht."

HANS BAUMANN

Autoleasing am Beispiel

Es ist den Leasing-Gesellschaften bekannt, daß der Gedanke ihres Finanzierungsmodells nur schwer dem Bürger zu vermitteln ist. Daher erscheint es sinnvoll, anhand konkreter Beispiele ihm die Möglichkeit der finanziellen Situation rund um ein geleastes Auto plausibler zu machen. Wählen wir zwei Beispiele von Ford, die mit kleinen Varianten im wesentlichen für vergleichbare Automobile gelten:

Ford bietet im Privatleasing den Fiesta, Basis Diesel, 1,6 Liter, 54 PS, inklusive Heckwischer bei einer Leasing-Sonderzahlung vorab von 3999 Mark zu monatlichen Leasing-Raten von 139 Mark einschließlich Mehrwertsteuer. Die gleichen Konditionen gelten für den Escort Laser, dreitürig, 1,1 Liter, 50 PS.

Wer es gern größer hätte, dem sei hier die Leasing-Kondition des neuen Top-Modells vorgestellt:

Scorpio GL 2,0 Liter, Einspritzmotor 85 kW/115 PS, 5-Gang-Getriebe, Warenwert 26 236,84 Mark plus Mehrwertsteuer. Einschließlich Servolenkung, Kurbeldach aus Sicherheitsglas mit verschiebbarer Sonnenblende, elektrischer Fensterheber vorn (Serie) und hinten, heizbarer Windschutzscheibe und getönten Scheiben, Außenspiegel beheizt, elektrisch einstellbar auf der Fahrer- und Beifahrerseite und Diebstahl-Alarmanlage plus Zentralverriegelung ergibt sich ein Warenwert von 30 409,65 Mark plus Mehrwertsteuer.

Für dieses Auto bezahlt der Gewerbetreibende bei einem Vertrag über 24 Monate und einer Laufzeit von 60 000 Kilometer eine monatliche Finanz-Leasing-Rate von 706,18 Mark plus Mehrwertsteuer. Werden 36 Monate und eine Laufzeit von 90 000 Kilometer gewählt, dann ermäßigt sich die monatliche Rate auf 660,15 Mark plus Mehrwertsteuer. Eine Sonderzahlung vorab muß der gewerbliche Kunde in diesem Fall nicht leisten.

Will der Privatmann den beschriebenen Scorpio leasen, so beläuft sich der Wagenwert (Listenpreis) einschließlich Mehrwertsteuer für ihn auf 34 667 Mark. Er zahlt eine Vorabsumme von 25 Prozent, also [illegible]66,75 Mark einschließlich Mehrwertsteuer. Least er den Wagen für [illegible] Monate bei einer Laufleistung von 40 000 Kilometer, so beträgt die monatliche Leasingrate 426,48 Mark einschließlich Mehrwertsteuer. Wünscht der Kunde einen Vertrag über 36 Monate bei 50 000 Kilometer Laufleistung, so ermäßigt sich die Monatsrate auf 399,30 Mark einschließlich Mehrwertsteuer.

Bm.

„Die Zeiten, in denen Unternehmer- und Kapitalgeberfunktionen in einer Hand waren, sind keine Demokratisierungs-Zeiten gewesen. Heute ist das Geld bei den kleinen Leuten und die Schulden sind bei den großen. Wohl einer Wirtschaft, die noch Erneuerungsbedarf hat, die noch Unternehmer hat, die dynamisch sind und für den Verbrauch von morgen Anschaffungen tätigen. Ihnen steht in der Bundesrepublik ein breites Sortiment an Finanzierungsmöglichkeiten gegenüber. Das Leasing ist heute noch die unbestrittene Nummer 2. Es wird gegenüber der Nummer 1, dem (Direkt-)Kredit, noch aufholen." Dies ist das wörtliche Zitat der Schlußüberlegungen eines Aufsatzes von Carl Zimmerer, geschäftsführender Gesellschafter der Interfinanz GmbH, Düsseldorf, den er unter der Überschrift „Die Gründe des Erfolgs" in der Schriftenreihe Nr. 7 der FL Finanzleasing GmbH, Wiesbaden, veröffentlichte, sozusagen als Abschiedsgruß an den von ihm so geschätzten Armin Schaefer, der als Geschäftsführer der FL Finanz-Leasing in den Ruhestand getreten ist. Schaefer war einer der Pioniere des Leasing in der Bundesrepublik.

Nummer zwei der Finanzierung wird weiter aufholen

Carl Zimmerer bescheinigt dem Leasing, daß es kein Selbstläufer werden wird, so groß seine Chancen sein mögen. Er geht davon aus, daß das allgemeine Umfeld für die Leasing-Branche günstig bleiben wird, daß ihr das Wohlwollen der „Einlagentycoons" erhalten bleibt, daß der Gesetzgeber sich mit dem Leasing abgefunden hat und daß es den Leasing-Instituten gelingen wird, Fachleute zu produzieren, die die Investitionsprobleme ihrer Zeit erkennen und den Nachfragern nach Kapitalgütern maßgerechte und plausibel zu erklärende Alternativen bieten. Kommt es so, meint Zimmerer, so brauche uns nicht bange zu sein um das Leasing.

Und er begründet es weiter: Wir bekommen nicht die Steuersätze, die es uns ermöglichen, schnell reich zu werden, und so werde die Zahl der Unternehmer, die nur mittels Investitionen vorankommen, eher noch steigen. Nach Zimmerer nehmen bereits vier von fünf Unternehmen in den USA Leasing in Anspruch. „Da hätten wir sogar noch Nachholbedarf", schreibt er. Und er meint, daß die Zeit kommen könnte, da man auf seine Briefbogen nicht nur die Bankverbindungen abdruckt, sondern auch das Haus-Leasing-Institut. So wisse jeder, der Anlagegüter verkaufen möchte, an wen er sich zu wenden habe, wenn er eine günstige Offerte an den Nutzer machen möchte.

Ein Blick über den Alltag hinaus läßt Carl Zimmerer vermuten, daß es sogar den Tag geben könnte, an dem die Leasing-Gesellschaften diversifizieren müßten. Es könnte die Frage des Operations-Leasing gestellt werden (diese Form existiert hier und da in der Bauwirtschaft, wenn bei Bedarf eine Maschine vorübergehend benötigt wird). Damit könnte auch die Frage aufgeworfen werden, ob es nicht sinnvoll sei, eigene Verwertungsabteilungen einzurichten. Bisher hat man das mit Hilfe der Kooperation nur recht und schlecht gelöst. Und Zimmerer sieht auch die Gefahr einer Expansion in solche Dimension, bei der man dann eines Tages nicht mehr exakt ermitteln könnte, wo eigentlich der Gewinn entsteht.

Leasing-Erfolg benötigt Erfahrungsvorsprung

Als Beispiel nennt Zimmerer den Schritt des Kunden in die Datenverarbeitung. Ist es da nicht sinnvoll, eigene Berater oder sogar im Rahmen von Verträgen über Zeitmanagement Betreiber zur Verfügung zu stellen? Der Gedanke an eigene Verwertungsabteilungen oder gar eigene Werkstätten ist dann nicht mehr ganz abwegig, denn sie könnten für den Kunden ein großer Vorteil sein, der ja kalkulationsfähige Grundlagen und damit Entscheidungshilfen sucht.

Gerade bei der Datenverarbeitung sieht Zimmerer noch für lange Jahre Betätigungsfelder für die Leasing-Gesellschaften, da sich fast alle Behörden und Unternehmen auf EDV umstellen würden. Immer wieder kehrt er in seinen Überlegungen zu seinem Zentralthema zurück: Gelingt es einerseits den Leasingfachleuten, ihren Wissens- und Erfahrungsvorsprung zu erhalten? Nach seinen Worten wird es dazu noch viel Schulung in den Leasing-Gesellschaften benötigen. Andererseits sei ein erstklassiger Bankmann noch längst kein erstklassiger Kommunikationsfachmann, und der muß ein Leasing-Experte schon sein, denn er hat nicht nur mit Kaufleuten und Technikern, sondern darüber hinaus auch mit den verschiedenartigsten Branchen zu tun.

Die Beratungsfunktion der Leasing-Anbieter ist für Zimmerer das Rezept für die Chancen von morgen. Selbst wenn Leasing nicht kostengünstiger sein sollte als der herkömmliche Kredit, dem Kunden wird immer noch der Service der Beratung bleiben. Wer zur „Desperado-Gesellschaft" wird, muß nach Zimmerer diese Beratungsbeigabe streichen, weil er sonst nicht überleben kann. Und wer diese Beratung streicht, bietet nicht mehr die Möglichkeit, eine Investition berechenbar zu machen. Zimmerer lapidar: „Qualität hat auch ihren Preis." Und das weiß ein gut geführtes Haus.

Auch Carl Zimmerer erinnert an ein altes Monitum der Betriebswirte. Es beklagt, daß viele Anlagegegenstände ungenutzt herumstehen, also nicht „genutzt" werden. Ganz anders, wenn diese Anlagen geleast sind, wenn die monatlich fällige Leasing-Rate daran erinnert, daß „nicht nutzen" identisch ist mit dem berühmten Gelde, welches zum Fenster hinausgeworfen wird. Das ist für ihn der ganz einfache Grund, warum auch durchaus finanziell reichlich ausgestattete Unternehmer ihren Spartenchefs und Betriebsleitern die Anlagegüter sozusagen vermieten. Sie sind so verpflichtet, die vorhandenen Werte ständig zu nutzen.

Daß das Leasing besonders in den Bereichen Büromaschinen, Kraftfahrzeuge und Datenverarbeitung erfolgreich war, ist nicht von der Hand zu weisen. Nach Zimmerer ist das Berufskleidungswesen ohne Leasing gar nicht mehr vorstellbar. Aber er hält fest, daß auch die Investitionsgüterindustrie mehr als nur angeregt worden sei vom Leasing. Sie kam durch diese Art der Finanzierung zu einem gleichmäßigeren Absatz, weil man in unsicheren Zeiten statt Kauf eben Leasing anbieten konnte.

Im Gegensatz zum Kredit keine Sicherheitsmarge

Zimmmerer setzt sich auch mit der These von Armin Schaefer auseinander, der sicher ist, daß der Eigenkapitalmangel der deutschen Wirtschaft wichtigste Voraussetzung für den Erfolg des Leasing in der Bundesrepublik Deutschland war und ist. Doch Zimmerer kommen zu dieser These Zweifel, denn wie ist es dann möglich, daß gerade in den USA, dem Land mit so hohen Eigenmitteln, das Leasing von Erfolg zu Erfolg marschierte?

Zimmerer geht von einer anderen Überlegung aus: Leasing finanziert – in der Regel – hundertprozentig. Die traditionelle Fremdfinanzierung dagegen bietet immer nur 60 bis 80 Prozent – aus Sicherheitsgründen. Wahrscheinlich schlägt dieser Punkt für das Leasing und seinen Erfolg zu Buche, meint Zimmerer. Alles andere ist für ihn nichts als Bilanzoptik.

Aber das wirft doch die Frage auf, ob die Leasing-Gesellschaft auf eine Sicherheitsmarge verzichten kann, wenn ja, warum? Die Antwort kleidet er vorsichtig in eine Frage: „Könnte es daran liegen, daß die hundertprozentige Finanzierung bei sehr kleiner Wertberichtigung darauf zurückzuführen ist, daß die Leasingfachleute auf ihrem Gebiet infolge ihrer Spezialisierung mehr verstehen als die Bankleute?" Man darf nach Zimmerer nicht vergessen, daß der Kreditmann der Bank die unterschiedlichsten Kreditsicherheiten abzuwägen habe, während der Leasing-Geber ja doch seine Märkte in Maschinen und Fahrzeugen besser im Griff habe und wahrscheinlich auch kartei- und erfahrungsgemäß, vielleicht auch besser technisch gerüstet sei als der Allround-Bankier.

Und so schließt er denn auch kurz: Wäre dem nicht so, so könnte man nicht verstehen, daß die Bank doch im allgemeinen wiederum zu 100 Prozent refinanziert, also dem Leasing-Institut mehr zutraut als ihrer eigenen Urteilskraft im Eigengeschäft.

C. B.

PRIVATLEASING / Jährliche Wachstumsraten von 30 Prozent – Für Hersteller und Händler unverzichtbares Instrument der Absatzförderung

Eine Idee aus Amerika wurde gesellschaftsfähig

Das Automobil-Privat-Leasing, das vor einigen Jahren noch als extravagante Beschaffungsart für Autos betrachtet und von manchen Kritikern sogar als Bauernfängerei bezeichnet wurde, ist heute gesellschaftsfähig geworden. Wenn es auch keine exakten Zahlen gibt, so kann man doch sagen, daß ein beträchtlicher Teil (20 bis 25 Prozent) der rund 700 000 Leasing-Fahrzeuge auf den deutschen Straßen von Privatpersonen gefahren wird. Das Privat-Leasing-Angebot ist seit Ende 1982 für alle maßgeblichen Hersteller und Händler zu einem unverzichtbaren Instrument der Absatzförderung geworden und hat im erheblichen Umfang die hohen jährlichen Wachstumsraten des Automobil-Leasings von etwa 30 Prozent in 1983 und 1984 geprägt.

Es hat in dieser Boomphase manche Auswüchse gegeben, da sich vor allem die herstellereigenen Leasing-Gesellschaften über ihre Händlernetze einen überaus harten Wettbewerb um Kunden und Marktanteile lieferten. Es wurden immer neue, angeblich noch attraktivere Vertragsvarianten erfunden bis hin zum sogenannten „Null-Leasing". Dabei wurde den Interessenten eine Leasing-Beschaffung quasi zum Listenpreis versprochen, unter Verrechnung entsprechend hoher Mietsonderzahlungen beziehungsweise Restwerte optisch ohne Aufschlag für Finanzierungs- und Verwaltungs- oder Vertragsdurchführungskosten.

Die letzten beiden Jahre haben zu einer spürbaren Popularisierung der Leasing-Beschaffung bei der privaten Kundschaft geführt. Während die Autofahrer in früheren Jahren gerne die Tatsache verschwiegen, daß sie ihr Auto geleast hatten, bekennt man sich heute zunehmend dazu, sich dieser vernünftigen Beschaffungsart zu bedienen. Um dieses Interesse zu nutzen, kommt es nun in erster Linie darauf an, daß sich alle Automobil-Leasing-Gesellschaften auf die Grundsätze besinnen, nach denen Privat-Leasing sinnvoll und dauerhaft betrieben werden kann.

Seriöse Automobil-Leasing-Gesellschaften werden nie behaupten, daß Leasing generell günstiger, billiger oder vernünftiger wäre als eine Kreditfinanzierung. Mit Leasing kann man die monatlichen Belastungen für die Nutzung eines Fahrzeuges erheblich senken, denn der Leasing-Nehmer zahlt die Leasingraten für den Teil des Anschaffungswertes, der sich nach Abzug der Mietsonderzahlung und des vereinbarten Restwertes verteilt auf die Vertragsdauer ergibt. Er kann sein gebrauchtes Fahrzeug zur Abdeckung der Mietsonderzahlung einbringen und muß sich darüber klar sein, daß das Leasing-Fahrzeug am Ende der Vertragslaufzeit nicht ihm gehört, im Gegensatz zu dem Auto, das er im Zuge einer Kreditfinanzierung erworben hat. Außerdem muß der Leasing-Nehmer wissen, daß die Leasingraten auch Kosten und einen Gewinnanteil der Leasing-Gesellschaft beinhalten.

Bei der Vertragsgestaltung spielt eine wesentliche Rolle, ob ein Vertragstyp gewählt wird, bei dem der Händler am Ende der Laufzeit das Leasing-Fahrzeug zu einem vorab vereinbarten Restwert zurücknimmt, oder einen Typ, bei dem der Leasing-Nehmer das Restwertobligo hat. Garantiert der Händler die Rücknahme, wird er seine Verkaufskosten und seine Verwertungsrisiken für das gebrauchte Fahrzeug in die Kalkulation des Restwertes einbeziehen. Ein niedrigerer Restwert bedeutet zwar eine höhere Monatsmiete, zugleich jedoch die Entlastung von allen Verwertungstätigkeiten.

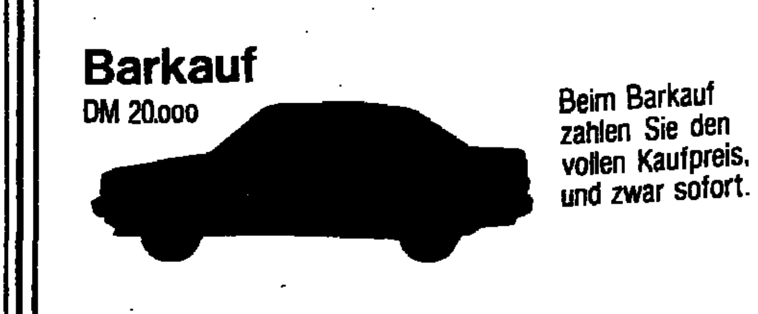
Übernimmt der Leasing-Nehmer das Restwertrisiko, muß ihm vor allem an einem realistischen Wert gelegen sein, der bei einer vernünftigen Einschätzung des Gebrauchtwagenmarktes einen entsprechenden Verkaufserlös gewährleistet und Nachzahlungen ausschaltet. In einem solchen Fall hat er die Chance, die rund 15 Prozent Vertriebskosten, die ein Händler normalerweise für die Verwertung des gebrauchten Fahrzeuges kalkuliert, selbst zu vereinnahmen, vielleicht – wenn er das Fahrzeug gut behandelt und weniger als die ursprünglich geplanten Kilometer gefahren hat – sogar einen darüber hinaus gehenden Mehrerlös zu erzielen. Von diesem Mehrerlös erhält er 75 Prozent, wenn er keinen neuen Vertrag abschließt, 100 Prozent, wenn er direkt ein neues Leasing-Fahrzeug ordert. Die Aufteilung des Mehrerlöses 75:25 ist übrigens von den Finanzbehörden vorgeschrieben, also keine Erfindung der Leasing-Gesellschaften, um an der Verkaufstüchtigkeit des Leasing-Nehmers zu partizipieren.

Aufmerksamkeit verdienen auch Verträge mit kurzen Laufzeiten von 18 Monaten, bei denen die Ansetzung eines hohen Restwertes für das dann ja noch fast neue Fahrzeug (der Durchschnittsbürger fährt heute pro Jahr etwa 12 000 Kilometer, in 18 Monaten also 18 000) auf den ersten Blick einleuchten mag. Trotzdem weiß jeder Autofahrer, daß der Wert eines Autos im ersten Jahr nach der Zulassung weit überproportional sinkt und sich der jährliche Wertverzehr danach erheblich verlangsamt. Bekannt ist auch die Tatsache, daß Sonderausstattungen beim späteren Verkauf nicht oder nur in geringem Umfang erstattet werden.

Bleibt als Fazit der Rat an den Privat-Leasing-Interessenten, jedes Angebot sorgfältig zu überprüfen und nicht allein auf die Monatsmiete zu schauen. Auch mit Leasing kann man keine kalkulatorischen Wunder vollbringen. Jedes Fahrzeug hat seinen Wert und seinen Wertverzehr, die sich in den Vertrags-Konditionen niederschlagen. Man sollte zudem die Kosten und Bedingungen des Leasing genau mit denen einer Kreditfinanzierung vergleichen und dann die Entscheidung fällen.

HANNS von SCHOENAICH

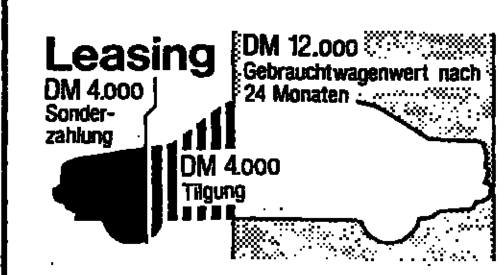
FINANZIERUNG / Was für die gewerbliche Wirtschaft selbstverständlich ist, entdeckt jetzt auch der Privatmann



Beim Barkauf zahlen Sie den vollen Kaufpreis, und zwar sofort.



Bei der Finanzierung zahlen Sie ebenfalls den vollen Kaufpreis (plus Zinsen), und zwar durch eine Anzahlung und monatliche Finanzierungsraten.



Beim Leasing zahlen Sie nur den Wertverlust (plus Zinsen), und zwar durch eine Sonderzahlung und monatliche Leasing-Raten

Wege zum neuen Auto: Leasen und nicht kaufen

Das Alpha und Omega der Autoleasing-Gesellschaften ist, wie man zur weiteren Belebung des privaten Leasing den Bürger dazu bewegen kann, ebenso kaufmännisch-betriebswirtschaftlich zu denken, wie es für die gewerbliche Wirtschaft selbstverständlich ist.

Das ist ein beschwerlicher Weg, denn der Kaufmann läßt sich vom rechenbaren Vorteil leiten, der Privatmann aber handelt in der Regel aus Emotionen. Viele Einflüsse bestimmen seinen Entschluß, ein Auto etwa zu kaufen, oder es zu leasen. Wirtschaftliches Denken gehört dabei ganz sicher – noch – nicht an den Anfang der Prioritätenliste.

Deshalb bemühen sich die Leasing-Gesellschaften, *dem Privatmann* wie auch dem Gewerbetreibenden optisch darzustellen, warum es Sinn macht, ein Auto zu leasen und nicht zu kaufen oder es im Wege des Kredits zu erwerben. Hier ein gelungenes Beispiel für eine solche optische Einladung, die zunächst nur die Neugier zum Verweilen einlädt, dann aber den Betrachter doch nachdenklich macht.

Der signifikante Vorteil des Autoleasing ist gegenüber dem Barkauf, daß sich der Kunde nicht in der vollen Höhe des empfohlenen Richtpreises (des Listenpreises also) engagiert.

Der Vorteil gegenüber dem Kreditkauf wiederum liegt darin, daß die Leasing-Raten niedriger sind als die Kreditraten, weil das Leasing weniger Geldmittel (Finanzierungskapital) bindet, also Zinsen spart. Beim Kreditkauf muß ja der ganze Listenpreis finanziert und damit auch verzinst werden.

Wer sein Auto least, bezahlt also mit den monatlichen Raten (plus Zinsen) immer nur das, was er an dem Wagen nutzt (eigentlich abnutzt). Er bezahlt nicht für den Restwert des Wagens, den er beim Kauf oft jahrelang spazierenfährt – ohne einen Pfennig Zinsen dafür zu bekommen. Und je länger er sein Geld in Form des eigenen Autos herumfährt, um so weniger wird es wert.

Wer aber least, der behält einen relativ hohen Restwert (weil die Leasing-Laufzeiten in der Regel zwischen 24 und 36 Monaten laufen). Und den braucht er nicht bar auf den Tisch zu legen und auch nicht als Kredit zu finanzieren. Er legt ihn möglichst vorteilhaft an, in Reparaturen am Haus, in der eigenen Firma oder in interessanten Wertpapieren. Wer zu rechnen versteht, der kauft kein Auto mehr, der mietet es im Leasing-Verfahren. Natürlich ist das Auto auf seinen Namen zugelassen.

C. B.

ABSCHREIBUNG

Vorteil für Vielfahrer

Speziell für Kunden, die eine hohe jährliche Fahrleistung haben, ist Auto-Leasing eine interessante Alternative zum Kauf. In der Regel werden die Fahrzeuge, unabhängig von der jährlichen Kilometerleistung, über einen Zeitraum von vier Jahren linear abgeschrieben – in zwei Jahren sind das 50 Prozent des Anschaffungswertes.

Fährt der Kunde nun aber beispielsweise 50 000 Kilometer pro Jahr, dürfte der Verwertungserlös nach zwei Jahren etwa bei 35 Prozent des Anschaffungswertes liegen. Der Kunde hat dann nur 50 Prozent des Anschaffungswertes über die Abschreibung geltend gemacht, obwohl der tatsächliche Wertverlust 65 Prozent beträgt.

Schließt dieser Kunde nun einen *Leasing-Vertrag ab, wird man den* Restwert aufgrund der hohen jährlichen Laufleistung auf 35 Prozent festlegen, so daß 65 Prozent des Anschaffungswertes plus Zinsen während der Vertragslaufzeit in Form der Leasingbeträge an den Leasinggeber zurückfließen. Diese Kosten kann der Leasingnehmer sofort absetzen. Bei eigener Aktivierung kann er dagegen erst nach Ende des zweiten Jahres die Differenz zwischen dem linearen Buchwert von 50 Prozent und dem tatsächlichen Marktwert von 35 Prozent als außerordentlichen Aufwand *geltend machen.*

B.E.

RESTWERT / Oft zu hoch angesetzt

Bei geringerem Marktwert muß der Kunde zahlen

Bei Rückgabe des Fahrzeuges kann der Kunde nochmals zur Kasse gebeten werden. Drei Jahre lang war ein Vertreter der Meinung, einen besonders günstigen Leasing-Vertrag abgeschlossen zu haben.

Auf diese Fahrzeugnutzung war er durch eine Anzeige aufmerksam geworden, in der das von ihm benötigte Kombifahrzeug zu einer erstaunlich niedrigen monatlichen Leasing-Gebühr angeboten wurde. Gleichzeitig ging aus der Anzeige noch deutlich hervor, daß es sich hierbei um ein Vertragsmodell ohne Kilometerbegrenzung handelte, ein Angebot, das für ihn als Vielfahrer besonders interessant war.

Nach Ablauf der vereinbarten Vertragsdauer von 36 Monaten stellte er das Fahrzeug der Leasing-Gesellschaft zur Verfügung und betrachtete den Vorgang als beendet. Um so erstaunter war er jedoch, als er nach 14 Tagen von der Leasing-Gesellschaft eine Rechnung über 3800 Mark inklusive Mehrwertsteuer erhielt. Denn bei der Verwertung des Fahrzeuges hatte sich der im Vertrag kalkulierte Restwert von 11 500 Mark nicht realisieren lassen, sondern nur ein Marktwert von 7000 Mark.

Laut Vertragsbedingungen war er jedoch verpflichtet, die Differenz auszugleichen, wenn der Marktwert unter dem kalkulierten Restwert liegt.

Der vermeintlich günstige Leasing-Vertrag stellte sich damit per Saldo als deutlich ungünstiger dar.

Der hier geschilderte Fall ist leider kein Einzelfall. Man kann jeden Leasing-Nehmer nur ausdrücklich davor warnen, einen Vertrag mit offen ausgewiesenem Restwert abzuschließen, wenn nicht die voraussichtliche jährliche Fahrleistung als Kriterium bei der Kalkulation des Restwertes mitberücksichtigt wurde.

Die realistische Beurteilung des voraussichtlichen Gebrauchtwagenwertes bei Vertragsende kann deswegen nur ziemlich sicher von einer Leasing-Gesellschaft vorgenommen werden, die sich auf Auto-Leasing spezialisiert hat und über das nötige Wissen und die erforderliche Marktkenntnis verfügt.

Ziel einer fachlichen Beratung muß sein, den kalkulierten Restwert so festzulegen, daß bei entsprechender Pflege des Fahrzeugs bei Vertragsende ein Marktpreis erzielt wird, der über dem kalkulierten Restwert liegt. Von dieser Differenz erhält der Kunde 75 Prozent vergütet, die verbleibenden 25 Prozent erhält er als Bonus für einen Anschlußvertrag.

Vor Abschluß eines Leasing-Vertrages mit offen ausgewiesenem Restwert empfiehlt es sich deshalb, den Restwert kritisch zu prüfen.

BERND EHRHARDT

KATALYSATOR

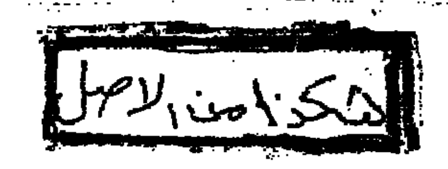
Kein Thema beim Leasen

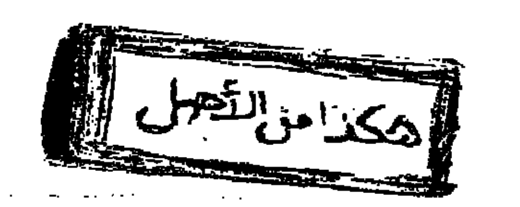
Die gewerbliche Wirtschaft *hat* sich nicht von der Aufregung um den Katalysator für Autos anstecken lassen. Ihre reiche Erfahrung sagt ihr, daß in der Politik nie so heiß gegessen wie gekocht wird. Zudem hatten die Firmen keinerlei Grund zur Aufregung, *soweit sie ihre Autos geleast* hatten. Denn die gewerbliche Wirtschaft hat durchschnittliche Leasing-Laufzeiten für ihre Wagen von 30 Monaten, während die Privatverträge im Durchschnitt über 36 bis 42 Monate laufen.

Aber auch die privaten Leaser können das Thema Katalysator vergessen. Wenn sie ihre Leasing-Vertragszeiten auf 24 Monate einrichten, werden sie immer mit einem noch neueren Auto fahren und vor allem den Zeitpunkt nicht verpassen, an dem sie auf den Katalysator umrüsten müssen. Natürlich rüsten sie nicht selbst um, mit all' dem Umstand, der damit verbunden ist. Pünktlich zum Beginn des neuen Vertrages – ob nun beim nächsten, oder beim übernächsten Anschlußvertrag – steht „der Neue" vor der Tür – umweltfreundlich und steuergenehm.

Das Leasing hat sich beim Katalysator zum Problemlöser gemacht. Sobald er nämlich gesetzlich gefordert und steuerlich gefördert wird, steht auch der Wagen vom Werk bereit. Katalysator? Das ist kein Thema für Leaser.

WP.





Seltsame Entdeckung

P. D. – Wieder einmal hat jemand einen alten Reisebericht ausgegraben, der uns von einem bislang unbekannten, doch hochinteressanten Archipel in fernen Gewässern berichtet. Es ist das „Paralektikon welches ist Abriß & Versuch einer umständlichen Historie von der Anlage und Umwelt der Langerhans'schen Insulae", verfaßt und mit Bildern versehen von Neuronimus Nodulus Friesel, verlegt – und wohlfeil für 28 Mark zu haben – bei Gustav Fischer in Stuttgart.

Im altertümlich umständlichen Tone früher Reisebeschreibung erleben wir die gefahrvolle Fahrt der S. M. S. Peristaltik mit, lernen die seltsame Besatzung kennen und erfahren, wie es auf den eigenartigen Nebeninseln Sumsitua, Oerogol, Revadac oder Eidomos zugeht und was der Expedition dort geschah. Und je weiter die Lektüre schreitet, desto häufiger tritt allerdings an uns die Versuchung heran, die Namen der Orte als Palindrome zu lesen und manches andere nicht so ernst zu nehmen. Aber sind solche Zweifel angebracht?

Der Verlag Gustav Fischer, der sich seit mehr als einem Jahrhundert der Belehrung über die Medizin und die Naturwissenschaften widmet, ist ein seriöses Unternehmen. Ihm verdanken wir z. B. unsere Kenntnis über „Bau und Leben der Rhinogradentia", jener Familie, der Christian Morgensterns Nasobem entstammt – eine Edition im Gewand des Forscherfleißes, die sich als höchst amüsante Wissenschaftsparodie entpuppt. Nicht anders ist es mit den „Langerhans'schen Insulae". Den Medizinern gelangen diese nach dem Freiburger Pathologen Paul Langerhans benannten Inseln der Bauchspeicheldrüse gewöhnlich noch vor dem Physikum zur Kenntnis.

Aber auch wir übrigen Leser, die wir in den menschlichen Innereien nicht so gut Bescheid und darum manche Anspielung nicht zu deuten wissen, sollten uns nicht abhalten lassen, Neuronimus Friesels Reise zu folgen. Denn „diese Geschichten sind gar artig passend und nicht minder angenehm und lehrreich zu lesen, als nützlich".

Von Bali bis Seoul: Musikbühnen Asiens auf dem Horizonte-Festival in Berlin

Prozessionen der Schaulust

Wohin man auch blickt bei diesem Berliner Treffen der Musikbühnen Asiens, ausgerichtet vom 3. Festival der Weltkulturen, es zeigt sich von überwältigender Pracht, von einem unbändigen Willen zur Schönheit, von verschwenderischer, ästhetisch zielstrebiger Herrlichkeit.

Dabei zählen seine Herkunftsländer ja nicht gerade zu den prosperierendsten dieser Erde. Aller Glanz scheint im Gegenteil der weit glanzloseren Wirklichkeit abgetrotzt, der Armut, dem Seelenhunger. Verzauberung wird daher geboten, Vergessen, Hoffnung wohl aber auch – wenn schon nicht auf Erlösung, so doch auf Urlaub von der tristen Realität.

Keine Spur von ästhetisierender Müllkippen-Mentalität, vom vielgerühmten Theater der Armseligkeit, von Selbstkasteiung und Ödnis. Das Theater gibt sich als festlich unterhaltender Aufzug, als Prozession in den immer blauen Himmel der Schaulust, zu genießen mit allen Sinnen und manchem Verständnis für den Kunstfleiß, der jedem Detail einer Aufführung aufs liebevollste zuteil wird.

Nichts wirkt opulent, aber unkontrolliert hingeschüttet, den Augen und Ohren wahllos zum Fraß. Alles wird aufs köstlichste angerichtet, abgeschmeckt, aufgetischt. Die Stilisierung ist auf die Spitze getrieben. Die Minimal art der Exquisiten wird zelebriert, die sich dem europäischen Blick eigentlich erst unter der forschenden Lupe erschließt. Die Künste werden streng an die Kandare genommen. Überall herrscht schärfstes Kalkül, Abstraktion, goldstrotzender Akademismus. Das europäische Ballett, verschrien seit eh und je als der Gipfel der Unnatur, erscheint daneben im Vergleich rauhbeinig und ungeschlacht mit seinen heftigen Körpereffekten. Asien dagegen spricht gewissermaßen denselben Text durch die Blume. Er fällt sinnverwirrend ins Auge und Ohr.

„Horizonte", das Festival der Außerordentlichkeit, führt in wenigen Wochen den unausschöpfbaren Reichtum des fernöstlichen Musiktheaters vor. I Made Djimat, der Tänzer aus Bali, rückt mit seinem vielköpfigen Ensemble an und zeigt in einer Fülle von Maskentänzen, getragen von den scharfen Akzenten des reichbestückten, oft wie rasend lospreschenden Gamelan-Orchesters, seine Verkleidungs- und Verstellungskünste, bald ein Clown, bald ein Tier, bald Herrscher, bald Fabelwesen. Das geht vor sich im Handumdrehen, Historie und Satyrspiel immer zugleich.

Noch bezaubernder freilich gibt sich Ardja, die balinesische Form der Oper, die sich über kolibrihaftem Flötengezwitscher erhebt, aufstiebenden Wolken aus Trillerketten, aus denen sich legendenhafte Romanzen lösen, auf nackten Füßen zierlich vorüberschreitend. Der seidene, reich ornamentierte Prunkvorhang bebt und kreißt. Er entläßt endlich, nach dem vergnüglichen Erzähler kommender Traum-Moritaten, ihre zarten Darstellerinnen, die sich bald als Jünglinge, bald als Mädchen geben und mit ihren instrumental geführten Stimmen singen, als gelte es, mit der Scharfzüngigkeit der Oboen zu konkurrieren.

Trotz ihres verschwenderischen Aufputzes scheinen diese Mädchen dennoch vor allem aus Händen zu bestehen (und nicht, wie von Europas Männern bevorzugt, aus Beinen bis hinauf zum zierlichen Kinn). Ihre Finger signalisieren gelenkig eine luxuriöse Geheimsprache, in der sich alles wie pure Poesie aufeinander zu reimen scheint – und vielleicht tut es das ja auch wirklich.

Trumpf ist bei den meisten dieser fernöstlichen Darstellungen ihre Ausführlichkeit. Wo Zeit noch nicht Geld ist, wo man vom ersten viel, vom zweiten nur wenig hat, können Träume noch dauern. Acht Akte benötigt denn auch die Sichuan-Oper aus dem chinesischen Chengdu, zum ersten Mal vorgestellt in Europa, für ihre Aufführung der „Weißen Schlange", die sich als ein farbenprächtiges Singspiel erwies: ein Märchen von Menschen, Geistern, Dämonen, Landleuten und Bösewichten, mit akrobatischen Einlagen reich durchwirkt.

Aus der Kulisse rattert, läutet, summt, klappert Orchestermusik – feingliedrig und zart. Und so klingt auch der Singsang in seinen hohen, hingezwitscherten Kurven. Alles ist lieblich und lustig und luftig. Die Geschichte, mit szenischem Umschweif aufs kostbarste ausgebreitet, ist schnell erzählt: Die süße weiße Schlange ist unter die Menschen geraten, hat sich in Mädchengestalt in einen sanften Apothekerjungen verguckt und kämpft nun gegen Gott und die Welt für diesen Jungen und ihre Liebe.

Ein Happy-Ende gibt es freilich selbst im achten Akt immer noch nicht. Der von schmerbäuchigen Dämonen bewachte Jüngling bleibt in der Gewalt der Bösen. Die Schlangenlady und ihre Helferin (die sich vom Mann zur Frau und nach Bedarf auch wieder zurückverwandelt) stekken ihm, trotz der mächtigen Unterstützung durch Hummern, Schildkröten und ein zwickfreudiges Austernballett, hilflos die Arme entgegen.

Aber wie man sich gegenseitig auch kujoniert und umtanzt, umspringt, umflitzt, das besitzt eine verschmitzte Rasanz, eine hohe Virtuosität der Kämpfe mit zierlichen Fäustchen, in die sich immer gleichzeitig auch kichern läßt.

Wie Jalousien schnellen die Masken über den Gesichtern auf und nieder und wechseln im Handumdrehen verblüffend den Ausdruck. Man schlägt sich biegsam mit dem Fuß ein drittes Auge in die eigene Stirn. Man braucht es wohl auch – selbst für das chinesische Puppenspiel.

Das Ensemble Xi'An führte seine Stabpuppen mit unglaublicher Geschicklichkeit vor. Gleich zu Beginn macht ein Puppenorchester Musik. Die Backen blähen sich, die Holzfingerchen krümmen sich, sie zupfen die Saiten. Man treibt die irrsinnigsten Zaubereien. Puppen fliegen in vielfachem Salto über die Bühne. Sie gleiten an Seilen von der Saaldecke quer durch den Zuschauerraum. Sie schwimmen in Rudeln durch klares Wasser. Sie speien Feuer. Sie setzen Hals über Kopf zum Sturzflug an – auf das Vergnügen.

Streng und asketisch ging es eigentlich nur bei der koreanischen Hofmusik zu, vom Internationalen Institut für vergleichende Musikstudien Berlin aus Seoul zum Gastspiel geladen. In ihren Konzerten mit „korrekter Musik", die sich mit den Gesetzen des Universums in Einklang zu bringen versucht, wagten die Koreaner ein wundervoll kontemplatives Geduldsspiel, höchste geistige Gesittung, in Klänge fixiert.

KLAUS GEITEL



„Besuch – Begegnung IX", Linolschnitt von Leszek Sobocki (geboren 1934), der 1985 den Kulturpreis der Solidarność erhielt FOTO: KATALOG

4. europäische Graphik-Biennale in Baden-Baden

Die kleinen Großmeister

Kleinmeister wird eine Gruppe von Graphikern der Dürerzeit genannt. Das „klein" darf dabei nicht als wertender Begriff verstanden werden. Es bezieht sich auf die Formate, die diese Künstler bei ihren Arbeiten – insbesondere Kupferstichen – bevorzugten. An solchen Kleinmeistern fehlt es der Graphik gegenwärtig. Das macht die 4. Biennale der europäischen Graphik in Baden-Badens Altem Bahnhof deutlich. Sie wird – und damit setzt sich der Trend, der sich bereits bei der 3. Biennale abzeichnete, fort – in starkem Maße von den „Großmeistern" bestimmt, wobei auch das „groß" keine Wertung einschließt, sondern auf den Hang zu den überdimensionierten Formaten von DIN A 1, DIN A 0 und größer verweist. Die graphischen Techniken werden zwar genutzt, aber die graphischen Künste kümmern dahin.

Wenn der Finne Tapani Mikkonen sein „Interregnum" aus breiten weißen, schwarzen und blauen Linien mühsam als Holz- und Linolschnitt auf fünf 120 x 40 Zentimeter große Papierbahnen druckt, dann fragt man sich, ob derselbe künstlerische Effekt nicht schneller und überzeugender mit einem breiten Pinsel auf einer zwei Meter breiten Leinwand zu erzielen wäre. Und wenn die Polin Isabella Gustowska ihre „Relativ ähnlichen Züge - außer sich", vier Variationen eines Selbstpoträts, mittels verschiedener graphischer Techniken auf der Grundlage von Photos in Lebensgröße bunt zu Papier bringt, so entsteht bestenfalls eine Art von Plakaten, aber kein Kunstwerk, das zur wiederholten Betrachtung herausfordert. Nur Uwe Bremers „Manieren der Androiden" rechtfertigen die annähernd zwei Quadratmeter bedrucktes Papier, weil sich diese Holzschnitte eine Geschichte mit graphischen Mitteln erzählen. Und Björn-Willy Mortensen aus Oslo gelingt das mit seinen ironisch-pathetischen Indianerszenerien auf Blattgrößen, für die sich auch in einer bescheidenen Sozialwohnung noch ein Wandplatz findet.

Das ist eine weitere Schwäche gegenwärtiger Graphik, die bei dieser Biennale deutlich wird. Oft begnügen sich die Künstler mit ein paar dekorativen Linien, gefälligen Figuren oder oberflächlichen Gags. Nicht zufällig wirken viele der mehr als neunhundert Blätter, die zu sehen sind, wie Entwürfe für Tapetenmuster (z. B. von Lisbeth Hedeager, Ian McKeever, Dan van Severen, Charles Lapicque oder Giuseppe Uncini). Sie sind hübsch anzusehen, aber ihnen fehlt jede Spannung. Und gelegentlich stößt man auch auf den puren Kitsch, wenn da eine wildbewegte Pferdeherde oder eine Tänzergruppe mit höchster technischer Perfektion in Mezzotintotechnik von Gatja Rothe ins Bild gesetzt werden oder Matias Quetglas „Zwei Nackte" mit Kaltnadel und künstlichen Alterungsflekken radiert.

In der Auswahl fehlen keineswegs bekannt Namen. Cy Twombly und Friedrich Meckseper sind dabei, Panamarenko und Anatoli Kaplan, Karel Appel und Roland Topor, Paul Eliasberg und Zoran Music. Neue Gedanken sind allerdings nicht zu entdecken. Die Arrivierten bewegen sich in den gewohnten Bahnen. Aber das ist kein Manko. Die aus spinnennetzartigen Strukturen aufgebauten Landschaften Eliasbergs oder der Zyklus „Garten, Wüsten – vielleicht" von Music mit zarten, leicht farbig getönten Linien, die einen Raum und seine Verlassenheit umschreiben, radiert, ragen noch immer aus dem massierten Mittelmaß heraus. (Bis 30. Juni; Brüssel: ab Ende September; danach Swansea, Kopenhagen, Helsinki und Madrid; Katalog 60 Mark)

PETER DITTMAR

JOURNAL

Öffentlichen Theatern laufen Zuschauer davon

dpa, Berlin

Der Besucherschwund in den öffentlichen Theatern hat sich auch in der Saison 1983/84 fortgesetzt. Etwa eine Viertelmillion Zuschauer haben die 84 öffentlichen Theater der Bundesrepublik im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verloren. Einbußen mußten nach der Statistik des Deutschen Bühnenvereins die Sparten Oper, Konzert und Operette hinnehmen. Steigende Besucherzahlen wurden in Musical, Ballett, Operette sowie im Kinder- und Jugendtheater verzeichnet. Bei den Privattheatern stiegen die Besucherzahlen um 200 000 an.

Von der Entdeckung bis zur Unabhängigkeit

dpa, Bonn

„Von Kolumbus zu Bolivar" – unter diesem Titel sind seit Dienstag kostbare Landkarten, Urkunden, Manuskripte und Bücher über Lateinamerika in der niedersächsischen Landesvertretung in Bonn zu sehen. Erster Besucher dieser von der Simon-Bolivar-Gesellschaft in Hannover in Aufrag gegebenen Ausstellung war der mexikanische Staatspräsident Miguel de la Madrid während seines Staatsbesuches. Nach dem Start in Bonn geht die Ausstellung nach Hannover, Hamburg und in die USA.

Klavier-Festival in La Roque d'Antheron

DW. La Roque d'Antheron

Ein Klavierfestival findet in dem provençalischen Städtchen La Roque d'Antheron (Côte du Lubéron) vom 3. bis zum 21. August statt. Zu den Solisten zählen Svjatoslav Richter (4. August mit Youri Baschmet, 6. 8. Soloabend), Martha Argerich und Michel Beroff (10. 8.), Andor Foldes (mit dem Polnischen Kammerorchester, 14. 8.), Andrej Gawrilow (15. 8.) und Youri Egorov (mit dem Orlando-Quartett, 21. 8.).

Buch über „Zehn Jahre Oper in Köln"

Bth. Köln

Seit zehn Jahren wird die Kölner Oper von Michael Hampe geleitet, und das war für die Dramaturgin des Hauses, Irmgard Scharberth, Anlaß für ein Buch mit Essays, Fotos und Dokumentationen über diese Intendanz, die nach dem derzeitigen Vertragsstand noch mindestens bis 1993 dauern wird (Eigenverlag, 220 S., 29,80 Mark). Daß das Buch auch ein paar kontraproduktive Seiten hat, liegt nahe: Köln sparte so kräftig an seiner Oper, daß der einstige Sängerglanz inzwischen trübe Stellen bekommen hat. Aus den Textbeiträgen von Friedrich Klausmeier, Alphons Silbermann und Albin Hänseroth erfährt man sehr viel über die soziologischen und wirtschaftlichen Umfelder des heutigen, nicht nur des Kölner Opernbetriebs.

Museum für Archäologie aus Bibelländern

Ey. Jerusalem

Archäologische Objekte im Wert von mehr als 40 Millionen Dollar bekommen ein Domizil in Jerusalem. Hier wurde jetzt der Grundstein zu einem „Museum der Länder der Bibel" gelegt, in dem die etwa 1800 Gegenstände umfassende Sammlung des kanadischen Kunsthändlers Elie Borowski untergebracht werden soll. Die Funde stammen aus Vorderasien und umfassen die Zeit von 5000 v. Chr. bis 500 n. Chr. Etwa 300 greifen Themen der Bibel auf oder beziehen sich auf die biblischen Geschichten.

Erinnerungen an die „Wilden fünfziger Jahre"

DW. Schallaburg

Sissy-Filme und „Der Förster im Silberwald", Nierentische und das Wirtschaftswunder sind nur einige der Versatzstücke, die sofort die fünfziger Jahre in Erinnerung rufen. Wie „Die wilden fünfziger Jahre" wirklich waren, versucht die Niederösterreichische Landesausstellung auf Schloß Schallaburg (zwischen Linz und Wien) darzustellen. Bis zum 27. Oktober wird dort mit Alltagsgegenständen und vielen Fotos, mit Kitsch und Kunst eine Zeit dokumentiert, die langsam Geschichte wird. Der Katalog kostet 240 öS.

Programmpläne des Théâtre de Genève

Reg. Genf

Der Filmregisseur Daniel Schmid wird auch in der kommenden Spielzeit am Grand Théâtre de Genève arbeiten. Er inszeniert im Bühnenbild von Erich Wonder Bergs Oper „Lulu" mit Patricia Wise in der Titelrolle. Den Filmemacher Claude Goretta hat das Genfer Theater für Monteverdis „L'Orfeo" gewonnen. Weiter geplant sind für 1985/86 „The Rake's Progress" (Regie: François Rochaix), „Le Voyage dans la lune" (Jérôme Savary) „Tannhäuser" (Martha Galvin) und „Falstaff" (Luigi Proietti).

N. Joel und P. Halmen mit „Siegfried" in Wiesbaden

Ein Held auf Abwegen

Wie soll man den „Siegfried", das heroische Lustspiel, mit dem Richard Wagner so schwer zu Rande kam, heute inszenieren? Allzuviel von dem, was der Held sagt und tut, taugt so gar nicht zur Verklärung jugendlicher Kraft. Und mit Wotan, dem resignierenden, zum Wanderer herabgestuften Gott, dem alles danebengeht, dem der Komponist noch nicht einmal ein eigenes, neuartiges Motiv gönnt, ist auch nicht mehr viel Theater zu machen. Nicolas Joel und Pet Halmen hielten ihrem Aussiedlungskonzept die Nibelungentreue. Doch die fortdauernde Deportation in den Fernen Osten löst hier die Probleme genausowenig wie in „Rheingold" oder der „Walküre", auch wenn der asiatische Druck geringer wird.

Das kommentarlos abrollende Märchengeschehen strotzt von lächerlichen Einfällen: die Popsehenswürdigkeit des Drachenkampfes oder die flügelschwingende Waldvogelattrappe gehören zum Beispiel dazu.

Doch immer, wenn Nicolas Joel unsinnliches Abstrahieren verschmäht und die Penetranz des Geschehens durch theatralische Konkretisierung mindert, geht er einen verderbenden Schritt zu weit, erst recht, wenn er mit ostasiatischer Theatermagie dazwischen kommt. Viel zu bereitwillig läßt er sich dabei von Pet Halmens raffinierten Bild- und Ausstattungstricks in Gehege exotischer Illustrationskünste abdrängen. Die instinktsichere Naivität, die noch Romin Rolland und auch Thomas Mann dem „Siegfried" nachrühmen konnten, wird durch die Verlagerung des Geschehens zwar nicht wiederhergestellt, aber mit der räumlichen Entfernung verengen sich die Abgründe.

Der eigentliche Held dieses „Siegfried" war Dirigent Siegfried Köhler. Dem gelegentlich doch etwas zu ausführlich geratenen Stück hilft sein dramatischer Zugriff auf: Im zweiten Akt vor allem, wo die wechselnden Stimmungslagen immer wieder in Beziehung zueinander gebracht werden, wo erzählt, meditiert und agiert wird und das deklamatorische Forte ständig der Variierung bedarf. Die ekstatischen Steigerungen der Schlußszene wären gewiß noch hinreißender gelungen, hätte Lia Frey-Rabin, die mit breitem Vibrato und enger Höhe singende Brünnhilde, nicht Usancen eines Vorstadttheaters einzuschleusen versucht. Dafür bewältigte Toni Krämer die absurden Anforderungen der Siegfried-Partie erstaunlich gut. Sein deutlicher, heller Tenor, dem einstweilen noch die baritonale Basis fehlt, war noch in der großen Szene mit Brünnhilde des gesteigerten Ausdrucks fähig. Der agile Robert Hale sang den Wanderer mit sonorer Kraft und verbesserter Artikulation. Herbert Delamboye als Mime und Peter Stevens (Alberich), beide engagiert bei der finsteren Sache, trafen genau die Mitte zwischen Singen und schauspielhafter Deklamation.

HEINZ LUDWIG

Schenk inszeniert Schnitzler am Wiener Burgtheater

Einsame Menschenwege

Der einsame Weg" von Arthur Schnitzler wird in allgemeiner Lesart als Schauspiel bezeichnet, doch könnte dieses Stück, auch in der diffusen Trübnis, die darüber gebreitet ist, gar ein Trauerspiel heißen: Zwei der Hauptakteure sterben, ein dritter sieht den nahen Tod vor Augen, wesentliches Gewicht wird auf zwei alternde Männer gelegt, die der tönenden Leere ihres gelebten Lebens gegenüberstehen, kein Ziel mehr sehen – und darin dem Leutnant Tunda in Joseph Roths „Flucht ohne Ende" gleichen, der das gleiche Jahrzehnte später erleidet.

Ein einsames Lichtlein auf dem Weg leuchtet aus einem abermals tragischen Umstand hervor: Dem verwitweten und durch den Freitod seiner Tochter geschlagenen Museumsdirektor erwächst in dem jungen Mann, den er ahnungslos als sein Kind aufgezogen hat, nach der Eröffnung dieses Lebensgeheimnisses dessen Liebe als Trost – beide gleichsam Überlebende eines Schiffbruchs.

Die unabweisliche Melancholie des Stückes ist wohl ein durchaus Schnitzlerischer Zug, aber bei dem damals vierzigjährigen Verfasser doch ungewöhnlich. Allerdings fehlt dem Stück die heftige Aktion einer Tragödie, es baut wesentlich auf knappen Dialogen auf, die wieder den Schauspielern viel Gestaltungsmöglichkeiten bieten. Und an Brahm schrieb Schnitzler ja versöhnlich, es sei ihm eine Freude, mit einem der wenigen Menschen zu verkehren, für die Meinungsverschiedenheiten kein trennendes, sondern vielleicht eher ein bindendes Element bedeuten. Andererseits notiert er, daß er das Gefühl habe, sich beim „Einsamen Weg" zu Großes aufgeladen zu haben. Der Entwurf wurde durch Jahre um und um gewälzt, und vermutlich hätte Schnitzler doch dem Goethewort folgen sollen, eine schief geknöpfte Weste müsse ganz neu zugemacht werden.

Die Uraufführung fand dann 1904 in Berlin statt, das Burgtheater zog erst 1914 nach und kann somit ein Siebzigjahr-Jubiläum begehen. Lange hielt sich das Stück nicht auf dieser Bühne. Was schon manche Kritiker bei der ersten Aufführung vermerkt hatten, hätte vielleicht auch jetzt, in unseren schnellen Zeiten, vom hochgeschätzten Otto Schenk (Regie) berücksichtigt werden sollen: daß der Dialog nicht zerdehnt werden darf. Das ergab Längen, die man hätte überspielen können, bei aller großartigen Könnerschaft der Darsteller, der Damen Helma Gautier, Birgit Doll und Kitty Speiser und der Herren Rudolf Melichar, Joachim Bißmeier, Michael Heltau, Rudolf Buczolich. Monika von Zallinger schuf korrekte Kostüme aus der Zeit und ein eindrucksvolles Bühnenbild. Die Zuschauer aber saßen ein wenig befremdet vor Menschen, die so sehnsüchtig nach Kontakt verlangen, den sie nicht zu erringen wissen, so daß alle einsam ihren Weg gehen müssen.

ERIK G. WICKENBURG

Köln dokumentiert den Samisdat in Osteuropa

Verboten und verbreitet

Vor zwei Jahren zeigte die Zentralbücherei Köln eine Ausstellung über die Bücherverbrennung unter den Nationalsozialisten. Jetzt wird am selben Ort eine Übersicht über den Samisdat in Osteuropa, die zensurfreie Untergrundliteratur, gegeben. Ganz bewußt soll damit gezeigt werden, daß die Unterdrückung des Geistes nicht auf die Vergangenheit beschränkt ist. Die Ausstellung – begleitet von einer vielbeachteten Podiumsdiskussion, an der u. a. Erich Loest und Adam Zagajewski teilnahmen – macht die Unterschiede und das breite geistige Spektrum des Samisdat in den kommunistischen Staaten deutlich.

So sind in Köln Gesangbücher und Bibeldrucke der in der Sowjetunion verfolgten Evangeliumschristen/Baptisten zu sehen. Außerdem wird auf einer selbstgebauten Druckmaschine aus Milchkannen und Fahrradketten vorgeführt, wie diese Druckschriften vervielfältig wurden. Andere Beispiele verweisen auf den Kampf in Litauen, Lettland und der Ukraine gegen die Russifizierung und für eine nationale Unabhängigkeit.

In Rumänien ist die Angst des Regimes so groß, daß sogar Schreibmaschinen polizeilich registriert werden. Die Ausstellung beschränkt sich daher auf Buchmanuskripte, die aus Rumänien herausgeschmuggelt wurden, und stellt die dann im Ausland erschienenen Bücher daneben. Aus Bulgarien sind Bücher zu sehen, die kritische Passagen etwa zu Stalins Straflagern enthalten und zunächst durch das enge Netz der Zensur schlüpften. Nach ihrem Erscheinen wurden die Schriften schnell eingezogen, ihre Autoren den „üblichen" Torturen unterworfen.

Die „DDR" ist mit Graphiken und Gedichten sowie Schriften der Friedensbewegung aus dem Umfeld der evangelischen Kirche vertreten. Von der Untergrundpresse in der ČSSR zeugen Exemplare der „Historischen Studien", der seit 1981 erscheinenden „Kritischen Umschau", sowie literarische Texte von Vaclav Havel und Jaroslav Seifert.

Die Wechselwirkungen zwischen staatlicher Kulturpolitik und unabhängiger „Parallelkultur" belegt in der Ausstellung Andrzejewskis berühmter Roman über Polen im Stalinismus, „Asche und Diamant", der offiziell nur nach strenger Selbstzensur des Autors verlegt wurde. Die Originalversion des Buches erschien dann im Westen und fand auf Umwegen wieder ins Ursprungsland zurück.

Die Polen verstehen den Samisdat am phantasievollsten zu nutzen. In den Vitrinen liegen Flugblätter und Bulletins mit bezeichnenden Titeln wie „Der Widerständler", „Das Gitter" oder „Veto". Es gibt einen Solidarność-Comic aus neuester Produktion und Tonkassetten vom „Festival des verbotenen Liedes".

Auch in Ungarn leistet sich der Samisdat intellektuellen Luxus. Die erste bekannte Druckschrift beschäftigte sich 1976 mit dem richtigen Marx-Verständnis. Heute analysiert man Entwicklungen in den „Bruderländern". So gibt es eine Budapester Schriftenreihe „Osteuropas unterdrückte Arbeiteraufstände" im unabhängigen AB-Verlag. Die aktuellste Publikation ist Polen 1981 gewidmet.

Solche Verständigung der unterdrückten Intellektuellen über die Grenzen hinweg dürfte die Wahrheiten des Samisdat freilich aus der Sicht der Regime nur noch unangenehmer und gefährlicher machen. (Bis 28. Juni; Begleitheft kostenlos)

HERMANN SCHMIDTENDORF

Essen: Museum Folkwang zeigt Öl-Bilder und Grafiken von Martin Disler

Beschwörungsformeln des Schamanen

Blut, Schweiß und Tränen vertropfen die Menschen, die Martin Disler malt. Und Menschen malt er. Nichts anderes. Sie sind zuweilen schwer zu finden auf seinen Bildern, schwer zu erkennen, aber sie sind da. Oder doch wenigstens Stücke von ihnen: Kopf, Glieder, Torsi mit Geschlechtsmerkmalen. Das gibt zusammen nicht immer ganze Menschen, aber ganze Bilder. Zu sehen sind sie derzeit im Essener Folkwang Museum, gehen dann weiter ins Musée d'Art moderne de la Ville de Paris.

Dislers deutscher Galerist, Maenz in Köln, flankiert die Essener Bilderschau mit einer reichhaltigen Ausstellung von Zeichnungen: „The electric line and the shining shadow of your body". Der Münchner Galerist Karl Pfefferle hat jüngst ein Buch publiziert, das Zeichnungen von Disler und Texte von Démosthènes Davvetas vorstellt: „Bleeding Dancers" (Edition Pfefferle, 190 Mark). Mit einem Wort: Viel Disler im Land.

Das ist so überraschend nicht. Anders als so mancher wilde Komet hat der Schweizer Martin Disler, Jahrgang 1949, in einigen Jahren seine Bahnen mit Beständigkeit gezogen. Er war vertreten, wo man seine Marke gesetzt haben muß, um im Circuit der aktuellen Kunst die Nase vorn zu haben. Dislers Bilder haben nicht nur Intensität, sondern auch Solidität.

Nun sogar auf Leinwand. Diese langsame Technik hat Disler bisher stets gemieden. Zeichnungen waren eher sein Metier, bei der Malerei griff er zu den schnell trocknenden Acrylfarben. Die Essener Ausstellung markiert hier einen neuen Ansatz Dislers.

Die Technik hat wohl Beziehungen zum Inhalt. Was Dislers Malerei auszeichnet, ist ein geradezu magischer Atavismus. In einer Zeit der elektronischen Technisierungen, einer Zeit der Entleibung des Denkens, des Verlusts der Sinne erinnert Dislers Malerei an die Fleischlichkeit, Blutigkeit, Geschlechtlichkeit des Mensch-Seins.

Mit seinen Zeichen beschwört Disler diese Urgründe des Animalischen: Ein Schamane, der auch tanzt, bis er blutet. Zumindest auf dem Zeichenblock – siehe die „Bleeding Dancers". Eben hier schließt sich Disler kurz mit avantgardistischer Pop-Musik, mit Disco-Kultur, mit dem Ritual, bei dem Tanz in die Ekstase führt. Das wäre etwa der Komplex der Zeichnungen.

Die Bilder scheinen weniger von solchen Beschwörungsformeln zu handeln als vom schweren Weg ins Innere seiner selbst, wie ihn in Essen auch eine Installation, während einer Nacht entstanden, beschreibt: Ein langer blutroter Gang, den man durchschreitet, um am Ende das helle Panorama seiner Bilder zu erleben. Im Innern von Disler sind eben Bilder und nichts als Bilder zu finden. (Essen bis 30. 6., Köln: bis 29. 6., Paris: 16. Okt. bis 1. Dez., Katalog 25 Mark)

REINHARD BEUTH



Seine Kunst entsteht nicht aus Kalkül, sondern aus innerer, unabweisbarer Notwendigkeit – Radierung von Martin Disler, ohne Titel, 1985 FOTO: KATALOG

Kiel – für eine Woche bunteste Maus der Welt

GEORG BAUER, Kiel

Wenn am Samstag die „Kieler Woche" eröffnet wird, verwandelt sich Kiel, die graue Maus unter den Landeshauptstädten der Republik, für eine Woche in die bunteste Maus der Welt. In allen Ecken und Enden dieses Anwesens aus Hafenanlagen, verwirrenden Straßenführungen und angedeuteten Hochhäusern ist das Hochgefühl spürbar, endlich wieder das Parkett für die Prominenz zu sein.

Diese gehobene Stimmung riß die Organisatoren dieser Mammutschau aus Politik, Sport, Musik und Wissenschaft offenbar zu einer vorschnellen Ankündigung hin. Nicht Bundespräsident Richard von Weizsäcker wird die Veranstaltung auf dem Rathausplatz eröffnen, wie noch in der Programmvorschau ausgedruckt, sondern Bundestagspräsident Philipp Jenninger, der zweite Mann im Staate.

Euphorische Veranstalter

Ursache des Mißverständnisses: Die euphorisch gestimmten Veranstalter hatten vergessen, ihre Wünsche im fernen Bonn rechtzeitig anzubringen. So war der Terminkalender des Präsidenten schon ausgebucht.

Doch kommen wird von Weizsäcker. Am Montag wird er das Motto der Woche „Musik – Brücke zwischen den Völkern" würdigen, wenn er den ersten nordischen Kammerorchester-Wettbewerb besucht, an dem sich Orchester aus Kopenhagen, Helsinki, Oslo, Stockholm und Kiel beteiligen.

Die ganze Stadt, so kündigte Oberbürgermeister Karl Heinz Luckhardt an, soll „zum Klingen gebracht werden". 6000 Musiker, Sänger und Tänzer, organisiert in Big Bands, Chören, Beat-, Jazz- und Folkloregruppen, sollen auf Plätzen und Straßen für eine Atmosphäre sorgen, die sonst erfüllt ist vom Tuten der Fährschiffe, Brummen der Automotoren.

Nicht minder üppig ist das Angebot in Theatern und Oper, wo der Besucher während dieser Woche wählen kann zwischen Brechts „Dreigroschenoper" und Bellinis „La Sonnambula". In dieser Fülle von Veranstaltungen scheinen die mehr als 3000 Segler schier unterzugehen. Doch gerade ihr Ansturm hatte 1978 mit dazu geführt, daß man einen Meldestopp verordnen mußte.

Ein Traum für die beiden Segelbegeisterten, die vor mehr als hundert Jahren die Idee aus der Taufe hoben. Zwei Hamburger waren es übrigens. Die Förde mit ihrer minimalen Strömung und dem gezeitenfreien Meer bot sich geradezu für Wettfahrten an. Am 23. Juli 1882 gingen die ersten 20 Yachten an den Start, ein Jahr später wuchs die Zahl der Teilnehmer auf 50 und 1887 verzeichneten die Veranstalter bereits 100. 1887 wurde auch das Gründungsdatum des „Marineregattavereins", Vorläufer des „Kaiserlichen Yachtclubs" (KYC). Nur kurze Zeit, und die Mitgliedsliste des Clubs las sich wie das „Who's who" der Epoche.

Seine kaiserliche Majestät höchstselbst, Wilhelm II., der – unterstützt von Großadmiral Tirpitz – ausgezogen war, den Engländern mit einer Flotte auf den Meeren Paroli zu bieten, nahm ab 1894 an der Regatta teil – auf einem Boot seines Bruders Heinrich. Die gewittrige Atmosphäre Vorkriegs-Europas bestimmte bald die Kieler Woche. Statt in sportlichem Wettbewerb Punkte zu sammeln, wurde Tonnage gezählt. Rückten die Engländer 1914 mit vier Schlachtschiffen und drei Kreuzern an, begrüßten sie die Deutschen – reines Imponiergehabe – mit ihrem III. Geschwader.

Nach dem Krieg schöpfte auch Kiel Atem. An eine Wiederbelebung der Woche war vorerst nicht zu denken. Streng nach dem Versailler Vertrag konnten die Segler mit ihren Schiffen allenfalls innerhalb der Dreimeilenzone dümpeln. Hinzu kam, daß Kiel durch den Matrosenaufstand den Geruch hatte, Hort und Brutstätte landesverräterischer Elemente zu sein.

„Frischen" Wind in die Kieler Wochen brachten dann die Nationalsozialisten; doch nur, um die Idee des Sports vollends zu mißbrauchen. Wie sagte doch der damalige Oberbürgermeister brauner Couleur 1936: „Von nun an wird die Reichsmarinestadt Kiel das seglerische Nürnberg Deutschlands sein."

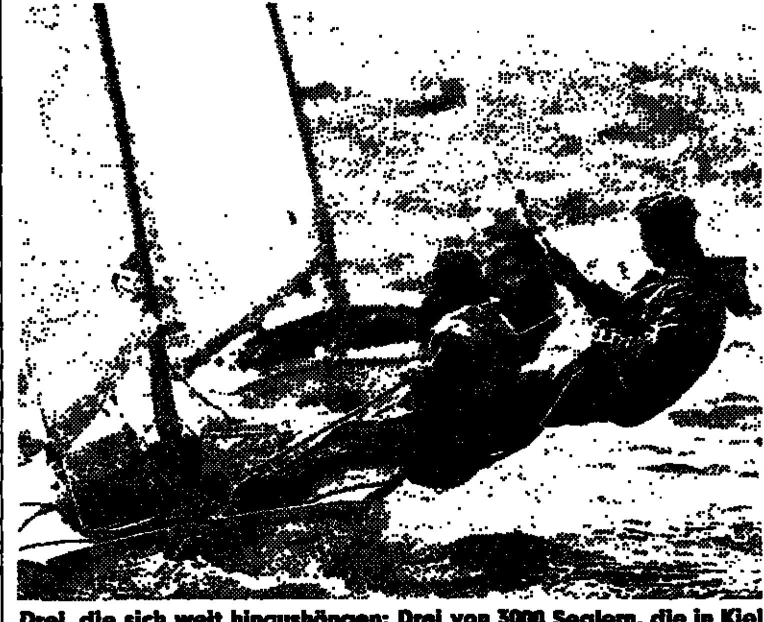
Eine Allee toter Schiffe

Der Spuk endete 1945. Der Hafen war zum Friedhof für Kriegsschiffe geworden oder, wie es 1946 ein Chronist notierte: „Der Hafen – eine Allee toter Schiffe."

Wieder eine neue Kieler Woche? Schon aus Scham war daran nicht zu denken. Statt dessen sollte es eine Septemberwoche geben, anknüpfend an die Kieler Herbstwochen der Kunst und Wissenschaft aus den zwanziger Jahren.

Nur die Engländer, unbelastet und traditionsbewußt, dachten anders. Sie organisierten, mittlerweile von Flensburg bis südlich von Bonn die Herren im Lande, ihren „Sieg". So konnte es dann geschehen, daß 1949 mit einer Mischung aus Sport und Kultur, Politik und Spiel ein Neuanfang gemacht wurde. Und die Segler bewiesen der Stadt die Treue.

Ob das auch mit dem Wetter so sein wird? Nach dem Kaiserwetter – jener Mischung aus strahlend blauem Himmel und flotter Brise – hoffen die Kieler nun auf das Präsidentenwetter, mag auch von von Weizsäcker zunächst wenigstens nicht die Spur zu sehen sein.



Drei, die sich weit hinaushängen: Drei von 3000 Seglern, die in Kiel auf Sieg und Präsidentenwetter setzen. FOTO: HORSTMÜLLER

WETTER: Nur im Norden kühl

Wetterlage: Ein Tiefdrucksystem verlagert sich vom westlichen Deutschland weiter nach Osten. Es lenkt in die Südhälfte warme, in den Norden vorübergehend kühle Meeresluft.



Vorhersage für Donnerstag:
Im Norden bei wechselnder Bewölkung einzelne Schauer, Höchsttemperaturen zwischen 15 und 18 Grad, nachts bei 10 Grad. Im Westen und Süden Deutschlands überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen, zum Teil auch Gewitter. Höchsttemperaturen um 25, nachts kaum unter 14 Grad. Schwacher Wind aus wechselnden Richtungen.

Weitere Aussichten:
Am Freitag und Samstag überwiegend heiter und trocken.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	18°	Kairo	30°
Bonn	20°	Kopenh.	17°
Dresden	18°	Las Palmas	22°
Essen	19°	London	14°
Frankfurt	20°	Madrid	23°
Hamburg	17°	Mailand	19°
List/Sylt	14°	Mallorca	24°
München	18°	Moskau	17°
Stuttgart	19°	Nizza	20°
Algier	27°	Oslo	18°
Amsterdam	18°	Paris	17°
Athen	27°	Prag	15°
Barcelona	22°	Rom	24°
Brüssel	16°	Stockholm	21°
Budapest	18°	Tel Aviv	27°
Bukarest	14°	Tunis	32°
Helsinki	19°	Wien	16°
Istanbul	20°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Freitag: 5.05 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 7.29 Uhr, Untergang: –.– Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Japan erlebt nach 25 Jahren seinen zweiten „Fernsehmord" / Journalisten als Zeugen des Verbrechens



Zwei Morde, die die Welt erschaudern ließen: Links das Opfer dieser Tage. Foto rechts: Sekunden vor dem Tod des japanischen Oppositionsführers am 12. Oktober 1960. Beide Male geschahen die Verbrechen vor den Augen einer entsetzten Öffentlichkeit. FOTOS: AP/UPI

Ein Mord vor laufenden Fernsehkameras

FRED de LA TROBE/DW. Tokio

Ein Mord mit einem Bajonett, der sich praktisch vor laufenden Fernsehkameras abspielte, hat in Japan ungeheures Aufsehen erregt. Die Fernsehnachrichten brachten die Bluttat, die sich am Dienstag nachmittag in Osaka ereignete, immer wieder in aller Ausführlichkeit, und die Schlagzeilen der Zeitungen wurden gestern fast ausschließlich davon beherrscht.

Das Opfer war der 32 Jahre alte Kazuo Nagano, ein Mann, der seit Tagen von der Polizei wegen seiner zweifelhaften Geschäftsmethoden vernommen worden war: Er hatte an etwa 50 000 Japaner Goldbarren „verkauft", sie aber nicht ausgeliefert und statt dessen nur „Besitz-Zertifikate" ausgestellt. Er versprach den Inhabern dieser Zertifikate hohe regelmäßige Gewinne.

Am Dienstag nachmittag versuchten zahlreiche Journalisten und Fernsehreporter, mit Nagano in dessen Wohnung zu sprechen – er hielt jedoch die Tür verschlossen.

Plötzlich erschienen zwei Männer und forderten energisch Platz: „Wir sind hergekommen, um ihn zu ermorden." Die verblüfften Reporter gingen zur Seite und filmten, wie die beiden Männer zunächst vergeblich versuchten, die Tür aufzubrechen, anschließend die Fenster einschlugen. Die Männer drangen in die Wohnung ein. Man hörte laute Schreie und Getümmel. Kurze Zeit darauf kamen die beiden Männer blutüberströmt wieder heraus.

Der 56 Jahre alte Atsuo Iida gab anschließend, das blutige Bajonett in der Hand, ein erstes Interview: Er sei Repräsentant der „Partei der armen Leute Japans", sagte er – einer Gruppe, die es früher einmal gegeben hat. Er habe aus Erbitterung darüber gehandelt, daß Nagano kleine Leute betrogen habe. Später behauptete er auch, im direkten Auftrag einiger Opfer gehandelt zu haben. Sein Komplize, der 30 Jahre alte Bauarbeiter Masakazu Yano, soll von Iida zur Mittäterschaft angestiftet worden sein.

Eine Ambulanz brachte den schwer verletzten Nakano kurz darauf in ein Krankenhaus, wo nur noch sein Tod festgestellt werden konnte. Sein 1981 gegründetes Unternehmen Toyota Shoji hatte sich rasch zu einer riesigen Organisation mit 7000 Teilzeit-Verkäufern und 80 Büros in ganz Japan entwickelt. Ob das Gold, nach dem sich alles drängte, tatsächlich vorhanden ist, muß sich erst noch herausstellen.

Die grausige Bluttat, die quasi direkt vor den Kameras des Fernsehens ablief, ruft einen anderen Mord vor 25 Jahren ins Gedächtnis zurück. Am 12. Oktober 1960 fand in Tokios Hibiya-Halle zu Beginn des Wahlkampfes eine Großkundgebung aller Parteien statt.

Auf der Liste der angekündigten Redner stand auch der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Inejiro Asanuma. Einige Monate vorher hatte er bei einem Besuch in Peking zusammen mit seinen maoistischen Gastgebern die „amerikanischen Imperialisten" als den gemeinsamen Feind Japans und Chinas verdammt.

In einer der vordersten Reihen des vollgepackten Saals saß der 17jährige Oberschüler Otoya Yamaguchi, ein Rechtsradikaler, der erst vor kurzem aus der Großjapanisch-Patriotischen Partei ausgetreten war, weil sie ihm zu lahm erschien. Uner seiner Jacke hielt er ein langes feststehendes Messer verborgen.

Der Sozialistenführer Asanuma war gerade ans Rednerpult getreten und hatte die einleitenden Worte gesprochen. Da stürzte Otoya Yamaguchi auf die Bühne, faße den Griff des Messers mit beiden Händen, holte weit aus und stach mit voller Wucht mehrmals auf Asanuma ein. Der Politiker prallte zurück, fiel zu Boden und verblutete.

Auch damals spielte sich der grausige Vorfall im Angesicht der surrenden Kameras des Fernsehens ab. Damals sogar live. Polizibeamte überwältigten den Mörder, leß sich widerstandslos abführen ließ. Einige Tage später erhängte er sich in seiner Zelle. Vorher hatte er mit Zahnpasta an die Wand geschrieben: „Mit sieben Leben werde ich dem Vaterland dienen. Lang lebe der Kaiser". Für seine politischen Freunde wurde er ein Symbol des echten Patrioten.

Wetterfrosch per Satellit für jedes Heim

DIETER THIERBACH, Bonn

Was die Sehbeteiligung angeht, schlagen die Fernseh-Wetterberichte selbst Dallas und Denver aus dem Rennen. Fester Bestandteil der Vorhersage ist dabei seit Jahren der eindrucksvolle Blick auf das anschauliche Satellitenbild. In Hamburg wurde jetzt ein Gerätchen – offiziell Bildempfangsstation genannt – vorgestellt, mit dem sich jederman zu jeder Zeit diese Wetter-Bilder ins Wohnzimmer holen kann. Dabei ist die Anlage kaum größer als ein Videorecorder und kostet, das ist der eigentliche Knüller, 5700 Mark, ein Bruchteil professioneller Empfangsgeräte.

Bilder von außerordentlicher Schärfe liefert der europäische Wettersatellit Meteosat 2, der seit Sommer 1981 fest über dem westafrikanischen Golf von Guinea über der Erdkugel geparkt ist. In 35 900 Kilometern Höhe dreht er sich genauso schnell wie der blaue Planet unter ihm. Von dort oben hat er ein Drittel der Erdoberfläche ständig im Blickfeld, vom Osten Brasiliens über Afrika hinaus bis nach Norwegen.

Alle 30 Minuten tastet er mit einer Spezialkamera die Erdoberfläche ab. Die Aufnahme, die aus 25 Millionen Bildpunkten besteht, wird vom Europäischen Operationszentrum für Weltraumforschung (ESOC) in Darmstadt aufbereitet, mit Umrissen der Kontinente versehen und wieder zum Satelliten gefunkt. Diese aufbereiteten Bilder werden dann erneut zur Erde abgestrahlt. Durchschnittlich alle vier Minuten erscheint auf dem Fernsehschirm ein neues Bild, 24 Stunden am Tag.

Ganz abgesehen vom praktischen Nutzen ist es faszinierend zu beobachten, was sich da zwischen Azoren-Hoch oder Island-Tief an Wolkenfeldern über dem Atlantik zusammenbraut. Obwohl der Wetterfrosch im All mit einer mageren Leistung von nur 60 Watt sendet, reicht eine wettererprobte sieben Kilogramm schwere Parabolantenne aus Aluminium von einem Meter Durchmesser aus, um die Wetterfotos zu empfangen. Das Bild läßt sich sogar ausschnittsweise vergrößern, so daß man Deutschland formatfüllend auf den Schirm bekommt, deutlicher als beim amtlichen Wetterbericht.

Entwickelt haben das Wunderding Mitarbeiter einer italienischen Elektronikzeitschrift. In Italien sind bereits 2500 Stationen in Betrieb. Dabei ist das ganze völlig legal. Aufgrund des Fernmeldemonopols möchte nur die Bundespost etwas mitverdienen. Sie stellt eine offizielle Genehmigungsurkunde aus und kassiert monatlich zwei Mark Gebühr.

LEUTE HEUTE

Verloren

Millionen von Fernsehzuschauern in aller Welt können aufatmen: „Dallas" wird fortgesetzt. Ein Gericht in Los Angeles wies die Klage der Schauspielerin **Donna Reed** ab, die wegen „Vertragsbruch" den Produktionsstopp der Serie gefordert hatte. Donna Reed sollte die Rolle von „Miss Ellie" übernehmen, weil die Schauspielerin **Barbara Bel Geddes** aus Gesundheitsgründen aufhören mußte. Die Qualitäten der Nachfolgerin reichten an die der Ur-Filmmutter von Bobby und J. R. Ewing jedoch nicht heran. Schließlich mußte sie nach Klagen von „Dallas"-Anhängern die Ewing-Ranch verlassen, was sie zum Protest veranlaßte. Die Produzenten hatten sich der alten Miss Ellie besonnen, die wieder gesund zu sein scheint.

Verheiratet

Sein Entree in die hohe britische Gesellschaft sicherte sich jetzt der Weltklasse-Polospieler **Howard Hipwood** (35). Er verlobte sich mit der einzigen Tochter des Earl of Westmore, Lady **Camilla Fane** (27). Camilla war einst ein Flirt von Prinz **Charles** gewesen, der wiederum mit Hipwood befreundet ist und gelegentlich mit ihm Polo spielt. Des Sportlers letzte Freundin war die Hamburger Fotografin **Astrid Ott** (33), die eigens zu ihm in sein Landhaus zog. Jetzt kehrt sie zugunsten Lady Camillas in die Hansestadt zurück.

Verfilmt

Das britische Königshaus ist offenbar enttäuscht ob des Desinteresses der beiden großen Fernsehanstalten des Landes an einem Film über den eng mit dem Königshaus verbundenen Earl Mountbatten, einem Onkel von Prinz **Philip**. Königin **Elizabeth II.** hatte das Projekt nicht nur gebilligt, sondern auch die Auswahl des Schauspielers **Nicol Williamson** als Hauptdarsteller begrüßt. Das Sechs-Stunden-Opus über den letzten indischen Vizekönig, der 1979 bei einem Attentat der irischen Untergrundorganisation IRA starb, wird gegenwärtig mit einem Aufwan von zwölf Millionen Mark verfilmt.

Versorgt

Zwei Gläschen Wisky und ein Riesenstück Torte gehmigte sich der älteste Einwohnr New Yorks, **John Wisinckas**, zu sinem 106. Geburtstag. Üblicherweie trinkt der alte Herr täglich nur ei Glas, das er durch ausgedehnte Spaziergänge kompensiert. Seine Betreuer sind überzeugt, daß der fühere Tischler sein langes Leben cr Ehelosigkeit und seinem regelmäigen, aber gemäßigten Whiskykosum verdankt. Der Jubilar schweigt dazu.

Verurteilt

Ein Chirurg aus Beverly Hills muß seine Luxusvilla ein Monat lang mit einem „Rattenloch" in Los Angeles vertauschen. So lautet der seltsame Urteilsspruch eines Richters der Stadt. **Milton Avol** hatte sich drei Jahre lang geweigert eines seiner rattenverseuchten Häuser zu renovieren. Einer der Mieter klagte. Der Richter sprach das Urteil nach dem Lokaltermin: acht Wochen Haft, davon vier in dem eigenen Haus. Den Rest darf der Arzt in einer sauberen Gefängniszelle absitzen. Das salomonische Urteil soll ihm verdeutlichen, was der Begriff „Menschenwürde" bedeutet.

Eine Katastrophe wird ausgeschlachtet

713 Millionen Mark verlangen die Opfer der „Amoco Cadiz" / Prozeßbeginn im Frühjahr '86

AP, Saint-Brieuc

Anfang kommenden Jahres wird in Chicago einer der größten Zivilprozesse des Jahrhunderts beginnen: Das zivilrechtliche Verfahren um die Regulierung der Schäden, die im März 1978 durch die Strandung des Supertankers „Amoco Cadiz" vor der bretonischen Küste entstanden sind. Die Gesamtsumme der Ansprüche von Staat, Kommunen und Bürgern gegen das amerikanische Unternehmen Amoco International beläuft sich auf 2174 Millionen Franc, das sind umgerechnet rund 713 Millionen Mark.

Diese Zahl veröffentlichte ein Zweckverband, der mit Delegierten der 78 geschädigten Kommunen und der beiden betroffenen Departements besetzt ist, in der bretonischen Stadt Saint-Brieuc. Die Behörden erheben Anspruch auf 1,34 Milliarden Franc (440 Millionen Mark) an Entschädigungen und Zinsen; in die verbleibende rund eine Milliarde Franc (328 Millionen Mark) teilen sich der Staat und die übrigen Geschädigten etwa je zur Hälfte.

Der Zweckverband hält die Ansprüche für gerechtfertigt. Es sei nämlich möglich gewesen, die finanzielle Dimension der Schäden, die die Ölpest vor der französischen Küste anrichtete, recht genau zu messen.

Der zivilrechtliche Weg zur Schadensregulierung ist offen, seitdem ein Chicagoer Gericht das amerikanische Unternehmen, dem die „Amoco Cadiz" gehörte, für die Ölkatastrophe verantwortlich erklärt hatte. Die zunächst vorgesehenen Termine – Sommeranfang und Frühherbst 1985 – haben sich allerdings zerschlagen, weil erst Amoco International und dann der französische Staat um Aufschub gebeten hatten.

Nun wird damit gerechnet, daß Anfang 1986, fast acht Jahre nach der Ölpest, das Verfahren beginnen kann. Geht es günstig für die Departements und Gemeinden aus, dürften Entschädigungen gezahlt werden, die sowohl die wegen der Katastrophe eingegangenen Kreditverpflichtungen abdecken als auch für den entgangenen Gewinn aufkommen. Darunter verstehen die Gemeinden den Schaden, der durch ausgebliebene Touristen beziehungsweise geringeren Fischfang entstanden ist.

Allein um ihre Verteidigung im Verfahren sicherzustellen, sind die beiden Departements und die 78 Kommunen finanzielle Verpflichtungen eingegangen, die sie bisher mit elf Millionen Franc (3,6 Millionen Mark) belasten. Dazu kommen in diesem Jahr vermutlich weitere acht Millionen Franc (2,6 Millionen Mark).

Anders gerechnet hat seit 1978 jeder Einwohner der 78 Kommunen jährlich über seine Steuerzahlungen hinaus zehn Franc (3,28 Mark) bezahlt, um die Verteidigung der Interessen der „Amoco Cadiz"-Geschädigten in Chicago möglich zu machen.

Die Rechnungen von 15 der betroffenen Kommunen sind Gegenstand eines ersten Treffens von Bürgermeistern mit Vertretern des Unternehmens, in dem die Gemeindeoberhäupter ihre Position als Opfer der Ölkatastrophe deutlich machen wollen. Nach Angaben des Zweckverbandes machen die zwei einhalb Milliarden Francs, die gefordert, etwa die Hälfte eines Jahresgewinns des Amoco-Trusts aus.

Positive Bilanz: Trunkenheit am Steuer rückläufig

hey, Bonn

Das Verantwortungsbewußtsein der Autofahrer hat sich nach Angaben von Bundesjustizminister Hans Engelhard weiter verbessert. Vor allem die Zahl derjenigen, die mit Alkohol am Steuer ertappt werden, sei rückläufig. Diese positive Bilanz zog Engelhard gestern unter Berufung auf die neueste Statistik über Führerscheinentzüge und Fahrverbote. Danach ging die Gesamtzahl der Führerscheinentzüge von 1983 mit 155 551 auf 147 058 im vergangenen Jahr zurück. Das bedeutet eine Abnahme um 5,5 Prozent. Um fast genausoviel (5,4 Prozent) verringerten sich dabei die Fälle, in denen die Fahrerlaubnis wegen Trunkenheit im Verkehr eingezogen wurde: 1983 waren es 137 220 gegenüber 129 856 im Jahr 1984. Eine positive Entwicklung gab es auch bei den von den Gerichten angeordneten Fahrverboten. Sie reduzierten sich im Vergleichszeitraum von 45 326 auf 44 195 – also um 2,5 Prozent. Dabei ging der Anteil der wegen Trunkenheit verhängten Fahrverbote prozentual noch deutlicher zurück. Er sank von 17 841 um 4,3 Prozent auf 17 071 Prozent. Dazu meinte der Minister, die Autofahrer hätten es selbst in der Hand, eine Senkung der Promillegrenze überflüssig zu machen.

Amok-Schütze

AFP, Rennes

Ein Amok-Schütze hat gestern in den Departements Côtes du Nord und Ille et Vilaine in der Bretagne sieben Menschen mit einem Karabiner getötet und fünf weitere verletzt. Der geistig gestörte Täter, der 41jährige Guy Martel, konnte wenig später in Evran (Côte du Nord) von der Polizei gefaßt werden.

Wieder Grubenexplosion

dpa/UPI, Taipeh

Bei einer Explosion in einem Kohlebergwerk in 2000 Meter Tiefe sind gestern in Taiwan sieben Bergleute ums Leben gekommen und 18 verletzt worden. Nach Angaben der Behörden in Taipeh arbeiteten zur Zeit des Unglücks 92 Kumpel unter Tage. Die Grube südlich von Taipeh ist seit Dezember geschlossen, nachdem 93 Bergleute bei einer Explosion starben. Es durften dort nur noch Wartungsarbeiten ausgeführt werden.

Zu viel Chlor in Bädern

AP, Düsseldorf

In vielen Schwimmbädern wird fahrlässig mit Chlor zur Wasserentkeimung umgegangen. Bei einer Sonderprüfung der Gewerbeaufsicht von 1453 Chloranlagen in städtischen und gewerblichen Schwimmbädern in Nordrhein-Westfalen wurde nur jede fünfte Anlage als mängelfrei eingestuft. Wie der Düsseldorfer Arbeitsminister Hermann Heinemann gestern mitteilte, bestand jedoch in keinem eine unmittelbare Gefahr für die Gesundheit der Badegäste.

„Sonnen-Silberpfeil"

rtr, Stuttgart

Ein von Sonnenenergie angetriebenes Auto haben Lehrlinge des Automobilkonzerns Daimler-Benz zusammen mit der Züricher Firma Alpha-Real AG entwickelt. Der mit 432 Solarzellen bestückte „Silberpfeil" erreicht nach Angaben von Daimler-Benz eine Geschwindigkeit von 71 Stundenkilometern.

Chefpilot als Bankräuber

dpa, Nürnberg

Ein Chefpilot aus Nürnberg, der in 18 Monaten zehn Geldinstitute überfiel, ist wegen schwerer räuberischer Erpressung von einer Strafkammer beim Landgericht Nürnberg-Fürth zu 14 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt worden. Der 36jährige raubte in Mittel- und Oberfranken kleinere Banken aus und erbeutete dabei 128 000 Mark.

Fans trickten Polizei aus

AP, Brüssel

Ein Untersuchungsausschuß des belgischen Parlaments hat am Dienstag mit der Vernehmung von Zeugen begonnen, um die Hintergründe der Krawalle vom 29. Mai im Brüsseler Heysel-Stadion aufzuklären, bei denen 38 Menschen getötet und mehr als 450 verletzt worden waren. Es war von zahlreichen Fehlern der Behörden und Organisatoren die Rede. Der Generalsekretär des belgischen Fußballverbandes, Albert Roosens, hatte keine Erklärung dafür, daß zahlreiche Italiener in den Block Z gelangen konnten, wo sie sich in unmittelbarer Nachbarschaft der belgischen Fans befanden. Zwischen den „feindlichen" Blöcken hielten sich nur wenige Polizisten auf. Die meisten von ihnen sollen sich außerhalb des Stadions befunden haben. Roosens klagte, die Polizei habe sich als unfähig erwiesen, die von den Briten mitgebrachten „Waffen" sicherzustellen. Die Beamten legten sichergestellte Gegenstände hinter sich ab, und die Fans stahlen sie nach dem Passieren der Polizeiabsperrung wieder zurück.

ZU GUTER LETZT

„Sowjetisches Werk belohnt regelmäßige Arbeit", meldet die Nachrichtenagentur Reuter aus Moskau.

